

Wir haben auch im gesamtheitlichen Denken – vor allem auch der Herr Kollege Karrer hat das ausgeführt – in dieser Richtung einen gewaltigen Wandel miterlebt, aber damals wurden wir vom Bauernbund, der heute so negativ und vor allem so gruselig ohne irgendwelche Beziehung zur direkten Praxis und zu den Problemen dargestellt wurde, dazu verhalten, diese Haltung einzunehmen: Familienbetrieb, Familieneinkommen und Einkommen aus der Landwirtschaft und auch außerhalb der Landwirtschaft erwirtschaften. Das ist also die Basis. Ich möchte noch dazusagen, solche Irrtümer gibt es jetzt noch ganz flott. Im Bereich der Schule – das hat unser Kollege Dr. Schilcher ausgeführt – herrscht noch immer diese Gigantomanie. Dort sind wir jetzt mitten drinnen. Wir Bauern haben die Sache im Grunde überstanden. (Abg. Brandl: „Aber in Hartberg bist du für eine Ausweitung des Schulzentrums!“) Wo steht denn das geschrieben? Das ist eine Subjektivmeinung. Nein, nein, die Strukturen verändern, dort komme ich genau hin. (Abg. Brandl: „Du hast ja für die Langform unterschrieben!“) Ja, bitte, da muß ja kein Haus hingebaut werden. Das ist ja eine strukturelle Frage. Das ist ja auch nichts Schlechtes. Die Bildungsvielfalt ist ja eine der herrlichsten Dinge, weil die Menschen auch vielfältig sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, vergessen wir aber auch nicht – nur einen kleinen Streifzug –, was sich noch alles im ländlichen Raum geändert hat. Berufsgruppen sind einfach nicht mehr existent. Den Schuster, Schneider, Binder, Wagner, Sattler gibt es überhaupt nicht mehr. Das ist eine Entwicklung, die wir auch betrachten müssen, da vor allem in weiten Bereichen die Versorgung und die Dienstleistung nicht mehr vorhanden sind, und dadurch wurden viele Arbeiter in den ländlichen Regionen eben zum Pendeln verurteilt. Ich möchte behaupten, daß wir diese Pendler – wenn wir es übertrieben betrachten – als jene praktizierenden wirtschaftlichen Entwicklungshelfer sehen müssen, und jene Einkommensbasis, die sie in diese Regionen bringen, versuchen müssen, in dieser eigenen Wirtschaft, in dieser eigenen Dynamik in diesen Regionen zu einer besseren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hereinzubringen und damit eine Eigendynamik zu schaffen, daß diese Grenzregionen einfach auch – und wir sind überzeugt davon, daß dieser ländliche Raum das braucht – eine bessere wirtschaftliche Basis für die Zukunft haben, denn sonst ist das Abwandern der nächste Schritt. Wir kennen solche Regionen, und ich bin überzeugt, daß derzeit sicherlich eine Pendlerregion besser ist als eine abgewanderte und ausgewanderte Region. Wir sind in Gesprächen bei Pendlertreffen in Wien immer mit unseren Freunden in Kontakt und wir kennen, daß diese Pendler eigentlich in vielen Gesprächen, wenn es Sonntag nachmittag wird, unruhig und nervös werden und fast nicht ansprechbar sind, weil sie bereits innerlich Abschied nehmen. Sie fahren in der Nacht in Kolonnen zu Tausenden Autos in Richtung Wien. Ich möchte manchen einmal einladen, zu sehen, wie das vor sich geht. Da steigen einem fast die Haare zu Berge. Im Reißverschlußverkehr in Grimenstein von Burgenland und Steiermark von 4 Uhr früh bis 7 Uhr früh ist diese Völkerwanderung unterwegs, und ich glaube vor allem, daß wir diese optischen Eindrücke, Pendler Richtung Wien und Lkw-Züge in diese Grenzregionen mit Produkten – das ist

jetzt ein bißchen theoretisch dargestellt – beobachten müssen und wir diese schwach strukturierten Regionen, wo so viele Menschen als Pendler leben, nicht für einfache kurzfristige Aktionen mißbrauchen. Wir glauben, daß wir – und wir sind es auch – von niemandem überzeugt werden müssen, daß wir den Pendlern jede mögliche Hilfe angedeihen lassen müssen. Aber, bitte, auch nach dem Verursacherprinzip. Der Pendler hat enorm hohe Ausgaben für Treibstoff, die der Bund kassiert, Großprojekte werden in Wien als Verursacher und Nutznießer gefördert, und das Land Steiermark soll alleine die Pendlerpauschale bezahlen. Darüber muß man ja auch reden, ob das zusammenpaßt, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Zinkanell: „Herr Landesrat Fuchs hat das heute anders gesehen!“ – Abg. Loidl: „Die Pendler fahren nicht aus Spaß nach Wien!“)

Herr Kollege Zinkanell, wir müssen ganz klar sein. Die Pendler kennen sich jetzt überhaupt nicht mehr aus. Plakate über die Pendlerpauschale, der Herr Landesrat Dr. Klausner erzählt seine eigene Meinung, im Burgenland und in Kärnten abgelehnt, im Bund überhaupt nicht behandelt; was stimmt wirklich? Die Pendler kennen sich nicht aus. Wir wissen ja zirka, wie der Hase läuft, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Jetzt vielleicht zu einigen praktischen Dingen: Ich möchte keinen Vortrag halten, wie wir uns in diesen Regionen wirtschaftlich verbessern, aber ich stelle nur fest, daß eigentlich das Besinnen auf diese gegebenen, vorher vorhandenen Voraussetzungen im Grunde gar nicht schlecht ist und so manche Dinge wieder jenen Weg nehmen, der bereits einmal war. Ich glaube vor allem, daß eine gewisse Selbsthilfe einer Region sicherlich ein solider Weg der tausend kleinen Schritte ist, wie diese Problemregionen zu verbessern sind. Wir haben auch in diesen Regionen Chancen, meine Damen und Herren. Wir müssen diese Chancen mit allen Mitteln aktivieren, und hier kommt uns vor allem die Raumplanung zugute, wo wir ein sehr markiges Sehen dieser Probleme und ein sehr analytisches Handeln auch leichter vor uns haben. Wir müssen diese Chancen deshalb ausnützen, weil uns einige Dinge ins Auge springen. Ich sage es mit einem Beispiel – es ist aber wirklich auch nur symptomatisch gemeint: Vor kurzem habe ich in einem Bioladen in Hartberg französische Brennessel, getrocknet, um 57 Schilling gefunden. Ob die nicht bei uns auch wachsen und ob wir die nicht trocken und auch vermarkten könnten, ist auch eine Frage. Das heißt – nur symptomatisch –, wir müssen sehr beweglich sein, und wir sind es auch, wenn wir unsere Aktivitäten der Landwirtschaftskammer betrachten: Heilkräuteranbau, Spezialkulturen, spezieller Kürbiskernanbau, in weiten Bereichen des Fremdenverkehrs Selbstvermarktung. Das sind also die konkreten Ansätze.

Im handwerklichen Bereich haben wir durch diese Konzentration natürliche Hemmnisse. Sie haben also Probleme mit der Werbung, mit der Forschung, vor allem mit der Marktforschung. Dort liegen Dinge, wo wir ganz gezielt mit diesen vier Gesellschaften, die vor allem der Herr Landesrat Fuchs initiiert hat und die auch zum Großteil begründet sind, einfach eine bessere Chance haben. Ein Gewerbestandortkatalog, eine ideale Basis, meine Damen und Herren, um eine

schnellere und übersichtlichere Entscheidungsfähigkeit für etwaige Investoren zu erreichen. Wir müssen aber auch im Bereich der Ausbildung und der wirtschaftlichen Entwicklung parallel gehen, daß wir uns nicht die besten Leute aus solchen Regionen hinausbilden. Das wäre im Grunde wirklich schade für eine weitere Entwicklung, auch im Bereich der handwerklich-gewerblichen Ausbildung in den mittleren und höheren Schulen variabel sein und die Verkehrsverbindungen zum Positiven nützen für Vorteile der Standorte und nicht für bessere Pendlerabfahrten.

Meine Damen und Herren! Ich bin überzeugt, daß wir uns mit gemeinsamer Kraft sicherlich dahinterklemmen müssen, die Vollbeschäftigung zu erhalten. Wir müssen aber auch mitdiskutieren, in welcher Form und wie diese Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten ist. Wir sind überzeugt, daß trotz all dieser Probleme, wenn wir wollen, daß wir den verwurzelten Menschen im ländlichen Raum behalten, auch alle Kraft und alle Intelligenz einsetzen müssen. Es gibt ganz konkrete Anzeichen, und der Herr Abgeordnete Schwab hat das ausgeführt, daß für diesen ländlichen Lebensraum, für diese bäuerliche Lebenseinstellung eigentlich einige sehr markante Symptome vorhanden sind. Die gesamte Bewegung der Grünen, der langfristig Denkenden, die sich große Sorgen machen um die Entwicklung der Zukunft, und auch wieder die stärkere Besinnung im Dorf auf diese Dorfgemeinschaft, auf dieses überschaubare Zusammenleben, gibt uns im Grunde eine Zuversicht. Ich bin vor allem auch überzeugt, weil wir in unseren ländlichen Räumen so herrliche und vor allem ausgeglichene tüchtige junge Menschen haben, die sicherlich Anlaß sind, daß wir diese Hoffnung voll haben können. Vor allem auch jetzt im heurigen Jahr, wenn wir an unseren Erzherzog Johann denken, zu welchen Zeiten er solche markanten Entscheidungen gesetzt hat und wie lange es gebraucht hat, daß diese zu greifen begonnen haben. Wieviel mehr Möglichkeiten wir haben, solche grundsätzlichen Ansätze zu schaffen, damit die gesamte Steiermark eigentlich jene Unterstützung durch unser Budget erhält, das im Grunde notwendig ist, und zwar die Unterstützung, daß wir in einer soliden und geordneten Reihenfolge das Notwendige, das Nützliche, aber auch das Angenehme vollziehen und unterstützen können. Daher geben wir diesem Budget in dieser Form unsere Zustimmung. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Herr Landesrat Koiner hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landesrat Koiner: Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Debatte zum Kapitel Landwirtschaft hat die Lage der Land- und Forstwirtschaft aufgezeigt. Nicht immer aus der gleichen Sicht, aber das ist so zu erwarten, und das erspart mir und wahrscheinlich Ihnen, daß ich noch einmal die ganze landwirtschaftliche Lage und das, was zu sagen ist, dem Hohen Haus bekanntgebe. Das ist angenehm, weil ich glaube, daß wir irgendwann zu einer Pause kommen sollten.

Ein paar Sachen möchte ich trotzdem anschneiden, die deswegen erwähnenswert sind, weil sie sich nicht mit der Auffassung der vorhergehenden Redner decken. Das erste: Herr Kollege Zinkanell, es sind wieder die Zuschüsse des Landes zu den Personalkosten der

Landwirtschaftskammer hier zur Debatte gestanden. (Abg. Zinkanell: „Nur als Vergleich, Herr Landesrat!“) Ich darf daran erinnern, daß das im Landwirtschaftsförderungsgesetz festgelegt ist und daß wir diese Zuschüsse für Dienstleistungen geben, die die Landwirtschaftskammer im Auftrag des Landes in der Landwirtschaftsförderung zu verrichten hat. Wir werden dabei bleiben, und ich werde zum Schluß begründen, warum.

Zu den Bergbauernsonderzahlungen. Ich habe selbst nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich nicht nur einverstanden, sondern dankbar bin für diese Zahlungen, weil sie einfach eine Abgeltung der Wirtschaftsergebnisse sind, die diesen Bergbauern niemand abnehmen kann, und weil sie letzten Endes eine Abgeltung der Leistungen sind, die diese Menschen zur Erhaltung eines Raumes, in dem sich der Boden einfach nicht sehr ökonomisch bearbeiten läßt, für die Allgemeinheit, für den Fremdenverkehr und und ... erbringen. Wo wir auseinandergehen, ist etwa die Darstellung, die daraus hinausläuft, den Eindruck zu erwecken, diese Sonderzahlungen seien de facto das große Wundermittel, das die Einkommen dieser Bergbauern wesentlich verbessert und das Leben überhaupt ermöglicht. Dagegen müssen wir uns stellen, weil es einfach nicht stimmt. Weder die Zahlungen des Landes noch die Zahlungen des Bundes sind dazu in der Lage. Abgeordneter Schwab hat die Zahlen dazu genannt. Die Bauern und die Bergbauern wissen das doch auch. Wir können ihnen nicht ein X für ein U vormachen. Was die Rinderpreise anlangt, was die Milchsituation anlangt und was aus dem Holzerlös kommt, ist natürlich für die Bergbauern wirklich einkommenswirksamer, und deswegen gehen wir hier doch, in der Darstellung zumindest, auseinander. Ich habe mich gefragt, warum es zu dieser Einstellung kommt. Ich habe mir eine Passage eigentlich deshalb aufgeschrieben, weil sie ein Hinweis dafür ist, worin hier die Differenzen liegen. Der Herr Abgeordnete Zinkanell hat gemeint, die Leistungen der Bundesregierung im Agrarbudget sind letzten Endes dafür verantwortlich, daß die gute Lage in der Landwirtschaft sich heute so darstellt. (Abg. Zinkanell: „Sonst wäre sie schlechter!“) Ich bitte sehr, da gehen wir wirklich auseinander. Die Bauern wissen natürlich jede Unterstützung zu schätzen, aber daß ihnen niemand einreden kann und dabei auch nicht glaubwürdig bleiben kann, der sagt, das ist die Ursache für ihre Lage und nicht die Leistungen, die die Bauern erbracht haben. Da sind wir wirklich meilenweit auseinander. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Zinkanell: „Wenn heute Demagogie betrieben wurde, dann mit dieser Feststellung, Herr Landesrat. Das war im höchsten Maß unfair. Die Leistung ist anerkannt. Daher die Förderung!“) Es soll nicht der Eindruck entstehen. Ich habe mir eigens dafür diese Passage aufgeschrieben.

Ein Vergleich, weil er nicht widersprochen wurde. Der Herr Abgeordnete Zinkanell hat gemeint, die Sozialleistungen 1969 und jetzt vergleichen zu müssen und die Zahl genannt, zehnmal so groß. Ich bitte auch zur Klarstellung: Im Jahre 1969 haben wir, die ÖVP-Alleinregierung, das Bauernpensionsgesetz beschlossen, und seit der Zeit sind diese Leistungen angestiegen, und der Vergleich ist auch nicht korrekt gewesen, er war auch demagogisch. (Beifall bei der ÖVP. – Abg.

Zinkanell: „Seit dem Jahr 1970 beschließt die rote Mehrheit im Parlament, ob mehr oder weniger gegeben wird!“)

Ein Wort zum Abgeordneten Chibidziura. Zum Kontrollbericht. Es ist eindeutig, daß der Kontrollbericht im November bereits dem Landtag zugeleitet wurde, daß auch die Berichterstatter bestimmt wurden. Es liegt also bei Ihnen, sich als Obmann darum zu kümmern. Nur damit kein falscher Eindruck entsteht. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Er ist nicht da. Ich habe ihn noch nie gesehen!“) Er liegt dort, wo er hingehört.

Zum Herrn Abgeordneten Prutsch ist sicherlich eines zu bemerken: Sein Versuch – er setzt das ja an und für sich auch in manchen Belangsendungen durchaus fort –, den Raiffeisengiganten, die genossenschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen als die bösen Buben, als die Giganten, als die Bedrohenden hinzustellen. Nun, ich bitte sehr, es sind ja die Raiffeisenkassen auch einbezogen worden. Ich kann verstehen, daß der österreichische Sparer zu der Raiffeisengeldorganisation heute etwas mehr Vertrauen hat als zur Länderbank. Aber bitte, das ist ja kein Nachteil. (Beifall bei der ÖVP.) Und eines kann ich hier auch versichern: Wir werden schon schauen, daß das dort in Ordnung geht, Herr Abgeordneter Prutsch. Sie können versichert sein. Was mir nicht gefallen hat, daß der Ausdruck gefallen ist, die Bauern seien dort Stimmvieh. Die Bauern sind kein Stimmvieh, Gott sei Dank noch nicht. Nirgends! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Loidl: „Das haben wir gesehen bei den Wahlerfolgen am Land!“) Ich meine das ja. (Abg. Ing. Turek: „Wie ist das mit den Eisenbahnern? Sind die auch Stimmvieh?“)

Als letztes zum Herrn Abgeordneten Trampusch: Die Informationen, die hier gegeben worden sind, sind für eine Jungfernsrede jedenfalls beachtlich gewesen. Ich darf dazu folgendes feststellen:

Die Tierkörperverordnung vom 28. November 1979 ist auf der Grundlage der Vollzugsanweisung des Staatsamtes aus dem Jahre 1919, betreffend die Verwertung von Gegenständen animalischer Herkunft in Tierkörperverwertung, in der Fassung des Bundesgesetzes über die Tragung der Kosten für die Beseitigung von Tierkörpern aus 1977 erlassen worden. Es handelt sich also in den wesentlichen Bestimmungen um ein Bundesgesetz, das bereits aus dem Jahre 1919 stammt. (Abg. Zinkanell: „Es sind doch Verhandlungen eingeleitet worden. Trotzdem!“) Herr Kollege, seien Sie nicht so ungeduldig, ich bin ja schon beim Lesen.

Die als Übergangslösung vorgesehene Regelung des Bundesgesetzes aus dem Jahre 1977 steht nunmehr bereits seit über vier Jahren in Geltung, ohne daß vom zuständigen Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz Initiativen zu einer Neuregelung bekannt wurden. Da bis Herbst 1981 trotz mehrfacher Bemühungen des Herrn Landeshauptmannes kein neues Tierkörperbeseitigungsgesetz, und zwar nicht einmal ein neuer Entwurf, vorgelegt wurde, hat die Steiermärkische Landesregierung in der Sitzung vom 12. Oktober 1981 beschlossen, einen Antrag auf Prüfung der Verfassungswidrigkeit der Vollzugsanweisung beim Verfassungsgerichtshof einzubringen. Obwohl es eindeutig Aufgabe des Bundes ist, durch Erlassung eines Bundesgesetzes die Voraussetzung für eine zweckentsprechende Tierkörperverwertungs-Verordnung zu schaffen, sind trotzdem Bemühungen

unternommen worden, eine Novellierung dieser Verordnung in die Wege zu leiten. Das waren also diese Verhandlungen. Dies wurde auch in einer Anfragebeantwortung in der Landtagssitzung vom 25. Februar 1981 angekündigt. In der Zwischenzeit hat allerdings das Landesgericht für Zivilrechtssachen Graz mit Beschluß vom 30. März und 21. April 1981 ein anhängiges Gerichtsverfahren hinsichtlich der Bezahlung von Beiträgen an die TKV unterbrochen und gemäß Artikel 89 Absatz 2 Bundes-Verfassungsgesetz beim Verfassungsgerichtshof den Antrag auf Überprüfung der Gesetzmäßigkeit mehrerer Bestimmungen der Tierkörperverwertungs-Verordnung gestellt. Im Zuge dieses Verfahrens hat das Land Steiermark gegenüber dem Verfassungsgerichtshof mit Schreiben vom 30. Juni 1981 den Antrag gestellt, den vom Landesgericht für Zivilrechtssachen Graz gestellten Anträgen keine Folge zu geben. Im Hinblick auf den Antrag der Steiermärkischen Landesregierung auf Überprüfung der Verfassungswidrigkeit der Vollzugsanweisung und das anhängige Verfahren auf Überprüfung der Gesetzmäßigkeit der Tierkörperverwertungs-Verordnung erscheint vor der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes eine Novellierung der TKV-Verordnung weder sinnvoll noch zweckmäßig, und wenn es um die rasche Klärung im Interesse aller derer, die Sie erwähnt haben, Herr Abgeordneter, geht, dann wäre es wahrscheinlich doch der kürzeste Weg, Sie wollten den neuen Minister für Gesundheit und Umweltschutz veranlassen, hier das Nötige zu tun.

Und damit komme ich zum Schluß. Hohes Haus, es hat zwei wirkliche Erlebnisse gegeben, die ich versuche, kurz zu schildern, weil sie mir symptomatisch erscheinen. Das eine war, als ich mit dem Herrn Kollegen Preamberger bei Waagner-Biró war und wir uns eine Biospritanlage, eine zukunftssträchtige Angelegenheit, im Versuchsstadium, aber funktionierend, angeschaut haben. Nicht die Lösung dieses Problems hat mich so sehr beeindruckt, sondern der Hinweis – Herr Kollege Preamberger, du wirst dich erinnern – der dort anwesenden Wissenschaftler aus Deutschland, die gemeint haben, wir sind uns im klaren darüber, daß wir letzten Endes heute beginnen müssen, den kontinuierlich erzeugten Rohstoff zu suchen, und wir wissen heute, daß eigentlich nur die Land- und Forstwirtschaft in der Lage ist, diesen zu stellen. Auf das hinaus werden wir viele, viele Entwicklungen von der Wissenschafts- und Forschungsseite her umdisponieren können. Eine Richtung, die erkennbar wird, die noch eine gewisse Zeit brauchen kann oder wird, die aber eindeutig zeigt, wie sehr wir alle miteinander an und für sich guttun, diesen Faktor Land- und Forstwirtschaft gesund und leistungsfähig zu erhalten. Es wird das wahrscheinlich eines der wesentlichen Dinge sein, die wir für unsere Kinder tun können. Ich bin sehr froh darüber, daß diesbezüglich die Auffassungen breiter werden und daß es eigentlich fast schon außer Frage steht.

Und ein Zweites: Es waren Polen auf Einladung hier. 23 Menschen der Bauernsolidarität. Es ist mir heute gerade noch mitgeteilt worden, daß diese beschlossen haben, zurückzufahren, aber der Vizepräsident der Bauernsolidarität für ganz Polen der Meinung war, hierbleiben zu müssen, weil ihm unmittelbar die Verhaftung bevorsteht, wenn er zurückkommt. Er ist trotz-

dem – das ist die neueste Meldung – mit seinen Leuten zurückgefahren, weil er gesagt hat, ich kann diese Menschen einfach nicht allein zurückfahren lassen, selbst auf diese Gefahr hin. Wir haben mit ihnen sehr interessante Gespräche geführt. Sie haben uns gesagt, was wir hier gesehen haben, erscheint uns wie ein Traum, und wir würden uns so sehr wünschen, irgendwo anfangen zu können, das zu verwirklichen. Als wir gesagt haben, wie gibt es denn das, daß Polen an Nahrungsmittelmangel leidet, haben sie uns erörtert: „Ja, schauen Sie, wir haben weder die Betriebsmittel, wir haben keinen Verkaufsapparat, wir haben keine Landwirtschaftsschulen, wir haben keine Interessensvertretung, wir haben keine Beratung.“ Wir haben uns auch überlegt, wie wir denen überhaupt helfen können und sind zur Meinung gekommen, sie müßten wahrscheinlich anfangen, wie Hofrat Steinberger vor 70 Jahren angefangen hat. Was aber für mich so beeindruckend war, ist, daß wir diese Dinge Gott sei Dank haben, daß sie manchmal nicht immer gleich beurteilt werden, aber daß wir gut daran tun, in einer objektiven Beurteilung auch zu sagen, was wir an diesen Dingen haben. Um das möchte ich Sie eigentlich alle gebeten haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung bis 19.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung von 19 bis 19.30 Uhr.)

Präsident: Wir nehmen die unterbrochene Verhandlung wieder auf und kommen zum zweiten Teil der Gruppe 7, Fremdenverkehr.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kröll. Ich erteile es ihm.

Abg. Kröll: Herr Präsident, Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem mir versichert wurde, daß jeder, der das erste Mal hier das Wort ergreift, also eine Jungferrede hält, auf alle Fälle der Zuhörer sicher ist, darf ich im vorhinein schon sehr herzlich für die Aufmerksamkeit danken.

Ich darf meine Jungferrede in diesem Hohen Haus dem Wirtschaftsbereich Fremdenverkehr und Fremdenverkehrsförderung widmen und erlaube mir dazu einige grundsätzliche Aspekte darzulegen. Weiters möchte ich im einzelnen auf die Bedeutung der Alpinen Schiweltmeisterschaften vom 27. Jänner bis 7. Februar 1982 in Schladming/Haus und der Dachstein-Tauern-Region gerade auch für den Steirischen Fremdenverkehr hinweisen. Vorerst ist es aber notwendig, um die gesamte volkswirtschaftliche Bedeutung des österreichischen Tourismus und Fremdenverkehrs richtig einschätzen zu können, einige statistische Unterlagen dem Hohen Landtag hier kund zu tun. In einem entsprechenden Stärkeverhältnis dazu sind die Werte auch für unsere steirische Heimat relevant. 1980 sind rund 84 Milliarden Schilling durch den Tourismus in ausländischer Währung nach Österreich gekommen. Dadurch werden 95,2 Prozent des Außenhandelsdefizits abgedeckt. Die Branche bietet derzeit 125.000 Arbeitsplätze. Im Vorjahr wurden 118 Millionen gemeldete Übernachtungen in Österreich gezählt. Über 700.000 Fremdenbetten stehen in zirka 68.000 gewerblichen Betrieben zur Verfügung. Dazu kommen

noch eine große Zahl Betten in Privatzimmerquartieren und die Betten auf den Bauernhöfen. Die unmittelbar aus dem Ausländerfremdenverkehr erwirtschaftete Wertschöpfung liegt in Österreich deutlich über den Werten unserer Nachbarstaaten Italien oder der Schweiz. Der Beschäftigtenstand wurde sogar in Krisenzeiten stetig und im beträchtlichen Ausmaß erhöht. Von 1974 auf 1975, in einem nicht einfachen Jahr, wurden die Arbeitsplätze von 102.254 auf 107.185 nur in den gewerblichen Betrieben, also um fast 5000 mehr, geschaffen. Der Beschäftigtenstand von 1970 bis 1980, für ein Jahrzehnt, ist um 37 Prozent im Sommer und 47 Prozent im Winter angewachsen. Im letzten Jahr wurden von der Fremdenverkehrswirtschaft rund 5 Milliarden Schilling investiert. Zwei Drittel aller dieser Investitionen werden von Firmen durchgeführt, die direkt am Standort der Fremdenverkehrsbetriebe und Gemeinden oder in einem nahen Umkreis von etwa 20 Kilometer angesiedelt sind, durchgeführt, was für die Gemeinden und für die regionale Wirtschaftspolitik von ganz besonderer Wichtigkeit ist.

Nun aus dieser österreichischen Gesamtschau einige steirische Fakten. Innerhalb der letzten zehn Jahre gelang es der Steiermark, neben Tirol, Salzburg und Kärnten unter die großen Vier der österreichischen Fremdenverkehrsländer aufzurücken, wobei insbesondere im Winterfremdenverkehr ganz beachtliche Erfolge erzielt werden konnten. Wie dem Bericht des Landesfremdenverkehrsreferenten, Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart, beim Fremdenverkehrstag am 25. November in Stainz, also vor ganz kurzer Zeit, entnommen werden kann, betrug die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate im Sommer in diesem Jahrzehnt 1,8 kontinuierlich und jene im Winter beachtliche neun Prozent Zuwachs. Die Inländerübernachtungen stiegen in den letzten zehn Jahren von 1971 bis 1981 um solide 25,2 Prozent und die Ausländerübernachtungen gar um 62,1 Prozent. Aus dem ausgeprägten Inländerfremdenverkehrsland Steiermark ist innerhalb eines Zeitraumes von nur zehn Jahren bei kontinuierlichem Ausbau des Inländeranteiles ein mit den westlichen Bundesländern gleichrangiges Ausländerfremdenverkehrsland geworden. Zu Beginn der achtziger Jahre steht der steirische Fremdenverkehr daher mit Sommer- und Wintertourismus und in- und ausländischen Gästen auf mehreren Beinen. Mit 9.429.884 Übernachtungen konnte die Steiermark im Fremdenverkehrsjahr 1980/81 ein neues Rekordergebnis erreichen. Auf das Winterhalbjahr entfielen 3.452.000, ich nehme die runden Zahlen, und auf das Sommerhalbjahr 5.950.000 gezählte Nächtigungen. Der steirische Fremdenverkehr beschäftigte 1971 10.102 Unselbständige, während es zehn Jahre später, also 1981, bereits 13.555 Arbeitnehmer in der gewerblichen Fremdenverkehrswirtschaft gibt. Dazu kommt noch in der gewerblichen Seilbahnwirtschaft und in zusammenhängenden Betrieben eine erhebliche Zahl und in den anverwandten und direkt belegten Handels- und Gewerbetrieben ist eine große weitere Zahl direkt dem Fremdenverkehr unmittelbar zuzuordnen. Im letzten Jahrzehnt wurden daher allein in der Fremdenverkehrswirtschaft in der Steiermark 3453 Arbeitsplätze neu geschaffen. Eine große Zahl selbständiger Existenzen wurde durch den Fremdenverkehr entweder erhalten oder überhaupt neu geschaffen. Hier ist nur hinzuzufügen, das in der interessanten Debatte im

agrarisches Bereich schon zum Ausdruck gekommen ist, daß ein unmittelbarer Zusammenhang selbstverständlich auch zur Landwirtschaft, insbesondere zu den Bergbauern, besteht.

Die Entwicklung im Fremdenverkehr zeigt auch eine beachtliche Krisenfestigkeit, auf die es gerade heute und an dieser Stelle in besonderer Weise gilt, hinzuweisen. Was sicher durch die Trägerschaft der Familienbetriebe im gewerblichen und bäuerlichen Bereich eindrucksvoll unterstrichen wird. Dieser Erfolg unter schwierigen steuerlichen Belastungen war sicher nur möglich und ist in der Zukunft weiter erzielbar, wenn die positive Zusammenarbeit zwischen Land, den Gemeinden, den Verbänden und Vereinen mit den gewerblichen und privaten Zimmervermietern noch weiter ausgebaut werden kann. Es ist auch notwendig, auf die besonderen Verdienste der Sportverbände und Vereine hinzuweisen, die von den alpinen Vereinen über den Schiverband und die vielen Schiklubs im Lande alleine im Wintersportbereich unerhört viel für die touristische Entwicklung geleistet haben. Selbstverständlich alle anderen Großveranstalter, denken wir nur zu allererst an den Ö-Ring.

Im ganzen Land wurden neue Infrastruktureinrichtungen für den Sommer- und Winterfremdenverkehr geschaffen und zu einem Großteil auch vom Land gefördert. Alle diese Einrichtungen im Süden, Norden, Osten oder Westen unseres Landes gehen teils auf private und teils auf öffentliche Initiativen zurück und dienen einer weiteren kontinuierlichen Aufwärtsentwicklung. Als Beispiele seien genannt: Freibäder, Hallenbäder, Badeseen, Tennishallen, Tennisplätze, Mehrzweckhallen, Kurmitteleinrichtungen, die ganze Bäderachse in hervorragender Weise, Wintersporteinrichtungen und Anlagen aller Art und selbstverständlich auch die Rettung des Ö-Ringes als Grand-Prix-Strecke für die Zukunft ist hier unbedingt positiv zu erwähnen. Neben dem Ausbau der Infrastruktur kommt der gezielten Werbung auf in- und ausländischen Plätzen in Zeiten eines immer größeren Angebotes und Wettbewerbes mehr und mehr Bedeutung zu. Nach einigen Jahren der Diskussion ist nun nach Aussage des Fremdenverkehrsreferenten, Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart, vor dem Fremdenverkehrstag in Stainz damit zu rechnen, daß ein Steiermärkisches Landesfremdenverkehrsgesetz in allernächster Zeit beraten wird. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf den seit langem vorgebrachten Wunsch gerade der Fremdenverkehrsvereine und -verbände verweisen und teile dem Hohen Hause mit, daß die konkrete Absichtserklärung vor wenigen Wochen in Stainz gerade von den Vereinsvertretern überaus positiv aufgenommen wurde. In die diesbezüglichen Beratungen wären neben den Vereinen und Verbänden wie beabsichtigt auch – und darauf möchte ich hinweisen – die Gemeinden miteinzubeziehen. Auch in Zukunft, wie in der Vergangenheit, kommt natürlich als Grundelement und Grundvoraussetzung jeglicher sinnvollen touristischen Entwicklung, der Landschaft und Natur eine fundamentale Bedeutung zu. Man kann und soll sie für sinnvolle Projekte brauchen, aber nicht verbrauchen, denn sie ist nicht ersetzbar. Große kulturelle, wirtschaftliche und sportliche Veranstaltungen haben einen direkten Zusammenhang mit dem Fremdenverkehr. In wenigen Wochen und Monaten ist

die Steiermark mit vier großen internationalen Wintersportveranstaltungen im Mittelpunkt des gesamten Sportinteresses. Man kann durchaus sagen, der nächste österreichische Winter findet in der Steiermark statt. Im konkreten ist dies in Murau vom 3. bis 8. März die nordische Juniorenweltmeisterschaft, vom 11. bis 14. März ein Weltcupschispringen auf der Flugschanze am Kulm in Mitterndorf/Tauplitz. Vom 8. bis 12. Februar gelangt in Aigen im Ennstal erstmalig in unserem Land die Weltmeisterschaft im Schiorientierungslauf zur Austragung, und als besonderer Höhepunkt wird in der Zeit vom 27. Jänner bis 7. Februar in der Dachstein-Tauern-Region, konkret in den Gemeinden Schladming, Haus und Rohrmoos, aber auch in den ganzen übrigen Gemeinden der Region, die alpine Schiweltmeisterschaft als bisher größte Wintersportveranstaltung unseres Landes ausgetragen. Durch diese Großveranstaltungen und die Berichterstattung in aller Welt wird der Ruf der Steiermark als Wintersportland ein neues Image erhalten, was sich in der Folge durch den hohen Bekanntheitsgrad für viele Jahre positiv auf die Entwicklung des Wintersports auswirken wird und sicher neue Gäste ansprechen kann. Es wird dann ganz sicherlich eines gelingen: Daß, wenn man in der weiten Welt vom Winter und Österreich spricht, nicht nur mehr an Tirol und Salzburg gedacht wird, sondern ich bin ganz sicher, meine Damen und Herren, daß man nach diesem großen Ereignis unter anderen Großveranstaltungen sehr wohl auch unsere Steiermark einbeziehen wird. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Lassen Sie mich mit ein paar Zahlen noch die Bedeutung in diesen zehn Jahren am Beispiel Schladmings und anderer Wintersportorte untermauern: Betrug im Jahre 1971 in der Gemeinde Schladming die Winternächtigungen 72.303 und machten etwas mehr als die Hälfte der Sommernächtigungen aus, so ist das Ergebnis 1981 im Winter 202.708, was bereits ein Mehr von 40.000 gegenüber dem Sommer ausmacht, obwohl auch der Sommer eine steigende Tendenz, aber nicht in diesem Ausmaß, gehabt hat. Die Voraussetzung für dieses Großereignis war und ist natürlich die enge kooperative Zusammenarbeit insbesondere des Landes, des Bundes, der 16 Gemeinden in der Dachstein-Tauern-Region, der privaten Wirtschaft, der FIS- und ÖSV-Gremien und der Wintersportvereine und Schiklubs. Es sei hier mit besonderem Nachdruck vermerkt und gesagt, daß es für mich beglückend war, dabei sein zu können, wie unter der Leitung des steirischen Landeshauptmannes eine große Delegation Landes- und Kommunalpolitiker beim Bundeskanzleramt vorgesprochen hat und hier die Bereitschaft der Gemeinden und des Landes für dieses Großereignis dokumentiert hat, wenn auch der Bund diesem Vorhaben beitrifft. Es ist dies gelungen, und wir haben die Merkmale und die Voraussetzungen, die uns der Schiverband auferlegt hat, zur Weiterreichung der Bewerbung an den FIS-Kongreß nach Nizza im Mai 1979 erfüllt, meine Damen und Herren. Mit 37 Nationen liegt ein Rekorergebnis vor, das zur Stunde über Innsbruck und über Garmisch-Partenkirchen 1978 liegt. Es werden in Schladming und Haus zehn Bewerbe ausgeführt, das sind um vier Bewerbe mehr als bei allen bisherigen Weltmeisterschaften, konkret: Abfahrt und Slalom Damen und Herren, je Kombinationsbewerbe. Durchgeführt werden daher zehn Bewerbe, was eine Gesamtdauer wie bei olympischen

Spielen erfordert, was ja für die Organisation eine große Belastung ist. Durch die guten Erfolge der österreichischen Mannschaft kann man, wenn einmal das Wetter mitspielt, im besten Falle rechnen, daß die 130.000 dem Budget zugrunde liegenden zahlenden Zuschauer durchaus auch überschritten werden können, zumindest rechnen wir damit. Mit 220 Firmen und Sponsoren wurden Partner-, Lizenz- und Werbeverträge abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, und das möchte ich sehr deutlich sagen: Diese Partnerverträge spielen ein Ergebnis von 30 Millionen Schilling ein, die das Organisationskomitee selbst aufgebracht hat. Die drei Gebietskörperschaften Bund, Land und Gemeinden zusammen 75 Millionen Schilling. Es kommen dann weiters noch TV- und Eintrittsrechte. Es soll damit nur unterstrichen werden, daß man sich nicht nur auf die öffentliche Hand verläßt, sondern sehr wohl auch alle Möglichkeiten der Finanzierung im freien Wirtschaftsraum wahrgenommen hat. Viele steirische Waren kommen zum Einsatz, viele steirische Firmen sind unter diesen Partner- und Lizenzverträgen, ob es Wurst und Fleisch, ob es steirischer Wein ist, Nahrungsmittel, Kaffee oder viele andere Produkte. Nicht nur, daß das Markenzeichen und ein werblicher Beitrag geleistet wird, sondern wir versorgen damit in der Dachstein-Tauern-Region, wo ja über 20.000 Fremdenbetten sind, eine beachtliche Kapazität an Gästen mit heimischen Produkten. Ich finde, daß das eine ganz wunderbare Sache ist, wenn man oben Schifahren kann, Herr Landeshauptmann und Herr Landeshauptmannstellvertreter als Fremdenverkehrsreferent, und zugleich einen Wein aus Leutschach oder eine Wurst aus Stainz oder ein Fleisch aus der Südsteiermark auf den Teller serviert bekommt und viele andere Dinge auch.

TV-Übertragungen werden in 31 Ländern der Eurovision, in sieben Ländern der Intervision, die ABC – also USA, in Kanada und Australien, demnach also in 41 Staaten, erfolgen, und mit Japan als 42. Nation stehen die Verhandlungen vor dem positiven Abschluß.

Gerade vor zwei Tagen hat mich ein Anruf aus Montreal erreicht. Der österreichische Handelsdelegierte hat ein paar Details wissen wollen, da er zu einer dreiviertelstündigen Live-Sendung über die Weltmeisterschaft hier in der Steiermark ins kanadische Fernsehen gebeten wurde. Bisher hat Kanada überhaupt noch nie live zugeschaltet. Das ist erstmalig der Fall. Sie haben sich bisher immer nur mit Aufzeichnungen angehängt. Es ist ein großer Erfolg auch für die zweifellos gut ausgebauten Fremdenverkehrsbeziehungen der Steiermark zu diesen kanadischen Stellen.

Die Fachleute im Rundfunk geben uns die Zahl von etwa 600 bis 700 Millionen Einschaltzahlen an sportinteressiertem Publikum in diesen 41 oder 42 Nationen an. 1000 bis 1200 Journalisten mit Fotografen und Filmleuten werden erwartet, dazu kommen 600 bis 700 Medientechniker. Auch die Filmrechte für Zusammenfassungen und Industriefilme wurden vergeben und für uns auch sichergestellt, so daß wir auf sie auch für den Bildungsbereich zurückgreifen können. Die Organisatoren werden von 400 Exekutivbeamten und 220 Soldaten in bewährter Weise unterstützt. Diese Großveranstaltung erfordert einen Mitarbeiterstab von etwa 1700 Personen insgesamt, Exekutive, die ganzen Leute des Sports, Kampfrichter und dergleichen mehr. Aus

zwei TV-Studios und 82 Produktions- und Redaktionsräumen werden – bisher eben nur aus Tirol und Salzburg – erstmals aus der Steiermark solche weltmeisterliche Übertragungen mit mehr als 30 TV-Stunden in alle Welt gesendet.

Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich glaube, daß durch diese Schiweltmeisterschaften und die anderen Großveranstaltungen unseres steirischen Heimatlandes nicht nur in sportlicher Beziehung, sondern vor allem auch in bezug auf den Fremdenverkehr ein echter Entwicklungssprung von vielen Jahren möglich wird. Der Aufbau unserer westlichen Bundesländer ist ähnlich vor sich gegangen, und wir kennen aus der Entwicklung der in- und ausländischen Partnerorte, ob St. Moritz, Cortina, ob Garmisch, Gastein, Innsbruck, diese Erfahrungswerte. Es ist die Schiweltmeisterschaft sicher die Krönung einer organisch gewachsenen sportlichen und Fremdenverkehrsentwicklung von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Mein Dank gilt daher allen, die als einstige private Pioniere im Fremdenverkehr, im Wintersport und Alpinismus, aber auch als Grundbesitzer, die Bergbauern, die Voraussetzungen geschaffen haben, daß dieses Gebiet und diese ganzen Regionen, die dem Wintersport erschlossen wurden, überhaupt die Voraussetzungen schaffen konnten. Namentlich danke ich für alle Vertreter des Landes im Komitee dem höchsten Vertreter und Vizepräsidenten des Organisationskomitees, Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer, und dem für Sport und Fremdenverkehr zuständigen Referenten, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart, mit allen übrigen politischen und beamteten Vertretern in den Komitees für die hervorragende Zusammenarbeit und tatkräftige Hilfe unseres gemeinsamen Vorhabens, nämlich sportlich einwandfrei und steirisch-herzliche Weltmeisterschaften mit Langzeitwirkung zu veranstalten und so den guten Ruf Österreichs als klassisches Wintersport- und Ferienland zu festigen. Um eine positive Fremdenverkehrs- und WM-Gesinnung darf ich Sie alle, meine Damen und Herren, herzlichst bitten. (Allgemeiner Beifall.)

Ich erlaube mir, dem Herrn Präsidenten des Hohen Hauses das Maskottchen, unseren WM-Hopsi, ich habe leider nur einen zum verschenken, es reicht nicht aus für diese große Zahl, symbolisch für alle zu überreichen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich bedanke mich herzlich.

Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Hans Brandl. Ich erteile es ihm.

Abg. Brandl: Herr Präsident, Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Landesbudget für 1982 ist in der Gruppe 7 wieder der ungefähr gleiche Förderungsbetrag von rund 93 Millionen Schilling vorgesehen wie im vergangenen Jahr. Wir müssen auch hier die allgemeingültige Feststellung treffen, daß die Pflichtausgaben stärker steigen und daß daher die Förderungsausgaben in einzelnen Bereichen nicht mehr so Schritt halten können. Für den Fremdenverkehr im allgemeinen ist jedoch festzustellen, daß wir es hier noch – Gott sei Dank, müssen wir sagen – mit einem stabilen Wirtschaftszweig zu tun haben, mit einem Wirtschaftszweig, der von den Kri-

sen, die es kreuz und quer auf der Welt und zum Teil auch in unserem Lande gibt, noch nicht viel merkt. Es sind beachtliche Steigerungen im Fremdenverkehr festzustellen. Mein Vorredner, Abgeordneter Kollege Kröll, hat die einzelnen Zahlen genannt. Der Steiermark ist es insgesamt gelungen, sehr wesentlich nach vorne zu rücken, heranzurücken an die Frequenzen der westlichen Bundesländer, und das ist sehr erfreulich, wenn man 15 oder 20 Jahre zurückdenkt, da hat man eigentlich von der Steiermark im alpinen Schisport noch nicht viel gehört. Da war Tirol an der Spitze, und dann ist wieder Tirol gekommen. So hat die Wirklichkeit ausgeschaut. Die siebziger Jahre waren für die Steiermark eine sehr positive Zeitperiode, in der dieser Aufstieg gelungen ist. Die Fremdenverkehrsinfrastruktur konnte sehr wesentlich verbessert werden. Das Land Steiermark hat in dieser Zeit mit rund einer halben Milliarde Schilling zur Verbesserung dieser Fremdenverkehrsinfrastruktur beigetragen. Selbstverständlich, meine Damen und Herren, gäbe es gerade bei Förderungsmaßnahmen auch Anlaß zu gewisser Kritik. Aber Sie alle zusammen wissen ja, unser Landesfremdenverkehrsreferent hört schon ein bißchen schlecht. Das ist ja an und für sich kein Problem, es geht mir auch schon so. Aber schwierig ist, daß er bei gewissen Förderungsvorhaben so außergewöhnlich schlecht hört, daß er manchmal überhaupt nicht versteht, daß dort und da auch ein bißchen mehr notwendig ist. Aber ich bin ein langgediegener Abgeordneter, ich habe da schon die Kritik aufgegeben, weil bis jetzt hat sie nichts genützt, und ich kann mir nicht vorstellen, daß es heute etwas nützen würde, wenn ich sie hier anbringen möchte. (Abg. Zinkanell: „Man soll nie die Hoffnung aufgeben!“)

Zur gegenwärtigen Entwicklung im Fremdenverkehr, glaube ich, kann man auch sagen, daß natürlich die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung auch für den Fremdenverkehr eine ganz entscheidende Bedeutung hat und daß wir nicht mehr damit rechnen können, daß es eine weitere stürmische Aufwärtsentwicklung, so wie das in den vergangenen Jahren der Fall gewesen ist, für die Zukunft eintreten wird. Es werden auch in diesem Wirtschaftszweig verstärkt Anpassungen notwendig werden, Umstellungen, ein noch besseres Service an dem Gast wird notwendig werden, eine ganze Menge von Fragen, die alle irgendwo in die Richtung gehen, ob wir auch in der Steiermark oder überhaupt in Österreich, für die achtziger Jahre für unseren Fremdenverkehr gerüstet sind, weil wir doch feststellen müssen, daß die Bemühungen um den Gast, die Bemühungen um einen verbesserten Tourismus, nicht nur in Österreich bestehen. Das sind weltweite, internationale Entwicklungen, und wir haben es nicht leicht, in gewissen Dingen konkurrenzfähig zu bleiben, und es ist daher unbedingt eine verstärkte Anstrengung notwendig.

Nur einige Probleme herausgegriffen: Ich will keine Zahlen wiederholen, die schon genannt worden sind. Für die Steiermark ist eigentlich eine gute Feststellung zu treffen, daß sich das allgemeine Wunschenken im Fremdenverkehr, wenn ich es so nennen darf, bei uns verwirklicht hat. Die Bettenkapazität ist nicht erhöht worden. Das ist eine sehr wesentliche Frage, weil wir glauben, daß es viel wichtiger ist, die Ausstattung zu verbessern, als die Zahl der Betten zu erhöhen. In der

Steiermark war die Entwicklung so, daß wir 1971 über 55.780 Fremdenverkehrsbetten, also insgesamt Gewerbe und Private, verfügt haben, 1981 55.631, eine geringfügige, kaum nennenswerte Verschiebung, ein Minus von 149 Betten, so daß man sagen kann, in zehn Jahren ist das gleich geblieben. Allerdings interessant eine gewisse Verschiebung. Bei den Privatbetten ist eine wesentliche Reduktion erfolgt. Wir haben 1971 noch etwas über 41.000 Betten in der Steiermark gehabt und 1981 etwas über 38.000. Wir hatten um rund 3300 Privatbetten weniger in unserem Bundesland, das sind immerhin minus acht Prozent, anzubieten. Hier müßte es überhaupt eine grundsätzliche Überlegung geben, weil ich glaube, daß wir auf dem Sektor der Privatzimmer auch unsere Qualität verbessern müssen. Vielleicht ist auch ein bißchen mit Schuld daran, daß der Herr Landesfremdenverkehrsreferent bis jetzt nicht zu bewegen war, einen alten Wunsch, eine alte Vorstellung von uns, die nicht wir erfunden haben, sondern die in anderen Bundesländern längst funktioniert, ein Privatzimmervermietungs-gesetz auch bei uns einzuführen, um dadurch eine gewisse Qualitätsverbesserung zu erreichen. Die Auslastung der Betten ist auch eine Frage. Hier haben wir auch unterschiedliche Werte, so daß auch hier unbedingt Bemühungen angestellt werden müssen.

Über die Infrastruktur ist bereits gesprochen worden, wir müssen uns selbstverständlich darüber bewußt sein, daß gerade für unser Land – für das Bundesland Steiermark – die Verkehrswege eine sehr wesentliche Rolle spielen. Sowohl die Pyhrnautobahn als auch die Südautobahn sind nun einmal ganz entscheidende Zubringer für den steirischen Fremdenverkehr, und es muß alles getan werden, den Schwerpunkt auf den Ausbau dieser wichtigen Straßen zu legen. Daß nebenbei auch die Schnellstraßen Mürz-Mur-Furche und einige andere eine Rolle spielen, das wissen wir, aber es wird uns nicht alles gelingen. Wir können nicht die großen Verkehrsadern ausbauen und auch die kleinen in den bestmöglichen Zustand versetzen. Das wird eben das Problem sein, daß wir dort noch ein bißchen länger brauchen werden. Man kann also insgesamt sagen, im steirischen Fremdenverkehr ist sehr viel geschehen, und wir freuen uns alle zusammen – auch ich darf das sagen, Herr Kollege Kröll –, daß es nun gelungen ist, die Steiermark zum Mittelpunkt internationaler Schiwettkämpfe zu machen. Daß das nicht von selbst gekommen ist, daß das lange Pionierarbeit gewesen ist und daß – wenn ich daran denke – unser alter und gemeinsamer Freund Laurich, der ja seinerzeit Bürgermeister in Schladming gewesen ist, schon an dieser Entwicklung mitgearbeitet hat, diese Dachstein-Tauern-Region aufzubauen, aus dem wunderbaren Land etwas Besseres zu machen und damit schon die Vorbedingungen dafür geschaffen wurden, daß man weiterarbeiten hat können. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, ich glaube, das wird eine Frage sein, wo wir uns alle zusammen als Steirer freuen können, das wird eine Frage sein, die wir ja hoffentlich aus der Politik heraushalten können. Es war eine lange zielstrebige Arbeit, um zu diesem Ziel zu kommen, und wir sollen allen danken, die mitgeholfen haben, daß wir das erreicht haben. Es sind ja doch sehr wesentliche Bundesmittel, sehr wesentliche Landesmittel und natürlich Mittel der Gemeinden und der privaten

Interessenten in dieses Bemühen hineingelegt worden, das nun zu einem gemeinsamen Erfolg geführt hat. Wir sollten alle uneingeschränkt anerkennen, daß es eine gigantische Arbeitsleistung war, das alles vorzubereiten und alles so zu machen, daß wir überzeugt sind, daß es bestimmt gut funktionieren wird. Die Welt wird in die Dachstein-Tauern-Region, sie wird nach Schladming und Haus schauen, und wir werden für kurze Zeit Mittelpunkt werden und hoffen, daß wir dann nicht vergessen werden. Wir wünschen einen fairen Wettkampf und einen Erfolg für unsere Rennfahrer.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auch noch ein ernstes Wort sagen. Ich habe in meiner Generaldebattenrede zum Budget 1980, weil ja damals schon die Vorbereitungen für den Ausbau der Infrastruktur und für alle diese Dinge gelaufen sind, schon aufmerksam gemacht, man soll sich in dieser Region, in der in den vergangenen Jahren so viel getan worden ist, auch ein entsprechendes Augenmaß bewahren, und zwar in der Richtung, daß man nicht übertreibt. Es gibt ja nicht nur sportliche Wettkämpfe, wo es erwünscht ist, Spitzen zu erreichen, aber es ist nicht unbedingt erwünscht, daß wir auch bei den Preisen Spitzen erreichen. Das möchte ich dazu sagen, weil das mit einer sehr entscheidenden Frage ist. Man soll in dieser Region auch anerkennen – und darum ersuche ich – und wissen, daß es in unserem Lande noch andere Fremdenverkehrsregionen und Schigebiete gibt, die bis jetzt eine sehr geringe Unterstützung gehabt haben, die zurückstehen mußten, weil nun dieses große Projekt da ist, die aber nicht verstehen werden, wenn das vorüber ist und wenn man weiß, daß alles bestens gerichtet worden ist, daß sie dann auch weiterhin zurückstehen sollen. Dann sollten wir uns bemühen, in diesen Regionen wieder etwas mehr zu tun.

Und nun, schon mehr am Schluß, zu den gesetzlichen Maßnahmen: Meine Damen und Herren, nach den letzten Erklärungen müßte ich eigentlich sagen, wir stehen vor einem Wendepunkt im steirischen Fremdenverkehr. Ich möchte wieder an meinen alten Freund Laurich erinnern, der sich jedesmal – ich glaube, es sind ungefähr 15 Jahre gewesen – an das Rednerpult gestellt hat, die positiven Aspekte aufgezeigt hat und auch klarerweise etwas Negatives gesagt hat und am Schluß seiner Rede immer ein Fremdenverkehrsgesetz für die Steiermark verlangt hat. Alle Jahre wieder hat er das verlangt, und alle Jahre wieder hat der Herr Landesfremdenverkehrsreferent das abgelehnt. Das war die Situation.

Voriges Jahr, meine Damen und Herren, habe ich eigentlich den ersten Lichtblick gesehen, weil der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer – ich war echt ein bißchen überrascht und habe mir gedacht, da kommt jetzt etwas – erstmals erklärt hat, die Steiermark braucht ein Fremdenverkehrsgesetz. (Abg. Dorfer: „Nicht das erste Mal!“) Ja, ja. Der Boß der Wirtschaft – wenn ich das so nennen darf – hat ein Machtwort gesprochen, und nun scheint doch auch beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart ein Sinneswandel eingetreten zu sein. Es gilt halt auch hier, meine Damen und Herren, das alte Sprichwort: „Steter Tropfen höhlt den Stein.“ Der Stein ist beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart gelegen, wir waren die Tropfen, wir haben ihn gehöhlt. Wir freuen uns über den Fortschritt, denn wir

haben praktisch auch auf dieser Ebene durch lange zähe Geduld etwas erreicht. Wir hoffen und wünschen nur, daß es jetzt tatsächlich auch zu einem Landesfremdenverkehrsgesetz kommen wird. (Beifall bei der SPÖ.) Aus diesen Überlegungen, meine Damen und Herren, möchte ich auch in der Richtung keinen Blick mehr zurück machen, was alles versäumt wurde, was anders gewesen wäre, wenn . . . – das ist immer die Frage – und um wieviel wir besser gerüstet sein könnten, wenn wir ein Fremdenverkehrsgesetz gehabt hätten. Das will ich gar nicht tun, denn das Versprechen vor dem Landesfremdenverkehrstag ist da, und ich nehme fest an, der Herr Landesfremdenverkehrsreferent wird das heute wiederholen. Jetzt geht es nur mehr um die Zeit. Soweit ich den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart kenne, wird er schon noch ein bißchen Zeit schinden. So geschwind geht das noch nicht, denn so mit Begeisterung und Freude ist er noch nicht dabei. Die Entwicklung zwingt eben ein bißchen, diese Dinge zu machen. Aber, die Würfel sind gefallen, und wir warten auf die Regierungsvorlage. Die Ankündigung bis zum Frühjahr ist da, und wir, meine Damen und Herren, haben schon sehr konkrete Vorstellungen über ein neues steirisches Fremdenverkehrsgesetz, und diese werden wir rechtzeitig einbringen, wenn die Verhandlungen beginnen. Ich bin persönlich davon überzeugt, diese Verhandlungen werden nicht leicht sein, weil wir uns ja völlig darüber im klaren sein müssen, daß es in Zeiten wie diesen viel schwieriger ist, als in Zeiten von damals. Das muß man ja dazusagen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Maitz: „Da wird der Bundeskanzler keine Freude haben, wenn Sie von Krisen reden!“) Aber unter Zeiten von damals habe ich das Fremdenverkehrsgesetz in Tirol gemeint, das vor 15 Jahren beschlossen worden ist. Das ist die Frage. Wenn Sie dazu geklatscht haben, ich danke schön. (Beifall bei der SPÖ.) Ich bin schon am Schluß, meine Damen und Herren, und glaube, daß der Fremdenverkehr und alles was dazugehört, ein gemeinsames Anliegen ist, dem wir alle zusammen in Zukunft unsere größte Aufmerksamkeit schenken sollen. Danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Als nächster Redner hat der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer das Wort.

Abg. Dr. Dorfer: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Es hat der Kollege Abgeordnete Dr. Kröll schon auf die Bedeutung des Fremdenverkehrs für unsere gesamte Wirtschaft hingewiesen, so daß es an sich müßig ist, dies noch zu tun, wenngleich man immer, wenn man über Fremdenverkehr spricht, auf die ungeheure Bedeutung dieses Fremdenverkehrs für unsere österreichische Wirtschaft kurz hinweisen muß, weil wir eine Volkswirtschaft sind, für die der Fremdenverkehr von existenzieller Bedeutung ist, für unsere Vollbeschäftigung, für unsere Zahlungsbilanz und und und . . . Man kann insgesamt sagen, und das ist eindeutig bewiesen, daß der Fremdenverkehr innerhalb der Gesamtwirtschaft in Österreich die größte Bedeutung gesamtwirtschaftlich hat, verglichen mit allen industrialisierten Ländern der ganzen Welt, und ich glaube sagen zu können, überhaupt mit allen Ländern der Welt, hat er bei uns die größte Bedeutung, ausgenom-

men hier natürlich gewisse Zwergstaaten wie San Marino oder Monaco und dergleichen. Trotzdem ist es leider bei uns, fast möchte ich sagen, Tradition, daß der Fremdenverkehr ungeheuer hoch besteuert ist, wenn man alle Nebenabgaben und Steuern dazurechnet, sogar am höchsten. Die Folge davon ist, daß der Fremdenverkehr innerhalb unserer Wirtschaft die höchstverschuldete Wirtschaftssparte ist, und interessant ist dabei wieder, daß wir gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wie diesen im Fremdenverkehr eigentlich relativ weniger Insolvenzen haben, was einzig und allein damit begründet werden kann, daß wir es beim Fremdenverkehr fast nur mit Klein- und Mittelbetrieben zu tun haben, mit Familienbetrieben, wo es eben von vornherein keine 40-Stunden-Woche gibt, sondern eine 60-, 70- und 80-Stunden-Woche. Unbestritten ist, meine Damen und Herren, daß der Fremdenverkehr nach wie vor eine Wirtschaftssparte mit Zukunft ist. Das hat mit der Lage Österreichs zu tun, mit unserer geographischen Lage, die unmittelbare Nähe zu Deutschland und anderen Staaten, wo eben ein großer Prozentsatz der Bevölkerung auf Urlaub wo anders hinfährt. Das hängt mit unserer einmaligen Landschaft zusammen, Steiermark, das Land der Vielfalt. Das hängt mit unserer Sprache zusammen, weil eben ein wesentliches Kontingent unserer Gäste deutschsprechender Herkunft ist, und das hängt vor allem auch mit der Qualität unseres Fremdenverkehrs zusammen. Eine internationale Studie vor kurzem hat damit geschlossen, daß sie festgestellt hat: Österreich zählt zu den bestqualifizierten und attraktivsten Fremdenverkehrsländern der gesamten Welt. Ebenso unbestritten, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, ist, daß die Förderung des Fremdenverkehrs, vor allem der Infrastruktur und der Werbung, weiterhin dringend notwendig sein wird, insbesondere auch bei uns in der Steiermark. Leider werden die Mittel hierfür auch im Landesbudget verständlicherweise nicht größer, zumindest nicht unbeschränkt größer, und es müssen andere Wege gesucht werden. Es ist daher auch aus diesem Grund - ich betone auch, nicht nur - das Steiermärkische Fremdenverkehrsgesetz zweifellos ein Gebot der Stunde. Ich gebe dem Kollegen Brandl durchaus recht, daß der Landeshauptmannstellvertreter Wegart in dieser Frage lange sehr schlecht gehört hat. Das hängt mit verschiedenen Dingen zusammen, insbesondere auch damit, daß er einer ist, der schon jahrzehntelang in der Spitzenpolitik des Landes wirkt, und solche Menschen hören dann eben gern nur das, was sie gerne hören, und andere Dinge hören sie nicht mehr so gut. Aber er hat sicher auch andere Gründe gehabt. Das sind zweifellos sachliche Gründe, wonach es eben bisher zumindest in den sechziger und siebziger Jahren vielleicht doch noch aus verschiedenen Gründen besser gewesen ist, kein Fremdenverkehrsgesetz zu haben. Die steirische Wirtschaft muß zwar mit diesem Fremdenverkehrsgesetz weitere finanzielle Belastungen auf sich nehmen, dort aber, wo solche Abgaben in einer kurzfristigen Umwegsrentabilität direkt unseren Betrieben zugute kommen, dort dürfen wir uns einer kleinen zusätzlichen Abgabe, würde ich glauben, letztlich nicht verschließen. Dieses Fremdenverkehrsgesetz und die damit verbundene Abgabe für fast die gesamte Wirtschaft ist zweifellos auch ein Akt der Steuergerechtigkeit, weil es einfach nicht einzusehen ist, warum

Fremdenverkehrsabgaben bisher nur die Beherbergungsbetriebe, bekanntlich derzeit 5 Schilling pro Nächtigung, bezahlt haben, wo doch letztlich fast die gesamte Wirtschaft zumindest auch vom Fremdenverkehr mitgelebt und mitgezehrt hat. Dazu kommt, daß die Fremdenverkehrsorganisationen, wenn sie funktionieren sollen, und das wollen wir doch alle, qualifizierte Manager brauchen, Manager, die etwas kosten, die gut bezahlt werden müssen, und das ist aus dem normalen Budget des Landes sicherlich nicht mehr finanzierbar. Es ist traurig, und es bedrückt mich immer wieder, etwa bei den Abschlußfeiern in der Hotelfachschule in Bad Gleichenberg, wenn man dort von hochqualifizierten, bestausgebildeten jungen Menschen in einer beachtlichen Anzahl hört, die zwar umworben sind, die genug Posten bekommen, aber nur zum Teil in der Steiermark. Viele gehen nach Westösterreich, in die Schweiz, Frankreich, Deutschland und sonst wo in die Welt, was wieder auch seinen Vorteil hat, nur die beachtlichen Kosten der Ausbildung dieser qualifizierten jungen Menschen haben wir, und unsere Bezirksfremdenverkehrsverbände und unsere Vereine und, und . . . haben solche Leute nicht, und können sich diese Menschen nicht leisten. Es kommt dazu, warum ich glaube, daß wir dieses Gesetz dringend brauchen, weil die steirische Fremdenverkehrswirtschaft in ihrer Kurvenentwicklung immer noch im österreichischen Durchschnitt eine unterdurchschnittliche Dynamik hat. Noch immer hat die Steiermark es dringend notwendig, sich bezüglich der Herkunft ihrer Gäste auf mehrere Beine zu stellen, jetzt sind es 91 Prozent unserer Gäste, die aus Wien und aus der Bundesrepublik kommen. Es wird Werbung auch anderswo mehr als bisher notwendig sein, und solche Werbung, wenn sie gut sein will, kostet natürlich sehr viel Geld.

Die Weltmeisterschaften in Schladming und Murau werden zweifellos weltweit das ihre in dieser Werbung dazu beitragen. Noch immer ist auch in der Steiermark die Bettenauslastung unter dem österreichischen Durchschnitt. Auch das muß sich verbessern. Dazu kommt, daß die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs gesamtösterreichisch und steirisch nach allen Statistiken weiterhin steigt und der Fremdenverkehr auch für den Arbeitsmarkt weniger krisenanfällig ist, als andere Sparten der Wirtschaft. Das hat auch schon Kollege Kröll erwähnt. Ich darf hier nur auf ein Detail der Arbeitsmarktsituation durch den Fremdenverkehr zu reden kommen, nämlich der Beitrag des Fremdenverkehrs zur Verhinderung der Jugendarbeitslosigkeit. Die Gefahr einer erhöhten Jugendarbeitslosigkeit ist zweifellos eines unserer großen wirtschaftlichen Probleme, wie ich glauben würde, etwa für die nächsten drei Jahre. Dann, wenn es normal weitergeht, sind es wieder andere Gründe, warum diese Gefahr gebannt sein dürfte. Jedenfalls hatten wir mit Ende 1980 3837 Lehrlinge im Fremdenverkehr. Das sind zwar insgesamt nur knapp elf Prozent aller zirka 35.000 steirischen Lehrlinge, aber immerhin hatten wir bei den Fremdenverkehrslehrlingen die größte Steigerung der Lehrlingsziffer aller Wirtschaftssparten. Nämlich ein Plus von 422 gegenüber 1979, während etwa das Gewerbe ein Minus von 485 gegenüber 1979 im Jahre 1980 aufweisen mußte, wengleich man zugeben muß, daß im Gewerbe natürlich knapp mehr als die Hälfte sämtlicher steirischen Lehrlinge tätig ist.

Ich muß, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, in diesem Zusammenhang auf etwas hinweisen, was uns unser Herr Minister Dallinger wieder bringen will und es hoffentlich auch mit Zustimmung der Mehrheit des Parlaments nicht bringen wird können. Nämlich eine Novelle zum Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz, das in dieser Form, wie es jetzt beim Minister aufliegt und von ihm gewünscht wird, zweifellos ein wesentlicher Beitrag zu mehr Jugendarbeitslosigkeit zwangsläufig sein müßte. Man will nämlich die 40-Stunden-Woche von der Berufsschule in den Betrieb übertragen, das heißt, in der Berufsschule wird im achtwöchigen Turnus 45 bis 50 Stunden insgesamt, auch am Nachmittag, Freigegegenstände, irgendetwas gelehrt, was bedeutet, daß nach dem achtwöchigen Turnus die Lehrlinge zusätzlich noch zwei bis drei Wochen auf Urlaub wären. Dazu kommen vier Wochen Urlaub der Lehrlinge, dazu kommt Krankenstand und was immer, so daß die Möglichkeit der Betriebe, Lehrlinge aufzunehmen, zweifellos um vieles geringer wird, und die Kosten der Lehrlinge werden ja ohnedies von den kleinen Mittelbetrieben weniger berechnet als von den Großbetrieben. Dort hört man sehr schnell: „So viele Lehrlinge, das können wir uns nicht leisten.“ Sie kosten sehr viel, und wenn diese Kosten weiter steigen, dann bestünde eine zusätzliche Gefahr der Erhöhung des Problems der Jugendarbeitslosigkeit. Ein gutes Steiermärkisches Fremdenverkehrsgesetz kann jedenfalls ein wesentlicher Beitrag zu einer großen und weiteren Aufwärtsentwicklung der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft sein. Ich danke daher auch dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart für seine nunmehr erfolgte öffentliche, verbindliche Ankündigung des Fremdenverkehrsgesetzes. Gleichzeitig darf ich dich, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ersuchen, daß gerade dieses Gesetz im engsten Einvernehmen mit der gesetzlichen Interessensvertretung der Wirtschaft beraten wird, weil es die Mitgliedsbetriebe der Handelskammer sein werden, die diese Mittel bezahlen werden müssen und ich mir darüber im klaren bin, daß es nicht sehr leicht sein wird, einen internen Interessensausgleich in den verschiedenen Gruppen der Wirtschaft über das Ausmaß der Kosten dieses Gesetzes kammerintern herbeizuführen. Jedenfalls ist die gesetzliche Interessensvertretung gewillt – und das habe ich ja schon eingangs erwähnt –, daß dieses Gesetz positivst begutachtet werden wird.

Abschließend, Hohes Haus, noch einige Bemerkungen zur bevorstehenden Novelle zum Lustbarkeitsabgabengesetz und zum Spielapparategesetz. Auch diese Spielautomaten vielfältigster Art sind zweifellos für die Fremdenverkehrswirtschaft notwendig, sie sind ein notwendiges Freizeitangebot für den Gast. Unsere Aufgabe als Gesetzgeber kann es daher nicht sein, diese Apparate schlechthin durch hohe Würgesteuern, wie sie zum Teil schon bestehen, gänzlich zu verhindern, sondern ihren Gebrauch im Hinblick auf Jugendschutz und Abgaben in überschaubare Schranken zu verweisen. Wenn uns dies mit guten Gesetzen gelingt – und das wollen wir doch hoffen, und ich bin davon überzeugt, daß dies möglich ist –, das hat das letzte Hearing hier im Rittersaal auch schon ergeben –, dann haben die Spielautomaten der verschiedensten Art ihren gesellschaftlichen und ihren fremdenverkehrspolitischen Sinn, und dann brauchen wir auch zweifellos

nicht zu Verboten in dieser Frage greifen. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ofner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ofner: Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie wichtig der steirische Fremdenverkehr ist, das wurde heute schon von vielen Kollegen hier ausgesprochen. Es wurden auch viele Zahlen genannt, und man kann feststellen, daß wir mit der Entwicklung unseres Fremdenverkehrs in der Steiermark eigentlich sehr zufrieden sein können. Die Zeit der großen Steigerungen im Fremdenverkehr ist längst vorbei, und ich gebe dem Herrn Kollegen Brandl recht, wenn er sagt, daß wir zufrieden sein müssen, wenn wir das Erreichte halten können. Um so mehr müssen wir uns aber in Zukunft anstrengen, neue Wege zu finden, sich dem Trend der Gäste und den wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Vor allem aber sollte der Fremdenverkehr in jenen Regionen und Bezirken stark gemacht werden, die kaum Chancen auf Industrialisierung und Betriebsansiedlungen haben.

Und hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich im besonderen auf den Bezirk Murau zu sprechen kommen. Der Bezirk ist einer der schwächsten im Gebiete der Steiermark, bedingt vor allem durch seine Wirtschaftsstruktur, wo die Land- und Forstwirtschaft dominiert, während die Industrie und das Gewerbe äußerst schwach vertreten sind und der Fremdenverkehr noch am Anfang seiner Entwicklung steht. Dazu kommt noch, daß dieser Bezirk verkehrspolitisch in einer besonders ungünstigen Randlage steht. Diese Sätze, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann man nicht nur im Raumordnungsbericht nachlesen, sondern in vielen Publikationen und Strukturhebungen, die in letzter Zeit über diesen Bezirk gemacht wurden. Der Fremdenverkehr, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist – das glaube ich – der einzige Wirtschaftszweig, der den Bezirk Murau aus dieser miesen Situation bringen kann, wenn er vor allem richtig und sinnvoll aufgebaut wird. Es geht nicht an, daß solche strukturschwachen Gebiete unterentwickelt bleiben und daß sie bloße Reservate des Tourismus oder Rohstoff- und ArbeitskräfteLieferanten für die Industrie sein sollen. Hier muß auch die dementsprechende Hilfe vom Land erfolgen. Nicht nur in finanzieller, sondern auch in beratender Hinsicht. Ich ersuche Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart, endlich etwas zu unternehmen, bevor es für diesen Bezirk endgültig zu spät ist.

Einige Zahlen: 1981 war zirka ein Fünftel der Arbeitsplätze außerhalb des Bezirkes, 1971 war es bereits ein Drittel, und von 1971 bis 1981 hat sich der Fehlbestand an Arbeitsplätzen fast verdoppelt. Daß dadurch die Abwanderungsrate besonders hoch ist, ergibt sich von selbst. Auch die Arbeitslosenquote beträgt im Sommer in unserem Bezirk ein Prozent. Im Winter ist sie von vier Prozent im Jahre 1974 auf zehn Prozent im Jahre 1978 gestiegen und ist mehr als doppelt so hoch wie die durchschnittliche Winterarbeitslosigkeit in der Steiermark. Ich bin daher sehr froh, daß vom Bundeskanzleramt eine Sonderaktion für entwicklungsschwache ländliche Räume geschaffen

worden ist. Diese Aktion sollte schwache Gebiete stärken, und es ist nur zu hoffen, daß dementsprechend viel von dieser Aktion Gebrauch gemacht wird. 18 Projekte wurden bis Mitte des Jahres 1981 bereits angefangen; insgesamt sind 37,2 Millionen Schilling vorhanden. 11,5 Millionen Schilling sind derzeit ausgegeben worden. Zehn Projekte sind aus dem landwirtschaftlichen Bereich, zwei Projekte aus dem produzierenden Gewerbe und sechs Projekte aus dem Fremdenverkehr. (Abg. Dr. Eichinger: „Ist das im Bezirk Murau?“) In Österreich. Auch vom Land Steiermark, glaube ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollte dementsprechende Hilfe kommen beziehungsweise sollte sich auch das Land an dieser Förderung beteiligen. Für die Grenzlandregionen gibt es diese Grenzlandförderung, für diese schwachen Gebiete, wie der Bezirk Murau, gibt es hier nichts.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was uns wirklich alle erfreuen kann, ist die Ankündigung von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart, daß doch in nächster Zeit mit der Schaffung des Fremdenverkehrsgesetzes gerechnet werden kann. Ein Gesetz, auf das wir wirklich schon sehr lange warten und das wir wirklich sehr notwendig brauchen, nur hätte es schon viel früher kommen sollen. Man kann nur hoffen, daß die Abfassung dieses Gesetzes so erfolgt, daß auch diese strukturschwachen Gebiete mit einem geringen Aufkommen nicht noch mehr benachteiligt werden, das heißt, daß nicht die Reichen noch reicher und die armen beziehungsweise schwachen Gebiete noch ärmer werden. Das neue Fremdenverkehrsgesetz sollte vor allem solche Gebiete berücksichtigen, die kein großes Aufkommen haben, jedoch für den Fremdenverkehr besonders geeignet und prädestiniert sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Urlaub am Bauernhof, das heißt Fremdenverkehr, Landwirtschaft und landwirtschaftlicher Wegebau. Dies ist kaum zu trennen und ist daher sehr eng verbunden. Ich möchte daher nachträglich einige Worte noch zu diesem Kapitel landwirtschaftlicher Wegebau sagen. Wie aus dem Grünen Bericht zu entnehmen und wie Kollege Schwab eben zitiert hat, beträgt das ländliche Wegenetz 21.000 Kilometer, wobei 8000 Kilometer voll ausgebaut sind, das heißt 37 Prozent. Eine sicherlich sehr beachtliche Kilometerzahl, jedoch wenn man bedenkt, daß zirka 5000 Bauernhöfe, diese Zahl hat Landesrat Koiner in der Finanzausschußsitzung genannt, noch nicht ordnungsgemäß aufgeschlossen sind, so kann man sich vorstellen, welch große Summen hier noch aufgewendet werden müssen. Gerade diese Straßen und Wege sind vor allem für den Urlaub am Bauernhof unbedingt notwendig und wichtig. Dabei muß man sagen, daß die Gemeinden, die Weggenossenschaften jetzt kaum mehr in der Lage sind, diese Straßen zu erhalten, geschweige weitere auszubauen beziehungsweise zu asphaltieren. Hier müssen Überlegungen angestellt werden, wie man dieses Problem in den Griff bekommt, denn die Verkehrserschließung des ländlichen Raumes ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche und zweckmäßige Bewirtschaftung dieses Gebietes. Gut ausgebaute Hofzufahrtswege, Güterwege, Vorstraßen sind nicht nur für die dynamische Fortentwicklung der Land- und Forstwirtschaft selbst, sondern auch für den Wirtschaftspartner der ganzen Region von entscheidender Bedeutung. Die Verkehrserschließung

des ländlichen Gebietes ist beispielsweise vielfach erst die Grundlage für einen funktionierenden Fremdenverkehr. Darum glaube ich, ist es gerechtfertigt, daß ein Teil der Fremdenverkehrsabgaben jenen Gemeinden und Wegerhaltern zufließen könnte, die durch den Wegebau und durch die Wegerhaltung besonders stark benachteiligt sind. Nur mit zusätzlichen Mitteln wird es möglich sein, die Erhaltung beziehungsweise den weiteren Ausbau aufrecht zu erhalten. Gute Straßen und Hofzufahrtswege braucht der Fremdenverkehr genauso wie die Landwirtschaft. Gute Straßen brauchen wir alle.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich noch eine Aufforderung an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart richten; nämlich, den Bezirk Murau anlässlich der nordischen Weltmeisterschaft voll zu unterstützen. Vor allem müßte auch vom Land in der Werbung das optimalste und möglichste getan werden. Jetzt hat man die Möglichkeit, dieses Land und diese Bezirke in vielen Staaten der Welt zu präsentieren und bekannt zu machen. Diese Chance sollte voll genutzt werden. Ich habe noch eine weitere Bitte, Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart: daß Sie Sorge tragen, daß die Förderungsmittel im Fremdenverkehr in Zukunft wirklich gerechter verteilt werden, damit auch solche Gemeinden und Vereine Förderungsmittel erhalten, die nicht unbedingt Ihrer politischen Richtung angehören, daß der Stellenwert der Vergabe nach wirtschaftlichen und nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten gemessen wird. Denn ich mit meiner Gemeinde warte schon jahrelang auf eine Förderung, obwohl sie mir zugesagt wurde. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tschernitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Tschernitz: Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, heute nach diesen Debatten, die nun hier im Rahmen des Fremdenverkehrs geführt wurden, gibt es in vielen Punkten Übereinstimmung vor allem auch mit meinem Kollegen, dem Abgeordneten des Bezirkes, dem Kollegen Kröll, weil ich auch der gleichen Meinung bin, daß gerade der Fremdenverkehr ein bedeutender Wirtschaftsfaktor nicht nur für unser Land Österreich, für diese steirische Heimat, sondern eben auch für unseren Bezirk überhaupt ist. Ich stimme sicherlich mit überein, daß ein sehr bedeutender Teil jener schwierigen Probleme die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist und daß es gerade hier in dieser Sparte gelungen ist, eine so große Anzahl an Beschäftigten zu erreichen. Weiters glaube ich, können wir vollkommen übereinstimmen, daß wir gemeinsam stolz sein können auf alle Einrichtungen, die in unserem Land, in unserer steirischen Heimat von Seiten des Fremdenverkehrs geschaffen wurden, vor allen Dingen mit jener Krönung, eben der Schiweltmeisterschaft in unserer schönen Stadt Schladming. Fast Jahrzehnte hindurch wurden zielstrebige Förderungen für diesen Fremdenverkehr geschaffen, vor allem für das Gebiet der Dachstein-Tauern-Region, und erst dadurch war es überhaupt möglich, sich 1979 für diese Schiweltmeisterschaft zu bewerben. Es war selbstverständlich notwendig, im Rahmen dieser zielstrebigsten Investitionen in diesem Bereich gemeinsame Förderungen durchzu-

führen von Bund, Land und Gemeinden. Ich glaube, es gibt unzählige Begleiterscheinungen in dieser Richtung, begonnen bei der Erschließung. Denn wenn es nicht möglich gewesen wäre, Gesellschaften zwischen Bund und Land zu gründen, dann wären sicherlich viele dieser so dringend notwendigen Fremdenverkehrseinrichtungen, wie zum Beispiel Planai-, Hochwurzen-, Hauser-Kaibling- oder Reiteralmbahnen vielleicht überhaupt nicht zustande gekommen. Es haben gerade diese Investitionen enorme infrastrukturelle Auswirkungen auf den gesamten Bereich des oberen Ennstales, auf den gesamten Bereich der Dachstein-Tauern-Region und auch darüber hinaus, ich möchte fast sagen bis ins steirische Salzkammergut hinein, gehabt. Es sind gerade durch diese Schiweltmeisterschaften in unserem Bereich, sei es nun von der Post, enorme Investitionen in Höhen von über 60 Millionen Schilling gemacht worden, sei es von der Österreichischen Bundesbahn – Investitionen von zirka 45 Millionen Schilling. Würde man die ganzen infrastrukturell notwendigen Entwicklungen mitrechnen, auch im Straßenbau, die von Bund, Land und Gemeinden in diesen Bereichen geführt worden sind, so glaube ich, wird man schätzungsweise auf eine sehr ansehnliche Summe einer Investition von ungefähr 600 Millionen Schilling in diesem Bereich kommen. Ich glaube, daß gerade auch hier von Seiten des Bundes in den letzten Jahren doch sehr wesentliche Mittel dem steirischen Fremdenverkehr zur Verfügung gestellt wurden, vor allem von Seiten des Förderungsvolumens her von zirka 2 Milliarden Schilling in den letzten zehn Jahren. Natürlich immer mit jener Bedeutung, mit jener Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit für alle unsere Einrichtungen, nach den Grundsätzen von Quantität und nicht von Qualität. Sowie natürlich auch zur Weiterentwicklung von Angebotsbereicherung in unserem gesamten steirischen Lande. Aber ich glaube, daß gerade wir in der Zukunft dafür Sorge zu tragen haben, daß diese persönlichen großen Einsätze des einzelnen, die Investitionen der einzelnen, die zum Teil in Millionenhöhe gegangen sind, daß also hier mit diesen Einrichtungen nicht nur für die derzeitige so sehr positive Entwicklung, sondern auch für die Zukunft Vorsorge getroffen werden muß und daß man gerade hier sehr objektiv gefördert hat. Deshalb freut mich auch persönlich diese Ankündigung der Schaffung jenes Fremdenverkehrsgesetzes, das in der nächsten Zeit entstehen soll. Ich glaube, wir brauchen neben all den Einrichtungen, die von Hotels und Pensionen geschaffen worden sind, schon auch jene Einrichtungen, die vor allen Dingen im Rahmen der Qualitätsverbesserungen in die sogenannte Richtung der Komfortbetten auch bei den Privatzimmervermietern gehen. Wir werden uns sicherlich bei den künftigen fremdenverkehrspolitischen Überlegungen jetzt nicht nur von diesen so schönen und großartigen wintersportlichen Ereignissen in unserem Lande leiten lassen, sondern vor allen Dingen auch auf die Bedeutung des Sommerfremdenverkehrs hinweisen und vor allen Dingen hier gerade die Schlechtwettereinrichtungen besonders im Auge behalten und auch dort jene Förderungen zukommen lassen, soweit es im Rahmen des Möglichen ist.

Wir werden sicherlich im Rahmen der Fremdenverkehrswerbung durch das Land Steiermark, gerade durch die Fremdenverkehrsverbände, durch die

Gemeinden, weiterhin in verstärktem Maße versuchen müssen, den Gast, auch den Inlandsgast, anzusprechen. Ich glaube, man müßte sich vielleicht doch auch die Überlegung stellen, ob es nicht sinnvoll wäre, im Rahmen der Schaffung dieses Gesetzes, sogenannte Servicestellen vielleicht bei der Einreise der Gäste an den Grenzen unseres eigenen steirischen Landes zu errichten, wo der Gast bereits die Möglichkeit einer Information erhalten kann. Ich könnte mir sicherlich vorstellen, daß es auch vom Gast sehr, sehr positiv aufgenommen würde, wenn er hier bereits Informationen für seinen Aufenthalt im steirischen Lande erhalten könnte. Denn wir haben ja hier nicht nur diese, wunderbaren Veranstaltungen, die heute schon aufgezählt worden sind, sondern wir haben eben auch die vielen, vielen Möglichkeiten des Sommerfremdenverkehrs in unserem steirischen Heimatland.

Wir haben alle Maßnahmen nicht mehr auf die Gegenwartssituation zu richten, sondern vor allen Dingen sind positive Zukunftsentwicklungen anzustreben, die man hier zeitgerecht setzen muß. Es ist auf Grund der vielen, auch privaten, sehr großen Investitionen für den Fremdenverkehr unbedingt notwendig, alle diese Interessen so aufeinander abzustimmen, daß sie sich auch optimal entwickeln können. Denn eine objektive Förderung durch ein Fremdenverkehrsgesetz des Landes Steiermark und eine möglichst gute Koordinierung der Investitionstätigkeit zwischen der Privatwirtschaft und der Kommunalwirtschaft, glaube ich, sind auch die Voraussetzungen für eine weitere günstige Entwicklung des Fremdenverkehrs. Sie haben nicht nur diese große wirtschaftliche Bedeutung für unser ganzes Land, für unser steirisches Land, für unseren Bezirk, sondern sie haben jetzt mit diesen Veranstaltungen, die hier durchgeführt werden, einen der wichtigsten Werbefaktoren überhaupt, den man erreichen kann. Es sind leider in den neuen Budgetansätzen gerade in jenen drei Punkten geringe Kürzungen vorhanden, wie zum Beispiel bei den Beiträgen an Gemeinden für fremdenverkehrsfördernde Maßnahmen, bei den Beiträgen für Errichtungen und Maßnahmen, die dem Fremdenverkehr dienen, und bei den Beiträgen an Fremdenverkehrsvereine überhaupt. Hier sind also leider geringe Kürzungen vorhanden. Trotzdem darf ich Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart, ersuchen, daß wir alles daransetzen müssen, gerade in diesen drei Punkten das bestmögliche überhaupt zu tun, um damit zu sichern, daß diese unermüdliche Arbeit der vielen Funktionäre, die sich privat so viel an Investitionen gerade hier auf dem Fremdenverkehr zugemutet haben, bestehen bleibt und daß hier das erreicht wird, was Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, in einer ihrer Aussendungen gesagt haben: daß die Steiermark und vor allen Dingen jener Bereich, um den es nun mit der Schiweltmeisterschaft geht, eben durch gezielte objektive Förderungen – und wir müssen auch das bestmögliche für diese Menschen in diesem Raum tun – in Zukunft das Auslagenstück des steirischen Fremdenverkehrs für ganz Österreich und für unser Land sein soll. Ich danke vielmals. (Allgemeiner Beifall!)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hammer das Wort.

Abg. Hammer: Frau Präsident, geschätzte Abgenote!

Ich habe es jetzt ein bißchen schwieriger. Ich habe nicht ein so komplexes Thema des Fremdenverkehrs zu behandeln, sondern ich habe mir drei Ansätze aus dem Fremdenverkehrsbudget herausgegriffen, die mir, aber auch vielen meiner Freunde sehr am Herzen liegen und mit denen Sie sicherlich auch schon etwas zu tun gehabt haben. Es geht um die Ansätze für die alpinen Vereine zur Erhaltung und für den Ausbau der Schutzhütten. Bedauerlicherweise ist in den letzten drei Jahren eine Halbierung der Subvention der alpinen Vereine für die Erhaltung ihrer Schutzhütten eingetreten. Man muß dabei bedenken, daß gerade diese Hütten sehr schwer zu erhalten sind, weil sie doch in exponierten Alpenlagen ihren Standort haben und deshalb den Witterungsunbilden besonders stark ausgesetzt sind und auch witterungsbedingt nur zeitlich begrenzt bewirtschaftet werden können, und Sie wissen alle selbst, wie es ist, wenn ein Haus leersteht, daß es dadurch nicht besser wird. Die Erhaltungsaufgaben für die alpinen Vereine sind deshalb um so schwieriger und um so komplexer. Man darf aber dabei nicht vergessen, daß gerade jetzt in unserer Zeit durch die Erhöhung des Tourismus sich immer mehr Personen dem Bergsteigen zuwenden, dem Wandern hingeben, weil sie es als einen natürlichen Ausgleich zur übrigen Belastung aus der Arbeitswelt her brauchen. Ich glaube, daß auch diese alpinen Vereine mit ihren Schutzhütten einen wesentlichen Beitrag für den Fremdenverkehr leisten.

Ich darf hier nur anführen: Die Naturfreunde betreiben in der Steiermark 36 Hütten, der Österreichische Alpenverein verzeichnete im letzten Jahr 75.530 Nächtigungen. Das sind doch Zahlen, die in dieser Angelegenheit für sich sprechen. Es werden 1864 Kilometer Wege in schwierigstem alpinen Gelände allein vom Alpenverein markiert und erhalten. Dazu kommen natürlich noch alle übrigen touristischen Vereine, die es in der Steiermark gibt, von denen mir die Zahlen leider derzeit nicht zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, man darf auch den idealistischen Einsatz nicht übersehen, den die Mitglieder dieser alpinen Vereine leisten, freiwillig und unentgeltlich, um alle diese Anlagen, die dem allgemeinen Fremdenverkehr, dem Tourismus dienen, zu erhalten. So haben allein die Naturfreunde mehr als 30.000 freiwillige Arbeitsstunden aufgebracht, um alle diese Anlagen im vergangenen Jahr zu erhalten. Und ich bin überzeugt davon, daß es in den anderen alpinen Vereinen genausoviel Idealismus gibt, um diese Dinge zu erhalten, weil es ja anders nicht möglich ist, als nur mit viel Idealismus, mit freiwilligem Einsatz die Mitglieder dazu zu bringen, um diese Dinge für die Allgemeinheit, die sie ganz einfach konsumiert und manches Mal auch nur sehr kritisch konsumiert, zu erhalten. Ich glaube, deshalb sollten wir uns bemühen, daß wir hier die Unterstützung für diese Vereine wieder etwas aufstocken. Von den Naturfreunden wurden allein 2,8 Millionen Schilling für den Ausbau ihrer Hütten aufgewendet. 2,2 Millionen Schilling kamen davon allein als Eigenmittel von den Ortsgruppen. Beim Alpenverein, der ja mehr Hütten in der Steiermark betreibt, waren es 5,830.000 Schilling, die für die Investition zur Erhaltung und für den Neubau von

Schutzhütten aufgewendet wurden. Das sind Leistungen, meine Damen und Herren, die sich zusammensetzen aus Mitgliedsbeiträgen, aus Spenden und natürlich dem Einsatz der Mitglieder, die sehr, sehr beachtlich sind. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß es sicherlich sehr überlegenswert wäre, wenn wir uns hier gemeinsam einmal Gedanken machen würden, und ich bitte Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, besonders Sie darum, ob wir nicht einmal ein Sonderprogramm für die Förderung, für den Ausbau der Schutzhütten der alpinen Vereine ins Leben rufen sollen. (Beifall bei der SPÖ.) Ein Förderungsprogramm, das allen zugute kommt und letzten Endes auch dem Fremdenverkehr dient.

Meine Damen und Herren, einem Kapitel möchte ich mich noch kurz zuwenden. Es wurde heute viel von den großen sportlichen Ereignissen in der Steiermark gesprochen, und ich darf vorweg bekennen, daß ich stolz bin darauf, daß diese Großveranstaltungen stattfinden werden, weil sie auch ihre Wirksamkeit im Fremdenverkehr haben werden. Es gibt einen Ansatz im Budget für die Erhaltung und den Ausbau von Sprungschanzen. Es war bisher üblich, daß dieses Budget, den Beschlüssen des steirischen Schiverbandes entsprechend, den einzelnen Organisationen zur Verfügung gestellt wurde. Im heurigen Jahr wurde für den Budgetansatz von 240.000 Schilling ein solcher Beschluß ebenfalls vom steirischen Schiverband gefaßt und davon 200.000 Schilling dem Werkssportverein Eisenerz zugesprochen, weil der Werkssportverein Eisenerz in der Eisenerzer Ramsau eine herrliche Natursprungschanze errichtet hat. Man weiß, daß gerade diese Region bemüht ist, den Fremdenverkehr aufzubauen, für den Fremdenverkehr etwas zu bieten, weil einfach die Naturlandschaft dafür vorhanden ist und aus der Wirtschaft die Arbeitsplätze zurückgehen, und man versucht, mit den Fremdenverkehrsbetrieben einen Ausgleich dafür zu schaffen. Es wurden aber heuer auf Grund der Notwendigkeit, daß für Murau noch Zusätzliches getan werden mußte, nur 100.000 Schilling dem Werkssportverein Eisenerz für diese Schanzenerrichtung zuerkannt. Ich verstehe das, weil es notwendig ist, in Murau die Weltmeisterschaft der Junioren im Schispringen entsprechend auszurichten. Ich habe heute vormittag mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart darüber gesprochen, und es freut mich, daß er die Zusage gemacht hat, diese Budgetpost im nächsten Jahr auszugleichen, und ich glaube ihm das, denn er weiß genau, wie die Situation in Eisenerz bestellt ist, wie schwierig wir es haben in dieser Region den Fremdenverkehr anzukurbeln, und ich glaube es, weil es im Interesse des Werkssportvereins, weil es im Interesse der Allgemeinheit liegt, und weil die Vereine sich durch solche Beschlüsse des steirischen Schiverbandes aufbauen müssen, ihre budgetären Möglichkeiten einschätzen müssen. Deshalb danke ich Ihnen, Herr Landeshauptmann, und ich würde mich sehr freuen, wenn Sie diese Entscheidung, die Sie mir heute vormittag so quasi unter vier Augen gemacht haben, in Ihrem Schlußwort noch einmal bekräftigen würden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Glück auf! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Das Wort hat nun Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart.

Landeshauptmannstellvertreter Wegart: Verehrte Damen und Herren, verehrte Frau Präsident!

Ich bin sehr dankbar für diese Diskussion um das Kapitel Fremdenverkehr. Darf ich zu den Schwerpunkten, die von den einzelnen Rednern aufgezeigt wurden, Stellung nehmen. Ich möchte daher gleich einmal zunächst bei folgendem einsetzen, weil es – glaube ich – der wesentlichste Schwerpunkt überhaupt ist, das ist das Fremdenverkehrsgesetz, zu dem alle Redner übereinstimmend Stellung genommen haben. Ich bin da, glaube ich, noch eine Antwort schuldig. Wir sind nicht das letzte Bundesland, das sich nun an ein Fremdenverkehrsgesetz heranpirscht (Abg. Brandl: „Das vorletzte!“), auch nicht das vorletzte. (Abg. Brandl: „Das vorvorletzte!“) Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß so ein bedeutendes Fremdenverkehrsland wie das Bundesland Salzburg auch noch nicht im Besitz eines solchen Gesetzes ist. Nur so nebenbei bemerkt. (Abg. Brandl: „Ein neues bekommen sie, aber sie haben eines!“) Aber mir geht es nicht um diese Polemik, wer es schon hat und wer es noch nicht hat. Ich kann Ihnen eine sehr deutliche Begründung sagen, warum wir uns so lange damit Zeit gelassen haben. (Abg. Hammerl: „Das wissen wir!“) Das erste: Sie dürfen nicht vergessen, daß der steirische Fremdenverkehr in den sechziger Jahren in Wahrheit erst Fuß gefaßt hat. Wir haben vieles aufzuholen gehabt, und es war damals meine Überlegung, ein Vorhaben nicht mit gesetzlichen Fesseln zu belegen. Das war die erste Philosophie. Die zweite, das sage ich auch in allem Freimut, nicht zusätzlich Belastungen aufzubauen. Das waren die zwei entscheidenden Beweggründe. Der Beweggrund eins ist mittlerweile weggefallen, und da lassen Sie mich auch bei dieser Gelegenheit, weil das mit dazugehört, noch etwas bemerken, das glaube ich in unserer gesamten Diskussion viel zu wenig aufgezeigt wird. Meine Damen und Herren, würde unser Bundesland an den großen Verkehrsströmen aus Zentraleuropa liegen, ich verweise vor allem auf Vorarlberg, Tirol und Salzburg und mittlerweile auch auf Kärnten, dann würde unsere Situation von vornherein nicht nur im Tourismus, sondern selbstverständlich in allen übrigen Wirtschaftszweigen eindeutig anders dastehen. Was ist denn das Problem der Mürz- und Murfurche? Die Standortlage und nichts anderes. Da brauchen wir uns gegenseitig nichts vormachen. Wir sind in eine Randlage geraten, aber diese Randlage ist ja nicht 1971 oder 1980 entstanden, sondern diese Randlage ist durch die Grenzziehung des Ersten Weltkrieges entstanden, durch die Folgen des Ersten Weltkrieges. Diese Randlage wurde verschärft und verschlimmert durch die politische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg in unseren südöstlichen Staaten. Wir sind ja buchstäblich als Bundesland an der Mauer gestanden. Ich sage es Ihnen als ein Grenzgänger: so oft ich in den sechziger und auch in den siebziger Jahren jemanden bei der Hand genommen und gesagt habe: „Probieren wir etwas in Radkersburg.“ Wenn ich dann mit dem und dem Auto heruntergefahren bin und knapp vor Radkersburg gesagt habe: „Sehen Sie, das Schloß da drüben gehört schon zu Jugoslawien“, hat es ihn gezuckt, als würde dort eine Kanone oder Rakete stehen und jeden Augenblick Radkersburg belegen. Wir sind in die Stadt gegangen, er hat das alles wunderbar gefunden, aber es hat ihn sozusagen diese

Grenznähe gestört. Das ist unser Problem gewesen, das ist unser Problem auch heute. (Abg. Ing. Turek: „Wieder!“) Meine Damen und Herren, machen wir uns da nichts vor. Das ist eine der Tragödien, mit der wir nicht fertig werden.

Daher glaube ich, das möchte ich vor allem deshalb so deutlich betonen, ist der Erfolg, den wir im Tourismus in unserem Bundesland erzielt haben, um so höher zu bewerten. Denn wenn wir nicht in jener Randlage wären, dann hätten wir wahrscheinlich auch Ergebnisse, die etwa Salzburg oder Tirol erreicht haben. Ich bin deshalb allen Rednern dankbar, weil eine Diskussion soll ja nicht Honigtöpfe auf das Rednerpult stellen, sondern da soll man die Dinge sagen wie sie sind. Ich bin sehr dankbar, daß das heute aufgezeigt worden ist, daß wir ein immerhin beachtliches Ergebnis erzielt haben, aber ich möchte hinzufügen als Referent und aus der Kenntnis einer langjährigen Tätigkeit: Der Erfolg ist deshalb um so höher zu bewerten, weil wir ihn gerade auch angesichts unserer Randlage errungen haben. Das ist mit ein Grund, meine Damen und Herren, daß wir endlich an einen zentraleuropäischen Verkehrsstrang angeschlossen werden. Das Ringen um die Pyhrnautobahn gehört in diese Kategorie. Es ist nicht von ungefähr, daß das Land und die Landesregierung 1,5 Milliarden Schilling auf den Tisch legen. Man muß diese Zahl wiederholen. Es ist ja nicht von ungefähr, daß das Land und die Landesregierung 1,5 Milliarden Schilling auf den Tisch legen, damit wir in diese Transversale eingebunden werden. Ich sage Ihnen eines: Nach meinem Dafürhalten ist das die Lebensfrage unseres Bundeslandes für das nächste und übernächste Jahrzehnt. Das ist in Wahrheit die Lebensfrage. Denn von woher können wir wirtschaftlich aufrüsten und gestärkt werden? Natürlich aus Zentraleuropa! Daher – glaube ich – können wir auch zu dem Vorgang, daß wir 1,5 Milliarden Schilling, obwohl das nicht unsere Aufgabe ist, für den Autobahnbau und allem voran für die Pyhrnautobahn und in gleichem Umfang – das möchte ich betonen – auch für die Südautobahn aus Landesmitteln zur Verfügung stellen, eindeutig ja sagen. Das ist ein schweres und ein großes Opfer, aber ich glaube, das ist ein weitschauendes Opfer. Weil ich glaube, wenn wir unsere Verkehrsgeographie regeln können, dann werden wir im Gefolge damit auch viele Probleme – nicht nur des Fremdenverkehrs – selbstverständlich auch im industriellen Bereich, ebenso regeln können. Das ist eine ziemlich eindeutige und klare Frage.

Daher zum Fremdenverkehrsgesetz: Ich glaube, man muß auch sagen, wenn das Fremdenverkehrsgesetz wirklich so ein Wundermittel wäre, bitte, dann möchte ich den Kritikern sagen, trauen Sie mir zumindest so viel Erfahrung in dem Aufgabenbereich zu, dann hätte ich von dem Wundermittel schon früher Gebrauch gemacht. Über so viel Einfluß hätte ich sogar verfügt. Das heißt, ein Wundermittel ist es sicher nicht. Es ist angesichts einer Entwicklung, in der wir uns befinden, der Versuch, neue Mittel zu erschließen. Das ist im Klartext die Ursache und nichts anderes. Da muß man auch ehrlich sein, denn alle die, die heute jubeln, von denen hoffe ich, daß sie dann auch mit mir jubeln, wenn das Gesetz beschlossen ist und wenn es exekutiert wird. Das ist sozusagen dann die Kehrseite der Medaille. Ich bin froh, daß es eine so einhellige

Meinung gibt und bin vor allem dem Kammeramtsdirektor der Kammer der gewerblichen Wirtschaft sehr dankbar, daß er auch hier vor dem Hohen Hause zusagt, daß wir im Anhörungsverfahren mit einer positiven Stellungnahme rechnen dürfen. Ich bin sehr froh über diese Feststellung.

Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist einmal zunächst zum Fremdenverkehrsgesetz zu sagen. Ich möchte aber, weil der Herr Abgeordnete Brandl sehr temperamentvoll und mit Kenntnis der Materie ausgestattet war, auch noch etwas anderes sagen: nämlich zur Frage, wie schaut es mit der Bettenkapazität aus und zur Frage, worin liegt denn eigentlich unsere Krisenfestigkeit. Die Krisenfestigkeit nicht nur in der Steiermark, sondern im gesamtösterreichischen Tourismus ist darin zu sehen, daß wir ganz konsequent – und da haben wir eine Philosophie verfolgt – den Familienbetrieb in den Mittelpunkt unserer Förderung gestellt haben. Es ist unvermeidlich, daß es da und dort auch einen Großbetrieb gibt. Darunter verstehe ich einen Betrieb mit 200, 300 und 400 Betten. Aber, der Familienbetrieb ist, das zeigt die gegenwärtige Entwicklung, und das, was auf uns zukommt, wird es uns bestätigen, jedenfalls krisenfest, überschaubar und hinsichtlich der individuellen Betreuung des Gastes durch nichts und durch niemanden zu ersetzen. Wir werden diese Philosophie beibehalten. Das zum Familienbetrieb.

Und jetzt zur Frage der Preisdisziplin: Weil – ich glaube, das soll man nicht überhören – gesagt wurde, es könnten dort, wo es eine so enorme Großveranstaltung, wie etwa die alpinen Schiweltmeisterschaften in Schladming, gibt, Goldgräbermentalitäten entstehen, möchte ich sagen: Meine Damen und Herren, man muß der Region zuerkennen, daß sie nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch jetzt – und ich kann das sehr genau beurteilen, weil wir das aufmerksam verfolgen – vorbildliche Disziplin geübt hat. Wir haben es ihnen auch sehr offen bei jeder passenden und sogar unpassenden Gelegenheit gesagt: Die Weltmeisterschaft ist das eine, aber nachher werden Sie unter anderen Voraussetzungen leben müssen, und das ist das andere. Wenn Sie sich an diese Ordnung halten, dann werden Sie Erfolg haben. Wenn Sie aber sozusagen mit dem Nepp beginnen, dann sägen Sie sich den Ast ab, auf dem Sie selber oben sitzen. Ich glaube, die Schladminger haben das verstanden, und wir wollen ihnen das auch unter allen Umständen zuerkennen, weil das nach meinem Dafürhalten ein wichtiger Vorgang ist.

Und nun, meine Damen und Herren, zum Herrn Abgeordneten Ofner: Lieber Herr Abgeordneter Ofner, ich möchte Ihnen vielleicht einmal zunächst zur Frage des Bezirkes ein Wort sagen. Der Bezirk Murau ist gegenwärtig an dritter Stelle in der Übernachtungskapazität steirischer Bezirke: Liezen, Hartberg, Murau. Es ist nicht auszuschließen, daß er auf Grund der Tendenz, die im Bezirk zu beobachten ist, wahrscheinlich im nächsten Fremdenverkehrsjahr an der zweiten Stelle liegen wird. Ich möchte Ihnen vielleicht mitteilen, daß etwa eine Gemeinde wie St. Georgen/St. Lorenzen die erste Gemeinde des Bezirkes ist, die im letzten Fremdenverkehrsjahr unter die 100.000-Übernachtungs-Gemeinden aufgerückt ist. Innerhalb von kaum fünf Jahren von etwa 15.000 Übernachtungen

auf 105.000. Ich möchte Ihnen sagen, daß etwa die Gemeinde Predlitz-Turrach einen steilen Aufstieg genommen hat. Ich möchte Ihnen sagen, daß wir Sankt Lambrecht, die Grebenzen erschlossen haben. Ich möchte Ihnen sagen, daß wir das Lachtal entscheidend mitgefördert haben, St. Peter am Kammersberg, um nur Beispiele zu nennen. Sie haben dann eine Bemerkung gemacht, und mit dieser soll ich mich – glaube ich – auseinandersetzen. Ich bin gerne bereit, in meiner unnachahmlichen Güte, den Mantel der christlichen Nächstenliebe auszubreiten. Mit der Bemerkung, daß wir angeblich parteipolitisch fördern. Ich habe mir während Ihrer Ausführungen die Mühe gemacht, Ihnen ein schriftliches Adressenmaterial zur Verfügung zu stellen. Das sind Kollegen Ihrer Fraktion als Bürgermeister, und zwar – ich zähle sie Ihnen jetzt auf: St. Gallen, Bad Aussee, Altaussee, Tauplitz, Trieben, Hohentauern, St. Lambrecht, Treglwang, Wald am Schoberpaß, Spital am Semmering, Deutschlandsberg, Mürrzusschlag, Krieglach, Mürrzsteg, Neuberg, Altenberg, Eisenerz, Vordernberg, Breitenau, Bad Gams. Ich erhebe keinen Anspruch, vollständig gewesen zu sein. Ich will nur sagen, das sind alles Bürgermeister, mit denen ich im besten Einvernehmen lebe, die Stammgäste in meinem Büro sind (Abg. Kohlhammer: „Weil sie nichts bekommen!“) und die genau wissen, wenn sie etwas brauchen, wo sie hingehen sollen.

Ich sage es nur, vielleicht ist das ein Lernprozeß auch für Sie in diesem Zusammenhang, weil man nicht Behauptungen aufstellen soll, wenn man sie nicht eindeutig belegen kann. Auf dem Gebiet höre ich ausnahmsweise etwas kritischer. Ich sage das nur, und ich stelle Ihnen diese Liste zur Verfügung.

Aber, noch ein Wort auch. Ich glaube, ein junger Abgeordneter kann ja immer lernen. Folgendes: Sie sagen, Sie sind abgeschlossen. Darf ich Ihnen eines sagen: Der größte Fortschritt, der im Bezirk Murau in den letzten Jahren zu verzeichnen war, ist auf folgenden Umstand zurückzuführen: Nicht nur auf den Fleiß, auf das Geschick und alles, was dort geschehen ist – man hat wirklich Hand angelegt –, sondern daß wir an einem Ast der Tauernautobahn sitzen, und daß wir – ich habe eigens der Abteilung den Auftrag gegeben, und ich stelle Ihnen auch den Prospekt zur Verfügung – eine Verkehrsspinne für das Ennstal und für das obere Murtal in der Bundesrepublik aufgelegt haben, und ich sage Ihnen, das hat wie eine Bombe eingeschlagen. Die Leute fahren jetzt nämlich über die Tauernautobahn herein in die Dachstein-Tauern-Region und herein in das obere Murtal. Das ist schon eine der Chancen, die wir selbstverständlich nützen wollen. Ich glaube, daß das in diesem Zusammenhang zweifelsohne auch mit der Grund für den Fortschritt ist. Und was bitte nun Ihr Anliegen anlangt wegen einer Werbung für die nordischen Juniorenweltmeisterschaften, da darf ich Ihnen folgendes sagen: Wir haben bisher, mit Ausnahme von 700.000 Schilling, die das Unterrichtsministerium bisher für diese Weltmeisterschaft zur Verfügung gestellt hat, alles aus Landesmitteln berappt und werden auch weiter aus Landesmitteln die Durchführung dieser Veranstaltung berappen. Ich möchte das auch bei der Gelegenheit sagen. Ohne daß ich jetzt jemanden sozusagen ankrätze, sondern so wertvoll ist uns diese Veranstaltung, obwohl – und auch das muß gesagt werden – eine nordische Diszi-

plin - ob wir das wahrhaben wollen oder nicht - natürlich nicht den Publikumscharakter hat wie eine alpine. Daher haben wir in der Frage unsere Überlegungen angestellt, wieviel wir noch und was wir werbemäßig tun sollen, und da ist einiges zusätzlich im Gange, weil ich glaube, daß gerade auch diese Sache bei einer solchen Gelegenheit nicht übersehen werden soll.

Und nun zur Frage des Herrn Abgeordneten Hammer: Geschätzter Herr Kollege, darf ich zur Förderung der alpinen Vereine folgendes sagen: Wir haben nicht nur aus dieser Haushaltsstelle, sondern aus übrigen Haushaltsstellen des Fremdenverkehrsreferates alpine Vereine zusätzlich gefördert. Und zwar Alpenverein, Naturfreunde, Touristenverein und was es da noch an Organisationen gibt, und ich werde das auch künftighin so halten, weil mir die Tätigkeit der alpinen Vereine, das sage ich Ihnen auch, ein Herzensanliegen ist, nicht nur hinsichtlich der Bedeutung für den Tourismus, sondern in der Bedeutung, daß wieder mehr Menschen in die Natur zurückgeführt werden, und da leisten die alpinen Vereine Pionierdienst. Deshalb werden sie auch zusätzlich gefördert. Ich möchte das ganz besonders anerkennen und hervorheben, abgesehen davon, daß sich die Übernachtungsfrequenzen in der Steiermark hinsichtlich der alpinen Vereine sehen lassen können. Auch das muß man sagen. Was die Sprungchance anlangt, so darf ich auch von dieser Stelle aus wiederholen, daß ich selbstverständlich das gutmache, wir haben es für heuer nur umgeschichtet mit Rücksicht auf die nordischen Juniorenmeisterschaften in Murau, weil die ein bißchen unter Druck stehen, und daher können wir 1982 diese Wiedergutmachung betreiben, da brauchen Sie sich - glaube ich - keine Sorgen machen.

Nun, meine Damen und Herren, noch einen Satz, und damit bin ich bereits am Ende. Wir haben im Fremdenverkehrsjahr 1980/81 die runde Summe von 9,5 Millionen Übernachtungen erreicht, wieder einen kleinen Zuwachs, obwohl die Konkurrenz im Inland und in aller Welt enorm größer wurde und obwohl, und das möchte ich abschließend vermerken, die wirtschaftlichen Probleme in unseren Herkunftsländern mittlerweile auch den Tourismus zu beeinflussen beginnen. Es gibt eine Umfrage des Arbeitskreises Tourismus am Starnberger See. Es werden im nächsten Jahr nach dieser Umfrage 2,5 Millionen Bundesbürger weniger ins Ausland fahren. Davon wird Österreich naturgemäß betroffen sein. Da soll man sich keiner Täuschung hingeben. Ich bin froh, daß wir unsere Struktur nicht zu einer Monokultur aufgebaut haben, sondern wir sind das Bundesland, das etwa gegenwärtig 55 Prozent inländische Gäste hat und 45 Prozent ausländische Gäste. Schwerpunktmäßig die Bundesrepublik, aber wir haben mittlerweile Gäste aus dem slowenischen und kroatischen Raum heraufbekommen, wir haben einen sehr starken Durchbruch in Holland erzielt, und wir sind dabei, nun auch Belgien und die skandinavischen Länder anzuzapfen. Das heißt, hier ist also auch eine Bewegung im Gange. Daher kommt gerade den alpinen Weltmeisterschaften eine so enorme Bedeutung für die Werbung zugunsten unseres Bundeslandes zu, denn mittlerweile wissen wir, daß etwa 40 Fernsehstationen, 67 Rundfunkstationen, für alle Meisterschaften übrigen, und mehr als

2000 Journalisten unser Land in den nächsten drei Monaten besuchen werden. Welche enorme Werbekraft das für die Steiermark hat, das können wir, glaube ich, heute im Augenblick überhaupt noch gar nicht absehen. Das, glaube ich, ist auch mit ein Grund, daß wir diese Weltmeisterschaften und Veranstaltungen so stark unter unsere Fittiche genommen haben. Ich möchte gerade in dieser Frage sehr herzlich danken - es ist nicht immer einfach, und das möchte ich bei der Gelegenheit vermerken -, es wird unentwegt, nicht nur in der Fremdenverkehrspolitik, sondern auch woanders nach Schwerpunkten gerufen. Wenn man dann so einen Schwerpunkt macht wie in Schladming, dann heißt es; warum gerade dort. Es ist jeder für einen Schwerpunkt, wenn er bei ihm stattfindet. Findet er beim Nachbarn statt, dann ist er im Regelfall schon falsch. Das ist ein Schwerpunkt, und zwar ein Schwerpunkt, von dem wir - glaube ich - für die Zukunft doch einiges Bedeutsames ablesen können. Denn ich könnte am Schluß mit Genugtuung eine Vermerkung machen. Wir haben eine Reihe von Problemen, sollen wir nicht bestreiten und unter den Teppich kehren. Aber, meine Damen und Herren, und das möchte ich Ihnen am Schluß sagen: Ich gehöre einer Generation an, der in den Rucksack des Lebens Unmögliches eingepackt wurde. Ich habe bewußt die dreißiger Jahre erlebt, die Not und das Elend der damaligen Zeit. Die Jungen können sich das gar nicht vorstellen, wie es damals war, und der, der es erlebt hat, für den ist es nichts als die Auffrischung einer bösen Erinnerung. Ich habe erlebt den politischen Ausbruch von Leidenschaften von damals, ich habe sie als Halbwüchsiger mitgemacht, auch das können wir uns nicht mehr vorstellen. Lesen Sie die Protokolle der Landtagssitzungen der Jahre 1931 und 1932, wie es da zugegangen ist, dann werden Sie verstehen, was ich damit sagen will. Seinen Höhepunkt hatte es, als wir 1934 zweimal aufeinander geschossen haben. Ich habe erlebt, wie dieses Land von der Landkarte verschwunden ist, und als ich ein junger Mann war, hat man mir ein Gewehr in die Hand gedrückt und mich in den Krieg geschickt. Dann hatte ich das Glück, nach sechs Jahren Krieg aus der Gefangenschaft Ende Juli heimzukommen. Aber als ich am 28. Juli 1945 in meine Heimatstadt Radkersburg kam, was habe ich vorgefunden? Eine zerbombte, eine zerschossene und eine ausgeplünderte Stadt. Ich sage Ihnen, da ging unter uns Heimkehrern ein bitteres und ein grausames Wort um: Was sollen wir hier anfangen? Am besten sei es, das, was übriggeblieben ist, zusammenzupacken und auszuwandern. Das war unsere seelische Grundstimmung von damals. Dann haben wir aber gesagt: Schlimmer kann es nicht werden, fangen wir wieder von vorne an. Wie diese Generation so oft von vorne anfangen mußte. Wenn ich den Sprung in diese Tage mache, wenn man dann so nebenbei hört, daß gegenwärtig auf dem Planeten, auf dem wir leben, pro Minute 2 Millionen Dollar oder 35 Millionen Schilling für Rüstung ausgegeben werden, wenn man hört, daß der 2. Weltkrieg 52 Millionen Tote gekostet hat, aber daß im Jahre 1980 55 Millionen Tote auf dem Planeten durch Hunger zugrunde gegangen sind. Wenn man dann gleichzeitig hört, daß wir gegenwärtig pro Kopf und Tag mehr Lebensmittel in den Abfallkübel werfen, als der Lebensmittelaufwurf im Jahre 1947 pro Kopf und Tag bei einer 800-Kalorien-Basis betragen hat, dann wage ich jetzt die Feststellung: Wie klein

sind in Wahrheit die Probleme, denen wir jetzt gegenüberstehen im Verhältnis zu dem, was diese Generation erlebt hat. Ich will nur relativieren, weil ich auch sagen möchte: So wie wir es zustande gebracht haben vor einer Generation und auch andere, so glaube ich, werden es auch wir zustande bringen, wenn wir ein Gesetz beachten, das in kritischen Dingen beachtet wurde, daß wir es versuchen miteinander und füreinander. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Wir kommen nun zum dritten und somit zum letzten Teil der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung. Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Stoisser. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu so später Stunde noch Betrachtungen über die wirtschaftliche Lage der Steiermark von der Sicht der Wirtschaft oder der Unternehmungen her! Wie ist nun die Situation in der Steiermark? Wir haben die alten Industriegebiete in der Mürz-Mur-Furche mit 62.000 Arbeitnehmern in diesen Bezirken. Davon sind etwa 32.000 in der verstaatlichten Industrie. Ungünstig ist das Verhältnis hier in der Steiermark zwischen Grundstoffindustrie und Finalindustrie. Es beträgt hier nämlich 4 : 1 gegenüber 2 : 3 in Gesamtösterreich, es ist also sechsmal so groß, daher auch die großen Probleme. Dazu kommt noch, daß europaweit in den nächsten Jahren um über 100 Millionen Tonnen Stahlkapazität zuviel ist. Wirtschaftsexperten wie Dipl.-Kfm. Geltner vom Wirtschaftsforschungsinstitut und Prof. Tüch von der Universität Graz nennen übereinstimmend aber auch noch folgende gravierende Schwächen. Es sind zuviel Großstrukturen und zuwenig Klein- und Mittelbetriebe dort oben. Es ist eine einseitige Qualifikation der Arbeitskräfte und ein zu hohes Lohnniveau und zuwenig Investitionsbereitschaft und eine zu geringe Produktivität. Die Lösung bestünde in der Ansiedlung von Klein- und Mittelbetrieben, die flexibel und innovationsfreudig sind. Demgegenüber haben wir die Agrargebiete und hier vor allen Dingen das Grenzland. Da haben wir sehr viele innersteirische Pendler, die über ihren politischen Bezirk hinaus pendeln, und zwar sind das zur Zeit 92.000 Personen. Die Zahl der Pendler, welche in andere Bundesländer zur Arbeit fahren, erhöhte sich gegenüber 1977 von 10.600 auf 21.000, sie hatte sich also beinahe verdoppelt. Im Grenzgebiet wirken sich zur Zeit auch die restriktiven Zollbestimmungen der Jugoslawischen Republik aus, die den Handelsverkehr, der in den letzten Jahren ausgezeichnet funktionierte, fast auf Null reduzierten. Es sind auch hier einige hundert Arbeitsplätze in Gefahr. Über ein Viertel aller unselbständig Erwerbstätigen in der Steiermark sind in irgendeiner Form Pendler, und es wurde heute schon darauf hingewiesen, daß die Lösung eigentlich die wäre, Betriebe zu den Menschen zu bringen und nicht die Menschen in andere Bundesländer zu schicken. Entsprechend hat sich auch der Arbeitsmarkt entwickelt. In den letzten Jahren verringerte sich die Erneuerungsfähigkeit der steirischen Wirtschaft. Bis 1978 haben sich in der Steiermark immer mehr neue Arbeitsplätze entwickelt als verloren gegangen sind, und wir waren damit an der Spitze. Seit 1978 ist es umgekehrt, und es sind etwa

700 Arbeitsplätze verloren gegangen. Als Vergleich dazu wurden in Oberösterreich in der selben Zeit etwa 750 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß etwa die Hälfte der Jugend, die in die Arbeit eintritt, diese nicht in der Steiermark findet, sondern außerhalb unseres Bundeslandes Arbeit suchen muß. Entsprechend sind auch die Zahlen der Arbeitslosigkeit leider Gottes schon sehr hoch, und im November ist die Zahl der Arbeitslosen bereits auf 15.056 gestiegen, das entspricht einem Arbeitslosenanteil von 3,7 Prozent der Beschäftigten. Das sind 45,8 Prozent mehr als im Jahre 1980. Entgegengesetzt dazu entwickelt sich die Situation bei den offenen Stellen. Hier sind wir auf 1852 abgesunken gegenüber 3026 im Vorjahr. Jetzt rechnet man noch mit einem weiteren Abgang von 5000 Menschen in der Schwerindustrie, die sicherlich sehr schwer in der Dienstleistung unterzubringen sind. Demgegenüber sind in Wien – das wurde heute schon erwähnt – 120.000 bis 150.000 offene Arbeitsplätze.

Dazu kommt auch noch die Situation bei den Insolvenzen. Die Insolvenzen sind heuer in Österreich in den ersten drei Quartalen auf 1108 angestiegen gegenüber 890 im Jahr 1980. Mangels Masse mußten 1011 abgewiesen werden. Voriges Jahr waren das auch nur 872. Hievon wurden heuer 14.200 Arbeitnehmer betroffen gegenüber 7400 im Vorjahr. Diese Zahl hat sich also beinahe verdoppelt. Man schätzt nun die Insolvenzen bis zum Jahresende auf 1400 Fälle mit 16 Milliarden Schilling Schulden. Das entspricht in etwa der Produktionskraft der verstaatlichten Industrie in der Steiermark pro Jahr. Nur, damit man sich vorstellt, wieviel Schaden hier der Volkswirtschaft durch Insolvenzen erwächst: In dieser Insolvenzenliste liegt die Steiermark nach Wien und Niederösterreich an dritter Stelle mit 146 Insolvenzen in diesem Jahr. Zu dieser Situation schreibt der Kreditschutzverband von 1870: „Wenn von staatlicher Seite die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Unternehmungen verbessert würden und der Wirtschaft endlich keine weiteren Belastungen aufgebürdet werden, dann könnte auch die Subventionspolitik, die ja sehr oft Marktmechanismen nicht beachtet, eingeschränkt werden. Und das würde dem Bundesbudget sicherlich und auch den anderen Budgets der öffentlichen Körperschaften sehr zugute kommen.“ Dem habe ich eigentlich nichts hinzuzufügen.

Noch einige Worte zur verstaatlichten Industrie: In der Hütte Donawitz soll bis 1984 die Belegschaft um 1200 reduziert werden, wobei in Pension gehende und austretende Arbeitnehmer nicht mehr ersetzt werden sollen. Dazu bringe ich nur einen Gedanken, den man einmal bei einem Pressegespräch aufgeworfen hatte. Was geschieht eigentlich mit den 15-, 16- und 17-jährigen, die in der Obersteiermark keine Chance haben irgendwo unterzukommen. Betrachten wir uns einmal diese Jahrgänge, die Ende der fünfziger Jahre und Anfang der sechziger Jahre geboren sind. Sie hatten keine Kindergartenplätze, da wir damals noch zuwenig hatten, waren in überfüllten Volks- und Hauptschulen, mußten sich dann um Lehrplätze raufen und rangeln, und die Älteren davon sind jetzt diejenigen, wenn Arbeitskräfte freigesetzt werden, die als erste ihre Arbeitsplätze – wenn sie ihre Lehre beendet haben – verlieren. Diejenigen dieser Jahrgänge, die studieren,

kommen sicherlich in die Masse der Absolventen der hohen Schulen und werden dann das akademische Proletariat bilden. Und sollten sie dann einmal zur Pension kommen, werden hinter ihnen die schwachen Jahrgänge sein, die für sie die Pensionen nicht mehr bezahlen werden können. Das nur so am Rande.

Bis 1984 hofft man in Donawitz auf eine Verbesserung des Ergebnisses von 1,2 Milliarden. Heuer hat man, laut „Neue Zeit“, ein Defizit von 1,8 Milliarden Schilling zu erwarten. Krieglach und Kindberg erwarten laut Apfalter ab nächstem Jahr wieder Gewinne. Bei VEW sind heuer 2 Milliarden Schilling Verlust. In den letzten 14 Monaten ist auch dort der Belegschaftsstand von rund 19.500 auf 17.100 gesunken und sollte noch weiter auf 16.000 sinken. Das sind erschütternde Zahlen für uns.

Dagegen doch einige Erfolgsmeldungen, damit unser Optimismus nicht wegschmilzt. Kapsch startet 1982 in den ehemaligen Weichl-Hallen in Fürstenfeld die Produktion von Panzerfunkgeräten. Die Errichtung des 200.000-Jahrestonnen-Sulfatzellstoffwerkes in Pöls ist nun auch gesichert. Auch hier hat das Land Steiermark einen wesentlichen Anteil. Das VÖEST-AMI-Werk ist auch eine sehr positive Sache, bei der sich die verstaatlichte Industrie wirklich in die richtige Richtung entwickelt. Die Glasveredelung in Eisenerz soll nun auch in die Wege geleitet werden und Verbundglas, Sicherheitsscheiben für Autos und für die Bauwirtschaft bringen.

Nun zur Investitionsförderung der öffentlichen Körperschaften. Zuerst vom Bund her einen kleinen Überblick über das Budget und was da für die Wirtschaft drinnen ist. Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat in seinem jüngsten Monatsbericht festgestellt, daß der überproportionale Anstieg des Finanzschuldenaufwandes und die gestiegenen Sozialausgaben im Budget 1982 vor allen Dingen zu Lasten der Ausgaben für die Investitionen und Investitionsförderung gehen. So steigen die Finanzschulden enorm an und betragen bereits 15,2 Prozent vom Budget. Eine Steigerung von 20,2 Prozent gegenüber 1981. Die Sozialausgaben haben ebenfalls eine Steigerung von 14 Prozent, die Investitionen steigen hingegen nominell nur um 2,6 Prozent, was einen realen Rückgang bedeutet. Die Investitionsförderung hingegen sinkt sogar um ein Drittel ab. Von 14,4 Milliarden im Vorjahr auf 9,3 Milliarden Schilling im Jahr 1982. Das bedeutet, daß von den Investitionen des Budgets ja überhaupt keine konjunkturbelebende Wirkung ausgehen kann, was vor allen Dingen die Bauwirtschaft betrifft. Dazu kommt noch das Abgabenänderungsgesetz. Hier hat der Herr Finanzminister Salcher die vorzeitige Abschreibung von 50 auf 40 Prozent reduziert. Die derzeitige Wirtschaftssituation würde eigentlich eine Erhöhung verlangen. Die Deutsche Bundesrepublik, Belgien, die Niederlande und etliche andere Staaten haben in diesem Jahr diese Art der Wirtschaftsförderung erhöht, nur in Österreich wurden diese Sätze – mir unverständlich – vermindert. Wir Abgeordneten der Volkspartei haben einen Antrag eingebracht, daß man die vorzeitige AFA zumindest für die Steiermark, als ein Gebiet, wo die Wirtschaft besonders hart betroffen ist, auf 60 Prozent erhöht. Völlig unverständlich ist es mir, daß man die vorzeitige AFA für Bauten, für nichtbewegliche Wirtschaftsgüter völlig gestrichen hat und erst jetzt, bei den

Gipfelgesprächen zwischen dem Bundeskanzler und Bauunternehmern und der Baugewerkschaft, konnte diese Maßnahme wieder rückgängig gemacht werden. Daß man in einer derartigen Situation wie jetzt auf solche Ideen kommt, ist mir unverständlich. Es ist in dieser Situation ein Erfolg, daß eine Expertenkommission, von beiden Parteien beschickt, einen Vorschlag ausgearbeitet hat, der zu einer Parteienvereinbarung führte, wovon auch viele Teile gestern und heute schon in Wien im Nationalrat beschlossen wurden. Es wurden hier Investitionsabsetzbeträge geschaffen, das heißt, daß man bis zu 7 Prozent des jährlichen Anschaffungsvolumens von der Steuer absetzen kann, und zwar von der Vermögens-, Einkommens-, Körperschafts- und Gewerbesteuer. Das soll vor allen Dingen den kleinen Betrieben, die so um die 100.000, 200.000, 250.000 Schilling Betriebserfolg im Jahr haben, besonders helfen und soll günstiger sein, als die vorzeitige AFA. Ich freue mich, daß man zumindest hier eine Einigung finden konnte, die den kleineren und mittleren Betrieben zugute kommt. Wenn man nun weiß, daß das nahezu drei Viertel der österreichischen Unternehmer sind, ist das doch eine sehr weite Streuung. Eine weitere Belastung trifft nun vor allen Dingen das Gewerbe durch die von Jahr zu Jahr steigende Arbeiterabfertigung. Hier haben wir durch die Handelskammer und den Verein für praktische Betriebsberatung eine Untersuchung gestartet, deren Ergebnis noch nicht zur Gänze vorliegt, nur zwei Zahlen davon: Jeder dritte Betrieb ist nicht in der Lage, die anfallende Arbeiterabfertigung im Jahre 1984, wenn sie zu 100 Prozent fällig ist, aus dem Ertrag zu bezahlen. Jeder vierte Betrieb ist auch nicht in der Lage, nach Auflösung seiner Substanz das zu bezahlen. Das sind erschütternde Zahlen. Wenn man dann noch weiterrechnet, daß die Unternehmungen 97 Prozent der Staatseinnahmen entrichten oder ohne Entgelt einheben und dem Staat abliefern müssen, weiß man, welche Belastung hier für die Unternehmungen vorhanden sind. Kollege Schilcher hat heute gesagt, daß es rund 300.000 Paragraphen gibt von Bundesgesetzen und etwa ebensoviel von Landesgesetzen. Irgendwo ist man immer wieder vom Wissen um diese Paragraphen abhängig, um nicht Fehler bei der Abgabe der Steuern zu machen und um nicht in ein Strafverfahren hineinzukommen. Ich möchte in diesem Falle an die Zeit zurückdenken, als Raab-Kamitz eine neue Wirtschaftspolitik in Österreich eingeführt haben. Das war in den fünfziger Jahren, wo man eben mit der vorzeitigen Abschreibung die Wirtschaft angekurbelt hat und die soziale Marktwirtschaft, Inflation und Arbeitslosigkeit in den Griff bekommen hat. Damals wurden auch die Einkommensteuertarife mehrmals, aber auch wirksam, korrigiert, und die indirekte Investitionsförderung, wie schon gesagt, war damals meiner Meinung nach das Mittel, das diesen Aufschwung herbeigeführt hat. Es wurden auch damals die sozialen Leistungen wesentlich erhöht, und ich möchte nur erinnern, daß zur damaligen Zeit der Familienlastenausgleichsfonds eingeführt wurde.

Nun zu den Maßnahmen des Landes, die hier doch einen gewissen Ausgleich gegen die wenig wirtschaftsfreundlichen Maßnahmen des Bundes bringen. Wir haben im Jahre 1977 die Mittelstandsförderungsgesetze beschlossen und seit dem Jahre 1967 rund 2,7 Milliarden Schilling an Wirtschaftsförderung in

etwa 9000 Fällen ausbezahlt. Es wurden auch Beratungs- und Schulungsmaßnahmen durchgeführt. Angesichts der jetzt rückläufigen Mittel müssen allerdings diese Mittel sehr sorgfältig verwaltet werden. Sie werden vor allen Dingen für Zinszuschüsse verwendet. Im Vordergrund der steirischen Förderungen stehen die Forschung, Innovation, Verbesserung des unternehmerischen Know Hows, des Marketings, der Standortberatung, die Bewerbung von Investoren für Betriebsansiedlungen. Es wurden dafür auch die Gesellschaften gegründet, wie das Technologieberatungszentrum Technova. Es soll zwischen Hochschulforschung und betrieblicher Entwicklungsarbeit vermitteln. Dann die steiermärkische Beteiligungsfinanzierungsgesellschaft. Sie soll zur Stärkung der Finanzierungskraft der einzelnen Betriebe beitragen. Für Investorenwerbung und Vermittlung wurde die steiermärkische Gesellschaft für Betriebserweiterung und -ansiedlung geschaffen. Für die Nahversorgung wurde ebenfalls von Landesrat Fuchs eine Aktion in die Wege geleitet. Sind doch laut einer Forschungsarbeit von Prof. Dr. Schuster in den nächsten Jahren 6000 Nahversorgungsbetriebe mit etwa 12.000 Arbeitsplätzen in Gefahr.

Einen Wehmutstropfen haben diese Wirtschaftsförderungen des Landes Steiermark wohl. Da alle diese Förderungen, die wir steirischen Betrieben zukommen lassen, wieder versteuert werden müssen, kommt rund die Hälfte dieser Wirtschaftsförderung des Landes wieder dem Bund zugute. Eine Ausnahme gibt es allerdings, das ist das General-Motors-Werk, dort wurden diese Förderungen des Bundes, die ohnehin schon überdurchschnittlich hoch sind, auch noch von der Steuer befreit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde gerne noch etwas über eine Arbeit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften berichten, die uns einen Lichtblick bringen sollte. Man hat hier ein Modell durchgerechnet, wie es in der Zukunft in der österreichischen Wirtschaft weitergehen soll, auch unter Einbeziehung von Mikroprozessoren, also der Mikroelektronik überhaupt, von der viele Leute behaupten, daß sie Arbeitsplätze vernichtet, und andere sich wieder Wunder davon erwarten. Es wurden hier drei Varianten durchgerechnet. Die erste, daß sich nichts ändern sollte, außer daß Mikroprozessoren vom Ausland eingeführt werden. In diesem Fall würde es im Jahre 1985 rund 330.000 Arbeitslose geben und im Jahre 1990 rund 380.000. Sollten wir allerdings den Export um etwa 5 Prozent steigern können, so würde das im Jahre 1990 doch um etwa 130.000 Arbeitslose weniger ergeben, nämlich 250.000. Eine weitere Variante wäre, daß in etwa 15 Prozent österreichische Mikroelektronik eingesetzt werden würde und die Arbeitszeit auf 37,5 Wochen im Jahr 1985 und auf 35 Stunden in der Woche im Jahre 1990 zurückgegangen werden sollte. Das würde dabei, wieder unter der Annahme, daß wir alle diese Mikroelektronik aus dem Ausland beziehen, im Jahre 1985 200.000 Arbeitslose und im Jahre 1990 165.000 Arbeitslose ergeben. Man sieht also, daß die Arbeitszeitverkürzung einen nicht allzu großen Effekt hat, aber doch eine gewisse Wirkung zeigt. Die dritte Variante, die optimistische, an die wir eigentlich glauben müßten, nimmt an, daß wir Mikroelektronik, so weit es geht, voll einsetzen und

diese Mikroelektronik auch in Österreich, so weit es möglich ist, erzeugen. Und zwar die Software und technische Teile. Allerdings sollten wir uns nicht mit der Chipsproduktion befassen, denn diese bekommen wir vom Ausland sicher billiger. Da würde es im Jahre 1985 etwa 120.000 Arbeitslose und im Jahre 1990 nur 75.000 Arbeitslose geben. Sollte man dabei noch ein kleines Exportplus erzielen, würde das Arbeitslosenproblem beseitigt sein. Man sieht also, es wäre durchaus Anlaß zum Optimismus, wenn wir die richtigen Wege beschreiten. Das AMI-Werk in der Nähe von Graz wäre ein solcher Ansatzpunkt. Ich glaube, wir müssen uns auch als Österreicher den neuen Technologien stellen, dann würde mit Optimismus und vollem Einsatz die Zukunft zu meistern sein. Der Staat sollte eben diese großen Projekte, wie AMI – wie schon erwähnt –, fördern, und sonst soll er der Eigen- und Privatinitiative freien Raum lassen, dann werden wir die Schwierigkeiten, die durch neue Technologien, durch die starken Jahrgänge der sechziger Jahre und durch den Weltmarkt bestehen, und auch die Schwierigkeiten, die die heutige sozialistische Bundesregierung der Wirtschaft bereitet, in der Zukunft in den Griff bekommen. Im steirischen Budget haben wir dafür gute Ansätze drinnen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich unterbreche die Sitzung. Die Sitzung wird morgen um 8.30 Uhr wieder aufgenommen. (Unterbrechung der Sitzung: 21.45 Uhr.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Meine Damen und Herren, die gestern unterbrochenen Verhandlungen der vierten Sitzung der X. Gesetzgebungsperiode werden wieder aufgenommen. Ich begrüße Sie und erteile als erstem Redner dem Herrn Abgeordneten Loidl das Wort. (Wiederaufnahme der Sitzung: 17. Dezember 1981, 8.30 Uhr.)

Abg. Loidl: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, es wäre gut, wenn wir die Nachdenklichkeit, welche die Ausführungen von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart gestern abend in uns mehr oder weniger stark ausgelöst hat, wenigstens für den restlichen Teil der Wirtschaftsdebatte beibehalten würden. Noch besser wäre es, wenn es uns gelänge, das weit darüber hinaus zu tun. Die Darstellung, was sich alles in einem einzigen Menschenleben verändert hat, was schließlich darauf hinauskommt, daß es nicht nur Zeiten wie diese gibt, sondern daß es auch Zeiten wie damals gab, und daher die Schlußfolgerung, daß es auch wieder andere Zeiten geben wird. Aber letzten Endes haben sich die Menschen immer – und das wird auch in Zukunft so sein – sowohl die guten als auch die schlechten Zeiten selbst beschert. Es zeigt, wie relativ in Wirklichkeit alles im Leben ist.

Angefangen in der Vorkriegszeit, dieses unbeschreibliche Elend, diese Massenarbeitslosigkeit; der Zweite Weltkrieg und dann die Nachkriegszeit. Meine Damen und Herren, Wirtschaftsförderung hat es eigentlich in der Nachkriegszeit immer gegeben, nur unter ganz, ganz verschiedenen Vorzeichen, wie ich meine. Es war schon eine Wirtschaftsförderung, als sich

jemand finden mußte, die Ruinen der Großbetriebe wieder aufzubauen. Die Verstaatlichung war nach meiner Meinung zunächst gar keine ideologische Frage, sondern es war die einzige Möglichkeit, diesen Trümmerhaufen wieder zu übernehmen und aufzubauen, weil sich kein einziger Privater finden konnte und niemand in der Lage war, das zu tun. Das mußte eben die Allgemeinheit in solidarischer Arbeit übernehmen, und daraus ist die Verstaatlichung geworden. Daß sich die ÖVP aus ideologischen Gründen damit sehr langsam und sehr schwer abfinden konnte und wir uns ebenfalls aus ideologischen Gründen in dieser Frage leichter getan haben, liegt auf der Hand. Aber auch die Sonntagsschichten der Bergarbeiter waren nichts anderes als eine Wirtschaftsförderung. Und wenn die Betriebsräte hinausgefahren sind aufs Land, um irgendwo einen Ochsen oder eine Sau zu organisieren, um sie im Betrieb zu schlachten, damit sie etwas zum Essen hatten und arbeiten konnten, war das letzten Endes auch eine Wirtschaftsförderung. Dann haben wir Wirtschaftsförderung betrieben, um den Bedarf zu decken. In der Folge haben wir dann Wirtschaftsförderung betrieben, nicht um Arbeitsplätze zu sichern, sondern um aufzuholen, um den Europolohn zu erreichen, um auch ein Wirtschaftswunder zu erleben, wie das in der Bundesrepublik der Fall war. Und wir haben das mit Zehntausenden, ja mit Hunderttausenden Fremdarbeitern gemacht. Es ist damals gar nicht um die Arbeitsplatzsicherung gegangen. Die Zielsetzungen waren also ganz verschieden.

Und jetzt, meine Damen und Herren, sind wir in eine Situation gekommen – nicht wir allein, sondern die ganze westliche Welt –, wo es darum geht, in erster Linie die Arbeitsplätze zu sichern und verlorengegangene Arbeitsplätze wieder durch andere zu erneuern. Aber insgesamt können wir gar nicht daran glauben, daß wir in der gegenwärtigen Situation etwa noch mehr Arbeitsplätze schaffen können, wie das der Fall war, als wir so viele Arbeitsplätze geschaffen haben, daß wir sie gar nicht besetzen konnten und – wie gesagt – bei uns in der Bauwirtschaft allein nahezu ein Drittel Fremdarbeiter arbeiten mußte. Nun ist es halt einmal so, daß die schwere und vor allem – und das ist die wahre Schwierigkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren – andauernde und so hartnäckige Krise in der Industrieland bei uns zuerst und mit aller Härte die Stahlindustrie getroffen hat. Wir sehen mit einem gewissen Schrecken, was sich gegenwärtig in der Welt um uns herum tut. Das Millionenheer der Arbeitslosen wächst und wächst, und die Folgen beginnen sich auf den verschiedensten Ebenen sehr beunruhigend abzuzeichnen. Und weil die Älteren wissen und die Jüngeren Gott sei Dank zumindest ahnen, daß das Schlimmste, was einem Volk außer einem Krieg passieren kann, eine Massenarbeitslosigkeit wäre, deswegen wird die Sicherung der Arbeitsplätze in Zeiten wie diesen als erste und wichtigste politische Aufgabe betrachtet. Aber sich zur Arbeitsplatzsicherung zu bekennen, sie zu fordern, das genügt natürlich nicht. Da müssen eben Maßnahmen gesetzt werden und, wenn nötig, auch durchgesetzt und schließlich auch verantwortet werden. Die Hilfe für die VÖEST und für die VEW ist eine solche Maßnahme. Meine Damen und Herren, der Standpunkt der Sozialisten im Bund und im Land in dieser für uns so wichtigen Frage war und ist eindeutig und ist auch bekannt. Aber, meine Damen und Herren,

wenn die an sich für die Betroffenen gewiß sehr betrübliche Mitteilung vor einiger Zeit, daß 45 Stahlarbeiter gezwungen sein werden, aus Judenburg auszuwandern, tagelang Schlagzeilen in den Zeitungen machen konnte, so glaube ich persönlich, daß die Dimensionen der Schwierigkeiten, die wir zu meistern haben, nicht ganz richtig eingeschätzt werden. Ich sage das auch ganz offen, warum. Die berechtigte Hilfe für die Verstaatlichte ist und muß ein Akt der Solidarität des ganzen Volkes sein. Zum Beispiel auch, es ist schon gestern davon gesprochen worden, von jenen 7000 V-Arbeitern, welche in der Steiermark wohnen, hier ihre Wohnung, ihr Haus, ihre Familie haben, aber in andere Bundesländer pendeln müssen. (Abg. Ing. Turek: „Hundert Kilometer!“) Es sind nicht weniger als 3500 nach Wien gegangen, 1300 nach Oberösterreich, 1500 nach Niederösterreich und etwas mehr als 1000 in die immerhin weit entfernten Bundesländer Tirol, Vorarlberg und Salzburg. In zunehmendem Maß müssen sie auch bereit sein, um den Arbeitsplatz zu erhalten und aus gar keinem anderen Grund, auch auf Baustellen ins Ausland zu gehen. Wir können uns einfach auf Dauer von den Krisen, welche uns umgeben, nicht gänzlich abkoppeln. Jene, die glauben, es wäre durch einen Kurswechsel unserer jetzigen erfolgreichen Wirtschaftspolitik möglich, denen sei nur in Erinnerung gerufen, daß diese europa-beziehungsweise weltweite Wirtschaftskrise in den von Konservativen regierten Ländern am stärksten ist. Damit, meine Damen und Herren, hat sich diese Frage schon von selbst beantwortet. Wir müssen auch die immer höher werdenden und schon beinahe ins Gigantische wachsenden Ölrechnungen letztlich bezahlen, und die uns aufgezwungene Hochzinspolitik macht sich außerordentlich nachteilig für die Investitionstätigkeit in allen Bereichen bemerkbar. Das sind Faktoren, um es noch einmal zu sagen, die wir nicht beeinflussen können. Wir können und müssen aber, wenn es so ernst wird, wie es zu befürchten ist, etwas tun, um die schlimmsten Folgen weiterhin abzuwenden. Das sollen wir den Leuten auch sagen: Wirklich wirkungsvolle Maßnahmen werden und können kaum populär sein. Aber schließlich wäre doch nichts wichtiger und auch nichts populärer, als wenn es uns weiter gelingt, unser Land vor größerer Arbeitslosigkeit zu verschonen. Meine Damen und Herren, rund 265.000 Menschen sind in unserem Land in Betrieben mit weniger als 1000 Beschäftigten. Davon sogar 170.000 in Betrieben mit weniger als 100 Beschäftigten. Das sagt doch einiges über die Struktur unserer Wirtschaft aus. In diesem Bereich ist im wesentlichen auch die Bauwirtschaft mit ihren vielen Zulieferern und den zahlreichen Ausbau- und Einrichtungssparten angesiedelt. Die Schlüsselstellung dieses Wirtschaftszweiges ist bekannt und unbestritten, ich brauche dazu nichts Näheres ausführen. Ich will keineswegs dramatisieren, aber, meine Damen und Herren, von dort her droht ernste Gefahr. Ich würde mich sehr gerne täuschen, aber alles deutet darauf hin, daß sich die Winterarbeitslosigkeit drastisch verstärkt. Vorgestern waren in der Steiermark 3998 Bauarbeiter arbeitslos, jetzt vor Weihnachten, das ist ein Zuwachs um 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Seit dem Ölshock 1973 hat sich die Bauarbeitslosigkeit von der bis dahin nur erträumten Marke von zehn Prozent kontinuierlich auf sage und schreibe am 31. Dezember 1981, also in diesem Jahre, auf 39 Pro-

zent erhöht. Das wäre noch nicht das allerschlimmste. Es ist nämlich bisher immer wieder gelungen, so bis April die Beschäftigung wieder voll in Schwung zu bekommen. Was wir fürchten, ist, daß uns dies im kommenden Frühjahr nicht mehr gelingt, daß ein mehr oder weniger großer Rest an arbeitslos gebliebenen Bauarbeitern verbleibt und daß dies der Kern mit anderen zusammen jenes berüchtigten Schneeballeffektes ist, der dann so schwer zu kontrollieren ist. In Belgien, meine Damen und Herren, ist das angeblich passiert. Deswegen hat der Baugipfel im Bundeskanzleramt stattgefunden und wird die Bundesregierung alles, was nur möglich ist, tun, und deswegen muß ich in aller nur denkbaren Dringlichkeit an die Landesregierung appellieren, daß das vereinbarte Sonderwohnbauprogramm von 900 Wohnungen unverzüglich unbürokratisch verwirklicht wird, damit dieses Programm wenigstens in den frühen Sommermonaten zu greifen beginnt. Früher ist es aus Gründen der Administration wahrscheinlich gar nicht möglich. Aber noch etwas: Sollte dieses Programm zunächst als Vorgriff gedacht sein, so müssen nach meiner Meinung unbedingt gleichzeitig Überlegungen angestellt werden, wie die dadurch zwangsläufig bestehende Lücke dann später wieder ausgefüllt wird. Wenn man keine Kredite aufnehmen kann oder will, eher wird das erstere der Fall sein, so wird man alles, was auf anderen Sektoren aufschiebbar ist oder umgeschichtet werden kann, dieser Arbeitsplatzsicherung zuführen müssen. Ich weiß natürlich, um wieviel leichter dies gesagt als getan ist. Aber wenn man sich des Ernstes der Lage bewußt ist oder in den nächsten Monaten zwangsläufig bewußt wird, muß man diesen Weg gehen, einfach der Tatsache folgend, daß eine größere Arbeitslosigkeit das weitaus größere Übel wäre. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Neben der Finanznot der öffentlichen Hand, die ja nicht aus bösem Willen weder beim Land noch bei den Gemeinden und schon gar nicht beim Bund entstanden ist, sondern weil man mit allen Mitteln die Arbeitsplatzsicherung so in den Vordergrund gestellt hat. Dies in der Überlegung, daß nichts teurer kommt als Arbeitslose. Diese Finanznot und die aufgezwungene Hochzinspolitik haben die private Bautätigkeit drastisch vermindert, aber auch der Wohnbau wurde dadurch sehr stark negativ beeinflusst. Es ist einzusehen, meine Damen und Herren, daß wir generell gegen das hohe Zinsniveau allein in Österreich nichts oder ganz wenig unternehmen können. Aber es müßte doch zumindest möglich sein, die Kreditinstitute zu veranlassen, für Wohnbaukredite Begünstigungen einzuräumen und ihnen dies etwa durch die Lockerung der gesetzlichen Bestimmungen über die Mindestreserven zu erleichtern. Daß ein Spielraum vorhanden ist, meine Damen und Herren, zeigt die große Flexibilität der Geldinstitute bei der Gewährung der Einlagezinsen. Ich meine auch, daß der Vorschlag des Herrn Sozialministers Dallinger, daß die Beamten – ich weiß, das ist nicht populär –, deren Arbeitsplätze gesichert sind, aber auch nur so lange gesichert sind, solange es Steuerzahler gibt, die Arbeit haben, sowie alle übrigen Dienstnehmer einen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung leisten sollten. Nach meiner Meinung wäre das durchaus gerecht. Es bezahlen übrigens Tausende ebenfalls unkündbare Angestellte der Sozialversicherungsträger diese Beiträge. Durch

diese Mittel könnten Zinsstützungen für arbeitsmarktfördernde Investitionen bereitgestellt werden.

Und dann noch etwas, meine Damen und Herren. Im Baugeschehen hat man nicht selten den Eindruck, daß bei uns mehr verhindert als gefördert wird. Es ist durchaus zu begrüßen, daß das Umweltschutzbewußtsein sich in allen Teilen der Bevölkerung verstärkt hat. Ich glaube, es ist aber an der Zeit, daß wir alle, aber auch und nicht zuletzt die Presse, die Umweltschützer, vor allem aber ihre Motive, differenzierter beurteilen und betrachten. Das sogenannte Floriani-Prinzip ist allzu häufig. Daß ebensooft Eigennutz vor Gemeinwohl geht, ist auch bekannt. Es ist alles menschlich verständlich. Es wäre aber Aufgabe der Politiker und der Behörden, in solchen Fällen die Interessen der schweigenden Mehrheit unbeirrt gegen eine meist auch laute Minderheit durchzusetzen. Das wäre in gar nicht wenigen Fällen ein notwendiger, aber auch ein gerechter und wirkungsvoller Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung. Dies gilt ganz besonders hier für Graz.

Meine Damen und Herren, wir wissen nicht, was uns das nächste Jahr und die kommende Zeit bringen. Wir wissen nur, daß es auf dieser Welt gar nicht gut aussieht. Die bisherigen Erfolge berechtigen uns zur Hoffnung, daß wir auch Zeiten wie diese gut oder zumindest viel besser als viele andere vergleichbare Länder überstehen. (Abg. Ing. Turek: „In Zeiten wie diesen trotzdem!“) Trotzdem, ja! Trotzdem! Das ist aber nur möglich, meine Damen und Herren – trotz der Opposition (Abg. Ing. Turek: „Der sozialistischen Bundesregierung. Damit das klar ausgesprochen wird!“) –, wenn nicht dauernd Maßnahmen, welche notwendig sind oder notwendig werden, um eben das zu verhindern, was wirklich schlimm ist, gegen besseres Wissen aus rein parteipolitischen Gründen als ungerechtfertigt, unnützlich und falsch hingestellt werden. Und das ist das Problem, lieber Herr Kollege Turek. (Abg. Ing. Turek: „Da nimm dich an der eigenen Nase. Das ist Floriani-Prinzip!“) Das ist kein Floriani-Prinzip. Das kannst du gerade uns nicht sagen. Die Bauarbeitergewerkschaft (Abg. Ing. Turek: „Ich spreche von der Sozialistischen Partei!“) – sie ist ein großer Teil der sozialistischen Fraktion – war selbst bereit, auf die Lohnsteuersenkung zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu verzichten, weil wir der Meinung sind, daß wir mit dem Verlust eines Arbeitsplatzes mehr zu verlieren haben als 85 oder 90 Schilling Steuerermäßigung. Das ist das Floriani-Prinzip, das du meinst. (Abg. Ing. Turek: „Weil ihr eingesehen habt, daß ihr es dem Staatsbürger auf der anderen Seite wieder herausziehen müßt – 37. ASVG-Novelle!“ – Abg. Brandl: „So einfach geht es nicht!“)

Wir sollten, meine Damen und Herren, aus der Geschichte doch gelernt haben, daß eine schwere Wirtschaftskrise schließlich alle und alles bedroht, und das ist für uns Grund und Rechtfertigung genug, eine solche Krise auch weiterhin mit aller Kraft, mit aller Entschlossenheit und, wenn es sein muß, auch mit allen Mitteln zu verhindern. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schützenhöfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Schützenhöfer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit in eine gesetzgebende Körperschaft gewählt wird, in einer Zeit, in der man gerade in unserem Bundesland auf Grund der geographischen und strukturellen Lage mit den Problemen der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen konfrontiert wird, dann stellt sich natürlich für einen jungen Abgeordneten eine Grundfrage. Was kann ich denn als einzelner dazu beitragen, um die Probleme zu lösen? Diese Frage bewegt mich deshalb sehr, weil doch jeder Abgeordnete, der von der steirischen Bevölkerung in dieses Hohe Haus gewählt wurde, damit einen diesbezüglichen Auftrag erhalten hat. Die Arbeitslosenrate wird im Jahr 1982 in Österreich eher mehr als drei Prozent betragen. So erwartet es jedenfalls der Chef des Institutes für Wirtschaftsforschung. Das entspricht einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl von rund 84.000 Österreichern, und für die Wintermonate wird bekanntlich die Rekordarbeitslosigkeit, die Hochwassermarken von 150.000 Beschäftigungslosen, erwartet. Wir in der Steiermark hatten Ende Oktober mehr als 11.000 Arbeitslose, in der Zwischenzeit sind es wieder mehr, und wieviele es wirklich sind – ich glaube, darüber sind wir uns einig –, ist ja gar nicht errechnet und vielleicht auch gar nicht errechenbar, weil jene Schulabgänger, die noch nicht in Beschäftigung stehen, amtlich gar nicht berücksichtigt sind. Ich glaube, ein Problem, mit dem wir uns ernsthaft auseinandersetzen müssen, ist die Frage der Pendler. Warum ist es denn dazu gekommen, und welche Art von Politik hat denn eigentlich dazu geführt, daß heute mehr als 21.000 Steirer in ein anderes Bundesland pendeln müssen? Davon mehr als 15.000 allein nach Wien, um dort Arbeit zu finden. Ich glaube, die Ursache liegt eindeutig darin – und da kann man nicht um den Brei herumreden –, daß Großprojekte im Zentralraum Wien angesiedelt werden, anstatt für Betriebe auch dort zu sorgen, wo ein Überangebot an Arbeitskräften besteht, und deshalb haben wir uns ja so leidenschaftlich immer wieder auch gegen die Ansiedlung des General-Motors-Werkes in Wien-Aspern gewandt. Ich glaube daher, daß wir abseits jeder Parteipolitik, wenn Sie wollen, gemeinsam alles versuchen müssen, mehr Betriebe in die Steiermark zu bekommen. Denn damit, und nur damit, lösen wir letztlich das Problem vor allem der Fernpendler und leisten damit einen wichtigen Beitrag im Interesse der betroffenen Familien und insgesamt für die kulturelle und soziale Situation in vielen Gemeinden.

Es gibt nun in bezug auf die Pendlerpauschale schon mehrere Vorschläge, seitens Ihrer Fraktion schon einige Vorschläge, ich glaube sagen zu können, aus meiner Sicht ist eine Pendlerpauschale letztlich, wenn wir es ganz genau nehmen, nur eine Zwischenlösung, denn die wirkliche Lösung müßte doch darin bestehen, daß wir alles versuchen, so viele Betriebe im Bundesland zu haben, daß es das Problem der Fernpendler nicht gibt. (Abg. Brandl: „Das wäre ein Idealzustand!“) Das ist die Endlösung, die wir anstreben sollten. Vielleicht sollten wir gerade auch auf Grund der Äußerung Ihres Finanzlandesreferenten in dieser Frage in ein neues Gespräch der Landtagsfraktionen eintreten, um hier, wenn es keine bundeseinheitliche Regelung gibt,

zu einer einheitlichen steirischen Vorgangsweise zu kommen.

Meine Damen und Herren! Ich finde es sehr erfreulich, wenn das steirische Landesbudget 1982 erstmals ein Arbeitsplatzförderungs- und Strukturbudget mit einer Dotation von 304 Millionen Schilling aufweist, wobei der Anteil der Förderungsausgaben insgesamt, wie Sie wissen, gegenüber 1981 um rund eine halbe Milliarde Schilling, das sind nahezu zehn Prozent zusätzlich, gestiegen ist. Also ein Budget, und das kann nicht oft genug unterstrichen werden, das der Arbeitsplatzsicherung den Vorrang einräumt. Wenn wir in der Steiermark in den nächsten Jahren mindestens 30.000 Arbeitsplätze schaffen müssen, und wenn uns das gelingen soll, um den neu ins Berufsleben tretenden Arbeitnehmern Arbeitsplätze im eigenen Bundesland anbieten zu können, Sie wissen, daß wir das größte Lehrlingsausbildungsland Österreichs sind, werden neue Akzente in der Wirtschaftsförderung notwendig sein. Neu ist die Studie zur Effizienz der Wirtschaftsförderungspolitik der öffentlichen Hand. In der Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten zeigt sich deutlich, daß zwei Drittel aller neuen Arbeitsplätze in expandierenden jungen Unternehmen entstehen. Für die Wirtschaftspolitik bedeutet dies, vor allem auch die Klein- und Mittelbetriebe zu fördern und das Beratungsservice im Vergleich zu den rein finanziellen Förderungen wesentlich zu verstärken. Für die Verstaatlichte bedeutet es, daß bereits begonnene Umstrukturierungsmaßnahmen zügig fortgesetzt werden, wobei es uns, und, meine Damen und Herren, lassen Sie mich das als Arbeitnehmervertreter hier auch sehr deutlich sagen, nach wie vor damit sehr ernst ist, was der Landeshauptmann immer wieder zum Ausdruck gebracht hat, daß in der Verstaatlichten kein weiterer Arbeitsplatz im Sinn von Kündigung und Abbaumaßnahmen verloren gehen darf, ohne daß dafür ein Ersatzarbeitsplatz geschaffen wurde. (Beifall bei der ÖVP.)

Jetzt eine durchaus sehr persönliche Bemerkung, die mir gestattet sei, meine Damen und Herren. Ich bin persönlich mit den Schrumpfungsprogrammen, wie sie in den letzten Tagen beschlossen wurden, nicht einverstanden, denn damit werden wir zum Beispiel in Donawitz 1984 nur noch rund 4200 Beschäftigte haben, das ist ein Personalabbau von mehr als 2500 Kolleginnen und Kollegen seit dem Fusionsjahr 1973. Damit steht doch fest, daß mehr als zweieinhalbtausend Leute, und das sind die jungen im obersteirischen Raum, schon allein in der VÖEST und auch sonst in der Verstaatlichten in der Obersteiermark keine Beschäftigung finden werden und daher gezwungen sind, abzuwandern. Schrumpfen heißt daher für mich in diesem Zusammenhang letztlich die vorzeitige Kündigung derer, die noch gar keine Chance hatten, überhaupt aufgenommen zu werden. Was die Vereinigten Edeltahlwerke betrifft, so wären diese in einer überhaupt aussichtslosen Lage, wenn nicht das Land Steiermark als Nichteigentümer, aber weil es uns um die Arbeitnehmer in diesen Betrieben geht, im Jahre 1981 100 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt hätte und auch 1982 100 Millionen Schilling zuschießen wird, was erfreulicherweise in der Folge eine Bundeshilfe nach sich gezogen hat.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich aber bei meiner ersten Wortmeldung hier im Landtag auch ein paar Sätze grundsätzlicher Natur sagen. Ich glaube, es ist uns allen klar, daß alle Anstrengungen zur Schaffung und Förderung neuer und vor allem auch menschenwürdiger Arbeitsplätze unternommen werden müssen. Uns ist ebenso klar, daß das eine nicht leichte, aber entscheidende Aufgabe ist. Nur, wenn es genügend Arbeitsplätze gibt, kann das menschliche Zusammenleben in einer Gesellschaft funktionieren. Aus der Tradition der christlichen Soziallehre heraus, zu der sich unsere Fraktion und unsere Gesinnungsgemeinschaft bekennt, ist Arbeit mehr als Broterwerb, aber es ist klar, daß sie zunächst vor allem dem Broterwerb dient. Ich möchte auch hier im Landtag in diesem Zusammenhang auf die neue Sozialzyklika verweisen, weil sie eine Ermunterung und Unterstützung für alle jene Menschen bedeutet, die die Arbeitsplatzfrage nicht nur nach den Gesetzen von Soll und Haben begreifen wollen. In ihr wird die menschliche Arbeit als der wesentliche Schlüssel der gesamten sozialen Frage gesehen und die Gerechtigkeit unüberlesbar als Ziel im Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital formuliert. Es wird klar zum Ausdruck gebracht, daß neue Bedingungen – ich glaube, das sollen wir uns merken – und Anforderungen, die sich durch die Veränderung in der Welt in den letzten Jahrzehnten ergeben haben, eine Neuordnung und Revision der heutigen Wirtschaftsstrukturen und Verteilung der Arbeit notwendig machen. Die Arbeit hat Vorrang vor dem Kapital. Innerlich wahr und zugleich moralisch zulässig kann eine Arbeitsordnung jedoch nur sein, wenn sie schon in ihren Grundlagen den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital überwindet. Das sagt dieses Rundschreiben. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir sollten nicht den Fehler machen zu sagen: Das betrifft andere Länder mit anderen Systemen, und im übrigen ist Rom weit, weit von uns, sondern das sollte durchaus auch uns – ich sage das auch als Gewerkschafter – im Zusammenhang mit einer gerechteren Verteilung der Arbeit und damit in Verbindung mit der Arbeitsplatzsicherung zur Nachdenklichkeit anregen und zum Handeln führen. Das heißt, daß wir zur Arbeitsplatzsicherung Geld brauchen, aber ich glaube, wir sollten noch mehr Geist investieren. Schließlich bin ich überzeugt, wenn sich der einzelne Mensch noch mehr mit dem, was er an seinem Arbeitsplatz tut, identifizieren kann, dann gibt es eben eine noch ausgeprägtere Arbeitsfreude und auch die Freude zur Leistung. Was wir daher anstreben, ist die Verwirklichung der Partnerschaft im Betrieb, denn sie ist der Garant für soziale Gerechtigkeit, die auch in unserem Land in gar manchem Bereich noch verwirklicht werden muß, auch in dem Sinn, daß das eingehalten wird, was in Gesetzen längst steht. Was wir jetzt, meine Damen und Herren – das möchte ich eigentlich sehr ernst sagen –, in den Betrieben nicht brauchen, und was wir bekämpfen sollten, ist die Angst, die wieder häufiger spür- und sichtbar wird, und zwar dort, wo der einzelne Arbeitnehmer unmenschlich und unwürdig behandelt wird. Was sich diesbezüglich in einigen wenigen Betrieben (Abg. Loidl: „Schlecht informiert!“) in den letzten Monaten abgespielt hat, muß Anlaß zur Gewissensforschung sein. Wenn Arbeitnehmer auf Grund ihres „falschen Parteibuches“ versetzt oder entlassen werden. (Abg. Brandl: „Hören Sie auf. Schauen Sie zu

Ihrem Obmann hinauf!“) Herr Abgeordneter Loidl, Sie haben vor mir gesprochen und haben gesagt, daß man sich tagelang in der Presse mit diesen 48 Versetzungen – Sie haben gesagt von Judenberg, das stimmt nicht – von Müzzuschlag nach Kapfenberg beschäftigt hat. Ich meine jedenfalls die 48, die von Müzzuschlag nach Kapfenberg versetzt wurden, und die sozialistische Betriebsratsmehrheit, die die Liste so lange geändert hat, daß über zwei Drittel der 48 dem ÖAAB direkt angehören oder ihm nahestehen. Drei Ersatzbetriebsräte sind auf dieser Liste. Familienväter, die 17, 18, 20, 22 Jahre in diesem Betrieb geschuftet und gearbeitet haben. (Abg. Hammer: „Was war das mit den Arbeitern, die die Straße mit Lastwagen und Traktoren gesperrt haben?“) Die sich nichts zuschulden kommen ließen, die haben Sie versetzt, weil sie Ersatzbetriebsräte des ÖAAB sind oder weil sie unsere Liste für die Betriebsratswahlen unterschrieben haben. Es ist Ihnen gelungen, was Sie beabsichtigt haben, Sie haben sie nämlich am 5. Oktober versetzt. Am 6. Oktober waren die Betriebsratswahlen. Sie konnten also in Müzzuschlag nicht mehr wählen, weil sie am 6. schon in Kapfenberg waren, und sie konnten in Kapfenberg noch nicht wählen, weil sie bei der Wahlausschreibung noch in Müzzuschlag waren. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Hammer: „Alles lassen wir uns nicht bieten!“) Das ist sozialistische Betriebsratsdemokratie. Wenn Sie wollen, lege ich Ihnen die Liste jener vor. 17, 13, 18, 22 Jahre bei Schöllner-Bleckmann, unversorgte Kinder, aber Ersatzbetriebsräte oder Unterzeichner unseres Wahlvorschlages. (Unverständliche Zwischenrufe.) Das sind die Motive. (Abg. Brandl: „Reden Sie von den Methoden des ÖAAB!“) Welche Methoden meinen Sie? Sagen Sie mir eine Methode! Welche meinen Sie? (Glockenzeichen des Präsidenten. – Landesrat Heidinger: „Landeskrankenhaus Judenburg!“ – Abg. Brandl: „Sonst zeigen wir Ihnen die Methoden auf!“) Und ganz abgesehen davon, ist es ein undemokratischer Akt, 48 Leuten, wo immer sie auch hingehören, durch eine solche Maßnahme das Wahlrecht zu entziehen. Und ich gratuliere Ihnen, es ist Ihnen gelungen, die ÖAAB-Liste halb zu zerschmettern. Aber wir werden nicht aufhören, diese Dinge hier aufzuzeigen, weil das mit den moralischen und demokratischen Grundsätzen in einem Betrieb (Abg. Ileschitz: „Warum hast du das nicht in die Gewerkschaftsinitiative gebracht? Das ist Unsinn! Wir werden darüber noch reden. Du kannst sicher sein!“ – Abg. Dr. Eichinger: „Das wäre sehr gut, Herr Präsident!“) nicht vereinbar ist. (Abg. Ileschitz: „Hier im Landtag Unwahres verbreiten, ist eine Schweinerei. Dort hast du nie den Mund aufgemacht!“)

Lieber Herr Präsident Ileschitz, es darf schon mir überlassen werden, was ich hier als wichtig betrachte, und ich lasse mir von dir nicht vorschreiben, was ich hier erwähnen sollte. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Ileschitz: „Hier machst du ein Theater. Dramatisieren, was nicht stimmt!“ – Präsident: „Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schützenhöfer. Bitte ihn nicht dauernd durch Zwischenrufe zu unterbrechen!“)

Meine Damen und Herren, wenn Arbeitnehmer bei Betriebsratswahlen vor der Stimmabgabe ihren Stimmzettel in ihrem Arbeitshelm oder in den Schuhen verstecken müssen, weil sie nur so ihr geheimes Wahlrecht gesichert sehen, wenn gewählten Personalvertretern (Abg. Ileschitz: „Wo hast du das gelesen?“)

Märchenerzähler!") bei offiziellen Betriebsversammlungen durch Mehrheitsbeschluß das Recht zur Wortmeldung entzogen wird, bitte schön . . . (Abg. Brandl: „Ein reiner Märchenerzähler!“ – Heiterkeit bei der SPÖ.) Sie können ruhig über das lachen, für mich ist das todernst! Ich bin erschüttert über diese Vorgänge! (Beifall bei der ÖVP.) Wenn diese Praktiken hier vollzogen werden, dann ist damit nicht nur jede zumutbare Grenze überschritten, sondern dann sind es – und ich sage es Ihnen noch einmal – undemokratische und intolerante, ausschließlich parteipolitisch motivierte und durch nichts gerechtfertigte Vorgänge und Einschüchterungsversuche, die wir mit aller Entschiedenheit ablehnen, leidenschaftlich im Interesse der Gerechtigkeit. (Abg. Dr. Strenitz: „Das ist Greuelpropaganda!“ – Abg. Ileschitz: „Du überschreitest jede zumutbare Grenze. Polemik!“) Ja, wenn das polemisieren ist, wenn man aufzeigt, unter welchen Umständen welche Leute versetzt werden, dann, bitte schön, alles Gute! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Zinkanell: „Scheinheiligkeit!“)

Die Arbeitnehmer sollen von dieser Stelle aus wissen, daß wir als die Fraktion in diesem Landtag, die eindrucksvoll mit der Verantwortung beauftragt wurde, jeden vor dem Zugriff von Politdruck schützen werden, wo immer er auch stattfindet. Und das sind für uns existentielle Fragen menschlichen Zusammenlebens, und wir sollten auch bei einer Budgetdebatte hier nicht so einfach vorübergehen. Sie können mir gerne antworten, nur bitte ich Sie, mir die Wahrheit zu sagen, falls sie eine haben. Nur habe ich oft den Eindruck, daß in manchen Betrieben, lieber Herr Präsident Ileschitz, und du weißt, daß ich dich im Prinzip durchaus schätze, die Wahrheit durch die Mehrheit ersetzt wird. Das ist ja die Erfahrung, die wir gemacht haben. (Abg. Hammerl: „Wir auch!“)

Wir sollten uns gemeinsam bemühen, daß es mehr Gerechtigkeit gibt. Nennen Sie mir einen Betrieb bei uns, wo wir die Mehrheit haben, wo es so geht. Sie werden keinen finden. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile es ihm.

Abg. Trampusch: Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Das Kapitel Fremdenverkehr ist zwar gestern abgeschlossen worden, erlauben Sie mir aber dennoch eine sehr, sehr kurze, Bemerkung dazu. Der Herr Abgeordnete Kröll hat ja gestern so überzeugend von der alpinen Weltmeisterschaft gesprochen, daß ich in aller Bescheidenheit noch eine kleine Anmerkung machen möchte. Eine Woche nach Schladming nämlich findet mit dem Zentralort in Aigen eine weitere Weltmeisterschaft – die Weltmeisterschaft im Schi-orientierungslauf – statt. (Abg. Dr. Eichinger: „Ist gesagt worden!“) Ist das gesagt worden? Ich wollte eben diese Anmerkung machen. Das ist eher eine WM ohne Maskottchen, aber mit viel Idealismus. Es sind immerhin 14 Nationen dort und für den Fremdenverkehr sicherlich auch nicht ganz uninteressant. Das Land Steiermark hat auch dieser WM, natürlich in abgestufter Form, eine Unterstützung zugesagt, und ich darf als Präsident des Österreichischen Fachverbandes der Hohen Landesregierung für diese Unter-

stützung ebenfalls recht herzlich danken. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Wird unterstützt!“) Habe ich gerade gesagt.

Aber erlauben Sie mir noch, zu dem, was der Herr Abgeordnete Schützenhöfer soeben formuliert hat, ganz kurz etwas zu sagen. Ich komme auch aus einem Pendlerbezirk. Wenn man sich um 48 ÖAAB-Leute Sorgen macht, dann ist das sicherlich Ihre Angelegenheit. Wir machen uns aber Sorgen um viele Zehntausende Pendler, und das nicht erst seit kurzem, sondern seit sehr, sehr langer Zeit. Wir machen uns auch sicher Sorgen darüber, daß es in vielen Betrieben überhaupt nicht möglich ist, zu kandidieren, daß dort die Arbeitnehmer überhaupt keine Möglichkeit haben, zu wählen. Ich lade Sie daher ein, meine Herren von der ÖVP, uns dort zu helfen. Da geht es um mehr als 48 Menschen, und das möchte ich auch einmal feststellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich lade Sie weiter ein, mit Ihrem Herrn Gewerke Assmann zu reden, der aus Radmer Menschen nach Leibnitz in ein Notstandsgebiet pendeln läßt, weil er bezüglich der Anzahl der Arbeitnehmer Verpflichtungen eingegangen ist, die er oben nicht erfüllen kann. Er läßt Leute in einen Notstandsbezirk pendeln. Bitte, das können Sie mit Ihrem Herrn Gewerke Assmann ausmachen. Ich hoffe, daß er hier Verständnis dafür hat. Man soll die Dinge bitte nicht einseitig sehen. Das wollte ich hier nur als Zwischenruf verstanden wissen.

Ich darf aber, meine sehr geschätzten Damen und Herren, zu etwas anderem kommen, zu einer Wortmeldung, die auch mit der Wirtschaft eng verbunden ist: zur Energiewirtschaft. Es hat sich erfreulicherweise ein Entkoppelungsprozeß zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch angezeigt, aber es ist ein Beginn und sicher ein sehr langer Weg. In vielen Industriestaaten – aber nicht nur in diesen – werden die Energieprobleme trotzdem immer mehr zu einer zentralen Frage unserer Zeit. Auch Österreich und die Steiermark sind davon ja nicht ausgenommen. So haben wir auch im vorliegenden Budget sicher viele Ansätze, die sowohl direkt als auch indirekt mit der Energieproblematik zu tun haben. In einem groß angelegten Bericht vieler Wissenschaftler an den amerikanischen Präsidenten, in der Untersuchung „Global 2000“, wird dem Problemkreis Energie ein besonderer Platz eingeräumt. Die Schlußfolgerungen dabei sind nicht besonders optimistisch. So weisen die Energieprognosen von „Global 2000“ darauf hin, daß mit einer baldigen Lösung der weltweiten Energieprobleme nicht zu rechnen ist. Die Wissenschaftler sind sich zwar über die Notwendigkeit einer weltweiten Befreiung aus der Abhängigkeit des Erdöls einig, stellen aber gleichzeitig fest, daß ebenso weltweit Ungewißheit herrsche, wie sich dieser Wandel vollziehen soll. Wir können daher bei der Bewältigung unserer eigenen Energiefragen nicht auf weltweite Lösungen hoffen oder warten. Wir müssen selbst etwas tun. Sowohl im Bereich der Bundesregierung als auch in den Ländern und Gemeinden, aber auch in politischen Parteien, in den Versorgungsunternehmungen, in vielen Initiativ- und Alternativgruppen, überall wird nach solchen Lösungsmöglichkeiten gesucht. Auch die steirische SPÖ hat sich besonders ausführlich in den „Alternativen 2000“ mit der künftigen Energiepolitik befaßt. Einige dieser

Schwerpunkte sind etwa: Die künftige Energiepolitik hat umweltfreundlich zu sein, das heißt auf die Kriterien dauerhafter Lebensqualität besonders Rücksicht zu nehmen; sie hat gesellschaftspolitisch demokratisch zu sein, das heißt auf einer möglichst großen Mehrheit in der Bevölkerung zu basieren; sie hat von der künftigen Nutzung und nicht von der reinen Energiebereitstellung auszugehen, also von Energiedienstleistungen; die umfassende Nutzung der sich erneuernden Energiequellen soll Vorrang in der künftigen Energiepolitik erhalten; als wichtigste Energiequelle ist das Energieeinsparungspotential anzusehen.

Hoher Landtag! meine Damen und Herren! Wie notwendig ein rasches Umdenken in der Energiepolitik ist, zeigt uns allein schon die Abhängigkeit Österreichs von Energieimporten. Betrug die Energieimporte 1970 dem Werte nach nicht mehr als 7,6 Milliarden Schilling, so sind für 1981 insgesamt 63 Milliarden Schilling prognostiziert. Damit ist das österreichische Handelsbilanzdefizit bereits zu mehr als 72 Prozent allein auf Energieimporte zurückzuführen.

Wie sieht es bei uns in der Steiermark aus? Eine Aufstellung des energetischen Endverbrauches für unser Bundesland zeigt, daß von der im Jahre 1979 verbrauchten Energie im Ausmaß von 133 Petajoule 46 Prozent für die Industrie, 35 Prozent für die Haushalte und Kleinverbraucher, sowie 19 Prozent für den Verkehr verwendet wurden. Wenn man weiß, daß nur etwa 40 Prozent der eingesetzten Rohenergie in Nutzenergie umgewandelt wird und davon wiederum ungefähr 60 Prozent bei der Bringung, beim Transport beziehungsweise bei der Umwandlung verloren gehen, dann muß man erkennen, daß durch entsprechende Maßnahmen, durch einen wirkungsvolleren Einsatz, durch entsprechende Aufklärung, viel wertvolle Energie gespart werden kann.

Meine Damen und Herren! Wenn durch das gezielte Energiesparen derartige Erfolge erzielt werden können, dann muß es auch unsere gemeinsame Aufgabe sein, alle Kräfte in unserem Lande dafür zu mobilisieren und einzusetzen. Am 15. August 1980 wurde zwischen dem Bund und den Ländern ein Staatsvertrag nach Art. 15 a abgeschlossen. Demnach wären in entsprechenden Bestimmungen zu regeln: die Wärmedämmung bei Gebäuden; energiesparende Maßnahmen bei der Beheizung von Gebäuden; individuelle Heizkostenabrechnung; die Einsparung von Energie im Gewerbebereich; die Kennzeichnung des Energieverbrauches.

Die sozialistischen Landtagsabgeordneten haben in einer Reihe von Anträgen die in diesem Staatsvertrag genannten energierelevanten Fragen behandelt. Der Hohe Landtag und die Steiermärkische Landesregierung werden sich schon in nächster Zeit mit einschlägigen Vorlagen zu befassen haben. Ich nenne davon nur: Novelle zur Steiermärkischen Bauordnung zur Verbesserung des Wärmeschutzes, Verordnung über eine Änderung der Wärmedurchgangszahl (des sogenannten K-Wertes) bei Gebäuden; Verordnung über die Errichtung, Änderung, Erneuerung und den Betrieb von Heizungsanlagen; Erlassung einer neuen Kehrordnung für Steiermark.

Darüber hinaus wird in Kürze mit einem Fernwärme-grundsatzgesetz des Bundes zu rechnen sein. Wir sollten dann raschest daran gehen, über ein Landes-

ausführungsgesetz zu beraten. So hat die sozialistische Fraktion im Steiermärkischen Landtag einen Initiativantrag eingebracht, wonach die Verpflichtung zur Ausweisung von Fernwärmeversorgungsgebieten in Flächenwidmungsplänen vorzusehen ist. Gerade durch die Verknappung der Energieressourcen ist es notwendig, möglichst rationelle und umweltfreundliche Lösungen in diesem Bereich anzustreben. Bei der gleichzeitigen Erzeugung und Abgabe von Strom und Wärme – der sogenannten Kraft-Wärme-Kupplung – benötigt man rund 35 Prozent weniger Primärenergie als bei getrennter Erzeugung. Durch konsequente Anwendung dieser Technologie könnten daher erhebliche Mengen importierter Brennstoffe eingespart werden. Wir glauben daher, daß der Fernwärmeversorgung, insbesondere bei der Anwendung von Kraft-Wärme-Kupplung, ein entsprechender Vorrang einzuräumen wäre. Da besonders die Steiermark über viele Industrie- und Gewerbebetriebe mit hohen Anteilen an Abwärme verfügt, wäre die Erlassung einer Verordnung über die Bereitstellung und Übergabe von Abwärme zu beraten.

Energieintensive Betriebe sollen ihre Abwärme zwecks Bereitstellung für die Raumheizung in Wohnobjekten gegen eine angemessene Entschädigung bereitstellen. Pilotprojekte hierfür sind in der Steiermark bereits vorhanden. Die Bereitstellung von Fernwärme für Ballungsgebiete, und hier wiederum im besonderen Zusammenhang mit Althausanierungsgebieten – zum Beispiel Landeshauptstadt Graz –, bedarf einer gesetzlichen, besonders aber einer finanziellen Regelung, die nicht allein den Fernwärme- und Elektroversorgungsunternehmen überlassen bleiben darf. Die wichtigen Fragen des Anschlußzwanges – gezieltere Anreize – beziehungsweise sanfter Mischformen sind rasch und öffentlich zu diskutieren. Unter dem Aspekt des Energiesparens beziehungsweise der sinnvollen Energienutzung wäre weiters die Wiederverwertung von Rohstoffen zu sehen. Produkte wie Metall, Glas, Papier, Holz und so weiter, die wir oft als Abfälle betrachten, könnten einer sinnvollen Wiederverwertung zugeführt werden, wenn bei der Erfassung eine entsprechende Sortierung erfolgen würde. Diejenigen Produkte, bei denen sich die Wiederverwertung nicht nur von der Rohstoffseite, sondern auch von der Energieseite her lohnen würde, stellen einen Großteil des gesamten Abfalles dar. In Graz hat sich eine Arge-Müllvermeidung vor einiger Zeit gebildet, die auch in diese Richtung bereits interessante Vorschläge zur Diskussion gestellt hat. Die Wiederverwertung von Abfällen in einem Rezirkulationsprozeß würde sich immer dann lohnen, wenn hierbei wesentlich geringere Aufwendungen für neue Rohstoffe und Energie erforderlich wären, als bei einer Neuproduktion. Die Verabschiedung eines Abfallnutzungsgesetzes beziehungsweise einer Abfallverwertungsverordnung wäre daher für dieses Hohe Haus ebenfalls sehr überlegenswert.

Meine Damen und Herren! Die herkömmlichen Formen der Energiegewinnung sind meist mit einer besonderen Belastung der Umwelt verbunden. Immer mehr Menschen wehren sich gegen zunehmende Emissionen von Schwefel- und Stickstoffoxyden, gegen den „sauren Regen“, der zur Erde fällt. Die Politiker werden dafür verantwortlich gemacht, jene Politiker, die auf

der anderen Seite aber genauso verantwortlich für die Bereitstellung von genügend Energien gemacht werden. Ein verhängnisvoller Kreis, aus dem nur das Sparen von Energie, die Anwendung neuer, umweltfreundlicher Technologien und der verstärkte Einsatz alternativer Lösungen einen Ausweg zeigen kann. Die Natur liefert uns verschiedene regenerative Energieprozesse, durch deren Nutzung die bisherigen umweltfeindlichen Methoden zurückgedrängt werden könnten. Also ein Gleichgewicht zwischen Ökonomie und Ökologie, eine Balance zwischen Technik und den Menschen. Vor allem im Energiebereich kann eine überschaubare und sanfte Technologie neue wirtschaftliche Impulse setzen, die Konkurrenzfähigkeit unserer Produkte verbessern und letztendlich zur Lösung des zur Zeit wohl wichtigsten Problems, nämlich der Arbeitsplatzsicherung und der Stärkung der Wirtschaftsstruktur, ebenfalls hilfreich beitragen.

Erhard Epler etwa hat dies in seinem zukunftsweisen den Buch „Wege aus der Gefahr“ mit allen notwendigen Einschränkungen klar beschrieben. Auch darin sehe ich einen sozialistischen Ansatz zum Umdenken. Solche sanften Technologien sind etwa: Energie aus Biomasse, Solarenergie, Wärmepumpentechnik, Windenergie, geothermische Energie und andere mehr. Erfreulich ist auch eine Nachricht, die wir heute früh im Rundfunk gehört haben, daß Graz nämlich ein internationales Zentrum für Wärmepumpentechnik werden soll. Das sollte man, glaube ich, sehr begrüßen. In der schon zitierten Untersuchung „Global 2000“ wird einigen der alternativen Energiequellen eine besondere Chance zur Mitbewältigung der künftigen Energieprobleme bescheinigt. Gleichzeitig wird aber auch vorausgesagt, daß die Entwicklung hin zur tatsächlich entscheidenden Energiegewinnung solcher Alternativen noch 15 bis 20 Jahre dauern kann. Auch der Herr Landesrat Ing. Koiner hat gestern im Zusammenhang mit der Versuchsanlage bei Waagner-Biró gesagt, daß das, was dort heute schon funktioniert, einmal unseren Kindern zugute kommen wird. Und ich würde sagen, in Zeiten wie den künftigen – also in weiterer Zukunft – wird es daher gute und umweltfreundliche Lösungen geben können. Wir müssen aber schon heute gemeinsam mit viel Initiative, aber auch mit viel Mut zu unkonventionellen Maßnahmen bereit sein, solche Lösungen zu suchen und mitzugestalten. In der Steiermark gibt es, wie eine Untersuchung aus jüngster Zeit beweist, an die 400 solcher bestehender und, wie ich hoffe, auch funktionierender Alternativenanlagen. In dem durch die besondere Initiative unseres Ersten Landeshauptmannstellvertreters Hans Gross ausführlich gestalteten Abschnitt „Energie“ in unseren „Alternativen 2000“ wird eine Reihe von Maßnahmen zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energiequellen gefordert. So etwa die verstärkte Unterstützung bei der Forschung und Entwicklung alternativer Energiequellen im Rahmen eines landesweiten Forschungsfonds; also gemeinsam mit den hohen Schulen, eine Kosten-Nutzen-Analyse über das Verhältnis traditioneller und alternativer Energieformen – dies auch im Hinblick auf eine allgemein zugängliche Energiedatenbank.

Hohes Haus, bleibt dann nur noch die wohl wirksamste Alternative, das Energiesparen selbst, zu erwähnen. Im Rahmen der Erstellung des Landesentwicklungsprogrammes wurden im Arbeitskreis „Energiesparen“

Untersuchungen angestellt. Demnach könnten in der Steiermark mittelfristig – also bei Ausnützung aller Einsparpotentiale – etwa erspart werden: im Verkehr bis zu 24 Prozent, in der Industrie bis zu zehn Prozent, in den Haushalten und bei den Kleinverbrauchern bis zu 21 Prozent. Gemessen am Energieverbrauch des Jahres 1979 würde das eine Einsparung – kurzfristig gesehen – von etwa 150.000 Tonnen Öl jährlich, langfristig aber bis zu 700.000 Tonnen Öl bedeuten. Der Energieverbrauch im Verkehr weist einen Nutzungsgrad von nur 21 Prozent, also einen besonders niedrigen Wert, auf. Durch einen Verkehrsverbund im steirischen Zentralraum, wo aber alle nicht nur reden, sondern auch gemeinsam etwa tun müßten, oder durch verkehrsberuhigende lokale Konzepte, durch Änderung des Fahrverhaltens, der Förderung von Fahr- und Pendlergemeinschaften, durch technische Verbesserungen könnten hier also bis zu 24 Prozent – das habe ich schon betont – Energie eingespart werden.

Im Bereich Industrie, Handel, Gewerbe kämen etwa in Frage: die Nutzung von Abwärme, die Energieverwertung aus Abfällen, die Erhöhung der Energieeffizienz, die energiesparenden Technologien, die es schon gibt. Ersparnis bekanntlich bis zu zehn Prozent.

Im Bereich Haushalt und Bauen vor allem die Wärmedämmung, die richtige Auslegung und Einstellung von Heizungsanlagen, die Absenkung von Raumtemperaturen, die individuelle Heizkostenabrechnung und ebenfalls die Fernwärmeversorgung.

Das Energiesparen ist aber eine Frage der persönlichen Einstellung. Wir alle müssen es wieder lernen, daß Energie eben nicht unendlich vorhanden ist. Und das Lernen fängt in der Schule an. Deshalb müßte eine neue Energieethik bereits im schulischen Bereich beginnen und bei der Erwachsenenbildung ihre Fortsetzung finden.

Meine Damen und Herren, eine Energiekrise kann zum Gutteil auch eine Krise der Phantasie und des Festhaltens an alten Strukturen sein. In der Steiermark gibt es viele Menschen jeglichen Alters und Standes, aber auch viele Institutionen, die sich mit der Energieproblematik befassen. Vom Landesenergiebeauftragten wurde ein Verein zur Förderung heimischer regenerierbarer Energieträger und zur Förderung des Energiesparens angemeldet. Die SPÖ Steiermark hat gemeinsam mit dem Gemeindevertreterbund und engagierten Aktivbürgern im Jahre 1979 die kommunale Energiesparagentur gegründet. Das Institut für Umweltforschung ist mit Projekten auf dem Energiesparsektor besonders vertreten. Alle diese Aktivitäten sollen gefördert werden, vor allem aber die Bestrebungen zur Schaffung regionaler und kommunaler Energiekonzepte. Gestern wurde den Abgeordneten dieses Hauses die Vorlage Nr. 83/1, betreffend den Bericht über die Entwicklung von Alternativenergien und des Energiespargedankens, überreicht. Mit Recht werden in diesem Bericht die Landwirtschaftskammer und die Kammer der gewerblichen Wirtschaft lobend erwähnt. Kein Wort steht dort aber von der kommunalen Energiesparagentur der Steiermark, die immerhin in sieben Energiemessen über 20.000 Besucher gezählt hat, die Seminare für Gemeindefunktionäre und Bausachverständige zum Thema „Energiesparen“ abgehalten hat, und die zwei Energiesparbroschüren herausgegeben hat. Es wird also in dieser für uns alle so wichtigen

Frage halt doch noch immer – ich hoffe, nicht mehr lange – mit zweierlei Maß gemessen. Man spart sicherlich Energien, aber man sollte sie nicht am falschen Platze sparen. Die sozialistischen Landtagsabgeordneten haben bereits mehrmals einen Antrag auf Erstellung eines Landesenergieplanes für die Steiermark eingebracht. Wir wissen, daß an solchen Unterlagen gearbeitet wird, doch die Zeit drängt und die Energiefragen berühren uns alle. Energie hat ja kein Mascherl, weder ein schwarzes, noch ein rotes oder blaues. Derzeitige und auch künftige Arbeiten sollen daher gemeinsam und nicht gesondert vor sich gehen. Gemeinsam, das heißt aber: vom Landesenergiebeauftragten, von weiteren Fachleuten und einem aus Vertretern der drei Landtagsfraktionen bestehenden Beirat, also einer Art Energiekommission.

Von den SPÖ-Abgeordneten wurde schon im Mai 1980 die Erstellung einer Studie über den Standard der Stromversorgung in der Steiermark beantragt. Auch diese Studie wurde dem Landtag noch nicht vorgelegt.

Meine Damen und Herren, ein koordiniertes Versorgungskonzept für das Land Steiermark, welches alle Energieträger einbezieht, alle Chancen und Möglichkeiten aufzeigt, eine Energiebilanz und darauf aufbauend ein gesamtsteirischer Energieplan wären daher dem Steiermärkischen Landtag ehestens vorzulegen. In energiekritischen Zeiten wie diesen sollte im Interesse aller Steirerinnen und Steirer weder an Willen zur guten Zusammenarbeit noch ausnahmsweise an menschlicher Energie zur Bewältigung dieser Frage gespart werden. Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Pfohl: Hohes Haus, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die gegenwärtigen industrie- und strukturpolitischen Schwierigkeiten in der Steiermark sind nicht allein die Folge einer weltweiten Absatzkrise im Bereich der Stahlindustrie, sondern haben eine Vielzahl von Ursachen. Wir können es uns bei der kritischen Beurteilung der ökonomischen Ausgangssituation nicht so leicht machen, daß wir ausschließlich die strukturellen Probleme der verstaatlichten Industrie in der Mürz-Mur-Furche ins Treffen führen. Die Schwierigkeiten der aktuellen steirischen Situation haben viele Wurzeln. Vor allem auch – und dies muß klar ausgesprochen werden – die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Ich möchte bewußt heute an Hand einiger Fakten, die zweifellos auch für die Steiermark von Relevanz sind, darstellen.

Vorerst nur so viel zur landesspezifischen Stahlsituation: Über die Flaute in diesem Bereich ist schon viel diskutiert worden. Zahllose Stellungnahmen seitens der betroffenen Unternehmensleitungen, der verantwortlichen Politiker auf Bundes- und Landesebene sowie seitens der ÖIAG in Wien liegen vor. Die Hoffnung auf eine baldige Erholung der internationalen Stahlkonjunktur kann und darf nicht das einzige industriepolitische Zukunftsbarometer in unserem Land sein. Man muß – auch wenn sich die Stahlpreise und somit die Ertragslage der VOEST-Alpine in den kommenden Monaten erholen sollten – intensiv darüber nachdenken, wie man einen derartigen Konjunk-

tureinbruch in Hinkunft vermeiden kann. Keine Frage: Wir werden in der Obersteiermark immer dann beschäftigungspolitische Probleme bekommen, wenn die internationale Investitionstätigkeit zurückgeht beziehungsweise wenn die Konkurrenzfähigkeit der verstaatlichten Industrie unter dem weltweit immer härter werdenden Wettbewerb leidet. Um so mehr muß es die grundsätzliche Intention einer landesbezogenen Industrie- und Strukturpolitik sein, von diesen Einflußfaktoren so weit wie möglich unabhängig zu werden. Die Verstaatlichte der Obersteiermark wird um strukturverbessernde Maßnahmen zwischen Mürzzuschlag und Judenburg zweifellos nicht herumkommen. Die Österreichische Volkspartei hat die Öffentlichkeit nie darüber im Unklaren gelassen, daß ihr selbstverständlich an einer Sanierung dieser Betriebsstätten ebenso liegt, wie allen anderen Verantwortlichen in diesem Lande, die von einem einheitlichen Industriebegriff – unabhängig von den jeweiligen Eigentumsverhältnissen – ausgehen. Doch mit der Hingabe von öffentlichen Mitteln allein ist es nicht getan. Die Staatsfinanzen lassen eine Zufuhr von Steuergeldern à fonds perdu nicht zu; es muß auch die öffentliche Hand mit der Sorgfalt des ordentlichen Kaufmannes, wie sie vom Handelsrecht für alle unternehmerisch Tätigen postuliert wird, darauf dringen, daß mit Sanierungskapitalien auch strukturverbessernde Maßnahmen finanziert werden. Uns liegt das Wohlergehen der Verstaatlichten Industrie zumindest ebenso am Herzen wie den Sozialisten. Doch wir sehen eine Gesundung dieser Betriebe erst dann gewährleistet, wenn man betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten zur Kenntnis nimmt. Eine einseitig ideologische Betrachtungsweise – gleichsam die Arbeitsplatzsicherung im windgeschützten Reservat der Gemeinwirtschaft – ist weder vor den Belegschaften, noch vor dem Steuerzahler zu verantworten. Die Steiermark braucht, was ihre industriellen Strukturen betrifft, eine Offensive der Innovation und Diversifikation. Das sind keine Schlagworte sondern realpolitische, ökonomische Notwendigkeiten. Industrielle „Monokulturen“ sind schon deshalb problematisch, weil sie einer Gemeinde, einer Region und in unserem Fall einem gesamten Bundesland ein hohes Maß an Konjunkturabhängigkeit bescheren, das zu schwerwiegenden Problemen gesamtwirtschaftlicher Art führt. Das heißt im Klartext: Wir brauchen in der Steiermark eine differenziertere Branchenstruktur, wir brauchen dringend Neugründungen in strukturschwachen Gebieten und wir brauchen die Wiederherstellung des Investitionselans bei jenen Unternehmen, die bereits im Lande tätig sind. Dem stehen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen leider noch immer im Wege. Lassen Sie mich dazu einige Zahlen präsentieren:

Seit 1970 hat sich der Anteil der Industrieinvestitionen am gesamtwirtschaftlichen Investitionsgeschehen laufend verringert. Wir halten derzeit in ganz Österreich bei einer Quote von rund 13 Prozent. Demnach wird nur jeder achte Schilling, der in Österreich investiert wird, für die sehr produktivitätswirksamen und beschäftigungspolitisch so wichtigen Investitionen in der Industrie ausgegeben. Von der öffentlichen Hand haben wir in den kommenden Jahren kaum zusätzliche Impulse zu erwarten. Der Anteil der investiven Ausgaben am Bundesbudget wird sich 1982 auf etwas mehr als sieben Prozent verringern. Vor zehn Jahren waren

es noch immerhin elf Prozent der Staatsausgaben, die unmittelbar investitionswirksam verwendet werden konnten. Dazu gibt es ein wichtiges Korrelat: Im kommenden Jahr werden die Zinsdienste und die Schuldtilgungen des Bundes bereits 15 Prozent der gesamten Staatseinnahmen erfordern. 1970 waren dies erst sechs Prozent. Die Nettoneuverschuldung des kommenden Jahres wird – so der vorgelegte Haushalt auf Bundesebene überhaupt realisiert werden kann – gerade dazu ausreichen, den Schulden- und Tilgungsdienst des Bundes zu erfüllen.

Schon dieser kleine Ausflug in die wirtschaftspolitischen Realitäten auf Bundesebene zeigen, welchen Problemen sich die Industriepolitik eines Bundeslandes gegenübersehen wird. Der Anteil der Steuer- und Sozialquote am Bruttoinlandsprodukt hat heuer bereits die 42-Prozent-Marke überschritten und dürfte im kommenden Jahr noch höher sein. Das alles läßt befürchten, daß von der Bundespolitik kaum Impulse für einen Neuanfang der industriellen Strukturpolitik ausgehen werden. Es gibt natürlich auch einen unmittelbaren Einfluß- und Entscheidungsbereich des Landes. Das Land Steiermark wird bekanntlich – im Rahmen des bundesweit als beispielhaft geltenden Wirtschaftsförderungsgesetzes – alles tun, um den Investor, in welcher Branche er auch immer tätig sein mag, zu ermutigen. Allerdings können wir auch in der Steiermark auf gewisse Grunderfordernisse bei den allgemeinen Rahmenbedingungen nicht verzichten. Wir brauchen nicht nur eine Verbreiterung der Branchenstruktur, sondern wir benötigen auch die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit jener Hunderter Klein- und Mittelbetriebe, die derzeit schon das nicht leichte Joch der beschäftigungspolitischen Verantwortung im Lande tragen.

Jüngst haben die Wirtschaftsforscher neuerlich darauf verwiesen, daß der Verlust an industriellen Arbeitsplätzen überwiegend auf das Konto der größeren Unternehmenseinheiten geht, während die klassischen Mittelindustrien einen echten Beitrag zur industriellen Vollbeschäftigung leisten. Dort sind unternehmerisch Tätige aktiv, die aber nach und nach an Mutlosigkeit zu leiden beginnen. Es sind vor allem die vielen sozialpolitischen Offensiven auf Bundesebene, die den privaten Investor, sei er etablierter Inländer oder potentieller ausländischer Interessent, so vorsichtig werden lassen. Es ist primär die ökonomische Psychologie, die der Innovation derzeit im Wege steht. Fast täglich sind wir von der Regierungsseite mit sozialpolitischen Offensivforderungen konfrontiert, die meist drastisch in diametralem Gegensatz zur konjunkturellen Wirklichkeit sowie zur einzelwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit stehen. Dazu zählen nicht nur die permanenten Ankündigungen des Sozialministers Dallinger, dazu zählt unter anderem – und ich bin mir der politischen Brisanz dieses Nebensatzes durchaus bewußt – auch beispielsweise die Forderungskataloge des öffentlichen Dienstes, namentlich der Ruf nach einem 15. Monatsgehalt für Beamte und eine Treueprämie für Pragmatisierte. Manchmal gewinnt man den Eindruck, die politischen Entscheidungsträger in der Bundesregierung hätten den Ernst der ökonomischen Realitäten noch immer nicht begriffen. Da wird ein ausländischer Investor im Ballungsraum Wien mit Förderungsmilliarden bedacht, die anderswo – beispielsweise in der

Mur-Mürz-Furche – vernünftiger eingesetzt, einen ungleich höheren beschäftigungspolitischen Effekt haben könnten. Da wird just in einer Periode der würgenden Hochzinsentwicklung eine Steuerpolitik betrieben, die die Eigenkapitalanteile an den Bilanzsummen unserer Betriebe weiter schmelzen läßt. Schon jetzt liegt die Eigenmittelquote der heimischen Industrie unter der 25-Prozent-Marke. Da wird weiters eine Stabilitätspolitik betrieben, indem man die Inflation ausschließlich über den Wechselkurs bekämpft. Nicht die eigentlichen Kostenauftriebsfaktoren werden unter die wirtschaftspolitische Lupe genommen, sondern ein bedingungsloses Ankoppeln an die Deutsche Mark soll die Importpreise und somit das inländische Preisniveau – den Lebenshaltungskostenindex – stabil halten. Was das ohne entsprechende kostendeckende Maßnahmen der Steuer-, Sozial- und Einkommenspolitik bedeutet, ist jederzeit an den Ergebnissen der österreichischen Handelsbilanz ablesbar.

Ich habe mich bewußt mit allgemeinen wirtschaftspolitischen Phänomenen Österreichs an der Jahreswende 1981/82 beschäftigt, weil ich der Ansicht bin, daß selbst die rühmlichste strukturelle Landespolitik nicht gegen den ökonomischen Zeitgeist, der sich aus der Bundespolitik ergibt, agieren kann. Die Steiermark braucht dringender als andere Bundesländer eine industrielle Innovations- und Investitionsoffensive. Die Entwicklung unseres Bruttoregionalproduktes hinkt seit Jahren hinter den gesamtösterreichischen Durchschnittswerten nach. Die Dominanz der Stahlindustrie, topographische und infrastrukturelle Nachteile verschärfen die Situation. Umso vitaler ist unser Interesse an einem Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik, der auch in unserem Bundesland strukturelle Anpassungsprozesse beschleunigen hilft. Die Mürz-Mur-Furche ist nur ein Symptom. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rainer. Ich erteile es ihm.

Abg. Rainer: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach der Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Schützenhöfer habe ich ja nicht zu befürchten, wenn ich mich hier nicht angepaßt gebe, daß ich, so wie gestern mein Kollege Ofner, womöglich am Ende meiner Ausführungen gerügt werde. Es war nämlich schon ein sehr starkes Stück, daß der Herr Kollege Schützenhöfer hier versucht hat, eine Art von Darstellung eines betriebswirtschaftlichen Vorganges zu geben, die rein parteipolitisch interpretiert wurde. Auftragseingänge, Produktionsabläufe und damit verbundene Personalstände – das müßten ja Sie, meine Damen und Herren von der Wirtschaft, wissen – lassen sich leider nicht immer mit Betriebsratswahlen koordinieren. Es ist daher nicht so wie es dargestellt wurde, daß hier jemand versetzt wurde, weil er unter Umständen am 6. Oktober seine Stimme nicht abgeben sollte, sondern es war eine notwendige wirtschaftliche Maßnahme. (Abg. Dr. Maitz: „Die Auswahl der Leute auch!“) Die Auswahl der Leute war strukturbedingt. Auf Grund ihrer Ausbildung mußten sie nach Kapfenberg versetzt werden. (Abg. Dr. Maitz: „42 ÖAABler von 48 Versetzten!“) Gefragt wurde vom Kollegen zu Recht, ob es andere Beispiele auf Ihrer Seite auch

gäbe. Kollege Schützenhöfer, ich darf antworten, ich selber habe ein derartiges Beispiel durch längere Zeit bearbeitet und es hat mehrere Instanzen der Arbeitsgerichte beschäftigt. Es war dies innerhalb der ÖWG, es waren dies der seinerzeitige Betriebsrat Dipl.-Ing. Ullly und ein nicht Unbekannter, der Herr Harwalik. Dort sind aber effektiv Kollegen, die bereits Betriebsräte waren, veranlaßt worden, aus dem Betrieb zu gehen. Man sollte sich also hüten, hier im Hohen Haus in einer derartigen (Abg. Dr. Horvatek: „Vor der eigenen Türe kehren!“) Polemik Dinge so darzustellen, weil man sie halt politisch gerne so hätte. (Beifall bei der SPÖ.)

Nun, meine Damen und Herren, ich werde mich auch in der Form nicht angepaßt geben, daß ich dieses grausame Gute-Nacht-Lied des Herrn Abgeordneten Ing. Stoisser von gestern, das ich mit ins Bett genommen habe und das in etwa die Quintessenz auch der heutigen Reden der ÖVP-Vertreter beinhaltet hat: Alles Gute kommt vom Land allein, alles Schlechte hat der Bund zu verantworten. (Abg. Dr. Horvatek: „Sieht man immer bei der Nationalratswahl!“) So ist es eben nicht, meine Damen und Herren. Es ist leider eine Tatsache, daß Sie ignorieren, was unser Generalredner ausgeführt hat, daß sich Österreich in die Weltwirtschaft integriert hat und daß daraus resultierend auch natürlich die Weltwirtschaftskrise auf unsere Wirtschaftsstruktur durchschlägt. Besonders trifft es hier die Vereinigte Eisen- und Stahlindustrie, wie Sie immer sagen, die Verstaatlichte, Sie meinen aber konkret die Eisen- und Stahlindustrie, die VOEST-Alpine und die Vereinigten Edelstahlwerke. Tatsache ist, meine Damen und Herren, daß in diesen Bereichen alles versucht und alles getan wurde, und im internationalen Vergleich auch belegbar ist, daß die Beschäftigung gehalten werden kann, und daß sich diese Unternehmen auch beträchtlich besser wirtschaftlich entwickelt haben. Als Folge der Energiekrise des Jahres 1973 sind überall in der gesamten westlichen Welt, in allen Mitgliedsstaaten der OECD Überkapazitäten im Stahlbereich sichtbar geworden und seit 1974 gibt es eine permanente Krise in der Stahlindustrie, eine Anpassungskrise in dieser Branche, die in den EWG-Staaten zu etwa 168.000 Freisetzungen geführt hat. Das ist ein schönes, nunmehr modernes Wort geworden, das auch Sie zu verantworten haben. Sie verwenden das ja immer gerne, wenn Sie als Dienstgeber auftreten und kündigen müssen. (Abg. Dr. Eichinger: „Das ist ein sozialistisches Vokabel!“) Und in den Vereinigten Staaten wurden 126.000 freigesetzt. Und Tatsache ist, meine Damen und Herren, wenn man einmal genau untersucht, daß zum Beispiel in den Vereinigten Edelstahlwerken bei einer Exportverflechtung von 80 Prozent ihrer Produktion mit dem Weltmarkt bis heute – obwohl das Booz-Allen-Gutachten verlangt hat, 3000 sollten gekündigt werden – kein einziger Dienstnehmer gekündigt worden ist. Kein einziger! Alle jene, die aus diesem Unternehmen ausgeschieden sind, sind auf Grund einer Vereinbarung der Staatlichen Wirtschaftskommission, paritätisch zusammengesetzt, nach allen Interessen abgewogen waren es 750, durch eine Form der Pensionierung, sei es die Sonderunterstützung gewesen, seien es andere Maßnahmen gewesen wie das Nachtschichtschwerstarbeitergesetz, eben ausgeschieden oder aber jene 45, die Sie hier auch heute

zu Recht beklagt haben, die also pendeln. Nur, Sie verfallen halt immer von einem Extrem in das andere, weil, wenn hier der Vertreter des Gewerbes oder des Wirtschaftsbundes sagt, na ja, gewisse Ideen des Herrn Ministers Dallinger könnten ihm unter Umständen gefallen, so wird der Vertreter der Industrie, der Herr Dr. Pfohl, sagen, na ja, bitte schön, hier muß mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes vorgegangen werden, was ja nichts anderes bedeutet als wenn diese Strukturbereinigung, wie es dargestellt wurde, tatsächlich so mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes vorgenommen wird, dann heißt dies, meine Damen und Herren, daß es beträchtliche Kündigungen geben müßte. Diese wird es nicht geben, dafür verbürgen wir uns, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wie eigenartig Ihre Haltung ist, das hat ja auch wieder ein Vertreter der Industriellenvereinigung und ein gar nicht so kleiner Subventionsnehmer sehr augenfällig in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit dargestellt. Es war dies der Gewerke Herr Dr. Emmerich Assmann, der wider besseren Wissens, nämlich wenn ich jetzt seine Funktion als Eigentümervertreter in der verstaatlichten Industrie sehe, gegen eine Mittelzuführung gestimmt hat, wo sogar der Herr Landeshauptmann und wo sogar Ihr Bundesparteiobermann, der Herr Dr. Mock, nunmehr der Meinung waren, daß es diese Mittelzuführung geben muß. Diese Mittelzuführung ist mehr als gerechtfertigt, da diese verstaatlichte Eisen- und Stahlindustrie in den letzten zehn Jahren einen Prozeß der Umstrukturierung vorgenommen hat, der aus dem Cash flow finanziert worden ist, der etwa 6000 Beschäftigte abgesichert hat, und es ist keineswegs so, wie es dargestellt wurde, daß man diese Mittelzuführung nicht verantworten könnte. Wir unterstützen daher, und wir sind allen jenen überaus dankbar, die sich daran beteiligt haben, daß die Vereinigten Edelstahlwerke nunmehr weitere 2 Milliarden Schilling zu den 2,4 Milliarden Schilling, die sie erhalten haben, und auch jenen 100 Millionen Schilling, die vom Land Steiermark und dem Land Niederösterreich bezahlt wurden, im nächsten Jahr bekommen werden, und daß es der VOEST-Alpine doch auch gelungen ist, eine Mittelzuführung durchzusetzen, scheinbar zuerst gegen Ihren Widerstand, in der Höhe von 1,5 Milliarden Schilling im Jahr 1981 und 500 Millionen Schilling im Jahr 1982. Diese Mittel, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden sicherlich zweckentsprechend eingesetzt werden. Es gibt nämlich und es gab das, was Sie immer wieder urgieren: einen Stahlplan der VOEST-Alpine für die Entwicklung dieser Werke bereits im Jahre 1978, und es gibt einen neuerlichen Plan für die Jahre 1982 bis 1986. Es ist also keineswegs so, daß dieses Geld à fonds perdu – so wurde es dargestellt – gegeben wird, bereits wieder verwirtschaftet ist, oder, wie man es auch lesen konnte, womöglich zur Subvention von Löhnen und Gehältern gegeben wurde. Vielleicht darf man bei den Subventionen daran erinnern, daß die übrige Stahlindustrie in der EG – wenn hier die Zeitungsmeldungen stimmen – rund 500 Milliarden Schilling Interventionskapital erhalten hat und trotzdem diesen Einbruch der Beschäftigung zu verzeichnen gehabt hat. Das ist doch eine recht eigenartige Darstellung von Ihrer Seite. Offensichtlich ist das damit verbunden, daß Sie eine ganz bestimmte politische, nicht immer untereinander

vereinbare Gesinnung haben und manchesmal Ihre Interessen zu sehr auseinanderfallen. Wenn sie diese Investitionen innerhalb der VOEST-Alpine, des Werkes Donawitz, oder überhaupt der Steiermark einmal ansehen, dann werden Sie feststellen, daß rund 10 Milliarden Schilling in die Steiermark geflossen sind, und allein davon 5 Milliarden Schilling in das Werk Donawitz. Es war Ihr Vertreter, der auf eine Frage von Journalisten etwa so geantwortet hat, es war der Herr Dipl.-Ing. Fegerl, der zuständige Hüttenmann: Wären diese 5 Milliarden Schilling nicht investiert worden, dann hätte es für das Donawitzer Werk bereits das „out“ gegeben. Ich glaube das bedarf keines weiteren Kommentars. Es ist so. Sie fordern weiters, daß hier ein Prozeß der Umstrukturierung erfolgen soll. Auch das ist geschehen. In den Jahren 1979 bis 1981 ist der Bereich der Hütte von 64 Prozent Anteil auf 45 Prozent zurückgegangen. Im Bereich der Finalindustrie und im Bereich des Anlagenbaues, wo Sie lange Zeit im steirischen Bereich nicht unbedingt mitgegangen sind, gab es eine Ausweitung von 23 auf 32 Prozent, und die Exportquote konnte sich von 55 auf 70 Prozent innerhalb der VOEST-Alpine erhöhen. Das gegenwärtige Auftragsvolumen beträgt rund 54 Milliarden Schilling. Die Beschäftigung, meine Damen und Herren, ist relativ stabil. Es ist keineswegs, wie es hier dargestellt wurde. Hier gibt es eine recht interessante Untersuchung über Auswirkungen und im Vergleich bei krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklungen, und hier zeigt sich – das ist sehr tief in Ihrer Zeit gelegen, bundespolitisch gesehen –, im Jahre 1953 in der privaten Wirtschaft gab es eine Wirtschaftskrise. Zwölf Prozent Freisetzungen erfolgten, immer auf die Beschäftigten bezogen. In der verstaatlichten Industrie waren es 0,3 Prozent. Im Jahre 1975, einem weiteren Krisenjahr, 6,5 Prozent, und in der verstaatlichten Industrie 1,7 Prozent. Wie das 1981 ausgehen wird in der Abrechnung, werden wir sehen. Wenn wir aber die vielen Beispiele in der Steiermark nehmen, von insolventen Betrieben, von Betrieben, die in Schwierigkeiten sind, von Betrieben, worüber Sie überhaupt nicht reden wollen, wie zum Beispiel auch bei Felten & Guilleaume, wo in den nächsten Wochen etwa 400 Beschäftigte gekündigt werden, weil es ein Privatunternehmen ist, und wenn man hier auflisten würde, würde man sehr rasch die Kenntnis erhalten, daß die Freisetzungsziffern oder die Kündigungen, um es tatsächlich entsprechend korrekt darzustellen, wesentlich größer sind, als dies im Bereich der verstaatlichten Industrie wirklich der Fall ist. Es gibt hier einige für Sie sehr schmerzliche weitere Beispiele, wenn ich an die Stahlcord denke. Die Entwicklung bei Bauknecht oder bei Solo ist nicht erfreulich.

Nun zu den Insolvenzen, die gestern hier angesprochen wurden. Es war fast eine meisterhafte Darstellung der Dialektik des Abgeordneten Stoisser, wie er eine Statistik des Kreditschutzverbandes zitiert hat, er hat nur einiges dazu vergessen, nämlich, daß es hier weitere Meldungen gegeben hat, die anders aussehen, wenn man zum Beispiel die Ursachen der Insolvenzen nimmt, so gibt es hier folgende Situation: Unfähigkeit, Fahrlässigkeit, Unsachlichkeit, persönliches Verschulden machen mehr als 60, 73 beziehungsweise 80 Prozent der Insolvenzen aus. Nur der Rest ist zurückzuführen auf Kapitalmangel, und nur rund zwei Prozent,

meine Damen und Herren, sind tatsächlich darauf zurückzuführen, daß man durch eine andere Insolvenz, also ohne jedwedes Verschulden, mitgerissen wurde. Ich will Sie hier keineswegs strapazieren und Ihnen Beispiele wieder aufzeigen, die hier in diesem Hohen Haus bereits x-fach zur Auseinandersetzung geführt haben. Wenn ich zum Beispiel an die Firma Merino, an Eumig und andere Beispiele denke, wo wir feststellen müssen, daß das alles private Unternehmungen waren, die schlecht geführt wurden, und es keineswegs so ist, wie es dargestellt wird, daß hier nur die verstaatlichte Industrie schlecht geführt wird, weil sie das so gerne als einen Beweis hätten. Eine andere Bedeutung, die auch heute und hier angestellt wurde: Sie sagen ja ein weiterer Grund dieser Insolvenzen liegt darin, daß die Steuerbelastung der Unternehmungen insgesamt ins Unermeßliche und für Sie Unerträgliches gestiegen ist. Sie pendelt so zwischen 22 und 27 Prozent, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, sie beträgt gegenwärtig am Bruttonationalprodukt gemessen, allerdings 25 Prozent, und ist durchaus vergleichbar mit allen übrigen anderen westeuropäischen Staaten. Es ist nicht so, daß es die Steuerlast ist, die diese Unternehmungen aushöhlt. Vielleicht, allerdings auch nur zum Teil, die Privatentnahmen. Vielleicht ist es zum Teil doch auch eine schlechte wirtschaftliche Führung, vielleicht ist es doch auch so, daß nicht immer mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes oder mit entsprechender Umsicht, die ein Unternehmer haben sollte, der etwas unternimmt, auch wirklich vorgegangen wurde. Auch so könnte man allenfalls wirtschaftliche Entwicklungen in der Steiermark sehen. (Abg. Dr. Maiz: „Sie müssen es übernehmen. Mit Klassenkampf lösen Sie kein Problem!“) Ich weiß schon, daß Ihnen das nicht gefällt, aber es ist leider so. (Abg. Kollmann: „Ihnen werden wir einen Betrieb anvertrauen!“) Ich kann nur hoffen, und da gehen wir völlig konform, meine Damen und Herren, daß jene neuen Einrichtungen, die gestern hier zitiert wurden, wie etwa die Technova, die Beteiligungs Ges. m. b. H., die Betriebserweiterungs- und Ansiedlungsgesellschaft dazu beitragen werden, daß wir auch etwas glücklicher sein werden, erfolgreicher bei der Ansiedlung von Unternehmungen, weil auch hier ließe sich einiges und durchwegs nicht polemisch, sondern sehr sachlich im Negativen darstellen. Ich möchte es Ihnen aber ersparen.

Zurück nochmals zur Konkursordnung, weil sie unmittelbar dazugehört. Wir, meine Damen und Herren, werden uns mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß es bereits 1982 zu einer Abänderung der Konkursordnung kommt (Abg. Dr. Dorfer: „Wie soll die Konkursordnung geändert werden? Hoffentlich wissen sie selbst, was Sie wollen!“) mit dem primären Ziel, daß Unternehmungen, die insolvent werden, unter ganz bestimmten Kriterien weitergeführt werden können, damit es auch zu einer Absicherung der Beschäftigung kommt, weil derartige Insolvenzen, wie hier richtigerweise ausgeführt wurde, in sehr vielen Regionen unlösbare arbeitsmarktpolitische Probleme nach sich ziehen können.

Nun vielleicht eine andere Betrachtung, weil hier einige Verantwortliche für die Geldwirtschaft hier sitzen. Es wäre interessant zu fragen, meine Damen und Herren, wie ist es denn um die Verantwortung der Manager bestellt? Wie geht denn das immer aus, wenn

Unternehmungen eingehen? Ich habe da eine Pressemeldung in Erinnerung, wo zumindest mit Bedauern darauf hingewiesen wird: Ja ist es denn überhaupt noch sicher, ob der Herr Foggenhuber diese 50.000 Schilling monatlich Rente, oder was das sein sollte, bekommen wird. Niemand hat sich gefragt, was geschieht für die 850 Beschäftigten bei der Eumig in Fürstenfeld, die gekündigt wurden. (Abg. Dr. Heidinger: „Wer hat den Vertrag mit Foggenhuber gemacht? Ein persönlicher Freund des Bundeskanzlers!“) Aber die Ansprüche, die verwirtschaftet wurden, meine Damen und Herren, wurden aus dem Insolvenzentgelt-sicherungsfonds bezahlt, und das hat 280 Millionen Schilling ausgemacht. (Abg. Kollmann: „Wer bezahlt diesen Fonds?“) Wissen Sie warum, meine Damen und Herren? Weil das zurückgelegte Eigenkapital und auch die Rücklagen für die Abfertigungen verwirtschaftet waren, sinnlos verbraucht wurden. Das war keineswegs, wie es dargestellt wurde, ein verstaatlichtes Unternehmen. Man hat es nur geschickt verstanden, einen Nichtverstaatlichten zu einem Verstaatlichten zu machen, weil man so gerne einen entsprechenden Nachweis darüber geführt hätte. (Abg. Dr. Dorfer: „Wer hat denn zugesperrt bei Eumig?“) Hier müßte man schon fragen, ob nicht die Verantwortung auch dort liegen muß, daß die Haftungen der Manager, der Geldgeber, der Banken, die Rolle derselben überprüft wird und entsprechende andere Konsequenzen als das heute der Fall ist, aus derartigen Insolvenzen gezogen werden. (Beifall bei der SPÖ.) Ich habe mich gestern ungemein gefreut, daß es auch Ansätze zu einer moderneren Denkart gibt. Der Herr Abgeordnete Stoiser hat darauf hingewiesen, daß er eine Fallstudie über Fragen der Mikroelektronik und die Auswirkung derselben hier in diesem Hohen Haus präsentiert hat, und auch meint, daß diese Fallstudie Anlaß geben muß zu überlegen, wie sich unsere Wirtschaft weiterentwickeln wird. Hier hat ja der bereits mehrmals kritisierte Sozialminister Alfred Dallingner ganz konkrete Vorstellungen. Er weiß, warum er immer wieder darauf hinweist, daß diese Fragen der Arbeitszeitpolitik natürlich auch in diesem Zusammenhang mit der neuen Technologie zu sehen sind. Nämlich, meine Damen und Herren, wenn wir diese Fragen nicht überlegen, wenn wir uns nicht zeitgerecht anpassen, natürlich immer angepaßt verhalten an die internationale vergleichbare wirtschaftliche Entwicklung, dann werden wir tatsächlich auf Grund der demographischen Kurve eine gigantische zusätzliche Zahl von Arbeitslosen produzieren, die wir alle zusammen nicht wollen, weil in der Zukunft diese neue Technologie tatsächlich das werden wird, als das sie auch hier dargestellt wurde, ein Jobkiller sondergleichen, wenn nicht entsprechende Maßnahmen, Vorsorgen zeitgerecht – darauf kommt es besonders an – von uns hier auch gesetzt werden, und wir sind daher diesem Minister für seine Überlegungen dahingehend sehr, sehr dankbar.

Nun, meine Damen und Herren, noch etwas wurde gestern sehr beklagt, und es stimmt mich mehr als nachdenklich, weil ich selbst an derartigen Verhandlungen teilgenommen habe. Sie sagen, viele Unternehmungen seien nicht mehr in der Lage, die heute bereits auf Grund des Gesetzes – es ist übrigens auf das Angestelltengesetz zurückzuführen –, den Arbeitnehmern, konkret den Arbeitern, die zustehende Abfertigung zu bezahlen. Wir haben bei der Begutachtung des Gesetzes und bei der Beschlußfassung darüber, aber auch danach, und vor allem die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter hat sehr massiv versucht, Regelungen zu finden, die es ihnen leichter gemacht hätten, in Form einer Fondsregelung dazu zu kommen, daß dort, wo diese Abfertigungen schwerer zurückgelegt werden können, wo diese Kapitalbildungen vielleicht nicht so ohne weiteres möglich sind, oder eben vorübergehend diese Kapitalien nicht zur Verfügung stehen, ein Fonds dafür eintreten sollte. Aber ein Fonds ist ja etwas, meine Damen und Herren, was Sie ja unter keinem, aber unter gar keinem Aspekt akzeptieren wollen und akzeptieren werden, denn das ist ja etwas, was Sie nicht brauchen können.

Und nun zu einer sehr unangenehmen Darstellung gestern und auch heute, und sie wird ja wahrscheinlich heute noch zum xfachen wiederholt werden. Das ist dieses viel geschmähte – in der Steiermark muß man so sagen – Projekt der Provokation – so wird es dargestellt, aber man bekommt andererseits den Eindruck, es gibt hier so etwas ähnliches wie ein Wien-Syndrom: das Projekt von General Motors. Falsche Projekte, wurde hier gesagt, am falschen Ort, Arbeitslose hier und Überschäftigung in Wien. (Abg. Kollmann: „Es stimmt!“)

Ja, man könnte tatsächlich glauben das stimmt, weil man einfach etwas gelesen hat und annimmt, daß es dann stimmt. Nur, Tatsache ist, meine Damen und Herren, wenn Sie die Arbeitslosenziffern Ende November nehmen, daß es folgendermaßen aussieht: Insgesamt sind in Österreich 93.887 Arbeitslose zu verzeichnen, davon in Wien 19.204, aufgegliedert in 10.928 Männer und 8.276 Frauen, das sind bei dieser Gesamtzahl, bitte, 20,5 Prozent von der Gesamtzahl der österreichischen Arbeitslosen; durchschnittliche Arbeitslosenrate: 2,4 Prozent, Beschäftigtenstand Wien: 769.880.

Nun als Vergleich dazu die Steiermark: 15.056, 7261 Männer und 7794 Frauen, das sind 16 Prozent von der Gesamtzahl der österreichischen Arbeitslosen; Arbeitslosenrate: 3,7 Prozent; Beschäftigtenstand: 393.517.

Beschäftigtenstand in ganz Österreich: 2,8 Millionen; Arbeitslosenrate: durchschnittlich 3,2 Prozent.

Vielleicht noch die offenen Stellen für Wien: 3271. Das Überangebot, das hier vom Kollegen Schützenhöfer und gestern vom Herrn Abgeordneten Ing. Stoiser dargestellt wurde, ist eine Legende, meine Damen und Herren. Es ist keineswegs so. (Abg. Dr. Dorfer: „Sie haben selber bewiesen, daß das stimmt!“)

Aber es gibt ein weiteres Projekt, wo Sie ja das gleiche sagen werden, und zwar das Projekt Steyr-BMW, wo auch wir uns in der Steiermark um eine Ansiedlung bemüht haben, nur andere, nämlich die Oberösterreicher, waren erfolgreicher als wir. Insgesamt, meine Damen und Herren, wird folgendes eintreten, daß durch diese beiden Projekte, nämlich General Motors plus BMW-Steyr, für die heimische österreichische Industrie ein Drittel mehr an Zulieferungsaufträgen kommen wird, und daß es die Handelsbilanz um zwei Drittel verbessern wird. Es ist immerhin erstrebenswert, wenn man derartige Bemühungen macht, auch wenn man als Steirer zur Kenntnis nehmen muß, daß es nicht immer erfreulich ist, wenn nicht wir jene

sind, hier den Vorteil und den Nutzen daraus haben, oder wenn uns das Glück in der Ansiedlungspolitik nicht hold war oder etwas an Geschick gefehlt hat, damit wir uns durchgesetzt haben.

Nun zu einigen anderen Projekten, die für die Österreichische Volkspartei offensichtlich jene Projekte sind, die sie durchgesetzt haben, aber es ist keineswegs so. Dieses Projekt der VOEST-Alpine von AML, das gestern von Ihrem Generalredner so lobend erwähnt wurde, die Fertigung von Glas, die Steinindustrie, die Fertigung von Panzerfunkgeräten: alles Leistungen der Österreichischen Bundesregierung – zugegeben, meine Damen und Herren, gemeinsam mit dem Land.

Ich glaube also, in Zeiten wie in diesen, brauchen wir erstens keinen Kurswechsel und zweitens, meine Damen und Herren, sollten wir eines tun, und zwar sollten wir uns weiter auf dem österreichischen Weg, der sehr erfolgreich war, bewegen, und wir sollten nicht das tun, womit ich abschließen möchte, und (Abg. Dr. Maitz: „Sind Sie für die Steiermark gewählt?“) wo Ihre Geisteshaltung scheinbar herkommt, nämlich da, wenn Sie einmal Ihren Umgang betrachten, und zwar den Herrn Generaldirektor außer Dienst Dr. Treichl (Abg. Dr. Dorfer: „Er hat zumindest die CA nicht abgewirtschaftet wie Eure Herren!“), der folgendes gesagt hat, und damit möchte ich enden, weil, wie der Herr Abgeordnete Ing. Stoisser gestern zum Beispiel gesagt hat, er hat ihn eingeladen gehabt, dann gibt es dazu nichts mehr zu sagen. Aber, ich zitiere jetzt bitte aus der „Tagespost“ vom 4. November des Jahres 1981: „Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß es Gewerkschaftsfunktionäre gibt, die ihr Leben lang nichts anderes getan haben, als eben Gewerkschaftsfunktionäre zu sein, und daß die Leistungsbereitschaft der österreichischen Arbeitnehmer durch diese gebremst wird.“ Das meinte Dr. Treichl. Ein kleiner Nebensatz dazu war: „Und außerdem bin ich der Meinung, daß die Löhne in Österreich zu hoch sind.“ Das sind Ihre Vertreter, meine Damen und Herren, und diesen Weg werden wir sicher nicht gehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Harmtodt.

Abg. Harmtodt: Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Kollege Rainer hat teilweise gegen die Wirtschaft gesprochen, ich möchte heute hier für die Wirtschaft sprechen. Wenn der Herr Kollege Rainer gemeint hat, daß wir sagen, alles, was der Bund macht, ist schlecht, und alles, was hier in Steiermark gemacht wird, sei gut, dann möchte ich das von Ihrer Seite so gesagt wissen, daß alles, was in Steiermark gemacht wird, schlecht ist, und was die Wiener machen ist super, super, meine sehr geehrten Herren. (Abg. Ileschitz: „Das sagt niemand!“ – Abg. Hammer: „Das ist Ihre Erfindung, Herr Kollege. Das ist Ihre Aussage!“)

Ich möchte aber gar nicht so sehr auf den Herrn Kollegen Rainer eingehen, ich möchte auch gar nicht die Tagger-Mühle erwähnen, sondern ich möchte heute ganz kurz zur Wirtschaftsförderung Stellung nehmen und anschließend einen sehr positiven Bericht geben.

Auf Grund der hohen Belastung, und zwar der ständige Steuerdruck, sonstige Abgabenerhöhungen, wurde die Eigenkapitalsdecke der Betriebe ständig verringert, so daß wir jetzt im Durchschnitt etwa zwischen 18 und 20 Prozent liegen. Viele Betriebe haben dadurch große Schwierigkeiten und einige haben ihre Tore bereits geschlossen und damit Arbeitsplätze gefährdet. Der Bund und die Länder müssen fördern, viele Millionen, sogar Milliardenbeträge, für die Wirtschaft zur Verfügung stellen. Summen, die weder der Bund noch die Länder zur Verfügung haben. Weil wir aber wissen, daß viele Betriebe und vor allem die verstaatlichten Betriebe ohne die gigantischen Förderungen überhaupt nicht mehr überleben könnten, geben wir hier unsere Zustimmung. An und für sich bin ich – das habe ich hier in diesem Hohen Hause schon ausgesagt – ein sehr großer Gegner von Wirtschaftsförderungen. Einmal, weil sie die Wettbewerbsverhältnisse verzerren und weil dadurch sehr oft schlecht geführte Betriebe belohnt werden. Eine Wirtschaftsförderung ist außerdem nicht immer gerecht, weil nur einige davon Gebrauch machen können. Die beste und die gerechteste Förderung, meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Wirtschaft wäre, wenn der Staat die Wirtschaft nicht so stark belasten würde. Mit Schulden oder mit Förderungen, die man nicht hat, wird man auf die Dauer keine Arbeitsplätze sichern können. Die Strukturveränderung müßte vorgenommen werden, die Wirtschaftsbelastung müßte wesentlich verringert werden, Fehlplanungen müßten eingestellt werden und vor allem müßte die Verschwendung der Regierung wesentlich verringert werden. Der Staat gibt zum Beispiel für das Rauchen an Werbung zirka 500 Millionen Schilling aus und gleichzeitig gibt er 100 Millionen Schilling gegen das Rauchen aus. Nur ein Beispiel. Ein weiteres Beispiel, welches auch mein Kollege Schilcher angezogen hat, sind die Prestigebauten. Der Abgang der Bundestheater ist innerhalb von zehn Jahren um mehr als 300 Prozent gestiegen. Der Abgang bei der Bundesbahn ist von 4,6 Milliarden Schilling im Jahre 1970 bis 1980 auf über 18 Milliarden Schilling gestiegen, das sind über 400 Prozent und wir liegen heute schon weit über 20 Milliarden. Diese Beispiele, meine sehr geehrten Damen und Herren, könnte ich jetzt fortsetzen. Ich möchte aber nur hinzufügen, daß das Sparen auf allen Linien wahrgenommen werden muß. Mit sinnvollen Sparmaßnahmen würde man den ohnehin schon großen Schuldenberg nicht noch mehr vergrößern. Ich möchte nochmals sagen, daß man mit zusätzlichen Schulden die wirtschaftliche Lage nur kurzfristig verbessern kann. Schulden verursachen neue Belastungen und Belastungen gefährden die Betriebe und damit die Arbeitsplätze.

Abschließend ein Wort zur Regionalförderung. Problemgebieten, wie zur Zeit die Mürz-Mur-Furche und Fürstenfeld, werden wir sicherlich besonders unter die Arme greifen müssen. Aber auch die übrigen Regionen der Steiermark dürfen wir nicht übersehen. Ich habe keinen Neidkomplex, ich begrüße es, daß wir diese Region Dachstein in Verbindung mit der Weltmeisterschaft besonders unterstützt haben. Die Bezirke, wo die Steuerkraftkopfquote sehr gering ist, müßten aber ebenfalls unterstützt werden. Der Bezirk Feldbach liegt mit der Steuerkraftkopfquote von 3224 an der allerletzten Stelle, gefolgt vom Bezirk Radkersburg mit einer

Steuerkraftkopfquote von 3314,53 und dem Bezirk Hartberg mit 3392,80. Am höchsten liegt sie bei der Stadt Graz, und zwar mit der Höhe von 7032,48, gefolgt vom Bezirk Bruck mit einer Steuerkraftkopfquote von 5153,96. Hier liegt eben der große Unterschied zwischen dem Bezirk Feldbach und Graz. In den drei schlechtesten Bezirken gibt es die meisten Auspendler, Bezirksauspendler, etwa im Bezirk Feldbach zirka 5000 Personen müssen tagtäglich mit Bussen und Hunderten Pkw nach Graz und sogar nach Wien gebracht werden. Wir haben Gott sei Dank in unserer Region sehr gute Baubetriebe. Das Bauhauptgewerbe, Baubehangewerbe, Bauhilfsgewerbe ist bei uns dominierend, Klein- und Mittelbetriebe, die auch in Wien und außerhalb unseres Bezirkes arbeiten und hier fahren etwa 500 täglich nach Graz und Wien, um dort zu arbeiten. Diese sind klarerweise nicht mitinbegriffen bei den Arbeitslosen, weil diese in Wien arbeiten. Dort haben die Firmen Aufträge, weil sie in der eigenen Region nicht gefunden werden können und diese Firmen schicken ihre Leute nach Wien, weil in Wien mit Abstand am meisten gebaut wird. In Fürstenfeld und in Feldbach gibt es schon einige Ansätze. Fürstenfeld liegt zur Zeit im Mittelfeld, vielleicht etwas unter dem Durchschnitt, wird aber sicherlich auf Grund der Situation im Jahre 1982 an der viertletzten Stelle liegen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit unserem zuständigen Landesrat, Dipl.-Ing. Hans Georg Fuchs danken, daß er hier schon Wahrnehmungen gemacht hat in Fürstenfeld und in Feldbach. In Feldbach wurde die Firma Merino in Verbindung mit einer Versteigerung erworben und der Westteil wurde von der Firma Schmied übernommen und wird schon in Bälde etwa 150 Leuten Beschäftigung geben. Im Ostteil wird ein Industrie- und Gewerbehof installiert, welcher vom Land Steiermark erworben wurde. So hoffe ich, daß hier einige Beschäftigung finden werden. Die heimische Wirtschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren, müßte ebenfalls besonders unterstützt werden. Auch die Infrastruktur kann hier noch wesentlich angehoben und verbessert werden. Auch damit können wir Leute beschäftigen. Der Wohnbau könnte hier verstärkt werden. Die Althausanierung und die Wohnungsverbesserung könnte die Situation auch wesentlich verbessern und gleichzeitig könnte die Bauwirtschaft gestärkt werden.

Nun möchte ich abschließend ganz kurz eine positive Aussage machen über verschiedene Einrichtungen. Neben der guten wirtschaftlichen Einrichtung des WIFI und der BFI haben wir zusätzlich gute Einrichtungen, die das Land geringfügig belasten. Zum Beispiel der Exportring hat gute Kontakter und Experten, die für viele Exporteure zur Verfügung stehen. Er hat zur Zeit 165 Mitglieder und ist sehr präsent. Es selbst tätig keine Exportgeschäfte, wie viele annehmen, sondern er weckt in erster Linie die Exportgesinnung, die gerade in der heutigen Zeit unbedingt notwendig ist. Er stellt auch seine gute Exporteinrichtung zur Verfügung, nimmt Fremdsprachenübersetzungen und vieles mehr vor. Marktbeobachtungen und Kontakte werden hergestellt. Der Exportring stellt auch Verbindungen zu unseren Handelsdelegierten her. Er ist in erster Linie eine große Hilfe für alle Firmen, die selbst über keine entsprechende Exporteinrichtung verfügen, die kleinen und mittleren Betriebe. Eine Einrichtung, die auch

von allen übrigen Bundesländern wahrgenommen wird. Der Exportring hat weiters eine Tochtergesellschaft, die AWG in München, die Warenhandelsgesellschaft m. b. H. Sie wird vor allem von der Bundeswirtschaftskammer und von der Handelskammer Steiermark sehr unterstützt. Die AWG bemüht sich mit ihrer Auslandsniederlassung in München konkrete Hilfe und Abwicklung von Exportgeschäften im Ausland zu gewähren. Im letzten Jahr konnten vom 1. 1. 1981 bis 25. 11. 1981 2700 Einzellieferungen an deutsche Kunden durchgeführt werden. Auch die Gesellschaft für Jungunternehmerförderung hat sich sehr gut bewährt. Vom 1. bis 30. November dieses Jahres wurden 191 Beratungen durch die Geschäftsführung vorgenommen: 67 betriebswirtschaftliche Beratungen, 11 bautechnische, 4 fachtechnische, 1 ladenbautechnische, 3 innenarchitektonische Beratungen und 3 Küchenplanungen wurden vorgenommen. Der Verein für die praktische Betriebsberatung hat sich ebenfalls sehr, sehr gut bewährt und erbringt sehr große Leistungen. So wurden in den neun Monaten 2581 Beratungen durchgeführt, und zwar 278 Beratungen beim Gewerbe, 752 Beratungen beim Handel, 787 Beratungen beim Verkehr und 26 Beratungen bei der Industrie. In erster Linie wurden betriebswirtschaftliche, fachtechnische, bautechnische, werbetchnische, kredit-, sozial- und gewerberechtliche Fragen behandelt. Das sind im großen und ganzen beachtliche Leistungen, die uns – wie schon gesagt – nur geringfügig belastet haben.

Abschließend möchte ich auch im Namen der Vereine beziehungsweise der Gesellschaften danken, daß das Land Steiermark die notwendige Unterstützung gegeben hat. Ich möchte auch die Gelegenheit wahrnehmen und allen Mitarbeitern, vor allem allen ehrenamtlichen Mitarbeitern, meinen besonderen Dank aussprechen. Ich danke fürs Zuhören. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Halper. Ich erteile es ihm.

Abg. Halper: Frau Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

Grundsätzlich wollte ich mich in meiner ersten Wortmeldung mit energiepolitischen Fragen auseinandersetzen. Ich glaube, daß einige Äußerungen, die hier in diesem Hohen Hause heute abgegeben worden sind, wovon eine besonders böse gemeint war, sicherlich Anlaß geben, sich mit diesem angesprochenen Fragenkreis auseinanderzusetzen. Ich meine und wollte es vorhin schon sagen – mittlerweile ist unser Kollege von der ÖVP, Abgeordneter Schützenhöfer ja eingetroffen, aber es ist ja beim ÖAAB immer so, wenn es um etwas geht, ist er meistens nicht anwesend (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Brandl: „Das ist das Problem des ÖAAB!“ – Abg. Dr. Stepantschitz: „Wann ist das schon passiert? Das ist eine arrogante Feststellung!“) –, so einfach, Herr Kollege Schützenhöfer, kann man sich die Arbeit in der Demokratie nicht machen.

Dort, wo Sie über solide, satte Mehrheiten in den Personalvertretungen verfügen, ist es demokratisch. Dort, wo durch freie Entscheidung der Wählerinnen und Wähler die sozialistischen Gewerkschafter Mehrheiten haben, ist es in Ihrem Wortschatz „Betriebster-

ror". Und dagegen verwehren wir uns als Demokraten. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Maitz: „Beispiele, Beispiele!“) Nur soviel sei hiezu gesagt.

Bitte, reden Sie mit Ihren Mitgliedern und teilen Sie Ihren Vertrauensleuten endlich eines mit, wie Sie zur verstaatlichten Industrie stehen. Als Außenstehender müßte ich sagen: „Wohin soll ich mich wenden?“ (Abg. Dr. Eichinger: „An die Landesregierung!“) Auf der einen Seite die positive Aussage des Herrn Landeshauptmannes, auf der anderen Seite die negative Aussage des Herrn Dr. Treichl und wieder auf der anderen Seite weiß der Herr Dr. Mock nicht, was er will, und dann gibt der Herr Assmann wieder einen anderen Standpunkt zur Finanzhilfe des Staates für die verstaatlichte Industrie ab. Ich meine, erklären Sie hier dezidiert: Sind Sie für die verstaatlichte oder gegen die verstaatlichte Industrie. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist wohl klar!“) Klären Sie das in diesem Plenum ab.

Jahrelang haben Sie von der ÖVP in puncto verstaatlichte Industrie eine Kindeswegleitung betrieben (Abg. Dr. Stepantschitz: „Sie haben das falsche Blatt. Sie kommen um 20 Jahre zu spät!“), und ich möchte hier betonen, daß Sie in Ihren Äußerungen die Situation in der verstaatlichten Industrie mit etwas mehr Behutsamkeit beurteilen sollten. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen! (Abg. Dr. Stepantschitz: „Das geht genau ihn an!“)

Es wurde in Ihren Wortmeldungen natürlich insgesamt wieder die Frage des Kurswechsels in die Waagschale geworfen und Ihr Generaldebattenredner, der Herr Abgeordnete Dr. Schilcher, hat es sehr fein formuliert. Er hat gemeint, der von Mock geforderte Kurswechsel klingt vielleicht zu direkt und ist nicht steirisch-eigenständig. (Abg. Dr. Strenitz: „Späte Einsicht!“) Man könnte es etwas besser ausdrücken. Ein bißchen Monetarismus und vielleicht ein bißchen Keynesismus, jedoch mit dem Hintergedanken, die wahre Absicht des angestrebten Kurswechsels zu verschleiern. (Mehrere unverständliche Zwischenrufe.) Ich komme schon dazu, nur Geduld, nur Geduld!

Monetarismus, so wie er von Reagan und Thatcher betrieben wird, ist Laiser-faire-Politik in den Punkten, daß erstens die Arbeitsmarktpolitik nicht beeinflusst werden kann, daß man zweitens gegen die Preisentwicklung nichts tun kann, daß man drittens aber sehr wohl bei den Staatsausgaben die Sozialleistungen kürzen kann, daß man viertens die Steuern der Unternehmer senken kann und daß man fünftens eine auch unser Land bewegende Hochzinspolitik betreibt. Das ist Monetarismus. (Abg. Dr. Stepantschitz: „Wer betreibt denn die? Sagen Sie es dem Salcher!“)

Und wenn Keynes in seiner Theorie, daß es eine staatliche Möglichkeit gibt, in die Wirtschaft einzugreifen – wollen Sie ausreden? Bitte – (Abg. Kröll: „Wer betreibt die Hochzinspolitik?“ – Abg. Aichhofer: „Sagen Sie es dem Androsch!“ – Präsident Zdarsky: „Der Redner ist am Wort!“) Wir kommen schon weiter. Wenn wir Sozialisten erfolgreich die Politik des Deficit-spending in Österreich zur Arbeitsplatzsicherung eingesetzt haben, dann beweisen Sie dies durch Übernahme dieses volkswirtschaftlichen Instrumentariums ja auch als Landes-ÖVP bei der Gestaltung des Landesbudgets, zu dem wir unsere Zustimmung geben, weil wir bewußt Schulden machen, um die Wirtschaft unse-

res Landes anzukurbeln. Das ist Keynsche Politik. Wenn man aber sagt, ein bißchen von allen vorhandenen Möglichkeiten herauspicken – und ich möchte es niemandem unterstellen –, dann könnte das heißen, ein bißchen mehr Arbeitslose, die Zahlen könnten ja höher sein (Abg. Dr. Maitz: „Das ist Demokratie, die Sie hier betreiben?“), und auf der anderen Seite ein bißchen mehr Steuergeschenke für die Unternehmer.

Ich hoffe – Beweise sind dafür vorhanden –, Sie bekennen sich zu den von uns sehr lange geforderten Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung. Nun müssen wir diesen erfolgreichen Schritt weiter fortsetzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich teile hier die Meinung des Herrn Abgeordneten Dr. Schilcher, daß wir mit aller Vehemenz dagegen auftreten müssen, daß die Arbeitslosigkeit in unserem Land die Größe eines Dinosauriers erlangt. Hier muß es unser gemeinsames Bemühen sein, daß die Arbeitslosigkeit weiterhin in der Größenordnung einer Mücke verbleibt. Ich glaube, wir befinden uns derzeit in einer Situation, in der der Punkt der Arbeitslosigkeit in der Steiermark eine Hochwassermarke erreicht hat. Allerdings muß auch hier gesagt werden, daß diese Marke von annähernd drei Prozent in den vier Jahren der ÖVP-Regierung permanent überschritten worden ist und von der ÖVP keine Maßnahmen dagegen gesetzt worden sind, sie zu senken. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Stepantschitz: „Stimmt überhaupt nicht!“)

In unserer Politik hat die Vollbeschäftigung Vorrang, es ist das Hauptziel unserer Bemühungen, und wir laden Sie gerne ein, gemeinsam mit uns als Partner die Vollbeschäftigung in diesem Land zu erhalten. (Beifall bei der SPÖ.)

Vielleicht zur Wirtschaftslage im allgemeinen, weil wir die Gesamtlage ja sicherlich aus dem Überblick des Jahres nunmehr anders beurteilen können und auch deshalb, weil sich das Gesamtbild derzeit anders entwickelt, als es die Prognosen zu Beginn des Jahres 1981 angekündigt haben. Ich glaube, man konnte das Jahr 1981 zu Beginn so beurteilen, daß es sich wie eine schöne Frau präsentiert hat. In der ersten Hälfte eröffnete sie verlockende Aussichten, in der zweiten, als wir uns an ihr erfreuen wollten, zeigte sie uns den Rücken, und dort befinden wir uns. Ich glaube, es wäre gerade in diesem Moment falsch, hier zu jammern beginnen und wieder einmal davon zu sprechen: man müßte den Gürtel enger schnallen. Leute, die vom Gürtel enger schnallen reden, tragen in der Regel Hosenträger. Ich möchte hier eines sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehen wir den aufgezeigten Weg. Den Weg, den der sehr verehrte Herr Landeshauptmann und der Erste Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross anlässlich der Regierungserklärungen vorgezeichnet haben. Sie haben das „Modell Steiermark“, und wir haben die „Alternativen 2000“. Nehmen wir doch das Beste heraus, nehmen wir die Ideen heraus, die wir für die derzeitige Situation brauchen, nämlich Ideen für die Zukunft unseres Landes. Das sollte der Sinn und die Aufgabe unserer gemeinsamen Bemühungen sein. Das werden die Menschen, das werden die Arbeiter und Angestellten, das wird die Wirtschaft unseres Landes verstehen. (Beifall bei der SPÖ.) Ich glaube, es ist zu einfach, die wirtschaftliche Situation unseres Landes einseitig darzustellen, daß man nur von Belastung spricht und jam-

mert und die großen sozialen und wirtschaftlichen Leistungen dieses Landes in der Argumentation einfach vergißt. Ich glaube, man müßte das Abgabenänderungsgesetz 1981 der Vollständigkeit halber zitieren und mitteilen, daß es am 1. Jänner nächsten Jahres eine Lohnsteuerreform gibt, daß es bedeutende Verbesserungen in der Gewerbesteuer gibt, daß die Freigrenzen von 60.000 auf 80.000 Schilling angehoben werden, daß es Bereiche der Vermögenssteuer gibt, wo es zu Verbesserungen kommt, und ich glaube eine langjährige notwendige Forderung für viele Frauen, die Einführung des Alleinerhalterbetrages, nämlich jenes Betrages durch den Frauen gegenüber den Männern seit Jahrzehnten diskriminiert worden sind. Bei der Äußerung über die AFA bitte auch eines dazugesagt: Sie ist von 50 Prozent auf 40 Prozent reduziert worden. Das stimmt. Aber betonen Sie auch, daß die Abschreibungsmöglichkeiten für die Betriebsausgaben bei Firmen-Lkw entscheidend verbessert worden sind. (Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist doch kein Ausgleich für die reduzierte AFA!“)

Schlechter ist es nicht geworden. Nur wissen Sie auch, daß die meisten Investitionen in diesem Land Steuerinvestitionen sind und nicht die benötigten Erneuerungsinvestitionen, für die Zukunft unseres Landes, das haben Sie schon selbst einige Male erklärt, daß zwar notwendige Rationalisierungsinvestitionen uns in der momentanen wirtschaftlichen Situation nicht entscheidend weiterbringen. Was wir brauchen sind finanzielle Anreize, die wir als Sozialisten immer wieder gefordert haben, in Form der direkten Investitionsförderung, damit ideenreiche Erneuerungsinvestitionen unsere Wirtschaft konkurrenzfähig erhalten. So weit zu diesen aktuellen politischen Fragen. Wir sollten in objektiver Weise über Wirtschaft urteilen und das Lippenbekenntnis zur Gemeinsamkeit muß auch durch Taten bewiesen werden und diese fehlen leider, meine Damen und Herren von der ÖVP.

Hohes Haus! Nun aber zu meinem eigentlichen Problem der Energie. Noch vor wenigen Jahren konnten Benützer der Packer Bundesstraße im Ortsgebiet von Rosental an der Kainach im Bezirk Voitsberg, wenn sie ihre Reise nach Judenburg oder Klagenfurt angetreten haben, am Rande des mittlerweile geschlossenen Braunkohlentagbaues Karlschacht I folgende große Werbetafel sehen und mit großen Lettern stand darauf geschrieben: Heitzt weststeirische Braunkohle. Ab und zu, und ich habe das selbst beobachtet, sind Autofahrer stehen geblieben und haben einen Blick in die Mulde dieses Tagbaues geworfen und zumindest bis Mitte der siebziger Jahre gedacht: hier wird die Kohle gefördert, es ist sicher eine schwere Arbeit. Aber wenn ich an die Nutzung der Braunkohle denke, wie beschwerlich ist Kohle als Heizungs- und Energieträger. Man muß sie anschaffen, sie beschwerlich in den Keller räumen, danach wieder in die Wohnung tragen und darüber hinaus fällt ja auch Asche an und so manchem Betrachter dieser Mulde mag vielleicht eine Episode eingefallen sein von einem Freund, der seinem Freund erzählt hat, daß er nunmehr eine neue Tätigkeit als Kohlenträger aufgenommen hat. Ich glaube gerade in der Zeit der billigen und sauberen Energien der sechziger und siebziger Jahre war der Stellenwert unserer heimischen Braunkohle auf einen Nullwert gesunken. Die Werbung um diesen heimischen Ener-

gieträger wie: „Der nächste Winter kommt bestimmt“ ist im lauten Werbekonzert der Ölmultis um die Gunst der Käuferschichten untergegangen. Vielfach wurde der seelige Kachelofen als Staubfänger abgetan und zur nächsten Mülldeponie gebracht. Heute wären mache wieder froh, wenn sie ihn hätten. Die Kohlenherde und Öfen fanden vielleicht noch einen gnädigen Abnehmer beim Alteisenhändler. Gott sei Dank, werden manche denken, ist das Ofenloch zu Hause noch nicht vermauert worden oder nur mit dem Bild der Malli-Tante verhängt worden. Spätestens nach dem letzten Ölchock, nach der letzten aufgezwungenen Erhöhung des Ölpreises und des Heizöles wissen wir wieder alle: wir haben ja die heimische Braunkohle. Jahrelang haben die weststeirischen Bergarbeiter, sonst nicht zimperlich, gezittert um ihre Arbeitsplätze, als man ringsherum in Österreich, ja in Europa, ja auf der ganzen Welt, Bergbaue zugesperrt hat. Nicht wegen Auskohlung, sondern vielfach wegen Unwirtschaftlichkeit. So im Lavanttal, so in Ratten, in Pöfing-Bergla, ebenso am Karlschacht Tagbau nach der Schlammkatastrophe oder im Jahre 1975 in aller Kürze den Bergbau Biberstein. Es war zu Beginn der siebziger Jahre, geschätzte Damen und Herren, der SPÖ-Bundesregierung vorbehalten, neue Bergbaue durch Prospektion zu erschließen wie in Zangtal bei Voitsberg das Unterflöz oder den Großtagebau Oberdorf bei Bärnbach. (Abg. Ritzinger: „Zuzusperren!“)

Ist ja nicht untergegangen und wird ja auch akzeptiert. Nur sind dort die Arbeiter nicht mit einem Händedruck nach Hause geschickt worden, sondern mit einem Sozialpaket, das ihnen einen neuen Start ermöglicht hat. Das ist der große Unterschied zur sozialistischen Arbeitsplatzpolitik. (Beifall bei der SPÖ.) Durch die Errichtung und Finanzierung des Großtagebaues in Bärnbach-Oberdorf mit einem Gesamtinvestitionsaufwand von mehr als 700 Millionen Schilling werden Arbeitsplätze für mehr als tausend weststeirische Bergarbeiter für 30 Jahre gesichert. Das ist ein sichtbares Beispiel sozialistischer Energie- und Arbeitsplatzpolitik. Die in Oberdorf geförderte Kohle, meine Damen und Herren, 1981 werden es rund 800.000 Tonnen sein, werden künftighin im Kraftwerk III der Österreichischen Draukraftwerke in Voitsberg verstromt und damit der heimischen Elektrizitätswirtschaft zugeführt. Von einem 330-MW-Kraftwerk, das um etwa 4 Milliarden Schilling errichtet wird und derzeit mehr als 1000 Arbeiter, Techniker, Ingenieure in der steirischen Bau- und metallverarbeitenden Industrie beschäftigt, gerade dieses Kraftwerk war vor einem Jahr noch ernsthaft von der Baueinstellung bedroht. Sie wissen ja, daß es den Einstellungsbescheid des Verwaltungsgerichtshofes gegeben hat. Die Folgen einer Baueinstellung von ÖDK III wären für die steirische Wirtschaft sicherlich katastrophal gewesen. Viele im weststeirischen Raum waren damals schon der Meinung, daß Sie, Herr Landeshauptmann, schon damals ohne Stimme gewesen sind und nicht erst nach dem 4. Oktober, als Sie in einer ersten Stellungnahme zur geplanten Baueinstellung erklärt haben, Sie wüßten von nichts und das, was Sie wüßten, wüßten Sie aus der Zeitung. Unabhängig davon sollten jedoch die Bemühungen der Steiermärkischen Landesregierung, die gemeinsam mit der Stadtgemeinde Voitsberg um die Einsetzung der Möse-Kommission bemüht war,

durch nichts geschmälert werden. Letztlich hat doch dieser gemeinsame Weg zu einer Lösung für alle Beteiligten geführt und mag in der künftigen Errichtung von Kraftwerken sicherlich einen Meilenstein darstellen. Nämlich erstens, daß zur notwendigen Reinhaltung der Luft Anlagen geschaffen worden sind oder als Auflage erteilt worden sind, damit der Einbau einer Entschwefelungsanlage ermöglicht wird, um die Emissionswerte zu drücken. Zweitens wird durch diese Entscheidung der Bau des Kraftwerkes ÖDK III fortgesetzt und vollendet und somit der österreichischen Wirtschaft die so notwendige Energie zugeführt und drittens erfolgt eine Sicherung von Arbeitsplätzen für mehr als 1000 Bergarbeiter durch über 30 Jahre im weststeirischen Raum.

Dazu vielleicht noch aus eigener Erfahrung eine Bemerkung zur Stellung der Umweltschützer. Diese Frage ist ja durch die Diskussion um die Errichtung des Kohlekraftwerkes Mellach wieder aktualisiert geworden. Ich möchte alle Umweltschützer mit Respekt beurteilen, die berechnete Umweltschutzanliegen wahrnehmen, aber manchmal scheint es, daß es hier auch professionelle Umweltschützer gibt, die von einer Veranstaltung mit dem gleichen Zeitgeist zur anderen wandern und es scheint mir so, daß der Verstand dieser professionellen Umweltschützer so aussieht wie der einer Glühbirne, nämlich, die leuchtet, aber nicht wärmt. Ich meine aber, daß wir bemüht sein müßten – und Umweltschutz ist ein so ernstes Kapitel unserer gesellschaftlichen Verantwortung für künftige Generationen, daß man es nicht einzelnen Grünen überlassen sollte, sondern es ist eine grünweiße Verantwortung aller Steirer, Maßnahmen des Umweltschutzes wahrzunehmen. (Abg. Ritzinger: „Weißgrün sind unsere Landesfarben, nicht grünweiß!“) Aus meinen Erfahrungswerten in Umweltschutzdiskussionen sei aber eines noch gesagt: Man darf die Frage nicht generalisieren, aber soviel sei hiezu festgehalten, daß es auch vielfach der Ausdruck der Jugend gegen Barrieren ist, gegen eine Bürokratie ohne Transparenz und ich glaube, Ihr Generaldebattenredner Professor Dr. Schilcher hat es ebenso gemeint, die vorhandenen 300.000 Paragraphen Recht sind für junge Menschen, die sich im Bereich des Umweltschutzes und der Politik engagieren, eine Wand und sie sehen es als letzte und einzige Möglichkeit, ihren Willen zum Durchbruch zu bringen, in solchen alternativen Haltungen. Ich glaube vor allem, daß man auch Umweltschützern eine Chance geben müßte, bei der Begutachtung der Umweltbedingungen nicht nur Gutachten des Bauherrn einzuholen, sondern auch für die Umweltschützer in Form eines Fonds Möglichkeiten zu schaffen, daß aus diesem Fonds unabhängige Gutachten von unabhängigen Experten erstellt werden können.

Gerade in den letzten Jahren vernehmen wir im Bergbau mit Freude, daß die Kohle eine neue Renaissance erlebt und alte Knappen meinen, die Durststrecke habe sich gelohnt. Dennoch ist vom vielgepriesenen Dank für den Wiederaufbau dieses Landes unserer Republik derzeit in der Weststeiermark und im besonderen im Bezirk Voitsberg noch wenig zu spüren. Es ist vielfach gesagt worden, daß die Leistungen der Bergarbeiter für den Aufbau der Zweiten Republik nie vergessen werden. Ich werde bei passender Gelegenheit einmal das Wort ergreifen, über diese regionalen

Probleme zu sprechen, aber eines sei gesagt: Im Braunkohlenbergbau des Bezirkes Voitsberg ist in den letzten 20 Jahren der Belegschaftsstand von 6800 auf 1800 gesunken. Und ich glaube, daß allein diese Feststellung die Sorge um die zukünftige Entwicklung des Bezirkes Voitsberg genauestens aufzeigt.

Dennoch möchte ich Sie, verehrte Damen und Herren, auf eine erkennbare Entwicklung aufmerksam machen, die uns alle schon in nächster Zeit berühren wird. Sie lesen gerade jetzt wieder – propagandistisch aufgemacht – in den Zeitungen, wie es mit den Strompreisen, wie es mit den Öl- und Benzinpreisen und den Gaspreisen weitergehen soll. Meine bescheidene Prognose dazu ist, daß es trotz des angekündigten Weihnachtsgeschenkens der OPEC leider bei den weiteren starken Verteuerungen aller Energieträger bleiben wird, auch dann, wenn sich Industrie und Haushalte umstellen. Es ist jedoch ein großer Unterschied, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn sich zwischen 1970 und 1980 das Erdöl um 550 Prozent, die Steinkohle um 150 Prozent, die heimische Braunkohle jedoch nur um 97 Prozent im Preis erhöht hat. In der Relation kommt es daher zu einer Verschiebung der Preise und damit automatisch zu einem Umstellen und Umdenken der Energieverwendung. Ich stehe nicht an, hier zu sagen, daß sich bereits viele Industriebetriebe entschlossen haben, wieder auf Kohle umzustellen, um vom Öl wegzukommen. Die Frage der Energiemengenlösung in den achtziger Jahren sehe ich in bezug auf die Preisrelation nur darin, daß es uns glückt, die inländische Primärerzeugung so weit wie möglich günstig zu nützen. Wir sind derzeit dabei und haben bei der Kohle bereits günstige Tagbaustätten erzielt. Außer dem Tagbau für das Kraftwerk III wird mit der Erschließung weiterer Lagerstätten begonnen. Das Handelsministerium und das Wissenschaftsministerium haben in diesem Zusammenhang den Lagerstättenplan 1964 aktiviert. Gegenwärtig werden von der Graz-Köflacher Bergbaugesellschaft große Investitionen getätigt, um die Prospektion zügig voranzutreiben. So hat auch das Land Steiermark für den Zeitraum der Prospektionen 1980/81 ein Drittel der entstandenen sieben Millionen Schilling für Prospektionsarbeiten als finanziellen Beitrag geleistet. Dabei konnten insbesondere im weststeirischen Raum zusätzliche Kohlelager gefunden werden und darüber hinaus im Raum Obdach etwa sechs Millionen Tonnen Braunkohle, die abbauwürdig sind, und im Bereich Bergla weitere drei Millionen Tonnen abbauwürdiger Kohle.

Für das Jahr 1982 fehlt in bezug auf die Fortsetzung der Prospektion noch die Zusage des Landes Steiermark. Wohl hat der Bergbaufonds seine Zusage erteilt, aber vom Land wäre hier noch eine finanzielle Zusage zur Fortsetzung der Prospektion notwendig. Im besonderen wird für die Lagerstättenforschung insgesamt ein Bedarf von etwa vier Millionen Schilling für das Jahr 1982 notwendig werden, wobei interessenanterweise für uns sehr fründige Kohlevorkommen in den Bezirken Feldbach und Fürstenfeld festgestellt sind und darüber hinaus im Raum Weiz-Passail etwa 15 bis 24 Millionen Tonnen abbauwürdiger Braunkohle vorhanden sind. Obwohl die Leistungen des Landes und der finanzielle Beitrag Anerkennung findet, ist der Betrag zur Erforschung unserer Bodenschätze, ist der, den das Land Steiermark leistet, noch immer gering

gegenüber jenen Aufwendungen, die von den Bundesländern Niederösterreich und Kärnten für Prospektionsmaßnahmen aufgebracht werden. Dort liegen die Größenordnungen für das Jahr 1982 bei 16 Millionen beziehungsweise 10 Millionen Schilling. Eine große Sorge, und damit komme ich schon zum Schluß meiner Ausführungen, scheint mir die zukünftige Versorgung – es ist glaube ich vom Herrn Präsident Buchberger schon angeschnitten worden – nicht nur der steirischen Energiewirtschaft und der Industrie mit Kohle, sondern der steirischen Haushalte mit der notwendigen Kohle zu sein. Die derzeitige Entwicklung der Kohleförderung zeigt nämlich, daß die für die Energieversorgung und die Industrie derzeit quantitativ zur Verfügung stehende Kohle für den Hausbrand qualitativ nicht gegeben ist. Derzeit, noch einige Zahlen dazu, beträgt der gesamtinländische Verbrauch für Österreich im Jahre 1980 5,7 Millionen Tonnen an festen Brennstoffen und die Inlandserzeugung betrug in diesem Jahr 2,9 Millionen Tonnen. Insgesamt wurden von der GKB im abgelaufenen Bergjahr 1981 1,92 Millionen Tonnen Kohle gefördert, was einer Steigerung von 12 Prozent gegenüber dem Jahre 1980 entspricht, obwohl durch Rationalisierung, Mechanisierung und Automatisierung der Belegschaftsstand um 8 Prozent reduziert worden ist. Dennoch muß durch die Auskohlung des Karlschacht-Tagbaues II und der geologischen und technischen Probleme im Bereich der Karlschacht-Grube in diesem Jahr mit einem Rückgang der hochwertigen Kohle gerechnet werden. Dies führte vorerst zu einer Einstellung der Abgabe des verbilligten Hausbrandes für die Bewohner des Bezirkes Voitsberg und wird in der weiteren Folge zu einem Rückgang der Belieferungen des steirischen Kohlehandels führen. 1980 wurden noch 458.000 Tonnen Braunkohle in der Steiermark verbraucht zum Zwecke des Hausbrandes, diese Menge konnte ausschließlich von der GKB und der SAKOG gedeckt werden. Für das Jahr 1982 stehen nur mehr 330.000 Tonnen hochwertige Braunkohle zur Verfügung, so daß zu erwarten ist, daß es im Winter 1982/83 zu echten Versorgungsengpässen kommt, wenn man die politische Entwicklung in Polen berücksichtigt und wenn man die säumigen Lieferungen unseres jugoslawischen Nachbarn miteinbezieht. Allein die Jugoslawen hätten im heurigen Jahr 45.000 Tonnen Kohle liefern sollen, bisher sind jedoch nur 15.000 Tonnen Braunkohle in der Steiermark eingelangt. Vielleicht noch ein Wort zu den Ereignissen in Polen, nicht nur deshalb, weil sie unsere energiewirtschaftlichen Überlegungen beeinflussen. Der Steiermärkische Landtag hat einstimmig in diesem Hohen Haus und damit alle drei politischen Fraktionen am gestrigen Vormittag seine Sorge über die Entwicklung in Polen zum Ausdruck gebracht und die steirische Bevölkerung aufgerufen, Spenden zum Ankauf von Lebensmitteln für Kinder auf das Konto der Landeshypothekenanstalt, Konto Nr. 50.000, zu überweisen. Ich möchte hier erfreulich feststellen, daß sich der Klub der Österreichischen Volkspartei mit einem Betrag von 50.000 Schilling eingestellt hat für diesen sehr wichtigen Zweck, und ich kann namens meiner Fraktion erklären, daß der Klub der Sozialistischen Abgeordneten ebenfalls den Betrag von 50.000 Schilling diesem Konto überweisen wird und darüber hinaus haben sich die SPÖ-Abgeordneten bereit erklärt, auch aus der eigenen Schatulle, auch aus dem Privaten einen Geld-

betrag für diesen humanen Zweck zur Verfügung zu stellen. (Allgemeiner Beifall.)

Vielleicht noch eines dazu. Von den steirischen Jugendorganisationen wurden gestern und werden heute Solidaritätsaktionen für die Menschen in Polen veranstaltet. Hier wurde von einzelnen dieser Kundgebungsteilnehmer die Anregung gebracht, daß sehr positiv von der Jugend und von der Bevölkerung der Spendenaufruf des Steiermärkischen Landtages verfolgt wird. Man könnte einen bedeutsamen humanistischen Schritt darüber hinaus setzen, und ich glaube, die Idee wäre zu verwirklichen, meine sehr verehrten Herren der Landesregierung – ich möchte das als Ersuchen formulieren –, den Beitrag des Landes Steiermark so zu erbringen, daß sich die Steiermärkische Landesregierung verpflichtet, aus Mitteln des Landes Steiermark alle Spenden, die auf das Konto 50.000 einlangen, zu verdoppeln. Das wäre ein Akt der Humanität und der Solidarisierung. (Beifall bei der SPÖ.) Ich glaube, daß dieser Vorschlag angenommen werden könnte und im Rahmen der nächsten Regierungssitzung auch zur Beratung kommt, ich hoffe, und wir sind dieser Ansicht, daß er auch zu einem erfreulichen Beitrag dieser Spendenaktion führen wird.

Somit, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir noch abschließend eine Bemerkung. Ich glaube, und ich behaupte nicht mehr und nicht weniger, daß wir ohne notwendige Energieversorgung und -sicherung und damit ohne ein ausreichendes Wirtschaftswachstum es nicht schaffen werden, den Wohlfahrtsstaat aufrecht zu erhalten. Gerade bei den erneuerbaren Energiequellen unseres Landes steht die Braun- und Glanzkohle mit 137 Millionen Tonnen Reserven, mit 61,4 Millionen Tonnen abbauwürdigen Lagerstätten an der Spitze aller verfügbaren und nicht erneuerbaren Energiequellen. Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus, daß die Kohle in der Steiermark Arbeitsplätze sichert, sie erspart uns Devisen, wir haben sie im eigenen Land; geben wir ihr alle in unserer Verantwortung um steirische Arbeitsplätze und damit dem steirischen Bergmann den richtigen Stellenwert. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kollmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Kollmann: Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich darf eingangs doch auf einige Aussagen der Herren Gewerkschaftssekretäre Halper und Rainer zu sprechen kommen. Ich glaube mir das Recht nehmen zu können, weil ich noch immer aktiv in einem Betrieb stehe und das nicht vom Schreibtisch aus sehe, was im Betrieb passiert. Herr Kollege Halper, Sie haben die Objektivität für sich in Anspruch genommen und waren sehr subjektiv. Ich werde auch subjektiv sein, aber ich werde Ihnen ungefähr sagen, was ich mir im Zusammenhang mit ihren Äußerungen denke. Ich werde mich sehr beschränken. Sie wissen vielleicht nicht – und das möchte ich hier eindeutig feststellen, denn Sie haben hier die Frage gestellt, ob die ÖVP für oder gegen die Verstaatlichte ist, daß es die ÖVP war, die nach 1945 mit absoluter Mehrheit die Verstaatlichung im Parlament beschlossen hat. Sie wissen vermutlich auch nicht, daß es die ÖVP war, die seit Jahren

eine Kapitalaufstockung für die verstaatlichte Eisen- und Stahlindustrie verlangt hat, und daß es letztlich meines Erachtens nur legitim ist, wenn ich für eine Kapitalaufstockung, für eine Mittelzufuhr, auch eine Rechenschaft verlange. Wenn ich als Betriebsführer zu einer Bank gehe oder zum Eigentümer gehe und sage: „Bitte, gib mir 4 Milliarden Schilling!“, so wird es doch noch das Recht des Eigentümers sein, betriebswirtschaftlich zu fragen: „Was fängst du mit diesen 4 Milliarden Schilling an, welche Pläne hast du damit?“ Und nichts anderes ist passiert. (Abg. Dr. Horvatek: „Warum hat der Herr Gewerke Assmann das als Malheur bezeichnet und dagegen gestimmt?“) Er hat das ganz anders gemeint als im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Argumentation. Selbstverständlich! Bitte schön, es ist eben keine politische Show, dieses Spiel ist kein Spiel, sondern das sind ernste Dinge, die man in der verstaatlichten Industrie begreift, die Sie aber nicht begreifen wollen, und wo Sie immer wieder den alten Hut herausziehen und diese Dinge da besprechen. Aber weil Sie mich so reizen, erzähle ich Ihnen eine Geschichte. Es war im Jahr 1973 – ich hoffe, meine Verschwiegenheitspflicht als ehemaliger VOEST-Alpine-Aufsichtsrat nicht zu verletzen –, da ging es um das Investitionsprogramm des neuen Konzerns für das Jahr 1974. Ich kann Ihnen sagen, es hat in der ÖVP und auch bei der Sozialistischen Partei, aber vor allem bei der sozialistischen Fraktion, große Bedenken gegeben gegen dieses Investitionsprogramm. Warum? Weil für die steirischen Betriebe fast nichts drinnen war, sondern nur für die Linzer Betriebe, und da vor allem der Hochtöfen A. Der Herr Zentralbetriebsratsobmann Landesrat Gruber wird mich sicherlich berichtigen, wenn ich etwas Falsches sage beziehungsweise er kann meine Aussagen bestätigen. (Landesrat Gruber: „Ich werde es sicher nicht tun, weil ich so diszipliniert bin und zuhöre!“) Da war ich damals, bitte, der einzige, der den Mut hatte, bei der Aufsichtsratssitzung dagegen zu stimmen und nicht für dieses Investitionsprogramm, das nur Linzer Investitionen berücksichtigt hat. Die Sozialistische Partei hat zwar in der Fraktion groß dagegen gesprochen, aber im Aufsichtsrat hat sie dann der Mut verlassen. (Abg. Dr. Horvatek: „Was ist mit den 10 Milliarden Schilling, die in die Steiermark geflossen sind?“) Das war im Jahr 1973. Und ich darf Ihnen noch etwas sagen: Ich habe mich damals von einem Vorstandsbüro aus telefonisch erkundigt, ob meine Argumentation bezüglich der technologischen Vorteile von Linz gegenüber Donawitz richtig sind, ja oder nein. Man hat mir das in Donawitz bestätigt, und zwar eben telefonisch. Ich habe das dann auch im Aufsichtsrat gesagt, und am nächsten Tag ist in Donawitz von Linz aus eine Untersuchung eingeleitet worden, wer dem Aufsichtsrat Kollmann Auskünfte gegeben hat. So ist das, meine Damen und Herren. So ist das. Das ist natürlich noch kein Terror, aber was es zumindest ist, daß die Betriebsführung so manchmal die Aufsichtsräte des Konzerns in Dummheit sterben lassen will und sie zuwenig informiert beziehungsweise die Informationen, die sie sich holen wollen, auch noch kontrolliert. So sieht die Geschichte aus. Und daß man – und das ist mir auch passiert – notiert wird, wenn man als Aufsichtsrat eines Unternehmens einen Betrieb dieses Unternehmens betritt, das ist auch sehr bezeichnend, und daß das dann sofort in die Direktion gemeldet und man gefragt

wird, wo man war. Bitte, vielleicht ist es jetzt anders. Ich hoffe, daß es anders ist. (Abg. Halper: „Deshalb Novellierung des Arbeitsverfassungsgesetzes!“)

Herr Abgeordneter Rainer, Sie haben sehr, sehr vieles gesagt und man könnte eigentlich stundenlang dagegen sprechen. Man könnte Ihnen Dinge vorhalten, die so ungereimt sind, und ich habe mich manchmal gefragt, ob ich hier noch in einer Sitzung des Steiermärkischen Landtages bin oder ob ich bereits im Wiener Gemeinderat sitze, so haben Sie die Wiener Arbeitsplatzprobleme verteidigt, Herr Abgeordneter Rainer, Sie können uns allerhand erzählen, aber bitte, Sie dürfen uns nicht für dumm verkaufen. Wenn Auftragseingänge in einem Werk wie vielleicht bei VEW Kapfenberg vorhanden sind, und wenn am 6. Oktober Betriebsratswahlen vor der Tür stehen, dann ist es meines Erachtens völlig irrelevant, ob die Leute am 5. Oktober oder am 7. Oktober versetzt werden. Sie sind aber am 5. Oktober versetzt worden, weil am 6. Oktober die Betriebsratswahlen stattgefunden haben. Und das ist eine Tatsache, und diese Wahrheiten müssen Sie sich gefallen lassen. (Abg. Dr. Horvatek: „Das ist eine Behauptung, keine Tatsache!“ – Abg. Ileschitz: „Ein Trauma!“) Das ist kein Einzelfall, meine Damen und Herren. Ich kann Ihnen noch ein Beispiel sagen. Kurz nach den Angestelltenbetriebsratswahlen in der VOEST-Alpine-Hauptverwaltung Leoben hat man seitens der Konzernleitung versucht, eine ganze Abteilung mit 17 Angestellten gegen ihren Willen nach Donawitz zu versetzen, nur damit sie dort wieder bei der bevorstehenden Angestelltenbetriebsratswahl wahlberechtigt sind, weil man glaubte, daß es in Donawitz sehr knapp zugehen wird. Diese Leute wurden nur deshalb nicht versetzt, weil der Betriebsratsobmann dagegen beim Einigungsamt Einspruch erhoben hat. Das war der einzige Grund, warum sie nicht versetzt wurden. Diese Abteilung mit sehr vielen sozialistischen Abteilungsmitgliedern und Sympathisanten sollte sofort zur nächsten Betriebsratswahl versetzt werden.

Herr Kollege Rainer und Herr Kollege Halper, ich möchte Sie bitten, lesen Sie vielleicht in einigen Jahren die Stenographischen Protokolle des Landtages durch und schauen Sie sich Ihre Aussagen an. Und dann vergleichen Sie diese Ihre Aussagen mit den Konsequenzen der Politik der sozialistischen Bundesregierung. Dann werden vielleicht auch Sie vom Saulus zum Paulus werden, so wie das beispielsweise der Herr Ex-Finanzminister Dr. Androsch wurde, der zunächst sehr für eine Abdeckung des Verlustes bei der Papierfabrik in Niklasdorf war und jetzt – gestern habe ich es in der Zeitung gelesen – in einem Interview erklärt hat, diese Abdeckung von Verlusten sei ein Unsinn, man sollte diese Gelder vernünftigerweise für Investitionen verwenden, um dort neue Betriebe hinzubringen. (Abg. Dr. Horvatek: „Dann wären die Niklasdorfer auf der Straße gestanden. Das ist Ihre Politik!“) Das hat der Herr Ex-Minister Dr. Androsch erklärt. Es kommt eben immer darauf an, aus welchen Blickwinkeln man die Situation betrachtet. Was dem Finanzminister Dr. Androsch damals gut war, ist ihm jetzt als CA-Generaldirektor und als Wirtschaftsmanager eben nicht billig. Vielleicht werden Sie dann auch vom Saulus zum Paulus, wenn Sie das in ein paar Jahren nachlesen, oder – gedanklich – vom Rainer zum Kraißner.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben vor einigen Tagen das Raumordnungskonzept der Österreichischen Raumordnungskonferenz erhalten. Vor mir liegt der Materialienband. Auf den Seiten 72 bis 79 finden wir in Kurzform Bestandsaufnahmen steirischer Konzeptregionen. Für die in der Mur-Mürz-Furche liegenden Bezirke finden wir fast gleichlautende Formulierungen, so daß ich Ihnen nur auszugsweise einige Bemerkungen für den Bezirk Leoben zur Kenntnis bringen möchte. Für den Bezirk Leoben, ohne Gerichtsbezirk Eisenerz, steht hier: „Bis zum Jahr 1986 wird ein Arbeitsplatzdefizit von mindestens zehn Prozent erwartet, das tatsächliche Ausmaß hängt jedoch primär von der künftigen Wirtschaftsentwicklung ab. Die Wanderungsbilanz, die bereits zwischen 1961 und 1971 mit drei Prozent negativ war, hat sich in den letzten Jahren spürbar verschlechtert.“

Für Eisenerz ist zu lesen: „Das Eisenerzer Gebiet als kleine Konzeptregion hatte bisher einen isolierten Arbeitsmarkt, und der Wanderungsverlust von 1961 bis 1971 mit 15 Prozent war der höchste Wert in der Steiermark.“

Solche und ähnliche Begriffe wie „Monostruktur“, „geringe Anzahl von Klein- und Mittelbetrieben“, „niedrige Wertschöpfung“ und dergleichen finden Sie über nahezu alle Bezirke der Mur-Mürz-Furche, vielleicht mit einer kleinen Ausnahme: Knittelfeld liegt etwas günstiger.

Aber die Mur-Mürz-Furche war, meine Damen und Herren, seit jeher – und ist es in wirtschaftlicher Hinsicht natürlich nach wie vor – von den Großindustrien des Eisen- und Stahlsektors abhängig. Diese Dominanz der Schwerindustrie wirkte sich auf die mittelständische Wirtschaft einerseits schlecht aus, weil die Industrie die Lohnführerrolle hatte und alle Leute in die Industrie gedrängt haben. Andererseits aber auch wieder gut. Dann eben, wenn die Auftragsbücher der Stahlkocher und Walzwerker voll waren und es eine große Anzahl relativ hoch entlohnter Industriearbeiter und -angestellter gab. Die guten Löhne haben natürlich einen höheren Warenkonsum bewirkt und damit weitere Arbeitsplätze in den kleineren und mittleren Betrieben geschaffen. Sicherlich, es hat auch zwischendurch magere Jahre gegeben, aber die fetten Jahre haben überwogen, und die Wellentäler waren nicht so tief und relativ rasch überwunden. Darüber hinaus gaben die Zeiten, in denen Hochkonjunktur herrschte, sowohl der Stahlindustrie als auch der kleinen Privatwirtschaft, dem Mittelstand, Gelegenheit, Vorsorge zu treffen, zumal die Steuerpolitik des Bundes damals noch wesentlich wirtschaftsfreundlicher war als heute. Mittlerweile haben die technologischen Fortschritte – und das wissen wir alle, deshalb brauche ich es Ihnen nicht zu erzählen –, die Stahlindustrie ganz Europas und natürlich auch Österreichs in eine Krise gebracht. Wenn ich Ihnen nur sage, daß im Jahre 1980 in den EG-Staaten 70 Millionen Tonnen Überkapazitäten vorhanden waren, und das dem Fünzfachen der Produktion der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie entspricht, dann spricht das doch Bände. Ein weiterer Grund für die Schwierigkeiten am Stahlsektor ist natürlich der geradezu tödliche Subventionswettbewerb, der in den EG-Staaten stattgefunden hat und der den völligen Bankrott so mancher Stahlwerke

dort verhindert hat, womit eben die Überkapazitäten erhalten wurden.

Aber es wäre wirklich verfehlt, meine Damen und Herren, wollte man die Ursachen für die nunmehrige Kapitalsschwäche beispielsweise des VÖEST-Alpine-Konzerns ausschließlich in diesen weltweiten Entwicklungen suchen. Wahrscheinlich hätte man heuer noch nicht einmal Mittel der öffentlichen Hand anzusprechen brauchen, hätte die verfehlt Steuerpolitik des Bundes in den letzten Jahren neben der Eigenkapitalbasis der Privatwirtschaft nicht auch die Kapitalstruktur der verstaatlichten Industrie, also der eigenen verstaatlichten Industrie, ausgehöhlt. Damit hat praktisch der Bund als Steuereinheber und als Eigentümer eine doppelte Verantwortung für diese Betriebe in der Mur-Mürz-Furche. Damit hier im Haus kein weiterer Zweifel aufkommt, wir als ÖVP bekennen uns zur Notwendigkeit der nun beschlossenen Kapitalzuführungen. Und wir können als Steirer stolz sein, daß es das Land Steiermark war, das auf Initiative unseres Landeshauptmannes Dr. Krainer eine 200-Millionen-Schilling-Hilfe für die VEW beschlossen und auch realisiert hat, und damit den Arbeitern und Angestellten in der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie gezeigt hat, was uns Steirern diese Arbeitsplätze wirklich wert sind. (Beifall bei der ÖVP.) Meine Damen und Herren! Die vom Nationalrat beschlossene Finanzspritze von 4 Milliarden Schilling ist sicherlich eine sehr, sehr hohe Summe, aber ich glaube, man muß diese Summe auch realistisch in Relation zu den Aufwendungen dieser verstaatlichten Industrie sehen. Und ich darf kurz aufzählen: Allein 600 bis 700 Millionen Schilling kosten der VÖEST-Alpine ohne VEW und andere Tochterunternehmen, die noch nicht verkaufte Lohnrunde 1980 und das Nachtschichtschwerarbeitergesetz. Weitere 600 Millionen Schilling oder umgerechnet 14.200 Schilling je Belegschaftsmitglied kosten allein wieder der VÖEST-Alpine die in den Zeiten der Hochkonjunktur beschlossenen freiwilligen sozialen Leistungen, und weitere 433 Millionen Schilling gibt allein die VÖEST-Alpine für die in Zeiten der Hochkonjunktur beschlossenen freiwilligen Pensionszuschüsse aus. Wenn Sie das zusammenrechnen, dann ist eigentlich die Kapitalsspritze von 2 Milliarden Schilling für die VÖEST-Alpine schon fast verbraucht. So schauen die Relationen aus, und das muß man sich – glaube ich – einmal vor Augen halten, und man muß sich sehr emotionslos, ohne jemanden etwas wegnehmen zu wollen, die Frage stellen, ob es nicht doch irgendwie auch indirekt Arbeitsplatzvernichtung bedeutet, wenn nach wie vor in vielen Bereichen und vor allem vom Herrn Sozialminister aus versucht wird, die Sozialleistungen noch weiter auszubauen. Wie gesagt, nichts Erreichtes wegnehmen, das geht auch gar nicht. Aber weiter ausbauen wird schwierig sein unter diesen Gesichtspunkten, wenn das in derart horrende Beträge von einer halben Milliarde, einer Milliarde usw. geht. Bei uns im Hüttenwerk Donawitz werden nun 1200 Arbeitsplätze verloren gehen. Dieser Verlust bleibt ein Verlust auch dann, wenn man nicht Arbeitnehmer kündigt und nur auf den natürlichen Abgang wartet. Kenner der Situation sagen allerdings, daß trotz der beabsichtigten Zwangspensionierungen und selbst dann, wenn man die Lehrlinge der Werksschule Donawitz, also etwa 300 in diesen drei Jahren,

nicht in die Belegschaftsstände übernimmt, was an sich für die Jugend schon eine Katastrophe wäre, daß man selbst dann höchstens 600 Arbeitsplätze wird einsparen können. Von 1200 Arbeitsplätzen im natürlichen Abgang kann offenbar keine Rede sein. Wie das nun bewerkstelligt werden soll, ist mir nicht bekannt, und wir werden das gespannt und aufmerksam beobachten müssen. Aber bleiben wir bei den 1200 Arbeitsplätzen. Wenn wir von der Faustregel ausgehen, daß jeder verlorene Arbeitsplatz in der Mur-Mürz-Furche mindestens ein bis zwei Arbeitsplätze im Handel, Gewerbe oder Dienstleistungsbereich mit sich zieht, dann können etwa 10.000 oder gar mehr Menschen von einer derartigen Maßnahme betroffen sein. Das ist zweifellos noch nicht das Ende der Schwierigkeiten. Ich brauche Ihnen die anderen Schwierigkeiten in der Umgebung von Leoben hinauf und hinunter nicht aufzählen, Felten Dimlach, die latenten Probleme bei der VEW, die Papierindustrie und dergleichen. Schon jetzt, meine Damen und Herren, kann man aus der Statistik der Österreichischen Raumordnungskonferenz die Entwicklung der Wohnbevölkerung aus der Statistik und der Prognose von 1971 bis 1986 entnehmen. Ich zitiere Ihnen nur kurz: Murau minus 7,19, Judenburg minus 5,85, Mürzzuschlag minus 6,5, Bruck minus 0,86, Mariazell minus 19,48, Leoben ohne Eisenerz minus 5,25 und Eisenerz minus 27,11 Prozent. Das ist der höchste Wert einer Wohnbevölkerungsabnahme in ganz Österreich. Wenn wir die Abnahme der erwerbstätigen Bevölkerungsanteile hernehmen, dann gibt es in Eisenerz gar ein Absinken von 21,96 Prozent. Das sind alarmierende Zahlen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir im Bezirk Leoben drohen zu einer Grenzregion mitten in Österreich zu werden. Wenn unsere Jugend einmal abgewandert ist, bringt sie nichts mehr zurück, auch keine fertiggestellte Pyhrnautobahn, auch keine Schnellstraße. Wo keine Arbeitskräfte sind, wird auch kein Investor bereit sein, ein neues Werk hinzustellen und Arbeitsplätze zu schaffen. Ich will es nicht dramatisieren, aber wenn Sie es auch noch so nüchtern betrachten, es ist fünf Minuten vor Zwölf. Die vielen kleinen Unternehmungen, die jetzt noch Arbeitsplätze weitgehend halten, werden das nicht auf Dauer tun können. Ich sehe auch hier Schwierigkeiten. Es wird hier große Schwierigkeiten geben, die Arbeitsplätze einigermaßen zu halten, weil eben die Kaufkraft nicht mehr da ist. Wir Obersteirer, meine Damen und Herren, sind sicherlich nicht neidisch, wenn ein amerikanischer Konzern sich nicht in der Nähe der obersteirischen Mur-Mürz-Furche ansiedeln will, sondern in der Nähe von Graz. Wenn das der Wille der Amerikaner ist, kann man wahrscheinlich nichts machen, und wenn das in Kooperation mit der VÖEST-Alpine geschieht, freuen wir uns sogar, daß es in der Steiermark ist. Es freut uns wirklich. Aber wir brauchen Arbeitsplätze auch bei uns im Bezirk. Die von der Bundesregierung anlässlich der Raumordnungskonferenz in Leoben im Oktober 1980 angekündigten Förderungsmaßnahmen haben uns, mit ganz wenigen Ausnahmen, noch nichts gebracht. Ich weiß, es gibt da ein paar Einwände. In Eisenerz gibt es zwei kleinere Betriebe, die entstanden sind, und dann auch noch in Radmer. Aber warum geht es nicht, daß man uns in unserem Bereich etwas mehr vom VÖEST-Alpine-Anlagenbau ansiedelt, meine Damen und Herren? Über 40 Milliarden Schilling – wir haben es ja heute schon

gehört – an Aufträgen werden im Linzer Raum gehortet, in einem Raum, wo es Arbeitskräftemangel gibt. Wir hätten die Arbeitskräfte, wir haben die geschulten Metallarbeiter, aber wir bekommen keinen Anlagenbau der VÖEST-Alpine her. Warum ist denn das nicht möglich? Das könnte uns helfen. Die Streicheleinheiten, die man uns von Zeit zu Zeit verabreicht, werden uns sicherlich nicht helfen.

Meine Damen und Herren, kürzlich waren fünf junge Burschen aus dem Liesingtal bei mir in der Sprechstunde, und zwar Metallfachtarbeiter. Sie wohnen in Mautern und Kalwang, und sie arbeiten in Wien. Es sind junge Steirer, die im Auftrag der Wiener Filiale eines deutschen Konzerns im Wiener Raum für den amerikanischen General-Motors-Konzern arbeiten. Sie haben mich gefragt, ob ich sie nicht in der Steiermark unterbringen könnte. Sie haben ihre Familien da, sie haben ihre Eltern da, sie wohnen hier, sie möchten hier arbeiten, aber sie können nicht. So pendeln sie halt vorläufig Montag in der Früh nach Wien und kommen Freitag am Abend wieder zurück. Aber wie lange werden sie das tun? Die Unverheirateten unter ihnen werden es wahrscheinlich nicht ewig machen, wenn sie keine Arbeitsplätze bei uns finden. Und darum geht es. Ich will nicht dramatisieren, aber ich sage es noch einmal: Wir stehen in der Obersteiermark, in der Mur-Mürz-Furche, am Beginn einer krassen Talfahrt eines ganzen Wirtschaftsraumes, und wir stehen am Beginn großer Pendlerströme und Abwanderungsbewegungen. Diese Statistik zeigt die ersten Ansätze. Wir müssen einfach alle gemeinsam mithelfen, diesen Trend aufzuhalten, wenn nicht gar umzukehren. Das Arbeitsplatzförderungs- und Strukturprogramm, das wir mit diesem Budget beschließen werden, ist uns sicherlich eine sehr, sehr wertvolle Hilfe, und wir haben den Initiatoren dafür zu danken, aber noch ist es keine Lösung. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hammer das Wort.

Abg. Hammer: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

An und für sich, glaube ich, haben wir als Politiker hier im Hohen Haus doch die Aufgabe, uns mit den Gegebenheiten sachlich auseinanderzusetzen. Es liegt aber immer in der Natur der Person, daß diese Sachlichkeit eben verwischt und verdrängt wird und vielleicht eigene Emotionen zu sehr in den Vordergrund rücken, und dann wird die Stimmung etwas aufgeheizt. (Abg. Ing. Turek: „Ich bin schon gespannt, was du jetzt bringst!“) Ich werde mich zurückhalten, Herr Kollege. Es ist meine Art, sachlich zu reden. Ich darf aber doch auf die Tragik hinweisen, in der wir reden, Herr Kollege. Wenn der Herr Kollege Schützenhöfer von Betriebsterror spricht, dann klingt mit das im Ohr, wenn der ÖAAB Mitgliederwerbung macht und zu den Leuten sagt: „Geht doch zum ÖAAB!“, dann fragen diese: „Sind wir dann bei der Gewerkschaft?“, und dann wird ihnen geantwortet: „Ja, ja, ihr seid dann auch bei der Gewerkschaft.“ Das stimmt natürlich nicht, aber mit solchen Tricks arbeitet man halt gerne, die sind sehr willkommen. Wissen Sie, dann gibt es immer wieder Situationen in Streikfällen, wo dann Unternehmer sofort mit Kündigungen drohen, wo

ÖAAB-Leute dann für Parteispenden und andere Dinge kassieren gehen, und zwar auf offenen Listen, wo jeder eintragen muß, wieviel er für die ÖVP spendet. Bitte, ich will das nur aufzeigen, es sind Tatsachen. (Abg. Dr. Maitz: „Ganz sachlich, ohne Demagogie!“) Und dann gibt es noch Betriebe – mein Freund Kollmann spricht da immer so gern über den Betriebsterror und über die Verhältnisse in der verstaatlichten Industrie. Ich möchte meinen Freund Kollmann nur fragen, seit wann er einen Betriebsrat in seinem Betrieb hat. Voriges Jahr hat er – als wir darüber gesprochen haben – noch keinen gehabt, aber vielleicht könnte der Herr Kollege Schützenhöfer einmal einen installieren. (Abg. Dr. Pfohl: „Weil der Kollege Schützenhöfer ins Rote getroffen hat, deshalb habt Ihr Euch so aufgeregt!“) Ich hoffe ja nicht, daß der Herr Kollege Kollmann aus Betriebsterror in seinem Betrieb noch keinen Betriebsrat hat. Wahrscheinlich gibt es da andere Gründe. (Abg. Dr. Pfohl: „Das muß ein Volltreffer gewesen sein!“)

Meine Damen und Herren, wenn wir hier gelegentlich die Zahlen, die sicherlich stimmen und die ich anerkennen möchte, weil sie statistisch fundiert sind, hören, und zwar die Pendlerquote: 21.000 Steirer pendeln aus, es müssen Leute nach Wien fahren. (Abg. Dr. Pfohl: „Zu General Motors, Sie haben vollkommen recht!“) Jawohl, Sie haben vollkommen recht, Herr Kollege! Aber, Herr Kollege, auch in der Landwirtschaftsdebatte haben wir gestern gehört, daß die Leute aus dem Landvolk abwandern und auch dort eine Entsidelung erfolgt.

Meine Damen und Herren, beruhigen Sie sich vielleicht einmal ein wenig. (Abg. Dr. Pfohl: „Brauchen wir nicht!“) Sind diese Zahlen, diese Statistiken, nicht auch ein Eingeständnis des eigenen Unvermögens, daß wir diese Situation im Lande Steiermark nicht aufhalten können, wo Sie von der ÖVP seit 1945 die Mehrheit haben, wo Sie das Wirtschaftsreferat haben, wo Sie das Landwirtschaftsreferat haben. (Abg. Dr. Pfohl: „Wirtschaftspolitik ist Bundessache!“) Sagen Sie mir, was Sie hindert, Grenzlandprogramme zu erstellen, in den Grenzlandraum Betriebe hinzubekommen, um diese Arbeiter und diese Pendler im Grenzlandbereich zu beschäftigen. Oder fehlt uns einfach die Infrastruktur dafür? Haben wir es versäumt, die entsprechende Infrastruktur in der Steiermark aufzubauen? (Abg. Dr. Maitz: „Die fehlt!“) Jawohl, Herr Kollege, auch hier fehlt es; Sie haben vollkommen recht! Wenn wir gemeinsame Dinge finden, marschiere ich sogar mit Ihnen (Abg. Dr. Maitz: „Was heißt sogar?“), da gibt es gar keine Frage, wenn es um das Interesse der Arbeiter geht, wenn es um das Interesse der Bewohner in der Steiermark geht. Meine Damen und Herren, man sollte sich das wirklich einmal überlegen. Wenn mein Vordredner, der Herr Kollege Kollmann, gesagt hat, daß junge Menschen aus dem Raum Kalwang bei ihm waren, weil sie in Wien arbeiten, dann glaube ich ihm das, weil in Kalwang ein Betrieb verlorengegangen ist, und zwar ein Privatbetrieb zugespart hat, und dort keine Beschäftigungsmöglichkeit mehr vorhanden ist. Aber deshalb kann man doch nicht den Bund verantwortlich machen, daß er Arbeitsplätze im Wiener Raum zur Verfügung stellt. Meine Damen und Herren, das ist keine Politik im Interesse der Arbeitnehmer, der Steirerinnen und Steirer. Ich glaube nicht, daß man das so tun könnte.

Meine Damen und Herren, der Herr Kollege Kollmann verfügt immer über gute statistische Zahlen. Sie haben recht, wir haben auch Schwierigkeiten in Eisenerz, und die will ich nicht verheimlichen. Wir haben uns eben auch bemüht, in Eisenerz Abhilfe zu schaffen. Wir haben nie Demonstrationen auf den Straßen gemacht, sondern wir haben versucht, aus eigenen Kräften hier Initiativen zu setzen, und ich muß allen Herren danken, die mitgeholfen haben, daß wir Betriebe nach Eisenerz bekommen haben. Wir haben die „Aldesta“, die Kunststeinerzeugung nach Eisenerz bekommen, die 40 jungen Arbeitern Beschäftigung geben wird; wir haben die Glasveredelung bereits im Planungsstadium soweit abgeschlossen, daß im Frühjahr der Spatenstich erfolgen kann, daß die Bauarbeiten für einen Betrieb beginnen können, der 120 Menschen im Raum Eisenerz beschäftigen wird. Die Firma Assmann ist mit großer Bundeshilfe in die Radmer gekommen. Und auch jetzt hat der Bund wieder seine Hilfe für eine Lehrlingsausbildung zugesagt, die bei der Firma Assmann installiert werden sollte. Der Herr Bundesminister Dallinger hat die technischen Voraussetzungen, das heißt die Maschinen, zur Verfügung gestellt, daß dort auch Lehrlinge ausgebildet werden können. Wenn es hier in der Struktur oder in der Betriebsanlage Unterschiede gibt, dann sind diese sehr wohl vom Herrn Kollegen Trampusch mit Begründung vorgebracht worden. Das darf ich auch dazu sagen. (Abg. Ritzinger: „Was sagen Sie dazu? Wir möchten Ihre Meinung auch hören!“) Herr Kollege, Sie brauchen nur zuhören, ich erzähle alles chronologisch.

Meine Damen und Herren, wenn wir immer über die verstaatlichte Industrie reden und über die Arbeitsplätze, wie der Herr Kollege Schützenhöfer das gesagt hat – ich habe mir das mitgeschrieben: „In der Verstaatlichten darf kein Arbeitsplatz verloren gehen, ohne einen neuen zu schaffen!“, dann muß ich doch auch sagen: Genau dasselbe Konzept muß dann aber auch für die Privatwirtschaft gelten. (Abg. Dr. Dorfer: „Dort werden die Arbeitsplätze geschaffen, die die Verstaatlichte weniger hat!“) Das muß doch auch für die Privatwirtschaft gelten! Ich kann Ihnen hier eine Liste von Privatbetrieben zeigen, die alle weggekommen sind, die nicht mehr existieren, und wo Arbeiter und Arbeiterinnen in diesem Land auf der Strecke geblieben sind. Das sind die Tatsachen, und darüber kann man nicht hinwegsehen. (Abg. Dr. Dorfer: „Inzwischen sind in der Privatwirtschaft mehr Arbeitsplätze geschaffen worden, und in der Verstaatlichten sind weniger Arbeitsplätze vorhanden. Das ist eine Tatsache!“) Ich weiß persönlich, wie schwierig es ist, neue Betriebe mit neuer Technologie, weil dieses Wort so oft strapaziert wird, zu bekommen. Ich weiß, welche Vorbereitungen notwendig sind, weil ich es direkt miterlebt habe, als die Aldesta, die Kunststeinerzeugung für Eisenerz, installiert wurde, was da alles notwendig ist. Es grenzt beinahe an Hellscherei, auf Jahre hinaus vorauszusagen, daß dieses Produkt, welches man dort erzeugen wird, auch entsprechend gut verkauft werden kann. Gerade im Bereich der verstaatlichten Industrie müssen diese Dinge sehr wohl gut und genau überprüft werden, und ich darf Ihnen nur ein Erlebnis erzählen, Herr Kollege. In der Glasveredelung – wissen Sie sicher, haben Sie aus den Zeitungen bereits gelesen – gibt es eine Privatbeteiligung, und

dieser private Mann, mit dem ich die Kontakte ursprünglich aufgenommen habe, daß diese Glasveredelung in die Steiermark und vor allem in den Raum Eisenerz kommt, hat mir einmal gesagt: „Du, das geht alles so langsam, da müßten wir ein bißchen schneller sein.“ Es ist richtig, aber da habe ich ihm sagen müssen: „Wir müssen die Marktsituation, die Ertragssituation ganz genau prüfen. Denn wenn sich die Verstaatlichte irgendwo beteiligt, und es geht schief, dann gibt es große Debatten im Parlament und im steirischen Landtag.“ Wenn ein privater Unternehmer eine Fehlinvestition macht und nicht den Ertrag erreicht, den er sich vorgestellt hat, dann ist der Bund schuld mit seiner Steuerwirtschaft und Steuerpolitik. Da macht man es sich immer ein bißchen einfacher. (Abg. Dr. Dorfer: „Wer hat die Arbeitsplätze geschaffen und gehalten?“) Ich möchte dazu sagen: In der verstaatlichten Industrie, Herr Kollege, werden 18 Milliarden Schilling ausgegeben, und davon sind fünf- bis sechstausend Menschen in der Klein- und Mittelindustrie betroffen, die hier die Zulieferung tätigen und damit auch mitleben, Herr Kollege Dorfer, so sind die Dinge. (Abg. Dr. Dorfer: „Sie haben von den gesamtwirtschaftlichen Regeln offensichtlich keine Ahnung, sonst würden Sie nicht so unqualifiziert reden. Auch von der Arbeitsmarktsituation nicht!“) Wir hoffen, daß uns für den Raum Eisenerz eine Sicherung der Arbeitsplätze und ein Einhalt der Abwanderung, die wirklich die größte statistische Zahl in Österreich aufweist, in Zukunft gelingen wird. (Abg. Dr. Dorfer: „Sagen Sie mir die Zunahme der Arbeitsplätze in der Verstaatlichten!“) Im Raum Hiefrau wird das Bundesheer einen Lagerbau errichten, der ebenfalls für 46 Arbeitnehmer Dauerarbeitsplätze in den Raum von Hiefrau bringen wird. Dies sind Dinge, die mit Unterstützung der Österreichischen Bundesregierung möglich waren, und wir müssen allen Beteiligten, und hier geht es mir nicht um eine Quantifizierung, hier geht es mir wirklich darum, zu sagen, allen Beteiligten, Bund und Land, dafür dankbar sein, daß diese Betriebe nach Eisenerz kommen. Auch die Bevölkerung hat das Ihre dazu getan. Man hat den regionalen Entwicklungsverband für Eisenerz gegründet, der seit 1. September einen hauptberuflichen Geschäftsführer hat, weil wir der Meinung sind, daß wir aus dem Raum noch mehr geistiges Kapital herausholen können, weil wir das motivieren und koordinieren wollen, um damit für die Situation weiterhin Abhilfe zu schaffen, in der sich der Raum Eisenerz mit den Gemeinden Hiefrau, Palfau und Gams befindet. Deshalb wurde der regionale Entwicklungsverband gegründet. Auch hier wurden Unterstützungen vom Bund, vom Land Steiermark und auch von den Gemeinden in diesem Entwicklungsraum dazugegeben.

Interessant ist vielleicht auch noch anzuführen ein Experiment für die Steiermark, der sogenannte Gemeinwesenarbeiter. Ein etwas unglücklicher Name, wenn Sie mich fragen. Aber hier wurde mit Unterstützung des Bundeskanzleramtes, des Sozialministeriums und des Sozialreferates unter Landesrat Gruber ein Mann installiert, der sich im besonderen um die Fragen jener Menschen kümmern soll, die eigentlich von den Vereinen, von all den Aktivitäten, die es in diesem Raum gibt, profitieren sollen. Es gibt allein in Eisenerz 72 aktive Vereine, aber trotzdem gibt

es noch immer Personen, Personengruppen, die nicht von diesen Vereinen erfaßt werden, die ihre eigenen Probleme haben, die ihre Probleme nicht entsprechend bekannt machen oder die nicht bekannt werden. Dieser Mann soll diese Probleme aufspüren, soll Abhilfe schaffen für diese Leute. Ich muß sagen, die ersten Anläufe in dieser Richtung, die hier getätigt wurden, sind sehr positiv zu vermerken.

Meine Damen und Herren! Es wird aber auch notwendig sein, wie der Herr Kollege Maitz bereits betont hat, die infrastrukturellen Voraussetzungen gerade für den Raum, für die Region Eisenerz entsprechend voranzutreiben, damit für die neuen Betriebe die entsprechende Versorgung mit Rohstoffen und die Entsorgung der fertiggestellten Produkte gesichert ist. Denn das ist ein wesentlicher, entscheidender Faktor, um diese Betriebe dann auch entsprechend gut in Eisenerz führen zu können. Meine Damen und Herren! Ich kann mich erinnern, früher ist auf den Bahnhöfen ein Plakat gehangen, wo gestanden ist: „Der Erzberg ruft“, als Arbeitskräfte für den Bergbau, für diese schwierige Arbeit gebraucht wurden. Der Erzberg ruft noch immer, nur der Erzberg ruft nach Arbeitsplätzen, und ich hoffe, daß alle zuständigen und verantwortlichen Stellen in diesem Land diesen Ruf hören, damit wir diese Situation für die Zukunft und im Interesse der Bewohner dieser Region lösen können. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Feldgrill: Ich erteile dem Abgeordneten Dr. Eichinger das Wort.

Abg. Dr. Eichinger: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich glaube, wir alle spüren, und wir alle kennen diesen Ruf nach Arbeitsplätzen, denn das ist ja letzten Endes das große Anliegen, das wir alle, ob von der Volkspartei oder von der Sozialistischen Partei, vertreten. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Die Freiheitlichen auch!“) Daß wir es heute natürlich schwieriger haben, und besonders Sie von der sozialistischen Seite, ist selbstverständlich klar, denn wenn wir nach elf Jahren Ihrer Regierung vor einer derartigen Situation stehen, dann ist das natürlich für Sie selbst eine tragische Situation. (Abg. Preamsberger: „Hättet Ihr es besser machen können?“) Deshalb habe ich auch volles Verständnis, daß Sie heute rundum schlagen, mit allen demagogischen Mitteln versuchen das abzuwenden, aber ich glaube, das ist einfach unmöglich. Ich möchte mich jetzt aber nur auf eines beschränken, meine Damen und Herren. (Abg. Preamsberger: „Wir sind für unsere Wirtschaftspolitik weltweit anerkannt!“) Der Herr Kollege Schützenhöfer hat heute von Betriebsterror gesprochen, und der Kollege Hammer hat das wieder aufgegriffen und von Tricks usw. gesprochen. Jetzt sage ich Ihnen eines: Ich habe das persönlich in Mürzzuschlag erlebt. Wenn 48 Leute pendeln müssen, wobei mir eines klar ist, daß die wirtschaftliche Situation auch das Pendeln verlangt, wenn aber 48 Leute pendeln müssen und die Leute so ausgesucht werden, daß selbst sozialistische Arbeiter im Betrieb den Kopf schütteln, dann frage ich mich wirklich, was ist sozialistisch oder was ist sozialdemokratisch, was ist hier menschlich? Ich zähle nur einige Dinge auf. Einer der Beschäftigten, 17 Jahre beschäftigt bei Schoeller-

Bleckmann und VEW, hat drei unversorgte Kinder, seine Wirbelsäule ist verschoben, er muß ein Stahlmieder tragen, er hat ein Attest von der Stolzalpe und von seinem Hausarzt. Dieser Mann muß nach Kapfenberg pendeln. Jetzt frage ich Sie: Wo bleibt hier die Menschlichkeit? Dieser Mann war gleichzeitig Kandidat auf der Betriebsratsliste, der hätte gar nicht versetzt werden dürfen. Wir haben uns bei der Arbeiterkammer erkundigt. Die hat gesagt nein, der kann wählen, der hat diesen Schutz für einen Monat. Obwohl wir Ihre Leute aufmerksam gemacht haben, mußte dieser Mann fahren, und er ist am Wahltag hineingegangen in den Betrieb, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, und er durfte den Betrieb nicht betreten. Jetzt frage ich Sie: Was sagen Sie zu diesem Fall? Das ist doch wirklich ein eklatanter Fall von Betriebsterror. (Abg. Dr. Dorfer: „Womöglich ist er kein Roter!“) Das müssen Sie doch selbst zugeben!

Ein zweiter Fall: Der Mann ist 13 Jahre lang bei Schoeller-Bleckmann, VEW beschäftigt, ebenfalls drei unversorgte Kinder, hat sich in Mürrzuschlag eine Eigentumswohnung gekauft und muß fahren. Meine Damen und Herren, obwohl es im Betrieb Leute gibt, die erst kurz angestellt wurden, wo sich die eigenen Leute gesagt haben, die müßte man doch nehmen, die erst seit ein oder zwei Jahren da sind, wo die sozialen Verhältnisse anders sind. Nein, er mußte fahren.

Dritter Fall (Abg. Preamsberger: „Es fahren so viele und müssen pendeln. Sind überall wir schuld?“): Meine Herren von der sozialistischen Fraktion, das ist mir wirklich ernst. Der Mann ist 18 Jahre lang im Betrieb, hat ebenfalls drei unversorgte Kinder, wohnt in Spital am Semmering. Von dort muß er jetzt nach Kapfenberg hinunter fahren. Er kommt am Abend um 10 oder 11 Uhr nach Mürrzuschlag, hat keine Verbindung mehr nach Spital am Semmering, und zu Hause wartet eine Frau.

Meine Damen und Herren, das sind die Probleme, und diese Probleme wurden auf diese unmenschliche Art von Leuten Ihrer Fraktion geschaffen. Ein sozialistischer Nationalratsabgeordneter – in der „Neuen Zeit“ wurde es geschrieben – hat gesagt: „Wir haben soziale Gesichtspunkte ausgewählt.“ Ja, meine Damen und Herren, wo sind da soziale Gesichtspunkte? (Abg. Dr. Dorfer: „Sozialistische Gesichtspunkte!“) Das ist doch entsetzlich, daß das in Ihrem Bereich passiert!

Meine Damen und Herren, ich bringe Ihnen abschließend noch einen Fall: Der Mann ist 22 Jahre im Betrieb gewesen, ein unversorgtes Kind, und in diesen 22 Jahren nur zwei Tage Krankenstand. Auch dieser Mann mußte den Betrieb verlassen. Das sind einmal die sozialen Aspekte in diesem Fall.

Und nun kommt noch dazu, und das muß ich Ihnen noch einmal sagen, denn Ihr als Gewerkschafter müßt ja sagen – (Abg. Preamsberger: „Wie viele ÖVPLer habe ich schon vertreten und gerne vertreten. Das muß ich auch sagen!“) Ihr selbst müßt Euch heute nach dieser Diskussion sagen: So darf man das nicht machen. Und der Herr Präsident Ileschitz sollte sich persönlich einsetzen. (Abg. Dr. Dorfer: „Müßte sich einsetzen!“) Denn, meine Damen und Herren, wenn am 6. Oktober eine Betriebsratswahl stattfindet, und am 5. Oktober müssen die Leute nach Kapfenberg fahren, und man sagt ihnen: „Ihr dürft unter keinen Umständen hier zur Wahl gehen!“, dann frage ich mich

wirklich: Wo ist da Sozialismus, wo ist da nur irgend etwas, was man sozialdemokratisch nennen kann? Ich habe einfach die Notwendigkeit empfunden, Euch das zu sagen, denn, meine Damen und Herren, da sind ja die Frauen zu uns gekommen und haben gefragt: „Warum passiert das? Warum muß mein Mann nach Kapfenberg fahren, wo wir drei Kinder haben und andere leichter fahren könnten?“ Darauf eine Antwort zu geben, das ist sehr schwer. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, schauen Sie von Ihrer Seite dazu, daß solche Dinge nicht mehr passieren, denn das ist unmenschlich! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte auf meine beiden Vorredner Schützenhöfer und Dr. Eichtinger eingehen, weil sie hier mit sehr viel Polemik Situationen aufgezeigt haben, die beweisen, daß sie Verhältnisse, die in Fürstenfeld herrschen – und ich kann daraus entnehmen, daß sie sehr wenig mit dem Herrn Abgeordneten Schrammel reden –, und die Situation in Fürstenfeld überhaupt nicht kennen. Das kann ich aus Ihren Äußerungen entnehmen, Sie, Herr Kollege Dr. Eichtinger, und der Herr Kollege Schützenhöfer. Den Herrn Kollegen Schützenhöfer sehe ich manchmal in Fürstenfeld bei Popkonzerten. (Abg. Dr. Maitz: „Diese kleinen Bosheiten können Sie sich ersparen!“) Er ist zwar ÖAAB-Landessekretär, aber es würde ihm ganz gut tun, wenn er ab und zu in die Betriebe gehen würde. (Abg. Schützenhöfer: „Es würde uns nicht stören, wenn Sie eine Veranstaltung des ÖAAB besuchen würden!“) Herr Kollege, ich kann Ihnen eines sagen: Wir haben in Fürstenfeld bedauerlicherweise im letzten Jahr mehr als 1000 Arbeitsplätze verloren. Und Sie wissen vom Schicksal Eumig, vom Problem Stahlcord, Sturia und Weichel. Wissen Sie, wie es bei der Firma Eumig war, wo Sie eine dominierende Mehrheit gehabt haben? Im Jahr 1978 sind die ersten Kündigungen erfolgt, und zwar unmittelbar nach den vorletzten Landtagswahlen. Vorher hat man noch aufgestockt, und dann begannen die ersten Kündigungen. Da ist dort der Ruf durch die Hallen gegangen: „Und jetzt schmeißen wir die letzten Roten noch hinaus!“ Und wir haben dann die Listen gesehen. Auf diesen Listen sind Frauen gestanden, die geschieden waren und unversorgte Kinder gehabt haben, und Ihre Sympathisanten vom Bauernbund, der dort dominiert, die sind dort drinnen geblieben, und wir haben dann feststellen müssen, daß jene sozialistischen Sympathisanten auf der Straße gestanden sind. Sie haben in diesem Fall nicht pendeln können, was für sie noch eine Wohltat gewesen wäre, sondern sie haben einfach ihren Arbeitsplatz verloren. (Abg. Schützenhöfer: „Dürfen wir Sie bitten, eine Liste mit Namen vorzulegen. Sie müssen das beweisen!“) Die Liste können Sie von mir haben, die habe ich in meinem Büro. Von Ihrer Fraktion sind nie soziale Aspekte berücksichtigt worden, sondern allein machtpolitische und parteipolitische Überlegungen. (Abg. Dr. Dorfer: „Eine schwache Retourkutsche!“) Fahren Sie nach Fürstenfeld, dort können Sie sehen, was Gesinnungsdruck und Gesinnungsterror bewirken können. Der Herr Abgeordnete

Schrammel ist ja selbst – (Abg. Preamberger: „Ich kann Euch Namen nennen. Eine ganze Liste haben wir!“ – Abg. Dr. Maitz: „Was soll diese Polemik?“) Herr Abgeordneter Dr. Maitz, dieser Einstieg wurde durch die Wortmeldungen der beiden Vorredner provoziert, und ich habe angesichts der Situation in Fürstenfeld nicht vorgehabt, hier zu polemisieren oder hier solche Dinge aufzuzeigen.

Der Herr Abgeordnete Schrammel kennt ja die Firma Sturia. Ein trauriges Beispiel: Diese Firma hat ein Jahr existiert. Der Herr Magister Wiedermann, der dort Geschäftsführer war, hat gemeinsam mit dem Herrn Abgeordneten leider Gottes bewiesen, was hier Parteipolitik bewirken kann. Dort sollte – der Herr Kollege Loidl weiß das noch – eine Betriebsratswahl durchgeführt werden. Es wären zwei Listen gewesen, eine des ÖAAB und eine Namensliste, und im demokratischen Wettstreit hätte sich dann die Liste durchgesetzt, die eben die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt. In tagelangen Gesprächen mit dem Führer der Namensliste ist es dann gelungen, eine Einheitsliste des ÖAAB zu erreichen. Und ich habe Kollegen aus der Firma Sturia getroffen, die zu mir gesagt haben: „Das war ärger als in Rußland. Dieser Zwang, dieser Druck waren nicht zu ertragen.“ Es ist von Entlassungen die Rede gewesen, und solche Dinge sind also hier passiert. (Abg. Brandl: „So arbeitet die ÖVP!“)

Die Firma Stahlcord hat jahrelang nur eine ÖAAB-Liste gehabt. Dann hat sich dort ein Vorarbeiter aufge- rafft, eine SPÖ-Liste aufzustellen – bei uns trauen sich ja viele gar nicht, als SPÖ zu kandidieren, sondern sie müssen sagen, wir sind Namenslisten, weil sie ja sonst gar keine Chance haben, daß sie Smpathisanten finden. Dieser Proponent wurde drei Monate vor den Betriebsratswahlen gekündigt, entlassen. (Abg. Schrammel: „Wie heißt er?“) Das ist der Herr Vollmann Karl-Heinz, der leider Gottes die Firma verlassen mußte. (Abg. Schrammel: „Das ist glatte Unwahrheit. Das stimmt nicht!“ – Abg. Brandl: „Das getraust du dich nicht laut zu sagen!“)

Ich will auch gar nicht vom Landesdienst reden, der auch auf diesem Gebiet sichtbare Zeichen vermittelt. Bei uns läuft so das Sprichwort: „Die Roten müssen pendeln und haben keine Arbeit, und die Schwarzen sitzen im Landesdienst und in den Betrieben.“ So schaut es in Fürstenfeld aus. Dies ist vielleicht etwas verallgemeinert, aber es trifft die Wahrheit ziemlich genau. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist einfache Demagogie!“)

Aber ich möchte jetzt zu meinem Hauptgebiet kommen. Diese Antworten wurden ja von Ihnen herausgefordert, und ich habe es mir nicht ersparen können, darauf zu antworten. Aber ich möchte diese heutige Wirtschaftsdebatte nicht verstreichen lassen, ohne auf das Problemgebiet Fürstenfeld zu sprechen kommen. Ich kann sagen, daß der Herr Kollege Schrammel und ich sicherlich in gemeinsamer Sorge und Arbeit in den letzten Monaten Tragisches miterlebt haben. Wir haben mehr als 1000 Arbeitsplätze verloren. Sie alle kennen das Schicksal der Firma Eumig. Wir haben die Firma Weichel verloren mit mehr als 70, hauptsächlich männlichen Beschäftigten, wir haben nunmehr die Firma Sturia verloren, wir haben auch Probleme in der Firma Stahlcord, diese Firma ist gezwungen, im Jänner die Produktion praktisch stillzulegen, und erst im

Februar wird hier die Produktion wieder anlaufen. Dieser Verlust von Arbeitsplätzen gerade in unserem strukturschwachen Bezirk ist sicherlich ein schwerer Schlag nicht nur für den Verantwortlichen der ÖVP, den Herrn Abgeordneten Schrammel, sondern für alle, die dort politische Verantwortung tragen. Im Zuge des Wahlkampfes, und das habe ich immer sehr bedauert, wurde hier ständig davon gesprochen, daß es die Versäumnisse der Bundesregierung seien, daß gerade in Fürstenfeld diese Firmenpleiten erfolgt sind. Ich möchte nicht, um die Zeit noch weiter in Anspruch zu nehmen, auf jede Einzelheit eingehen, aber es waren ausnahmslos Managementfehler der Verantwortlichen. Wenn dann gesagt wird, warum Fürstenfeld heute mit derartigen Arbeitsplatzproblemen zu kämpfen hat, so möchte ich auch hier eine Anmerkung machen. Vor kurzem war in der „Kleinen Zeitung“ eine Überschrift vom Herrn Vizebürgermeister Majcen, daß Fürstenfeld ausgehungert werde, die Tabakfabrik sei auf 100 reduziert worden, welche früher fast 2000 Arbeitsplätze hatte. (Abg. Schrammel: „2400!“) Diese Reduktion ist schon vor dem Weltkrieg passiert, und auch bald nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Zahl der Arbeitsplätze weiter bis auf etwas mehr als 100 gesunken. Aber wir alle kennen das Problem in Fürstenfeld und du, lieber Freund Schrammel, wirst mir vielleicht nicht Recht geben, aber nach dem Krieg hat es in Fürstenfeld geheißt: Wir brauchen keine Betriebe, wir haben eine agrarische Struktur. Wenn die Betriebe kommen, dann kommen die Sozialisten, dann steigen die Löhne, und um diese Lohnsteigerungen zu verhindern, und um zu verhindern, daß womöglich mehr Sozialisten kommen, haben sich Vertreter des Wirtschaftsbundes und auch des Bauernbundes lange gewehrt, hier Betriebsansiedlungen zu ermöglichen. (Abg. Dr. Eichtinger: „So etwas glaubt dir sowieso niemand!“) Erst im Jahre 1960 hat man erkannt, daß solche Betriebsansiedlungen für die wirtschaftliche Kraft der ganzen Region, des ganzen Bezirkes ungemein wichtig sind, und erst in diesen Jahren, ab 1960, sind dann die Betriebsgründungen Elwe, Weichel und Eumig zustande gekommen.

Ich möchte auf noch einen Faktor eingehen, weil auch dieser nicht zu unterschätzen ist, und diese Frage wird dann auch noch in der weiteren Budgetdebatte eine Rolle spielen. Ich habe das auch schon anklingen lassen. Auch der Landesdienst bietet bei uns sehr viele Arbeitsplätze, das Krankenhaus, das Altersheim und andere Einrichtungen. Gerade in so schwierigen Zeiten wie diesen in Fürstenfeld ist jeder Arbeitsplatz von besonderer Bedeutung. Hier glaube ich, werden Sie von der ÖVP mir auch zustimmen, daß hier eine derartig einseitige Personalpolitik herrscht, daß bei uns in der Oststeiermark – nur für die Oststeiermark will ich hier reden –, praktisch ein Berufsverbot für Sozialisten herrscht. (Abg. Dr. Maitz: „Bitte Namen. Nicht so drüberfahren. Name eines der angesucht hat!“) Sie können das bei den Personalvertretungswahlen feststellen. Sie können das bei anderen Anlässen feststellen. Es gibt ja fast niemanden mehr, zum Beispiel in der Bezirkshauptmannschaft Fürstenfeld, der es wagt, eine Liste der SPÖ zu unterschreiben. (Abg. Dr. Maitz: „Bitte Namen!“) Ich werde Ihnen die Namen nachher geben, nur würde das jetzt zu weit führen.

Hier wären eine Objektivierung, die Schaffung einer Personalkommission und die Ausschreibung von

Posten unerlässlich, damit hier mehr Gerechtigkeit Platz greift, weil gerade durch diese Personalpolitik die sozial Schwächeren eben nicht zum Zug kommen. Die sozial Schwächeren müssen auspendeln oder sind arbeitslos. Der Kollege Schrammel wird es in den letzten Tagen auch miterlebt haben, wo die Firma Kapsch in Fürstenfeld nunmehr ein Werk gründen wird; ab April soll es in Betrieb gehen, 50 Arbeitsplätze, ein Tropfen auf den heißen Stein, sollen geschaffen werden. Wenn wir hier mit arbeitssuchenden Frauen überschwemmt werden, es gibt schon fast mehr als 500 Bewerbungen von Frauen, die durch die Eumig-Pleite arbeitslos geworden sind, so wäre mir eines wichtig, daß wir beide Vertreter oder die Parteien, soweit sie hier Einfluß haben – der Herr Abgeordnete Schrammel hat ja immer sehr viel Einfluß gehabt, es hat ja immer geheißsen: die Schrammel-Betriebe, nur wenn sie dann zugrunde gegangen sind, hat man sie dann umgetauft –, daß sie versuchen, bei diesen Betriebsgründungen die sozial schwächsten Fälle zu berücksichtigen. Wir hoffen, daß auch durch diese 100.000-Schilling-Förderung neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir hoffen auch, daß für das Werksgelände der Eumig sich eine Firma findet, die die ärgsten Sorgen, die ärgsten Probleme abdeckt. Ich habe die Arbeitslosenrate für Fürstenfeld mitnotiert. Wir hatten im Jahre 1979 nur zwei Prozent, 1980 2,4 Prozent, und sind jetzt bei der höchsten Arbeitslosenrate für die ganze Steiermark, offiziell bei über sieben Prozent. Es ist zu befürchten, daß diese Zahl gerade in unserem Bezirk vielleicht noch zunimmt, und es bedarf aller Anstrengungen, um hier Abhilfe zu schaffen.

Unsere Politik im Grenzraum sollte auch dazu beitragen, daß eine höhere Verteilungsgerechtigkeit bei den Einkommen Platz greift. Es ist die Zeit schon fortgeschritten, und ich will Sie nicht mehr länger mit unseren Sorgen, die uns alle bewegen, belasten, doch unabhängig von meiner Einleitung glaube ich doch, daß es in den wesentlichen Fragen auch im Bezirk Fürstenfeld eine notwendige Einigkeit gibt, daß wir alle am gemeinsamen Strang ziehen, nachdem wir alle im selben Boot sitzen, und es wird uns vielleicht doch gelingen, hier die größten Schwierigkeiten zu beseitigen. (Abg. Dr. Dorfer: „Hoffentlich haben wir dieselbe Richtung, sonst hilft es nichts!“) Zu Recht wird gerade in den letzten Jahren darauf hingewiesen, daß materieller Reichtum nicht ausreicht, um den Wohlstand einer Region zu sichern. (Abg. Karrer: „Sagen die Unternehmer!“) Zu viele Faktoren, die nur schwer gemessen werden können, beeinflussen das Wohlergehen der Bevölkerung. Die Skepsis gegenüber einem materiellen Glücksbegriff, die zu Recht geführte Debatte um die Notwendigkeit einer Wachstumspolitik, dürfen jedoch nicht zur Verniedlichung von wirtschaftlicher Benachteiligung führen. Wirtschaftliche Schwierigkeiten schlagen ja immer auch auf andere Lebensbereiche über. Aus diesem Grund ist es wesentlich und lebensnotwendig, den wirtschaftlichen Fragen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es ist daher für alle Vertreter, Bund, Land und Gemeinde, notwendig, in unserer schwer geprüften Grenzregion durch gezielte Förderung von Bund, Land und Gemeinde, wie es bereits in der Vergangenheit erfreulicherweise geschehen ist, ausreichend Arbeitsplätze zu schaffen, um diesen benachteiligten Menschen die Möglichkeit

zum Broterwerb zu geben, um vor allem zu verhindern, daß das Schicksal des Auspendelns und die Notwendigkeit, die Heimat zu verlassen, zum unwiderrufflichen Alltag wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Feldgrill: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Prensberger das Wort.

Abg. Prensberger: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn nun hier über die Demokratie und das demokratische Verhalten diskutiert wird, dann ist mir in bester Erinnerung, als uns gestern der Herr Landesrat Ing. Koiner geschildert hat, daß die Polen, eine Delegation von Landwirten, in Österreich beziehungsweise in der Steiermark waren und sie von den Leistungen dieser Demokratie tiefst beeindruckt waren. Wenn wir uns zur Demokratie bekennen, dann müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß die Würze der Demokratie die Diskussion und die Auseinandersetzung sind. Die Ideologie durchzusetzen (Abg. Ritzinger: „Und die Rechte der Minderheit!“) ist natürlich für jeden einzelnen schwierig. Aber die Demokratie besteht aus mehreren Parteien, das muß man zur Kenntnis nehmen. Wenn hier so viel Negatives aufgezeigt wurde – es ist sehr schwer, das zu überprüfen –, dann sollte man die positiven Dinge in dieser Demokratie nicht übersehen, denn sonst – das muß ich Ihnen ehrlich sagen, wenn so viel Jugend zuhört – hätte man das Gefühl, daß die Demokratie mit Füßen getreten wird. Das ist doch nicht der Fall, sondern ich bin ein überzeugter Demokrat, und ich verhalte mich auch in meinem Betrieb so. Das kann ich Ihnen beweisen, und jeden Gegenbeweis, den sie mir bringen können, können Sie bei der nächsten Sitzung dieses Landtages vorbringen. Daher bin ich auch überzeugt, daß bei den Auseinandersetzungen, die es immer wieder geben wird, oft auch die Grenze des Möglichen überschritten wird. Wenn hier der Herr Abgeordnete Schützenhöfer und auch der Herr Kollege Dr. Maitz in Zwischenrufen gesagt haben (Unverständlicher Zwischenruf!), nein, nein. Wenn wir die demokratischen Spielregeln vielleicht nicht ganz einhalten, dann soll das für beide Seiten vielleicht doch ein bißchen Anlaß zum Nachdenken geben, denn wir wünschen uns, daß wir dort, wo Sie die Mehrheit haben, stärker werden, und Sie möchten halt bei uns stärker werden. Das ist doch ein berechtigter Wunsch. Aber wenn es um Arbeitsplätze geht, dann sind die Auseinandersetzungen natürlich immer härter. Ich kann Ihnen ein positives Beispiel bringen: Im ÖGB Graz und Umgebung im Bezirksausschuß gibt es also auch von Ihrer Seite – natürlich von der ÖVP – Mitglieder. Wir setzen uns auch oft in den Einstellungen zu gewissen Fragen wirklich auseinander; es gibt harte Diskussionen, aber am Ende finden wir uns zu einer gemeinsamen Arbeit im Interesse dieser Arbeitnehmer von Graz und Umgebung, und das können Politiker oft nicht ganz verstehen. Als wir bei der letzten Sitzung im ÖGB Graz und Umgebung aus Besorgnis über die Entwicklung dieser Stadt Graz und deren Wirtschaft eine Resolution verfaßt und den Politikern übersandt haben, da war der Herr Stadtrat Edegger der erste, der gesagt hat: „Natürlich haben die Sozialisten im ÖGB die demokratischen Spielregeln nicht eingehalten.“ Und er hat dabei übersehen,

daß in Sorge über die Entwicklung – und man kann ja die großen Schwierigkeiten nicht erst aufzeigen, wenn sie eingetroffen sind, sondern man hat zeitgerecht aufzuzeigen, daß höchste Alarmstufe herrscht – auch die Kollegen von der ÖVP mit uns gemeinsam und einstimmig diese Resolution verfaßt haben. Das ist ja begrüßenswert und nicht zu kritisieren.

Denn hier in Graz – das darf ich Ihnen sagen, weil ich auch in meiner Budgetrede darauf hingewiesen habe – bereitet uns die Randlage Schwierigkeiten, und diese Randlage wird sich in Zukunft noch negativer auswirken. Daher wäre es begrüßenswert, wenn die Politiker der Stadt und des Landes – bevor die Wasserwege, die ja im Interesse eines billigen Transportes der Wirtschaft angestrebt werden, festgelegt werden – die derzeitige Situation ausnützen und sich mit den Jugoslawen in Verbindung setzten, daß sie den Ausbau der Autobahnen im Interesse der Benützung ihrer Häfen so auslegen, daß unsere Wirtschaft von dieser Möglichkeit Gebrauch machen kann. Aber den Politikern unseres Landes muß man auch sagen, sie sollen nicht verschweigen, daß die Jugoslawen eine ganz entscheidende Schuld trifft, daß es nicht schneller und besser vor sich geht, denn unsere Transporte gehen über Bremen. Dies ist doch ein weiter Weg. Aber die Jugoslawen müssen zur Kenntnis nehmen, daß sie an ihrer Grenze, wenn sie wirklich für ihr Land und für unsere Wirtschaft etwas Gutes tun wollen, die Schikanen, die sie da unten mit unseren Transportunternehmen betreiben, einmal beseitigen. Die Schikanen sind vorhanden, und das muß im Interesse unserer Wirtschaft auch aufgezeigt werden. (Allgemeiner Beifall.)

Weil wir eine Randlage haben, gelingt es uns leider nicht, daß hier Betriebe angesiedelt werden, und ich kritisiere das jetzt nicht aus politischen Überlegungen, sondern es bereitet uns wirklich Sorge. Das Grundstück der aus Graz abgewanderten Glasfabrik steht zur Verfügung und kann mit keinem neuen Betrieb besiedelt werden. Das sind Entwicklungen, die für uns alarmierend sind, denn die Wohnbauten wurden bis in die Betriebe hinein gebaut, und heute gibt es Bürgerinitiativen am laufenden Band gegen die bestehenden Betriebe, die seit 120 Jahren und länger stehen. Hier muß man die Menschen doch aufklären. Hier muß der Politiker, so schwer es auch ist, im Interesse der Allgemeinheit den Mut haben, Entscheidungen zu treffen, ansonsten besteht die Gefahr, daß diese schöne Stadt Graz am Ende ohne Betriebe dasteht, weil die Betriebe sich nicht mehr vergrößern können, wenn sie den richtigen Weg beschritten und die Strukturprobleme gelöst haben. Sie müssen dann in andere Gebiete abwandern, und das kann sich kein Grazer echt wünschen. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, wenn wir heute über Arbeitsplatzsicherung sprechen und uns auch in der Auffassung auseinandersetzen, würde ich Sie und auch die Medien bitten, ein paar Dinge aufzuzeigen, die vielleicht auch aus unseren Versäumnissen heraus in unserem Land nun passiert sind, um die Situation, die uns aufgedrängt wurde, zu verbessern. Hier, glaube ich, bedarf es eines Umdenkens.

Erstens, glaube ich, müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß unsere Handelsauslandsvertretungen neu überdacht und organisiert werden müssen. Das Ausland arbeitet auf diesem Gebiet mit allen Mitteln, die ihm überhaupt zur Verfügung stehen, das heißt, die

Intelligenz ihres Landes, die Fachexperten, erkunden als Handelsvertreter den Markt, melden das in ihrem Land, und die Wirtschaft stellt sich darauf ein. Das wäre ein Punkt. Auch wir, die Arbeitnehmer, müssen sich der heutigen Zeit anpassen, auch wir müssen umdenken. Das Pendeln kann solange nicht abgeschafft werden, solange es uns nicht gelingen kann, Betriebe in das Gebiet zu bringen, wo Arbeitnehmer vorhanden sind. Das ist nicht sehr einfach. Wir bemühen uns ja. Es ist uns leider durch unsere Randlage bis jetzt nicht gelungen. Ich bitte aber, man möge doch auch in der Öffentlichkeit zur Kenntnis nehmen, daß es Montagebetriebe gibt, die für diese Grenzlandregionen den Monteuren die Chance geben, ohne zu pendeln, wenn auch von der Familie getrennt, aber unter würdigen Bedingungen ihrer Arbeit nachgehen zu können. In der Steiermark haben wir mehrere solche Betriebe. Man sollte helfen, daß sie in diesen harten Auseinandersetzungen, die uns bevorstehen, nicht vor die Hunde gehen. Auch der Arbeitnehmer muß bereit sein, schwere Zeiten in Kauf zu nehmen und in den Auslandseinsatz zu gehen. Die österreichische Wirtschaft kann nur bestehen – wir dürfen nicht von Industrie, Gewerbe usw. reden, sondern wir sind ein Ganzes. Die Industrie muß vom Ausland Großanlagen mit großen Risiken hereinnehmen und delegiert an das Gewerbe weiter. Überlegen Sie doch einmal, was gibt es denn auf unserem Markt in den nächsten Jahren? In Österreich gibt es nur noch ein paar Kraftwerke, die gebaut werden, und dann ist es ziemlich zu Ende mit Großbauten. Ostdeutschland, ein Markt für Österreich, den wir uns erschlossen haben, storniert ebenfalls die weiteren Investitionen und Ausbauten. Das gleiche müssen wir überall erleben, und in diesen Bereichen, wo wir noch Fuß fassen können, ist ein Preisverfall festzustellen, weil die Großmultis versuchen, diesen Markt für sich zu gewinnen. Ein unlauterer Wettbewerb. Wie lange wir ihn noch aushalten können trotz Risiken, weiß ich nicht. Ich bitte aber aufzuzeigen, daß in solchen schweren Zeiten es unverantwortlich ist, wenn die öffentliche Hand, die aus Steuergeldern die Aufträge weitergibt und weiterdelegiert, rein aus Kostenfragen, oft nur geringfügige Unterschiede in den Anboten, diese Aufträge ins Ausland gibt. In einer Zeit, wo wir fördern, enorme Mittel zur Verfügung stellen müssen, um diese Arbeitsplätze zu sichern, ist das verantwortungslos, weil das Ausland den österreichischen Betrieben auch nicht die Chance gibt, zum Beispiel in Deutschland oder in der Schweiz Fuß zu fassen. Sie holen sich von uns Anbote, damit sie sehen, wie wir preislich liegen, aber im eigenen Land werden die Aufträge vergeben. Ich sage Ihnen, wenn Wasserkraftwerke bei Preisunterschieden von zehn Prozent heute ins Ausland vergeben werden, zum Beispiel nach Deutschland, dann ist das verantwortungslos. Das habe ich in diesem Haus schon einmal aufgezeigt, weil ich mich mit der Wirtschaft befasste und ehrlich um die Arbeitsplätze kämpfte: Wir können in Österreich von der öffentlichen Hand verlangen, daß es auch bei Preisunterschieden bis zu 30 Prozent für den Fiskus in Österreich noch immer interessant ist, daß dieser Auftrag im Inland vergeben wird. Die Sozialversicherung, die Steuereinnahmen, all das ist zu berücksichtigen. Daher bitte ich, daß wir alle, Buchberger hat gestern appelliert, daß wir mehr österreichisch denken im Interesse der Landwirtschaft. Ich appelliere auch, daß

wir gemeinsam auftreten, mehr Österreichbewußtsein auch in allen Fragen der Wirtschaft, dann dienen wir, glaube ich, wirklich unseren Arbeitnehmern. (Allgemeiner Beifall.) Weil ich von meinen Genossen und Genossinnen gebeten wurde, nicht zu lange zu reden, gestern mußte ich leider ziemlich viel herunterlesen, möchte ich nur abschließend folgendes sagen: Das ist der Schluß, aber ich erachte es als meine Pflicht. Die Länderbank ist der Besitzer der Firma Waagner Biró. Ich spreche mit Achtung, das sage ich Ihnen, jetzt von diesen jungen Menschen, die dort die Verantwortung übernommen haben, denn sie verhalten sich unserer Firma gegenüber sehr anständig und großzügig. (Abg. Schrammel: „Aber nicht bei der Eumig!“) Ich wünsche Ihnen nur, daß sich wieder alles nach oben bewegt, im Interesse der Bank und auch unserer Betriebe und unserer Arbeitsplätze. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Feldgrill: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Karrer das Wort.

Abg. Karrer: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bin mir der Zeit bewußt und der Worterteilung. Zwei Komponenten, von denen ich glaube, daß nicht alle damit einverstanden sind. Wenn ich mich auch bemühe das Ganze zu kürzen, es geht doch nicht so, nachdem die Problematik der verstaatlichten Industrie, der VÖEST-Alpine, des obersteirischen Raumes, der Mur- und Mürzfurche, des Personalwesens in diesen Unternehmen hier einige Male dargestellt wurden. Ich glaube, daß man einiges dazu sagen muß. Ich persönlich bedaure es, wenn anlässlich der Budgetdebatte, wo es ausschließlich um wirtschaftspolitische Überlegungen geht, von dem einen oder anderen Parteipolitik in diese Fragen hineingetragen wird. Aber Sie können nicht verlangen, daß wir als Funktionäre dieser Betriebe dazu nicht Stellung nehmen, daß wir das einfach hinnehmen, wenn hier Behauptungen aufgestellt werden, die meines Erachtens nicht die volle Wahrheit sind. Wobei ja die Frage, was Wahrheit ist, überhaupt ein Streitpunkt ist, denn jeder sieht es von seiner Warte und bildet sich ein, nur das ist die Wahrheit. Es ist ja nicht immer so.

Der Herr Kollege Schützenhöfer sprach als erstes in seiner Rede vom Betriebsterror in der Verstaatlichten, mit politischem Druck, mit den Versetzungen; auch der Herr Kollege Eichinger hat sich damit befaßt, von Mürzzuschlag nach Hönigsberg. Im Grunde genommen stimmt das schon, aber nicht so, wie die Kollegen dies darstellen. Was ist wirklich passiert? Ich bin nun 30 Jahre im Betrieb tätig, weiß, wie solche Überstellungslisten zustande kommen, daß dies nicht vom Betriebsrat, daß dies nicht aus politischen Gesichtspunkten, sondern daß sie von den Betriebsleitern, das heißt, von den im Betrieb Verantwortlichen erstellt werden und dann eben mit den zuständigen Belegschaftsvertretern durchbesprochen werden. Hier muß ja eine Einigung erzielt werden. Egal wie sie nun aussieht, aber wenn es die wirtschaftliche Situation erfordert, dann muß eben der Mut vorhanden sein, zu sagen: Hier wird so begonnen, und in Hönigsberg-Mürzzuschlag, in der VEW dreht es sich nicht um 48, sondern Sie wissen es genau, um fast annähernd 200 Leute, die sukzessive zeitbedingt nach Stilllegungen

verschiedener Anlagen in andere Betriebe überstellt werden. Aber was vielleicht heute nicht gesagt worden ist: Die Leute, die überstellt worden sind, sind meines Erachtens schlecht beraten worden. Kollege Eichinger hat ja gesagt, er hat mit den Menschen gesprochen, mit der Arbeiterkammer. Wenn einige, nicht die 48, nur einige waren es, am Wahltag nicht ihre Arbeit in Kapfenberg angetreten haben, dann war das – meines Erachtens – nach dem Arbeitsgesetz eine Arbeitsverweigerung bzw. sie wollten nach außen hin kundtun, die zugeteilte Arbeit am Arbeitsplatz in Kapfenberg paßt mir nicht, die trete ich nicht an, da komme ich nicht hin, sondern ich gehe dorthin, wo ich letzten Endes nichts mehr zu tun habe, und das war der VEW-Betrieb. Daß sie nicht hineinkonnten, selbstverständlich! Die waren ja nicht mehr Mitglied der Werksgruppe VEW Hönigsberg-Mürzzuschlag. Das muß auch gesagt werden. Und daher glaube ich, man hätte die Leute objektiver, gesetzmäßiger, rechtlicher beraten müssen, dann wäre das nicht zustande gekommen. (Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs: „Eine spätere Überstellung wäre auch möglich gewesen!“) Herr Landesrat, eine Woche später überstellen, wenn der zuständige Vorstandsdirektor Bayer, der ja der ÖVP angehört, gesagt hätte, wir überstellen nicht, dann glaube ich, hätte sich im VEW-Konzern kein einziger getraut gegen die Meinung des Herrn Generaldirektor Bayer aufzutreten. (Abg. Dr. Eichinger: „Das werde ich ihm sagen!“) Die Adresse der Beschwerde müssen Sie in diese Richtung geben und nicht an jene Kleinen, die nichts dafür können. Es ist ja nun so, daß die Situation in der Mur- und Mürzfurche, die hier zum Teil verschiedentlich dokumentiert wurde, sicher schwierig ist. Daß es nicht stimmt zu sagen, das ist ein Produkt der jetzigen Regierung, das wissen Sie ja ganz genau. Und das frappt mich auch, daß Sie entgegen Ihrem persönlichen Besserwissen hier vor das Publikum hinfreten und vor den Steirerinnen und Steirern sagen, die und jene sind schuld, und nicht den wahren Grund dieser wirtschaftlichen Misere aufzeigen. Sie wissen es, das weiß ich ganz genau! Denn in Ihren Reihen sind auch so viele Fachleute, die sich mit dem Problem beschäftigen, und zwar beschäftigen müssen. Aber, es ist eben nicht so.

Und so ist auch versucht worden, im Zusammenhang mit der VEW-Situation Mürzzuschlag, meine Damen und Herren, vor den Landtagswahlen hier eine Aktion zu setzen. Ich denke an die Straßenblockade in Mürzzuschlag. Nun, was ist da passiert? Man wollte dokumentieren, daß man mit der Betriebseinschränkung nicht einverstanden ist. Das ist ihr gutes Recht. Aber, wenn das die Leute von der VEW-Gruppe gemacht hätten, dann würde ich das noch verstehen, denn in der „Tagespost“ hat man am nächsten Tag den Bericht über die Blockade in Mürzzuschlag lesen können, und aus den Bildern war zu ersehen, daß es am wenigsten die VEW-Leute waren – ich glaube, die konnte man fast auf einer Hand abzählen –, sondern die Agitatoren aus dem Bezirk Mürzzuschlag, denn sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß auf dem Bild in der „Tagespost“ gerade die beiden Söhne des Wirtschaftsbundobmannes von Mürzzuschlag, des Herrn Takatsch, abgebildet waren, die beileibe nie in der VEW gearbeitet haben. Ich glaube, sie haben diesen Betrieb noch nicht einmal betreten. Und das ist die

Wahrheit, und das muß man auch sagen, meine Damen und Herren. (Abg. Aichhofer: „Wir sind uns einig. Wir treten gemeinsam auf!“)

Und wenn die Bezirkshauptmannschaft angewiesen war, alle jene Fahrzeuge, die hier zusammengekommen sind, um die Blockade zu bewerkstelligen, dann konnte man ersehen, meine Damen und Herren, daß dort Pkw, Lkw und Autobusse gestanden sind, die beileibe nicht Eigentum der VEW-Leute waren, sondern eine Beistellung des ÖAAB, des ÖVP-Flügels aus dem Bezirk Mürzzuschlag. Das ist Ihr Recht, aber dann dürfen Sie sich nicht beschweren, wenn Ihre Aktion meines Erachtens daneben geht, und daß sie daneben gegangen ist (Abg. Dr. Eichtinger: „Wir haben uns nicht beschwert!“), das hat das Wahlergebnis bei den Betriebsratswahlen gezeigt, denn dort haben Sie gewaltig verloren, und das hat das Wahlergebnis auch für die Landtagswahlen gezeigt, denn auch dort haben Sie Stimmen verloren. Und ich bin heute dankbar, denn es konnte uns kein besseres Entgegenkommen von seiten der ÖVP geschehen, als diese Blockade der Bevölkerung vorzuexerzieren, denn davor hat sich die Bevölkerung abgewendet. Das muß man hier auch sagen.

Nun, meine Damen und Herren, wenn hier von einem politischen Terror in den Betrieben gesprochen wird – ja schauen Sie, wie sieht das im Bezirk Mürzzuschlag überhaupt aus? Bei Arbeitsplatzbesetzungen, sei es nun im Altenheim Kindberg, wo ja die Gemeinden die finanzielle Last tragen, aber die Personalagenten beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart liegen, dort ist ein Hausbesorgerposten vergeben worden. Was glauben Sie, wer ihn bekommen hat? Der ÖAAB-Betriebsrat von Wartberg hat abgerechnet und hat den Posten am nächsten Tag im Altenheim Kindberg angetreten. So sieht die Objektivierung bei der Besetzung von frei werdenden Plätzen im Bereich des Landes aus. (Abg. Dr. Strenitz: „Das war ein sicherer Posten!“) Wenn Sie glauben, das ist noch zu wenig, meine Damen und Herren, sage ich Ihnen noch ein Beispiel: Der Haus- und Heizungsposten im Landesaltenpflegeheim Kindberg ist frei geworden. Was glauben Sie, wer den bekommen hat? Ein ÖAAB-Mann. Ich könnte die Namen nennen, ich will es hier aber nicht. (Abg. Aichhofer: „Der hat sicher eine Freude gehabt!“)

Und wenn Sie noch weiter sehen, Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart, wie die Aufnahmen und wie die Besetzungen in der Bezirkshauptmannschaft Mürzzuschlag vor sich gehen, dann müssen Sie sich letzten Endes auch an der Nase nehmen und sagen: Hier bei diesem Vorwurf von Betriebsterror, von parteipolitischen Zügeständnissen muß ich mich an der Nase nehmen. Denn, meine Damen und Herren, wie sieht das aus? In der Bezirkshauptmannschaft Mürzzuschlag wird es in ungefähr zehn Jahren so sein, daß auf Grund von internen Abmachungen, von internen Parteienübereinkommen wohl der Bezirkshauptmann sozialistisch zugeordnet sein wird, aber kein einziger Unterstellter anders denkend ist als im Kreise der ÖVP oder des ÖAAB. Es wird dort eine hundertprozentige Organisation geben, denn sonst wäre es nicht möglich, daß im Verlauf von acht bis zehn Jahren – wo jetzt 40 Leute aufgenommen worden sind – kein einziger uns Zuzählender die Chance hatte, dort aufgenommen zu werden. Es haben sich einige bemüht. Ich könnte auch

die Namen nennen, aber, nachdem sie ja nicht von Ihrer Fakultät sind und nicht dem ÖAAB angehören, und auch nicht bei den Spitzenfunktionären des Bezirkes Mürzzuschlag vorgesprochen haben, war eine Aufnahme nicht möglich. (Abg. Dr. Eichtinger: „Das stimmt nicht!“) Das stimmt schon. Ich könnte die Namen nennen. Ich sage dir den Vornamen Christa, den anderen weißt du ganz genau.

Meine Damen und Herren, wenn sich der Herr Abgeordnete Kollmann in Donawitz über die Überstellung beschwert hat, dann muß er ja auch die Wahrheit sagen. Was ist in Donawitz passiert? Die Firma hat in Donawitz ein Bürogebäude gebaut und wollte eine gewisse Konzentration des Ablaufes herbeiführen, und wollte diese 17 Angestellten von der Expositur Leoben nach Donawitz zurückbringen. Sie haben sich gewehrt. Ich will nicht untersuchen, ob zu Recht oder zu Unrecht, aber fest steht, daß ein so großer Betrieb ja auch nach Wirtschaftlichkeitsgründen geführt wird, und wenn dort Kosten von Transporten, von täglichem Material, das bearbeitet wird, entstehen, dann sind das ja auch Minuspunkte in der Bilanz, die meines Erachtens beseitigt gehören. Aber noch etwas anderes, glaube ich, hat dazu geführt, und das hat der Herr Kollege Kollmann auch nicht gesagt. Die Leute in der Bergdirektion Leoben sind bei der Bergarbeiterversicherung versichert. Wenn sie nach Donawitz kommen, werden sie in die Betriebskrankenkasse eingegliedert. Sie wollen aber von der Bergarbeiterversicherung aus verständlichen Gründen nicht weg, und daher gab es das Geschrei und den Widerstand. Aber, meine Damen und Herren, eines darf ich auch sagen: Die Leute, die in der technischen Abteilung der Bergdirektion arbeiten, waren noch nie in einem Bergbereich tätig. Sie hatten nur das Glück, aus einer historischen Entwicklung aus der Vergangenheit zu profitieren. Dies ist so, und dem wollen sie eben nicht mehr entfliehen. Ich glaube, es wird auf die Dauer nicht gehen.

Und, Herr Abgeordneter Kollmann, noch eines: Wenn Sie hier gemeint haben – und das ist vielleicht Ihre persönliche Meinung –, daß die Pensionen der VOEST-Alpine zu viel Geld kosten, daß dieser Firmenzuschuß eine gewisse Gefahr für eine Arbeitsplatzsicherung bedeutet, dann sage ich Ihnen, wir haben ein Recht auf den Firmenzuschuß, weil der Vertrag zwischen dem Zentralbetriebsrat und dem Firmenvorstand so abgeschlossen worden ist, daß er steuerlich verkraftet wird beziehungsweise nach Legung einer Bilanz von drei Jahren – über eine Reduzierung oder wie immer es dann aussieht – gesprochen wird. So kann man das nicht sagen. Wenn Sie persönlich der Meinung sind, dann sagen Sie das Ihren Leuten in Donawitz, daß der Firmenzuschuß für die Pensionisten – für 30, 40 Jahre – weg muß, damit der Betrieb wirtschaftlich arbeiten kann. (Abg. Dr. Eichtinger: „Nein, nein, das geht nicht!“) Das ist Ihre Angelegenheit, aber nicht unsere.

Wenn Sie glauben, daß mit dem Anlagenbau eine Rettung erfolgt, so ist das nicht so. Denn, meine Damen und Herren, in der vergangenen Woche bei Beschluß des Programmes für Donawitz, das der Vorstand vorgelegt hat und das auch im Aufsichtsrat behandelt worden ist, war es doch so, daß – es würde nun zu weit führen, hier alles aufzuzeigen – gewisse Überlegungen angestellt worden sind, niedergelegt und auch

beschlossen wurden, bis auf einen Punkt. Und der hätte Donawitz auch geholfen, nämlich die Schrottversorgung in Österreich. Herr Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs weiß hier ganz genau Bescheid und weiß, wie diese Aufteilung erfolgt. Wenn die VÖEST-Alpine als größter Stahlerzeuger hier in unserem Land berechtigt eine Änderung wünscht, dann wären es die ÖVP-Vertreter im Aufsichtsrat, die gegen diesen Punkt gestimmt haben beziehungsweise gesagt haben, sie stimmen dem übrigen Programm nicht zu, wenn dieser Punkt nicht herauskommt. Es bedeutet eine Verschiebung für ein halbes Jahr, nicht mehr und nicht weniger.

So darf ich sagen, meine Damen und Herren, das was hier gesagt wird, ist ja nicht neu. (Abg. Ing. Turek: „Das Problem ist, daß man dadurch einem anderen etwas wegnehmen muß!“) Nein, man nimmt den anderen nichts weg, aber es besteht eben eine so ungerechte Verteilung in der Wettbewerbsmöglichkeit.

Nun, meine Damen und Herren, die Argumentation, die wir hier hören, ist ja nicht neu, das geht ja leider Gottes schon jahrelang, und man hört das immer wieder, aber auf die wahren Begebenheiten will man nicht eingehen. Ich wäre auch in der Lage, die Ursachen der Stahlkrise – sei es nun auf Europa zugeschnitten oder auf die Weltstahlproduktion – zu erläutern, aber durch die Worterteilung kurz vor dem Mittagessen, glaube ich, werden Sie verstehen, wenn ich davon Abstand nehme. Eines darf ich aber sagen: Jeder, der in Österreich auftritt, egal von welcher Seite, und sagt, die Bundesregierung oder der Konzern ist schuld, daß diese Situation in Österreich so ist, der irrt. Der sagt bewußt nicht die Wahrheit, denn ich bin überzeugt, daß der, der seinen Mund so voll nimmt und in dieser Richtung Äußerungen macht (Abg. Ing. Turek: „Bist du überzeugt, daß sie ganz unschuldig ist?“), das gegen sein besseres Wissen tut, und das ist meines Erachtens sträflich. So darf ich sagen, meine Damen und Herren, es sind für die nächsten fünf Jahre Programme erstellt für die Entwicklung der Region, und sie werden auch verwirklicht. Als Beispiel darf ich vielleicht die Umstrukturierung unseres Werkes in Kindberg anführen, und wenn Sie wollen, in der Folge von Krieglach. Daß dies hier nicht möglich gewesen wäre, wenn wir hier als Alpine-Betrieb alleine geblieben wären, das wissen Sie, das habe ich schon einmal gesagt, denn die Sünden der Vergangenheit in der Alpine sind einfach zu groß, die Überalterung hat überhand genommen, und man war nicht bereit, hier neue Produktionsstätten zu schaffen. Wohl aber ist es auf dem Verhandlungsweg gelungen, nicht auf der Straße, das sage ich ganz offen, nicht in Mürrzuschlag und nicht in Judenburg, wohl aber auf dem Verhandlungsweg vernünftig, sei es nun mit dem Firmenvorstand, sei es mit der Gewerkschaft, sei es auch mit der Bundesregierung, für Kindberg, Krieglach – für diesen Raum mit etwa 2000 Arbeitsplätzen – eine Lösung für die Zukunft zu finden. Diese Lösung gibt die berechtigte Hoffnung, daß sich das positiv für den ganzen Bezirk auswirkt. Wie sieht das aus? Die Investitionssumme von etwa 3 Milliarden Schilling, eine gigantische Zahl, wird sich so vermehren, daß auch das Gewerbe, daß auch die umliegenden Betriebe davon Nutzen haben und daß die ganze Region belebt wird. Wenn auf Grund der Installierung dieser Weiterverarbeitungsmöglichkeiten sich in den letzten Jahren noch

weitere Investitionen anschließen müssen, dann deshalb, weil die Marktsituation es bringt, da wir hier in Verzug sind. Die Marktsituation verlangt von uns mehr Produktion. Das ist nur möglich, wenn wir noch etwas dazuinvestieren, sonst kommen wir mit den jetzigen Anlagen nicht zu Rande. Wohl aber werden die Lieferverpflichtungen mit dem Osten, aber auch mit dem Westen eingehalten, und das bedingt, daß von Kindberg ab dem Herbst 1982 täglich 50 Waggon Rohre verladen und abgeschickt werden müssen, wollen wir unsere Verpflichtungen in der Belieferung einhalten. Ansonsten kämen wir in Verzug. Daß dies eine gewaltige Leistung der Firma, aber auch aller Beschäftigten ist, das wissen Sie. Es wird notwendig sein, Umschulungen und Umschulungen mit der Mannschaft vorzunehmen und im Herbst neue Fachkräfte einzustellen beziehungsweise von anderen Betrieben zu übernehmen. Auch das ist mitberücksichtigt. So glaube ich, meine Damen und Herren, das ist Wirtschaftspolitik in Österreich innerhalb der verstaatlichten Industrie. Es geht nicht alles auf einmal und auch nicht über Nacht. Das wissen Sie ganz genau. Aber mit Optimismus und der berechtigten Hoffnung, und das sieht man ja an den Beispielen Kindberg, Krieglach, können wir auf unsere Betriebe stolz sein. Sie sind ein Segen für unser ganzes Land. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Tschernitz.

Abg. Tschernitz: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich wollte mich eigentlich hier nicht zu Wort melden. Denn wenn man erst einige Monate diesem Hohen Haus angehört und das erste Mal an einer Budgetdebatte teilnimmt, ist es oft besser, wenn man sich etwas vorsichtig an diese Problematik herantastet. Man hat vielleicht gerade als neues Mitglied in diesem Hohen Haus nach diesen vielen Diskussionen den Eindruck, daß alle jene Maßnahmen, die von seiten der Bundesregierung für die Förderung unserer Wirtschaft getan werden, schlechte Maßnahmen sind. Man könnte den Eindruck gewinnen, daß gerade unsere steirische Wirtschaft – ich möchte sagen – fast schon am Zusammenbrechen ist. Ich darf persönlich sagen, daß ich sehr froh bin, daß ich selbst nun über 30 Jahre in der Privatwirtschaft beschäftigt bin, vor allen Dingen in einem Unternehmen, das immerhin in diesem Land Steiermark 2500 Beschäftigte hat, und wo ich glaube, daß es eine hervorragende Zusammenarbeit im Rahmen der Mitbestimmung – auch hier dieses Wort, das sehr oft falsch ausgelegt wird –, eine echte Sozialpartnerschaft gibt, und daß alle jene schwierigen Probleme, die eben durch die weltwirtschaftlichen Einflüsse entstehen, gemeinsam in einer Zusammenarbeit, Gott sei Dank, immer wieder gelöst werden konnten.

Aber, was ich wollte, ist eigentlich, einige Beispiele anzuführen, und gestatten Sie mir, daß ich diese Beispiele, die gerade in unserem Bezirk Liezen sind, weil ich glaube, daß der Bezirk Liezen symbolisch für das Land Steiermark ist. Symbolisch insofern, weil man unseren Bezirk auch in drei Gruppen teilen könnte. Jenen Teil, den wir als Industriezone betrachten, jenen sehr erfreulichen Teil der Fremdenverkehrswirtschaft, der gestern ja so besonders hervorgehoben wurde, den

Teil der Dachstein-Tauern-Region und des steirischen Salzkammergutes, und unseren so schwierigen Teil des unteren Ennstales. Wenn man die Möglichkeiten, die von unserer Bundesregierung gerade hier an Wirtschaftsförderung angeboten werden, auch aufgreift, dann kann man auch hier einige Beispiele gerade bei uns im Bezirk erkennen. Nämlich deshalb, daß wir im Rahmen unserer Industriezone, den wir immer betrachten, den Raum des Paltentals bis hinauf nach Stainach, eigentlich vier, fünf Unternehmen haben, die rein exportbezogen sind. Ob es jetzt die Veitscher Magnesitwerke oder andere Unternehmungen, wie Bauknecht bis zur Landgenossenschaft Ennstal sind, die zu einem ganz großen Prozentsatz, zum Teil über 90 Prozent mit ihren Waren in den Export gehen. Wenn es hier möglich war im Rahmen dieser so schwierigen Industriezone in unserem Bezirk jene im Rahmen des Wirtschaftsförderungsverbandes notwendigen Maßnahmen zu setzen in Zusammenarbeit aller Kräfte, die für diesen Bereich Verantwortung tragen, so ist es möglich gewesen, in diese Förderung hineinzukommen, die durch Bund und Land für die Wirtschaft unseres Landes geschaffen wurde. Auch im Beisein des Herrn Landesrates Fuchs konnten wir vor einigen Tagen ganz erfreulich gerade einen solchen Gewerbezweig, wie er in Stainach besteht, durch ein hervorragendes Management der Landgenossenschaft Ennstal und durch die Förderung des Bundes und Landes einen Teilbetrieb eröffnen, der zusätzlich auf Grund dieser Förderung in die Lage versetzt wurde, 50 neue Arbeitskräfte einzustellen und angekündigt hat, daß er weitere Arbeitskräfte einstellen wird. Ich möchte nur dieses eine Beispiel aus diesem Bereich herausgreifen, weil ich glaube, daß man auch die positiven Dinge aufzeigen muß, die eben durch Bund und Land der Wirtschaft geboten werden und vielleicht nicht immer dementsprechend aufgegriffen werden.

Wenn man unseren Bereich und das untere Ennstal betrachtet, so ist das vielleicht der schwierigste Teil unserer steirischen Heimat überhaupt. Nämlich wegen der regionalen Lage, wegen der so schlechten infrastrukturellen Entwicklung. Meine Damen und Herren, was ist denn heute in der Wirtschaft entscheidender, als dementsprechende Verkehrswege für die Wirtschaft zu schaffen, weil eben auf Grund der Energiekosten dies eine der Voraussetzungen ist. Darum wollen wir und haben immer schon eine dringende, vorrangige Reihung der Infrastruktur im Rahmen des Straßenbaues verlangt, um den Anschluß an die internationalen Verbindungen so schnell als möglich zu finden. Gerade hier in diesem Bereich wurde sehr viel versäumt, und erst durch eine Enquete, die dort im Vorjahr mit dem zuständigen Bundesminister Karl Sekanina stattgefunden hat, konnte in diesem so schwierigen Bereich durch zusätzliche Mittel mit dem Ausbau der Infrastruktur vorrangig begonnen werden. Im Vorjahr hat man erfreulicherweise mit dem Ausbau der Landesstraßen begonnen. Es war bis jetzt nicht möglich, gerade für dieses Gebiet einen Investor zu finden. Wenn man bedenkt, daß in diesem Raum die Schließung der Zellstofffabrik Weißenbach hinzugekommen ist und daß dort Menschen, wie in unseren Grenzlandregionen, 50 Kilometer und mehr nach Steyr und in andere Gebiete, unter oft noch viel schwierigeren Bedingungen, pendeln, da sie aus der Gebirgsge-

gend herauskommen, da sie Witterungseinflüsse mitmachen müssen, und darum glaube ich, daß wir für dieses Gebiet alles tun müssen. Es wurden von seiten des Landes sicherlich viele Verhandlungen geführt, um dort zu einer Betriebsansiedlung zu kommen, aber sie sind immer wieder gescheitert. Ein Lichtblick, und den sage ich auch deshalb, weil es hier auch immer wieder verdammt wird, war Gott sei Dank, einen Investor für das ehemalige Aluconwerk in Altenmarkt gefunden zu haben, die sogenannte steirische Druckgußindustrie zu installieren. Dieses steirische Druckgußunternehmen, das dort mit Förderungen des Bundes und des Landes installiert wurde, hat nun bewirkt, daß es seit einiger Zeit als Zulieferfirma für die Autoindustrie fungiert. Heute werden dort Teile für Audi, VW und Porsche produziert, und sie haben die fixe Zusage, im Rahmen der Errichtung des General-Motors-Werkes weitere Teile als Zulieferfirma für dieses Werk liefern zu können. Und darum ist es unsere Aufgabe, nicht immer darüber zu schimpfen, daß General Motors in Wien installiert wurde, sondern unsere Aufgabe als Verantwortliche hier in diesem Hohen Haus muß es sein, dafür Sorge zu tragen, daß wir in diesen Kleinregionen, wo wir nicht imstande sind, 5000, 6000 und mehr Arbeitskräfte aufzubringen, für diese 100 oder 150 – wie viele eben in diesem Bereich sind – durch diese kleinen Maßnahmen einen Arbeitsplatz sichern. Und das, meine Damen und Herren, ist eine der vordringlichsten Aufgaben, die wir zu erfüllen haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, es wäre wichtiger, wenn uns das gelingen würde und wir für das mit aller Kraft einsteigen, daß wir diese Möglichkeiten alle ausschöpfen, als uns hier oder wo immer vielleicht um die Pendlerbeihilfe zu streiten, sondern der Arbeitsplatz direkt würde in diesen so schwierigen Regionen unseren Menschen auch in der Zukunft vielmehr bringen. Und das, glaube ich, ist Aufgabe aller, die hier im Hohen Haus heute bei dieser Budgetdebatte beisammen sind. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Ich unterbreche jetzt die Landtagssitzung für eine Stunde. Um 14 Uhr wird wieder begonnen.

(Unterbrechung der Sitzung von 13 Uhr bis 14 Uhr)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf, und ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Dorfer das Wort.

Abg. Dr. Dorfer: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Es ist heute schon sehr viel über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in unserem Land gesprochen worden, die wir zweifellos haben. Niemand soll sie beschönigen, und niemand von uns sollte darauf aus sein, sie ärger darzustellen als sie sind, denn ohne einen gewissen Mindestoptimismus kann es ja nicht weitergehen. Ich möchte in aller Kürze nur die Frage stellen: Wo liegen denn eigentlich die wesentlichen Ursachen dieser Schwierigkeiten? Wobei ich mir, Hohes Haus, darüber im klaren bin, daß es ein überdimensionales Unterfangen wäre, genau aufzuzählen, wo die Ursachen liegen. Das wird hier nie gelingen. Aber, in

Gruppierung dieser Ursachen kann man doch wohl sagen, daß wir zunächst einmal ein ausgeprägtes Konjunkturtief – das ist vielleicht übertrieben –, eine ausgeprägte Konjunkturschwäche haben, die weltweit vorhanden ist. Und wenn man auch verschiedentlich sagt, daß es in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres im Konjunkturellen besser werden wird, so gibt eigentlich nur ein Umstand Hoffnung, daß es tatsächlich, wie ich glaube, in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres besser werden muß. Das ist der Umstand, daß bis dahin die Lager im großen und ganzen weltweit leer sein werden und daher wieder aufzufüllen sind, daher das allein schon einen Konjunkturaufschwung, ich hoffe mehr als weniger, bringen wird müssen. Die zweite Ursache liegt unbestrittenermaßen in den vielen Struktur Schwierigkeiten, die gerade wir auch in der steirischen Wirtschaft haben, wobei man dazu sagen muß, daß weder das Konjunkturtief, die Konjunkturschwäche, noch die Struktur Schwierigkeiten etwas Neues sind. Das sind Erscheinungen in jedem wirtschaftlichen Geschehen, die es immer gegeben hat, die mehr oder weniger gut bewältigt werden müssen, und – das möchte ich noch einmal betonen – sie sind nichts Neues. Die Steiermark hat nur einen ziemlich hohen Anteil alter Industrien, und zwar mit einer relativ geringen Wertschöpfung, dazu noch verstaatlichte Industrien, was an sich keineswegs ein Nachteil ist, aber, eine Umstrukturierung in verstaatlichten Betrieben wird eben meistens nicht rechtzeitig vorgenommen und ist auch bei uns nicht vorgenommen worden, denn das Booz-Allen-Gutachten oder sein wesentlicher Inhalt war ja vor zehn Jahren schon bekannt, weil es eben immer politische und nicht wirtschaftliche Überlegungen gewesen sind, die eine rechtzeitige Umstrukturierung verhindert haben. Die kleinen und mittleren Betriebe mußten im großen und ganzen umstrukturieren, oder sie sind unter die Räder gekommen. Selbstverständlich ist auch letzteres möglich. Insgesamt kann man wohl sagen: Small is beautiful, das heißt die Klein- und Mittelbetriebe haben zweifellos viel mehr die Vollbeschäftigung gesichert und zusätzliche Arbeitsplätze in Gesamtsumme gemacht, als die Verstaatlichte, wobei ich hier sonst niemals unterscheiden möchte, weil uns jeder Betrieb gleich viel wert sein muß. Ein Betrieb ist immer nur soviel wert, als er in der Lage ist zu produzieren, Arbeitsplätze zu halten und Arbeitsplätze zu vermehren.

Nun, wo, Hohes Haus, gingen denn eigentlich viele Arbeitsplätze verloren? Ich muß sagen, dort, wo jene Eigentumsvertreter vorhanden sind, die am meisten von der Arbeitsplatzsicherung reden. Und fast möchte man jetzt gerne, ich gebe zu, ein bißchen polemisch, sagen, Sie werden schon wissen, warum Sie soviel von Arbeitsplatzsicherung reden, weil Sie eben als Unternehmer oder Unternehmensvertreter zweifellos versagt haben. Ich will das gar nicht generalisieren, aber im Gesamten muß man das doch wohl sehen. Und wo, und von wem sind die meisten Arbeitsplätze gesichert und vermehrt worden, Hohes Haus? Von den vielbelächelten – ich betone, seinerzeit vielbelächelten – und heute noch immer beschimpften Klein- und Mittelbetrieben. Wir haben ja heute einige solche Beiträge bekommen (Abg. Hammer: „Insolvenzuntersuchungen haben das ergeben!“), etwa vom Herrn Kollegen Rainer, der etwa gemeint hat, die Insolvenzen mit ihrer

Statistik beweisen Unfähigkeit – das hat er wörtlich gesagt –, Fahrlässigkeit, persönliches Verschulden (Abg. Dr. Strenitz: „Zwei Prozent hat er gesagt!“), beileibe nicht nur wegen Kapitalmangels. (Abg. Zinkanell: „Das hat er nicht erfunden!“) Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ausreden. Lassen Sie mich ausreden, es geht ja nur um den Ton, wie man so etwas anführt. Ich vertrete nämlich folgende Meinung, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei: Es gibt fast keine Insolvenz – lassen Sie mich diesen Satz sagen, dann verstehen wir uns –, wo sie im nachhinein sagen könnten, die Unternehmensleitung oder der Unternehmer ist völlig unschuldig. Das gibt es höchstens dann, wenn ein Betrieb durch die Insolvenz eines anderen zugrunde gegangen ist. Dann ist das möglich, dann ist er wirklich unschuldig. Aber, ich gebe zu, daß das vielleicht nur zehn Prozent oder nicht einmal zehn Prozent sind. Bei jeder anderen Insolvenz ist natürlich ein größeres oder kleineres Mitverschulden, Fahrlässigkeit oder was immer, der Unternehmensleitung auch mitgegeben. Es geht ja gar nicht anders. (Abg. Brandl: „Wir sind uns einig!“) Im nachhinein sind wir alle gescheit, im nachhinein weiß man, jeder Unternehmer, der in Schwierigkeiten kommt, gibt zu, wenn er ehrlich ist, ja, ich habe mich dort geirrt, ich habe mich da geirrt, aber das ist eben das unternehmerische Risiko. Deswegen wollen wir ja die Vielzahl der Betriebe, damit, wenn sich einige irren, die Mehrheit immer noch positiv besteht. Ich glaube an diese Statistiken, die es da gibt. Nur, diese Statistiken zu verwenden, um zu sagen, die Unternehmer sind schuld, weil es Insolvenzen gibt, das ist Unternehmerbeschimpfung, wie ich es sehe. (Abg. Loidl: „Er hat gesagt die Regierung ist schuld!“) Selbstverständlich. (Abg. Loidl: „Das war die Antwort darauf!“) Die Regierung ist ja auch Hausherr und Chef der großen verstaatlichten Unternehmen, wo zugegebenermaßen die Strukturprobleme nicht gelöst worden sind.

Meine Damen und Herren, der Herr Kollege Rainer hat auch die Arbeiterabfertigung erwähnt. Ja, ich möchte sagen, das war ein Husch-Pfusch-Gesetz, gegen das im Prinzip niemand etwas haben kann; es ist ja natürlich auch unmittelbar vor einer Nationalratswahl gemacht worden. Im Prinzip sind alle Parteien, die im Parlament oder hier sind, selbstverständlich für die Arbeiterabfertigung, nur sind flankierende Maßnahmen versprochen und bis heute nicht eingehalten worden. Es hat schon im Jahre 1979 den Mock-Plan gegeben, oder damals Taus-Plan, für ein Arbeiterabfertigungssicherungsgesetz. Das ist natürlich so von der Hand gewiesen worden, man wird sich doch nicht von der Oppositionspartei, die eine Minderheitspartei darstellt, vielleicht sagen lassen, was man tun soll. Wir haben genaue Erhebungen, vor allem der Herr Präsident Stoisser befaßt sich damit sehr genau, wonach ein Drittel auch der steirischen Betriebe, die von der Arbeiterabfertigung betroffen sind, nicht in der Lage sind, diese aus ihrem Gewinn und ein Viertel nicht einmal aus ihrem Gesamtkapital des Betriebes, also ihrem Betriebskapital, zu bezahlen. Die großen Kosten der Arbeiterabfertigung sind ja nicht 1979, 1980, 1981 entstanden, sondern sind vor allem gegeben in den Jahren 1984, 1985, 1986. Was dann später ist, das muß natürlich in die Kalkulation eingeflossen sein. Aber bis dorthin hat das Gesetz Lasten für die Betriebe

beschlossen, die im nachhinein wirksam sind, und das ist ein Husch-Pfusch-Gesetz, wie ich es nenne, das letzten Endes für die Wirtschaft verantwortungslos ist. (Abg. Halper: „Das kann nicht stimmen. Was hat der Handel bisher gemacht. Das Angestelltengesetz hat seine Gültigkeit gehabt!“) Seit 1922. Aber auch der Handel hat eine lange Anpassungszeit gehabt. Selbstverständlich. Dort ist es längst in die Kalkulation eingeflossen. Nur bei einem Baumeister kann es nicht in zwei, drei oder vier Jahren in die Kalkulation einfließen und schon gar nicht in einer Situation der Bauflaute, wie sie der Herr Kollege Loidl sicher am besten kennt.

Meine Damen und Herren, und ein Drittes kommt in der Konjunkturschwäche und bei diesen Struktur-schwierigkeiten dazu. Das ist neu. Das ist das ungeheure Ausmaß der Staatsverschuldung. Sicher zum Teil auch bedingt durch die Energiekostensteigerung, durch andere Dinge, es ist alles, was man im wirtschaftspolitischen Bereich aufzählt, letztlich unvollständig, insbesondere wohl aber auch durch die Überforderung des Staates und damit der Wirtschaft und letztlich das Leben auf Kosten der Zukunft. Verursacht wurde diese Entwicklung Anfang der siebziger Jahre durch die politische Illusion des Allesmachbaren, was man den Menschen vorgegaukelt hat. Ich schätze persönlich Präsidenten Benya durchaus, muß aber sagen, daß die Benya-Formel, und das ist meine Überzeugung und soll keine Kränkung sein, ein glatter wirtschaftspolitischer Unsinn ist, und jeder von Ihnen wird das heute bestätigen, wenn es auch nicht opportun ist, es zuzugeben. Zu sagen „drei Prozent netto müssen die Einkommen jährlich im Nettowert steigen“, was soll denn das? Das ist de facto das Versprechen des Paradieses auf Erden in 20 Jahren. Die Benya-Formel, die gibt es nicht. Das ist ein Spruch, sonst überhaupt nichts. (Abg. Brandl: „Das ist ja heute nicht mehr!“) Genauso wie das Wort Arbeitsplatzsicherung ja nur ein Spruch ist. Am besten sichert Arbeitsplätze der, der die Wirtschaft gut führt, und nicht der, der viel von Arbeitsplatzsicherung redet. Die Folge dieser ungeheuren Staatsverschuldung, bedingt vor allem auch durch diese Nulltarifgesinnung, die da geweckt wurde, ist eine wirtschaftspolitische Handlungsunfähigkeit unserer Bundesregierung im weiten Ausmaß. Denn, meine Damen und Herren, es ist heute gesagt worden: Jetzt müßte man 40, 50 Milliarden Schilling in die Wirtschaft werfen, um fehlende private Aufträge durch öffentliche zu ersetzen, und jetzt können wir gar nicht daran denken, 40-, 50-Milliarden-Schilling-Kredite aufzunehmen als Republik Österreich, wo wir ohnehin schon 300 Milliarden Schilling Schulden haben, und der Trend immer noch nach aufwärts geht. (Abg. Dr. Strenitz: „Weil wir die Wirtschaft angekurbelt haben!“) Im Jahre 1975 konnte es die Bundesregierung noch tun, weil eben die ÖVP im Jahre 1980 nur 70 Milliarden Schilling Schulden insgesamt übergeben hat. Ich muß allerdings sagen, meine Damen und Herren, bei der jetzigen schwierigen wirtschaftlichen Situation gibt es auch Vorteile. Ich würde glauben, daß sich diese Vorteile schon zeigen und auch in diesem Haus zeigen. Es ist eine Entillusionierung des Allesmachbaren, vor allem auch in der Einkommensentwicklung, es ist ein Zurück zur Realität, das Erkennen, daß wir von verschiedenen Kräften abhängig sind,

nicht nur von den Sprüchen einer Mehrheitspartei. Es ist das Erkennen, daß Leistung und Gewinn nicht verteufelt werden dürfen, ich gebe zu, sie werden auch nicht mehr verteufelt. Vor fünf, sechs Jahren war doch dauernd die Rede vom Leistungsstreß, vom Gewinn, das war etwas ganz Übles, und, und, und. Heute wären wir glücklich, wenn wir mehr Betriebe hätten, die noch Gewinne machen. Leider gibt es immer weniger Betriebe, die noch Gewinne machen, weil ja nur mit Gewinn investiert und damit Arbeitsplätze gesichert und vermehrt werden können. Letzten Endes betrachte ich es als einen längerfristigen Vorteil, daß mehr Bescheidenheit insgesamt im wirtschaftspolitischen Bereich eingekehrt ist, und daß vor allem auch hier, ich will hier gar nicht Reden von anwesenden Mandataren über die Bedeutung des gewerblichen Mittelstandes zitieren, Reden, die vor sieben, acht Jahren zweifellos weiter unterbewertet wurden. Die Bedeutung dieser Bereiche ist wesentlich gestiegen, und diese Erkenntnisse sind die Voraussetzung für die weitere Aufwärtsentwicklung, zumindest mittelfristig, in unserer Wirtschaft, und daran glaube ich. Ich glaube auch, daß das die Ursache der sogenannten „Insel der Seligen“ ist, was weit übertrieben ist, aber immerhin im Vatikan gesagt worden sein soll. Die Grundlage der „Insel der Seligen“ ist die Sozialpartnerschaft in diesem Land. Sie ist die Hauptursache unseres wirtschaftlichen, politischen und sozialen Friedens. Und die großen allumfassenden – möchte ich fast sagen – Interessensverbände jeweils in Ihrem Bereich. Die sind es, die das österreichische Klima und die österreichische wirtschaftspolitische Ausgegorenheit ausmachen und letzten Endes keine Regierung, keine Opposition und auch keine Partei. Das wird hoffentlich wieder die Grundlage der zukünftigen Aufwärtsentwicklung sein. Es ist heute mehrmals vom Kurswechsel die Rede gewesen. Meine Damen und Herren! Die Frage ist, was man unter Kurswechsel versteht. Wenn man das Wort Kurswechsel unseres Bundesparteiobmannes Mock so deutet, daß er jetzt mehr Arbeitslosigkeit will, was ihm ja laufend unterstellt wird, es wird sogar vom Herrn Bruno Kreisky gesagt: „Wir wechseln den Kurs nicht, weil wir wollen nicht mehr Arbeitslosigkeit.“ Das heißt, der Kurswechsel, den die ÖVP will, will mehr Arbeitslosigkeit. (Abg. Brandl: „Das wäre die Folge des Kurswechsels!“ – Abg. Hammerl: „Nicht will! Der Kurswechsel würde es bringen!“ – Abg. Loidl: „Bringen und wollen ist ein Unterschied!“) Selbstverständlich. Auch heute ist es hier mehrmals so gesagt worden. Das ist doch nackte Demagogie. Es gibt eben Spitzenpolitiker, die in dieser Branche offensichtliche Spitzen sind. (Beifall bei der ÖVP.) Es ist eine Interpretationsfrage, was man unter Kurswechsel meint. Ich habe hier das Papier mit den grundsätzlichen Vorstellungen der ÖVP und des Herrn Dr. Mock zum Kurswechsel. Hier deutet alles nur darauf hin, wenn man das tun würde, und teilweise tut man sogar mit von seiten der Regierungspartei, ich werde es vielleicht noch erwähnen, daß das wesentliche Beiträge zur Verhinderung einer größeren Arbeitslosigkeit und somit zur Mehrung unserer Arbeitsplätze in unserem Land sein können. (Abg. Dr. Strenitz: „Die ÖVP müßte den Kurs wechseln, das wäre sehr notwendig!“) Investitionsanreize aller Art, vor allem auch finanzielle, sind notwendig. Die unsinnigen sozialistischen Vorstellungen der Abschaffung der indirekten Investitionsförderung, ganz aktuell vor

einem Jahr, konnten ja zum Großteil verhindert werden, weil man erkannt hat, daß das zu nichts Gutem führen kann. Dann vor allem die Verunsicherung der Investoren. Ich muß heute noch einmal auf Rainer zurückkommen, der ja hier wiederum eine Unternehmerbeschimpfung in seiner Art durchgeführt hat. (Abg. Sponer: „Nicht wieder einmal eine!“) Ich darf erwähnen, daß ich zum Kurswechsel Aktivitäten zähle, die Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs mit den verschiedenen Gesellschaften zur Förderung der steirischen Wirtschaft macht, und es ist besonders erfreulich, daß es vor wenigen Tagen gelungen ist, eine gemeinsame Aktion im sogenannten Kreisky-Mock-Abkommen zu starten. Denn ohne gewisse Mindestgemeinsamkeiten der großen politischen Kräfte geht es nicht. (Abg. Dr. Strenitz: „Späte Einsicht. Lange hat man zureden müssen!“) Meine Damen und Herren, ich sage es Ihnen auf den Kopf zu, daß vor einem Jahr dieses Abkommen undenkbar gewesen wäre, weil der Bundeskanzler damals gesagt hätte: Wozu brauche ich die ÖVP, das machen wir selbst. Vor einem Jahr haben wir noch einigermaßen bessere Zustände gehabt. (Abg. Brandl: „Ihr habt es ja durchgemacht. Selbstverständlich!“) Jetzt ist es soweit, daß er dieses Abkommen geschlossen hat. Was wir weiter brauchen, sind wettbewerbsverbessernde Maßnahmen für die Wirtschaft. (Abg. Hammerl: „Utopisch darf man nicht sein!“) Die Vorstellungen des Herrn Dallinger mit weniger arbeiten, mehr Urlaub und, und, und . . . , die gehen sicher in die falsche Richtung, wenngleich auch ich überzeugt bin, daß wir in zehn oder 15 Jahren natürlich weniger arbeiten werden und zumindest offiziell weniger Wochenstunden haben werden. Aber davon jetzt zu reden in dieser Situation, wo wir um 300 Stunden pro Jahr weniger arbeiten als etwa Japan, und eine kleine außenhandelsorientierte Wirtschaft wie unsere mit denen konkurrieren soll, das ist einfach unverantwortlich, und das geht in die falsche Richtung. Es nützen uns auch, meine Damen und Herren, was Sie hier immer wieder tun, internationale Vergleiche nichts. Ich erinnere mich gut an das Ende der sechziger Jahre, als der Oppositionsführer Kreisky immer wieder gesagt hat: Die internationalen Vergleiche, die interessieren mich nicht. Wir leben in Österreich, und hier ist das und das falsch! Das gleiche könnte man jetzt sagen. Was interessieren uns internationale Vergleiche? Und die Vergleiche waren für uns damals mindestens so gut wie heute auch. Die Fehler, die international gemacht wurden – und selbstverständlich sind sie auch gemacht worden –, können doch für uns kein Vorbild sein. Sind wir froh, daß wir eine Sozialpartnerschaft haben, die vieles von dem in einer Form verhindert hat, wie es das auf der ganzen Welt nicht gibt. (Abg. Brandl: „Das ist eine gute Erkenntnis!“) Es gibt auf der ganzen Welt diese Sozialpartnerschaft nicht. Wer hat denn die Sozialpartnerschaft installiert? Ein Raab und ein Böhm und nicht irgendeine Regierung oder irgendeine Partei, meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite. (Abg. Hammerl: „Sie waren aber nicht sehr gut auf die Sozialpartnerschaft zu sprechen!“) Es wird heute dauernd von einigen sozialistischen Rednern auf Reagan oder Thatcher und dergleichen mehr hingewiesen. (Abg. Brandl: „Das ist Ihnen unangenehm!“) Was heißt unangenehm? Wer von uns hat jemals gesagt, daß wir es genauso machen wollen wie diese? Wer denn? Wir waren immer, seit es

die ÖVP gibt, seit 1945, Anhänger einer sozialmarktwirtschaftlichen Ordnung und haben nie von freier Marktwirtschaft geredet. (Beifall bei der ÖVP.) Weil die freie Marktwirtschaft ja die Grundlage Ihrer sozialistischen Entwicklung gewesen ist.

Meine Damen und Herren, die Sicherung der Arbeitsplätze in Österreich und in der Steiermark ist nicht mit Glaubenssätzen und Fanatismen zu erreichen, hat Herr Landesrat Dr. Klauser gesagt, und ich kann dieses nur unterstützen. Aber auch nicht damit, daß man das Wort Arbeitsplatzsicherung als politisch wirksames Schlagwort immer wieder im Mund führt. Für uns ist das Bemühen um Arbeitsplatzsicherung und Arbeitsplatzvermehrung eine logische Folge einer funktionierenden Wirtschaft. Solange die ÖVP im Bund regiert hat, hatte sie ein hohes moralisches Anliegen, daß die Arbeitsplatzsicherung nicht zu einem politisch wirksamen Schlagwort degradiert wird. (Abg. Dr. Horvatek: „Ich zeige Ihnen Ihre Wahlbroschüren!“) Und wie es unser ÖVP-Bundesparteiobermann Dr. Mock bewiesen hat, waren wir auch als Oppositionspartei im Bund in Fragen der Wirtschaft zu konstruktiver Zusammenarbeit immer bereit, weil das Recht auf Arbeit und Brot uns ein grundsätzliches moralisches Anliegen ist, das die ÖVP noch nie – ich betone noch nie – parteipolitisch auch nicht mit Schlagworten mißbraucht hat. Sie hat ganz einfach eine Wirtschaftspolitik betrieben, die die Arbeitsplätze gesichert hat. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Präsident Ileschitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Ileschitz: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Daß das Kapitel Wirtschaft in der Gruppe 7 ein so reges Interesse gefunden hat – und wie ich hörte, hätten wir einen Zeitverzug von vier bis fünf Stunden –, deutet darauf hin, daß eben gerade die Wirtschaft, und zwar vor allen Dingen in der Steiermark, von Schicksalsschlägen verfolgt ist, wie wir sie bisher nicht kannten. Wir leben in einer Welt, in der es – und das wurde heute und gestern schon mehrfach gesagt – 30 Millionen arbeitslose Menschen gibt, in der es fast fünf Millionen junge Menschen gibt, die noch nie die Möglichkeit gehabt haben, auch nur eine einzige Stunde zu arbeiten, und deren Auswirkungen wir jetzt, sieben Jahre später als viele andere Länder, also seit dem Ölschock 1974, auch zu spüren beginnen. Die Steiermark als das Land der Schwerindustrie ist naturgegebenenmaßen am meisten betroffen, weil ja die Schwerindustrie in der gesamten Welt so Ungeheures über sich ergehen lassen muß, daß es zu Produktionseinschränkungen kommt und die Leistungen der Unternehmer vielfach nur zu 40 Prozent der Kapazität ausgeschöpft werden können. Wenn wir nun hergehen und sagen, na gut, jetzt sind wir Steirer alle schuld und der und jener und so weiter, und uns da in Haxlereien hin und her ergehen, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre die Debatte hier sicherlich nicht angebracht. In einer Zeit, in der es so ernst um unsere wirtschaftliche Situation bestellt ist, ist meiner Meinung nach ein Forum wie der Steiermärkische Landtag, eine gesetzgebende Körperschaft, berufen, sich mit der Ursache zu beschäftigen, aber darüber

hinaus auch nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Was ich bisher gehört habe, ist in stundenlangem Hick-Hack hin und her eine Wadelbeißerei gewesen, die sicherlich keine Lösungsmöglichkeit darstellt. (Abg. Dr. Heidinger: „Das sagen Sie Ihren Kollegen!“) Wenn wir hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, hören müssen, wie schlecht es um die gesamtösterreichische Wirtschaft bestellt ist, dann muß ich etwas berichtigen. Wir haben in Österreich gegenüber der übrigen demokratischen Welt einen Status als Kleinstaat, als Binnenstaat, um den uns viele große Industrienationen der Welt beneiden. Das ist eine klare und sachliche Feststellung. Jeder, der Auslandsbesuche bekommt, auch Sie auf der Wirtschaftsseite, meine Herren – und ich weiß das durch viele, viele Gespräche mit Unternehmern unter vier Augen –, hört, daß sie immer wieder erklären: Wie macht Ihr das gemeinsam in Österreich, daß die wirtschaftliche Situation, daß die finanzielle Situation, die Währungssituation und die sozialpolitische Situation Musterbeispiele für uns sind? Das sind die Leistungen, die wir durch Arbeit erbringen, aber nicht durch Querschießereien und so weiter und wie Dinge hier in diesem Hohen Haus behandelt werden, die absolut nicht hierher gehören. (Beifall bei der SPÖ.)

Kleinere Wadelbeißereien, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollen dort ausgetragen werden, wo die Herren und die Kollegen miteinander drinnen sitzen. Es gibt so viele Institutionen, Organisationen, und die meisten von Ihnen sitzen da und dort drinnen, die dort das anbringen können, wo es am Platz wäre, die dort das anbringen sollen, wo diejenigen, die hier beschuldigt werden und nicht da sind, Stellung nehmen könnten.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich da zu einigen Dingen kommen. Wenn man Abgeordnete beleidigt, wie zum Beispiel unseren Kollegen Rainer, der heute zum ersten Mal als Gewerkschafter gesprochen hat und der sehr viel mit den Unternehmungen zu tun hat, Tag für Tag, und zwar durch einen Vertreter der Unternehmerschaft, dann erachte ich das als mindestens unfair. Ich glaube, daß man die Dinge anderweitig ehrlicher, korrekter und sauberer besprechen könnte als hier vor dem Haus, wo die meisten nicht wissen, um was es geht, wo nur Insider die Situation kennen. (Abg. Aichhofer: „Der Rainer hätte sich das vorher überlegen sollen!“)

Wenn wir heute so viel über Insolvenzen gesprochen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren – woher beziehen wir denn alle miteinander das Wissen? Da haben wir den Kreditschutzverband oder das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung; aus all diesen Quellen beziehen wir in erster Linie unser Wissen. Und nun wäre es richtig, Hohes Haus, wenn man das, was man dort liest, was man dort serviert bekommt, was die Realität und die Tatsache darstellt, auch ehrlich und offen behandelt und bespricht; nicht in Halbwahrheiten. Gerade diese Halbwahrheiten sind es ja, meine sehr verehrten Anwesenden, die bei jedem ein unglaublich unsicheres Gefühl erwecken und man sich sagt: Um Gottes Willen, was ist denn da schon wieder passiert? Aber hier im Haus werden meistens Halbwahrheiten statt Wahrheiten gesagt. Mir ist es lieber, man sagt konkret eine Unwahrheit, denn dann kann man einen erwischen. Bei der Halbwahrheit ist es

schwierig. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das alles sollte hier behandelt werden. (Abg. Schrammel: „Eine Aufforderung zur Lüge!“) Ja, da erwischen wir dich ja schnell. Du hast schon ein paarmal gelogen und da haben wir dich erwischt. So schaut die Wirklichkeit aus. Daher sind mir Unwahrheiten viel lieber als Halbwahrheiten, denn mit den Halbwahrheiten gehen wir miteinander unter.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist heute angeklungen, wie schön es unter dem Raab-Kamitz-Kurs war. Ich möchte nichts ausgraben, aber nur einige Ziffern: Wir haben unter dem Raab-Kamitz-Kurs – und das war eine schwere Zeit – 1952 sieben-einhalb Prozent Arbeitslose gehabt. 1953 haben wir 8,7 Prozent Arbeitslose gehabt bei 2,1 Millionen Arbeitsplätzen, und heute haben wir fast 2,8 Millionen Arbeitsplätze und 3 Prozent Arbeitslose trotz Weltwirtschaftskrise. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Maitz: „Das ist eine Halbwahrheit!“) Lieber Herr Dr. Heidinger, ich bin gerne bereit Sie einzuladen, zu mir zu kommen (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist genau das, was Sie bekämpfen!“), und ich lege Ihnen die Ziffern der ÖVP-Regierung von damals auf den Tisch, wo das drinnensteht. (Abg. Dr. Heidinger: „Das ist eine falsche Statistik!“) 2,1 Millionen Beschäftigte und dabei die Arbeitslosenrate, wie ich schon sagte, 7,5 beziehungsweise 8,3 Prozent. So sieht die Realität aus. Darüber gibt es nichts zu streiten.

Wenn nun der Kammeramtsdirektor der Handelskammer immer wieder, leider, ansonsten verstehen wir uns gut, von der so hohen Staatsverschuldung spricht, dann darf ich Ihnen jetzt einmal etwas vorlesen. Die Staatsverschuldung je Einwohner ist in Österreich nach wie vor niedrig, insbesondere jene Länder, die in den letzten Jahren massiv versucht haben, die Staatsdefizite einzuschränken, weisen hohe öffentliche Schulden auf. Da steht Österreich an vierter Stelle. Sie können sich das anschauen, eine ganz, ganz sichere Quelle. (Abg. Dr. Dorfer: „Herr Präsident, wenn wir eine niedrige Staatsverschuldung haben, warum geben wir keine Kredite?“) Lassen Sie mich einmal ausreden. Frankreich die niedrigste, Italien die nächsten, Japan die dritten, Österreich die vierten und dann kommt die Bundesrepublik, dann die Schweiz, Großbritannien, Niederlande, Dänemark, Norwegen, USA, Schweden und Belgien. (Abg. Dr. Dorfer: „Wo steht das drinnen?“) Wo das drinnen steht? Das sage ich Ihnen auch. Finanzbericht 1982 vom Bundesministerium für Finanzen in Bonn. Also etwas, was nicht angezweifelt wird. So schaut es mit der Staatsverschuldung aus. Also wir stehen ausgezeichnet da. Die Grenzen der Staatsverschuldung, wie weit könnten wir noch gehen mit der Staatsverschuldung, auch hier haben wir den vierten Platz. Sie können dann von mir einen Abzug haben, damit Sie sich genau auskennen, damit Sie wissen, wie die Situation aussieht. (Abg. Dr. Dorfer: „Was haben Sie damit sagen wollen?“) Es hat keinen Sinn stundenlang weiterzureden, es ist so viel Wahres und Halbwahres gesagt worden. Aber etwas möchte ich Ihnen zum Abschluß sagen. Es wird höchste Zeit. Gerade Sie, Herr Dr. Dorfer, die Sie eine sehr wichtige Funktion in einer Institution auf deren Basis die Sozialpartnerschaft mitbegründet ist, einmal ablegen, daß Sie Wirtschafts- und Handelskammerdirektor sind, sondern Handelskammerdirektor, und das ist ein riesiger Unterschied, denn dort ist

wirtschaftlich zu vertreten, dort ist der Boden der Sozialpartnerschaft. (Abg. Dr. Maitz: „Jeder kehre vor seiner eigenen Tür!“) Ich lade Sie sowie den Bauernbund, Präsidenten und Direktoren, zu gemeinsamen Gesprächen ein, damit wir wenigstens in der Steiermark mit unseren Problemen fertig werden, aber nicht immer Wadlbeißerei. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Maitz: „Sie sind Arbeiterkammerpräsident für alle Mitglieder der Gewerkschaft. Jene, die nicht Gewerkschaftsmitglieder sind, können nicht zur Arbeiterkammer kommen!“) Ich möchte, meine Damen und Herren, als Vertreter der Arbeitnehmerschaft in vollem Verantwortungsbewußtsein sagen: Es wäre schön, käme es in der Steiermark zu einer kleinen paritätischen Kommission. Was bisher geschehen ist, war Wadlbeißerei. Hat niemandem etwas gebracht und wird auch in Zukunft niemandem etwas bringen.

Ich bin immer verhandlungsbereit, und zu mir kommen sehr viele. Sie können sicher sein, daß zu mir mehr Direktoren und Werksverantwortliche kommen als zu Ihren Arbeitnehmervertretern. Da können Sie sicher sein. Wir haben dort sehr ernsthafte Gespräche geführt. Ich sage, wir sehen nur immer die Spitze des Eisberges in unserem Bundesland und nicht mehr. (Abg. Dr. Dorfer: „Was hat das damit zu tun?“) Und nun vielleicht noch etwas. Wenn ich in Not bin, dann brauche ich jemanden der mir hilft. Wenn ich Hilfe brauche dann muß ich wissen, an wen ich mich wende. (Abg. Lind: „An die ÖVP!“) Das betrachte ich jetzt als einen kleinen scherzhaften Einwand. Ich würde ein Stückchen weitergehen. Das Land Steiermark und die verantwortlichen Vertreter wissen, wie es um unsere Finanzen aussieht. Ich habe das letzte Mal schon darauf hingedeutet und möchte das heute nicht mehr wiederholen. Jedenfalls sicherlich nicht zum besten. Jedenfalls so, daß wir nicht unbeschränkt Gelder bekommen können, auch nicht im Anleihewege. Wir gehen aber immer wieder von der Warte aus, das heißt das machen Sie, jenen, der Hilfe gewähren kann, ununterbrochen anzugreifen ob seiner hohen Verschuldung. Ja, meine Herren, wenn ein Staat so verschuldet ist, wie Sie es sagen, würde er keinen einzigen Schilling mehr an Krediten im Ausland oder Inland bekommen.

Wir wissen das von der letzten Anleihe, die sofort überzeichnet war, die Inlandsanleihe. Sie wissen aber auch meine Herren, daß Österreich in höchstem Maße in der Welt kreditwürdig ist. Wenn ich finanziell aus dem letzten Loch pfeife, und ich brauche die Hilfe des Größeren, des Stärkeren, dann muß ich mich anständig benehmen. Dann muß ich versuchen, auch von ihm jenes Wohlwollen zu bekommen, als Sie es tun. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist ja die Pflicht des Bundes!“) Das ist die Realität, meine Damen und Herren. (Abg. Dr. Maitz: „Für Wohlverhalten bekommt man etwas? Ist das Ihr Ernst? Es ist die Pflicht der Bundesregierung!“) Ich bin noch nicht fertig, lieber Freund. Aber Herr Dr. Maitz, ich höre es gerne an, Sie bekommen noch die Antwort weiter, Sie haben mich nicht ausreden lassen. Ich möchte in aller Deutlichkeit sagen: Es gibt Bundesländer in Österreich, die für ihr Bundesland bisher ernsthafter agiert haben, als wir hier in der Steiermark. Es gibt Bundesländer, die einen Staatsvertrag mit dem Bund abgeschlossen haben auf wirtschaftlicher Ebene, und natürlich werden die den Vorrang

haben gegenüber jenen, die ununterbrochen nur Schmutz schleudern und nicht bereit sind, gemeinsam zu arbeiten. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Maitz: „Das ist eine Ungemeinerlichkeit!“) Das ist doch die Wadlbeißerei, die kreide ich ja an. (Abg. Dr. Eichinger: „Du bist selbst der größte Wadlbeißer!“) Man muß zu einem Konsens kommen. Man muß bereit sein, ehrlich und offen und aufrichtig zusammenzuarbeiten und auch dann ehrlich Kritik zu üben, aber nicht ununterbrochen abzuladen und dann zu glauben, vom anderen alles bekommen zu können. Meine Herren ich würde Ihnen sehr dringend ans Herz legen, sich diese Worte ein bißchen zu überlegen. (Abg. Dr. Eichinger: „Das sollten Sie machen!“) Von der bisherigen Gangart nur steirisch und glauben, mit dem Dreschlegel alles erreichen zu können, abzugehen, zu verhandeln mit dem Bund gemeinsam in Verantwortlichkeit für unsere steirische Bevölkerung. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Als nächster Redner kommt der Herr Abgeordnete Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir sind es schon gewohnt, der Herr Präsident Ileschitz verhält sich in der Regel meistens sehr ruhig, schafft dann einen gewaltigen Auftritt und ist wieder schön still. So ist seine Art, im Landtag tätig zu sein. (Abg. Ileschitz: „Das wirst du noch zu spüren bekommen!“) Aber jeder hat eben seinen Stil, wir wollen ihm seinen belassen. (Abg. Hammer: „Er hat eben einen schönen Stil!“) Eines möchte ich aber doch gleich einknüpfen, verehrter Herr Präsident Ileschitz. Wenn man als Arbeiterkammerpräsident meint, daß es notwendig ist, daß Länder einen Staatsvertrag mit dem Bund abschließen, dann muß es schlecht bestellt sein, muß es wirklich schlecht bestellt sein. Mit der Aufforderung, das zu tun, glaube ich, nützt man sicher nicht dem guten Klima. Herr Präsident, in unserer Sorge im Bezirk Fürstenfeld, wo wir in drei Jahren etwa 2000 Arbeitsplätze verloren haben (Abg. Dr. Wabl: „Schrammelbetriebe!“), wäre es richtig gewesen, wenn der Präsident der Arbeiterkammer nur einmal so engagiert aufgetreten wäre, als heute hier. Dort wäre es richtig gewesen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Ileschitz: „Hast du mich eingeladen?“) Wenn ich als der bezeichnete Bauernbündler dich als Präsident der Arbeiterkammer einladen muß, wenn unsere Leute arbeitslos werden, dann ist es traurig bestellt. Ich muß es noch einmal wiederholen. (Abg. Ileschitz: „Ihr habt mich nie eingeladen. Woanders hin werde ich berufen. Aufdrängen kann man sich nicht. Komme nur nicht demagogisch, lieber Freund!“) Dazu will ich jetzt wirklich nicht Stellung nehmen. Ich möchte doch eines noch einmal sehr deutlich herausstellen. Wir haben Sorgen, große Sorgen im Bezirk Fürstenfeld. Der Herr Kollege Wabl hat dazu schon Stellung genommen. Ich habe mir gedacht, ich könnte mir eine echte Unterstützung erwarten, wir sind jetzt zu zweit. Ich sehe aber, Herr Landeshauptmann, ich brauche um so mehr für unsere Menschen im Bezirk die Hilfe. (Abg. Dr. Strenitz: „Er muß ja auch nicht dich unterstützen, sondern die Menschen dieses Gebietes!“) Er hat mich heute in der Sache nicht so sehr unterstützt. Wenn man halt in die eigene Suppe spuckt, lieber Kollege Dr. Wabl, leistet

man der Sache sicher keinen guten Dienst. Aber, ich möchte jetzt keine anderen Formulierungen finden, sondern ich möchte nur eines sagen: Ich lasse mir das Recht nicht nehmen, für unsere Menschen im Bezirk tätig zu sein, ganz gleich, ob sie Bauern oder Arbeiter oder Gewerbetreibende sind, und es ist auch kein Zufall, wenn im Bezirk Fürstenfeld der ÖVP, der Partei, wo ich politisch tätig sein darf, ein Vertrauen von mehr als 70 Prozent ausgesprochen wurde und der SPÖ etwas mehr als 20 Prozent. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Strenitz: „Es wird von Mal zu Mal weniger!“ – Abg. Hammerl: „Euer Abstieg ist unaufhaltsam!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hinter jedem verlorengegangenen Arbeitsplatz steht ein Familienschicksal. In Anbetracht der vorweihnachtlichen Stimmung wäre es schon angebracht, daß wir allen Ernsthaft zur Lösung unserer Probleme Stellung beziehen. Wir haben dabei auch von seiten des Landes die ersten Hilfen angeboten bekommen. Das Areal und die Hallen der Firma Weichel wurden vom Land angekauft und damit die Möglichkeit geschaffen, daß die Firma Kapsch in diesem Betrieb schon im Frühjahr einen Zweigbetrieb schaffen kann und damit für uns wieder Arbeitsplätze. (Abg. Karrer: „Zum Leidwesen der Firma Schrack!“) Gut, des einen Freud ist hin und wieder des anderen Leid. Ich möchte das nicht kritisieren, sondern ich bedanke mich bei allen Stellen, die uns dabei unterstützt haben, und ich glaube, Kollege Dr. Wabl, da sind wir uns sicher einig.

Wir haben im Bezirk einen gewaltigen Strukturwandel durchgemacht. Wir haben eine bäuerliche Struktur, und es ist notwendig, für diese kleingewerblichen Betriebe auch Nebenerwerbsmöglichkeiten zu schaffen. Das ist in vorbildlicher Aufbauarbeit mit der Unterstützung des Landes über die Grenzlandförderung geschehen, und es sind so in den letzten 15 Jahren mehr als 3000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden. Und wenn der Herr Kollege Dr. Wabl von Schrammel-Betrieben gesprochen hat, ist das fast zuviel der Ehre, denn ich hätte es sicher nicht zustande gebracht, wenn nicht das Land das gemacht hätte. Ich konnte ja nur bittend vorstellig werden. Wenn es jetzt schlecht geht, nehme ich gerne die Last auch auf mich. Na, warum denn nicht? Wir werden es ja wieder zu etwas bringen, na selbstverständlich, denn unsere Menschen im Bezirk Fürstenfeld dort an der Grenze haben es auch nach dem Krieg verstanden, aus einem Trümmerhaufen die Zweite Republik wieder aufzubauen, zu einer Zeit, wo der Herr Kollege Dr. Wabl noch nicht bei uns in Fürstenfeld war. (Landesrat Heidinger: „Wie alt warst du damals?“) Ich war acht Jahre alt. Herr Landesrat Heidinger, ob als Kind oder erwachsener Mensch, den Krieg erlebt man gleich. Ich will jetzt wirklich nicht davon sprechen. (Abg. Brandl: „Vom Aufbau ist geredet worden!“)

Gut, vom Aufbau möchte ich nur dahingehend sprechen, daß ich den Menschen, die dort tätig waren, den Dank ausspreche.

In einer Zeit von nur drei Jahren sind 2000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das macht für einen kleinen Bezirk mit 22.000 Einwohnern einen Einkommensverlust von rund 180 Millionen Schilling pro Jahr aus. Das ist gewaltig, und ich möchte die Zahl noch einmal erwäh-

nen: 180 Millionen Schilling Einkommensverlust pro Jahr nur für eine Region.

Wir bitten daher um die Hilfestellung des Landes, aber auch des Bundes und, ich möchte sagen, auch aller Stellen, die sich mit der Arbeitsplatzbeschaffung und der Arbeitnehmerpolitik zu beschäftigen haben. Die Arbeit des Gewerkschaftsbundes ist sicher in vieler Hinsicht beispielgebend, und ich möchte sie lobend hervorheben. Ich habe Hunderte Arbeitnehmer auch zum Gewerkschaftsbund geworben, natürlich zur christlichen Fraktion. Das ist hält bei uns auch der gute Ton, daß man bei der ÖVP ist. Es wäre aber notwendig, daß sich der Gewerkschaftsbund auch in der Zeit einer Krise – und wir haben einige Wirtschaftskrisen zu bewältigen – zu den Arbeitslosen bekennt. Nicht nur solidarisch mit Forderungen, sondern auch in finanzieller Hinsicht. Daher habe ich mir erlaubt, einen Antrag zu stellen, daß eine Solidaritätshilfe des Gewerkschaftsbundes bereitgestellt wird (Abg. Dr. Horvatek: „Von der Handelskammer auch?“), um eben die Arbeitsmarktprobleme gemeinsam zu lösen. Das soll eine einmalige Leistung sein, eine Solidarität, wo man die Bereitschaft zur Hilfestellung bekundet, wo vielleicht auch die Pendlerbeihilfe finanziert werden könnte. Der Bund hat das Geld nicht, wir haben scheinbar im Landesbudget auch nicht soviel Geld, daß wir alles ausreichend finanzieren könnten, na, warum denn nicht, der Gewerkschaftsbund hat sicher – wie man hört – sehr viel an finanziellen Möglichkeiten. (Abg. Karrer: „Die Handelskammer auch!“)

Nun, wenn bei uns Betriebe zugesperrt haben, so wiegt das meiner Meinung nach unvergleichlich schwerer als in den prädestinierten Industriegebieten. Denn im Grenzland Ersatzarbeitsplätze zu schaffen, ist wesentlich schwieriger als in Industriegebieten. Wenn die Wirtschaftspolitik des Bundes scheinbar nur mehr von der Schwerindustrie zu sprechen weiß, so muß man sich fragen, was dort noch an Unterstützung geleistet wird. Vielfach ist es ja nur mehr eine Leichenkosmetik. Man hat die Zeit übersehen, und wenn jetzt auch von den Politikern der ÖVP auf Bundesebene die Unterstützung gegeben wird und man sinnvoll versucht, neue Wege zu beschreiten, so hoffen wir, daß in Zukunft auch für die Grenzregionen von seiten der Bundesregierung mehr Bereitschaft zur Hilfeleistung aufgebracht wird.

Ich möchte zum Schluß noch eines hervorheben. Glauben Sie ja nicht, liebe Kollegen von der sozialistischen Fraktion, daß die Menschen, die aus ländlichen Bereichen hin und wieder, ich möchte nicht sagen, gezwungenermaßen, aber doch unter der Frustration, vielleicht doch den Arbeitsplatz verlieren zu können, SPÖ wählen, daß diese Sozialisten werden. Das sind meistens enttäuschte Menschen. (Abg. Brandl: „Das ist unsere Sorge!“) Laß' mich ausreden, lieber Kollege Brandl. Das bringt letztlich auch Enttäuschungen in die Gesellschaft der ländlichen Regionen. (Abg. Hammerl: „Von der ÖVP Enttäuschte. Schrammel-Musik mit falschen Tönen!“)

Es wäre sinnvoll, bei allen wirtschaftspolitischen Überlegungen auch davon auszugehen, daß man wieder innerhalb der Berufsgruppen gesunde Verhältnisse schafft. Warum soll der Bauer nicht, auch wenn er ein Kleinbauer ist, das lebensnotwendige Einkommen in seinem Betrieb finden können, warum nicht die Gewer-

betreibenden, die Handelstreibenden (Abg. Brandl: „Warum soll er nicht sozialistisch wählen?“), und warum sollen die nur im Nebenerwerb und im Zuerwerb ihr Familieneinkommen aufbessern können. Ich möchte Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren hier im Hohen Haus, daher zum Schluß bitten, verniedlichen wir nicht die Wirtschaftsprobleme des Grenzlandes, und nehmen wir bitte zur Kenntnis, wenn in einem kleinen Bezirk – um es noch einmal herauszustreichen – in drei Jahren 2000 Menschen ihren Arbeitsplatz verloren haben und damit die Wirtschaftskraft sehr merkbar geschwächt wurde, daß dann auch die Bereitschaft zur gemeinsamen Hilfestellung da sein soll. Und da bitte ich um Unterstützung von jeder Seite, und da bitte ich auch meinen Kollegen Dr. Wabl, daß er die Demagogie ablegt (Abg. Dr. Strenitz: „Den brauchst du nicht zu bitten, der macht das von selbst!“) und den Herrn Bundeskanzler in sachlicher Form auffordert, seine Versprechungen, die er 14 Tage vor den Landtagswahlen gegeben hat, einzuhalten. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross hat damals hören lassen, der Herr Bundeskanzler kommt mit einer Firma in der Tasche. Das war in großen Lettern auf der ersten Seite der „Neuen Zeit“, ein paar Tage vor der Landtagswahl, zu lesen. Inzwischen hat man nie mehr etwas gehört von dieser Firma. Es war der Generaldirektor der Firma Grundig in Fürstenfeld, damit war alles abgetan. Es ist herzlich wenig. Uns ist es zu wenig, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Fuchs. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

18 Redner haben in dieser Gruppe zu Fragen der Wirtschaft Stellung genommen, und in Anbetracht der Zeit werde ich mich bemühen, mich so kurz, als es angesichts dieses doch schwierigen Themas möglich ist, zu fassen. Es geht mir in der Frage ein bißchen so, daß, je mehr ich mich mit den Dingen befaße, um so schwieriger wird es darüber zu reden. Ich bin versucht und bitte das nicht auf die vergangene Diskussion zu beziehen, zu sagen, je weniger man darüber weiß, um so leichter redet man über die Fragen. Vor allem der Umgang mit der Wissenschaft und mit denen, die das berufsmäßig erforschen, zeigt einem, daß es immer wieder neue Aspekte gibt und Dinge, die man so gemeiniglich gar nicht geglaubt hat und die die Diskussion über die Frage sehr erschweren und eigentlich zu einer sehr differenzierten Betrachtung anregen. Nun, der Ausgangspunkt im heurigen Jahr ist der, daß wir ein Konjunktur- und ein Strukturproblem haben und daß beides zusammen dazu führt, daß das Wachstum nicht mehr gegeben, sondern eher ein Schrumpfen die Tatsache ist. Einer der Herrn Abgeordneten, ich müßte nachschauen, ich glaube es war der Abgeordnete Halper, aber ich weiß es nicht, hat gesagt, das Jahr 1981 hat wie eine Frau ausgesehen. Zuerst hat man die Füße gesehen und jetzt den Rücken. Ich bitte, er hat da sehr wesentliche Passagen ausgelassen, die im allgemeinen auch der Betrachtung wert sind, vor allem – wenn, wie er sagt – es um eine schöne Frau geht. (Abg. Zinkanell: „Vor allem wichtige Stellen!“ –

Allgemeine Heiterkeit.) Die Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß es vorne und hinten stockt, daß wir nicht weiterkommen, daß wir uns darüber unterhalten müssen, ob weniger abgebaut wird oder mehr, ob wir in der Bilanz der Arbeitskräfte nur 3000 verlieren oder nur 2000 oder nur 1000, und daß das keine lustigen Themen sind, das ist ja schon aus der Diskussion deutlich herauszuspüren gewesen. Ich habe gesagt, es überlagert sich ein Konjunkturproblem, die weltweite Stahlkrise, ein Rückgang der Konjunktur insgesamt mit einem Strukturproblem, ein Strukturproblem, das ein österreichisches Strukturproblem ist und für das wir nicht einmal die Ölgesellschaften oder die Scheichs oder wen sonst noch verantwortlich machen können. Es ist eine Tatsache, daß zehn Prozent der amerikanischen Firmen damit beschäftigt sind, Güter und Leistungen zu erbringen, die es vor vier Jahren noch nicht gegeben hat. Wenn Sie sich die Wertschöpfung der einzelnen Länder ansehen, so ist es interessant, daß Österreich für 100 Kilo Fertigprodukte nicht einmal 10.000 Schilling erläßt, wogegen die Schweiz für dieselben 100 Kilo etwa 26.000 Schilling erläßt, also das 2,6fache, und die Bundesrepublik, das gefeierte Musterland, immerhin 11.000 Schilling. Hier sieht man ganz deutlich, wo es bei uns fehlt und daß wir eines notwendig haben, das ist Innovation zu betreiben, eine höhere Wertschöpfung, einen höheren Kilopreis zu erzielen. Österreich hat eine periphere Lage, gesehen von den großen Wirtschaftszentren Europas, und die Steiermark hat innerhalb von Österreich wieder ihrerseits eine periphere Lage und ist besonders ungünstig dran. Jetzt beziehe ich mich auf meine eingangs gemachte Bemerkung: Je mehr man sich mit den Dingen befaßt, um so mehr scheinen sie sich zu verdunkeln. Wenn man jetzt glaubt, daß die Frage der Randlage der Steiermark lediglich durch Verbesserung der Infrastruktur zu lösen wäre, so irrt man. Die Infrastruktur Straßen, Eisenbahnen, Flugverbindungen, Schiffswege, soweit das überhaupt denkbar wäre, sind wichtige Voraussetzungen ganz bestimmt, allein aber lösen sie das Problem nicht. Also durch Autobahnbau, durch Eisenbahnbau, durch Flugverbindungen, soviel wir nur bekommen, können wir die wirtschaftliche Situation der Steiermark nicht verbessern. Was wir brauchen, sind neue Betriebe, sind Entwicklungen aus dem Lande heraus. Denn das Kaufen von Arbeitsplätzen, meine sehr geehrten Damen und Herren, allein kann nicht die Lösung sein. Erstens weil wir es uns gar nicht leisten können und zweitens, weil die gekauften Arbeitsplätze alle die Nachteile haben, die wir zur Genüge in den letzten Jahren kennengelernt haben. Es sind verlängerte Werkbänke, das sind die ersten, die wieder zugesperrt werden, wenn irgendwelche Probleme bestehen. Es sind in diesen Betrieben, die angesiedelt werden, keine Entwicklungseinheiten, keine Verwaltungseinheiten, keine Verkaufseinheiten. Drei Viertel aller guten Ideen, aller neuen Produkte entstehen in dem engen Kontakt zwischen dem Verkäufer und dem Entwickler. Dieser Kontakt fehlt, sie sind ferngesteuerte reine Produktionsstätten und sind nicht in die Steiermark gekommen, weil die Steiermark besondere Vorteile bietet, sondern weil die Standorte zu Hause ganz besondere Nachteile geboten haben, entweder weil das Lohnniveau zu hoch war oder keine Facharbeiter da waren und dergleichen Dinge mehr. Wir dürfen uns von dieser Form der Arbeitsplatzbe-

schaffung und Arbeitsplatzansiedelung nur bedingt etwas erwarten. Die vergangenen Erfahrungen mit Eumig, ich möchte jetzt nicht in den Fehler einiger Herren verfallen Namen zu nennen, aber es gibt eine ganze Reihe von Firmen in der Steiermark, die mit großen Erwartungen angetreten sind, wo gewaltige Eröffnungsfeierlichkeiten waren, und was dann herausgekommen ist, war sehr bescheiden, einfach aus der Situation heraus. Diese angesiedelten Firmen, diese verlängerten Werkbänke, diese Zweigwerke haben auch noch einen großen Nachteil: Sie sind mit der Region in Wirklichkeit nicht verbunden, und es geht von ihnen keine Dynamik aus, weil meistens die Einkaufseinheit schon irgendwo, womöglich im Ausland ist und man sich daher auch gar nicht die Mühe macht, nachzuschauen, was für Zulieferanten in der allernächsten Nähe sind, sondern das wird zentral irgendwo gelenkt. Abgesehen von dem Effekt, der sich im Lohnsackerl auswirkt, der zweifelsohne begrüßenswert ist, findet keine Belebung der Wirtschaft als solche statt. Das war aber in den fünfziger, sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre die übliche Form der Wirtschaftsförderung, das war im Bund, im Land und überall, wo sie hingeschaut haben, das Leitbild: Ansiedeln von Betrieben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen von der Vorstellung abgehen, daß wir damit die Arbeitsmarktprobleme in der Steiermark lösen können, denn dieses Mittel ist ungeeignet. Was wir brauchen ist Innovation. Innovation in einer peripheren Lage ist aber ein Problem, das nicht so ohne weiteres zu lösen ist, und auch hier hat die Randlage ihren eminenten Nachteil, der sich zum Beispiel darin äußert, daß kleine Betriebe in Randlagen nur ein Viertel der Patentanmeldungen haben im Vergleich zu Betrieben, die etwa in irgendwelchen Ballungszentren liegen. Das hängt damit zusammen, daß es in der Wirtschaft auch so etwas wie einen gegenseitigen Anwärmungseffekt gibt. Es ist einfach notwendig, daß Führungskräfte, Techniker, Facharbeiter, also Fachleute – wenn Sie so wollen – auf allen Ebenen, zwischen den Firmen fluktuieren und dadurch eine gegenseitige Befruchtung bewirken. Das findet nicht statt, wenn ein Betrieb in Feldbach ist und der nächste Betrieb in Murau, weil die Mobilität schon auf Grund der Wohnungsfrage – die Kinder sind in der Schule, und es ist nicht zu erwarten, daß die Leute so ohne weiteres zwischen diesen Betrieben pendeln – nicht gegeben ist. So großartig die Firmentreue ist und so große Vorteile sich oft daraus ergeben, daß ein Betrieb irgendwo in einer abgelegenen Lage eine Fluktuation von wenigen Prozent hat, so groß sind die Nachteile, daß nämlich in puncto Innovation eine geringe Befruchtung besteht, daß zwischen den Firmen dieser Kontakt fehlt, das Gegenseitig-sich-Aufschaukeln, wie das etwa in Siliconvalley oder im Ruhrgebiet oder auch schon in Linz oder in Wien stattfindet. (Abg. Ileschitz: „Inzucht!“) Das sind die Nachteile, mit denen wir zusätzlich zu kämpfen haben und die wir überwinden müssen. Ich habe eingangs gesagt, daß die Schaffung von Infrastruktur allein das Problem nicht lösen kann. Zweifelsohne verbessert sie die Situation und muß daher gefordert werden, einfach deshalb, weil wir auf die Dauer dem Rest von Österreich in dieser Hinsicht nicht nachhinken können. Wir müssen in der Steiermark eine Situation schaffen, in der Leute bereit sind, sich selbständig zu machen, Leute bereit sind, wieder

das Risiko auf sich zu nehmen, Unternehmer zu werden, und bereit sind, alle die Vor- und Nachteile, die mit diesem Beruf verbunden sind, auf sich zu nehmen.

Und da, meine sehr geehrten Damen und Herren, komme ich zu einem Anknüpfungspunkt zu verschiedenen Wortmeldungen. Das hier ist das Haus der Abgeordneten, und als wirklich langgedienter Abgeordneter bin ich weit davon entfernt, Ihnen Vorschriften machen zu wollen oder auch Belehrungen erteilen zu wollen. Nur, lassen wir uns nicht in eine Situation hineinmanövrieren, auch bei allen scheinbar politischen Vorteilen, die sich daraus ergeben, daß wir den Unternehmer als solchen schlecht machen. Es ist gefährlich, glaube ich – das ist mein Rat –, eine Situation entstehen zu lassen, wo ein Abgeordneter hier aufgetreten ist – er schaut mich freundlich an – und gesagt hat, alles, was die Privaten machen, ist falsch und schlecht. (Abg. Dr. Strenitz: „Hat niemand getan!“) Bitte, es im Protokoll nachzulesen. (Abg. Brandl: „Eine Unterstellung. Das hat niemand getan!“) Großartig, meine Damen und Herren, sind nur die Errungenschaften der verstaatlichten Industrie. Das war eine Vereinfachung, die nicht zulässig ist. Der Herr Abgeordnete Rainer hat hier mit Statistiken aufgewartet, wo er gesagt hat, im Jahr 1953, im Jahr 1974, und ich weiß nicht wann, hat die private Wirtschaft soundso viele entlassen und die verstaatlichte nur soundso viele, daher sind gewisse Schlüsse daraus zu ziehen. (Abg. Dr. Strenitz: „Lassen wir uns das Protokoll vorlesen, jetzt nicht, nachher!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, niemand sagt etwas gegen die öffentliche Wirtschaft, nur, es ist gefährlich, wenn wir zwischen diesen beiden Sparten überhaupt unterscheiden, und es ist verhängnisvoll (Abg. Dr. Strenitz: „Sie sagen, die öffentliche Wirtschaft!“), wenn wir eine Sparte hochloben und gleichzeitig eine andere schlechtmachen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Strenitz: „Das hat er ja nicht gesagt!“)

Denn das werden Sie mir bei aller Kritik an dem, was ich sage, zubilligen: Natürlich tut sich ein Generaldirektor, ein Vorstandsmitglied einer verstaatlichten Industrie erheblich leichter als sein Gegenüber in einem privaten Unternehmen, das nicht auf den Staat zurückfallen kann, das nämlich tatsächlich den Weg zum Konkursrichter antreten muß. Und hier zu sagen, soundso viele Insolvenzen aus den und den Gründen, ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Tatsache, daß Unternehmungen nicht in die Nelkengasse gehen mußten, beruht zum Teil, bitte schön – und ich werde auch hier keine Namen nennen –, einfach darauf, daß man durch Monate keine Zwischenbilanz gemacht hat und sich dabei ums Aktiengesetz herumgedrückt hat, bis man dann völlig zu Recht vom Staat ein Geld bekommen hat. Nur, wenn das passiert wäre, dann hätte man auch in der Insolvenzstatistik etwas sehr Schönes gehabt. Also, ich glaube, man muß hier schon mit gleichen Maßen messen und kann nicht sagen, die Untüchtigen gehen zugrunde und die Tüchtigen sind die verstaatlichten, weil sie nicht zugrunde gehen können. Das wäre eine etwas zu einfache Betrachtungsweise. (Abg. Ileschitz: „Das stimmt nicht, das hat niemand gesagt!“)

Und weil ich gerade beim Unternehmer bin: Erinnern Sie sich, was war, als der Herr Pertsch aus Vorarlberg in die Steiermark kommen wollte? Da war